

Abdullah Öcalan

Verteidigungsschriften

Zur Lösung der kurdischen Frage

– Visionen einer demokratischen Republik –

Mit einem Vorwort von Prof. Dr. Norman Paech



International Initiative Edition

Abdullah Öcalan:
Zur Lösung der kurdischen Frage
- Visionen einer demokratischen Republik -
Mit einem Vorwort von Prof. Dr. Norman Paech

Herausgeber: Kurdistan Informations-Zentrum
Kaiser Friedrich Str. 63
10627 Berlin
Druck: Eigendruck

Wir bedanken uns bei den zahlreichen Freundinnen und Freunden, die uns ihre Zeit, ihre Aufmerksamkeit, ihre Fähigkeiten, ihre Arbeit, ihre Geduld und ihren Einsatz zur Verfügung gestellt haben, damit dieses Buch erscheinen konnte.

ISBN 3-00-00-5739-0
1. Auflage, September 2000

2. durchgesehene Auflage als e-Buch, 2018
International Initiative Edition
Internationale Initiative
»Freiheit für Abdullah Öcalan – Frieden in Kurdistan«
Postfach 100511
50445 Köln

URL:
<http://ocalanbooks.com/#/book/verteidigungsschriften>

Abdullah Öcalan

Verteidigungsschriften

**Zur Lösung der kurdischen Frage
– Visionen einer demokratischen Republik –**

Mit einem Vorwort von Prof. Dr. Norman Paech

Inhalt

<u>Anmerkung zur 2. Auflage als E-Buch</u>	6
<u>Vorwort zur Verteidigungsrede von Abdullah Öcalan</u>	8
<u>Zur Verteidigungsrede von Abdullah Öcalan</u>	14
<u>Verteidigungsrede im Prozess auf Imrali</u>	21
<u>Erklärung zur demokratischen Lösung der kurdischen</u>	
<u>Frage</u>	21
<u>Eine Wende im demokratischen Lösungsprozess</u>	21
<u>Sieger am Ende des 20. Jahrhunderts: Die Demokratie</u> ...	28
<u>Die Tagesordnung der Türkei ab dem Jahr 2000</u>	36
<u>Die demokratische Einheit als Lösung stellt die Zukunft</u>	
<u>der Türkei dar</u>	120
<u>Thesen für eine Lösung im Geist der demokratischen</u>	
<u>Einheit</u>	121
<u>Meine persönliche Situation</u>	138
<u>Schlussfolgerung</u>	153
<u>Schlussplädoyer im Prozess auf Imrali</u>	165
<u>An das Präsidium des 2. Staatssicherheitsgerichts Ankara</u>	
.....	165
<u>Die Wandlung der PKK ist keine Ausweglosigkeit,</u>	
<u>sondern eine Notwendigkeit</u>	170
<u>Zwei Wege, zwei historische Resultate in der Beziehung</u>	
<u>der Türkei zu den Kurden und ihrem Aufstand</u>	178
<u>Das Beharren auf bewaffnetem Kampf und</u>	
<u>Ausweglosigkeit bedeutet, das nächste Jahrhundert zu</u>	
<u>verlieren</u>	182
<u>Die Probleme demokratisch zu lösen bedeutet, die</u>	
<u>Zukunft für die Türkei zu gewinnen</u>	190
<u>Schlussfolgerung: Der Entwicklungsprozess von Imrali</u>	
<u>kann ein historischer Neuanfang werden</u>	200
<u>Verteidigungsschrift an das Berufungsgericht</u>	204

<u>Sehr geehrter Präsident, sehr geehrte Richter.....</u>	204
<u>Die Rechte freier Individuen und einer freien Gesellschaft können nur durch eine derartige demokratische Verfassung entstehen.....</u>	210
<u>Dieser Prozess ist Resultat des Fehlens eines freien gesellschaftlichen Konsenses in der Republik.....</u>	221
<u>Dieser Prozess wird mit einer Demokratischen Republik und einer demokratischen Verfassung enden.....</u>	230
<u>Glossar.....</u>	244

Anmerkung zur 2. Auflage als E-Buch

Der Schauprozess gegen Abdullah Öcalan im Jahre 1999 in der Gefängnisfestung auf der Insel Imrali, nur Wochen nach seiner völkerrechtswidrigen Entführung, war ein Wendepunkt in den türkisch-kurdischen Beziehungen. Rückwirkend lässt sich dies noch besser beurteilen.

Doch auch international hatte dieser Prozess Signalwirkung. Zwei Jahre vor dem 11. September wurde auf einer Insel ein Sonderrecht etabliert, das außerhalb akzeptierter Menschenrechtsnormen steht. Imrali wurde damit zum direkten Vorläufer von Guantanamo.

Öcalans bahnbrechende Verteidigungsrede erfuhr nicht sofort die verdiente Aufmerksamkeit. Seine Äußerungen vor Gericht wurden meist auf seine die Entschuldigung bei den Angehörigen der Kriegsoffer zu Prozessbeginn reduziert. Kein Wunder – schließlich durfte nach dem ersten Prozesstag kein Ton mehr gesendet werden. Buchstäblich kein Laut drang aus dem Prozesssaal nach außen.

So entging der Menschen der Türkei der gut begründete Aufruf zu einer Beilegung des Konflikts durch Demokratisierung, den gemeinsamen Aufbau einer „demokratischen Republik“. Dieser von Gegnern Öcalans bewusst missverstandene Begriff bezeichnet nicht die Türkei des Jahres 1999, sondern die Vision eines demo-

kratischen Systems, in dem alle Völker, Kulturen und religiösen Gruppen gleichermaßen respektiert und geschützt werden.

Doch für die meisten Menschen in der Türkei war mit dem Todesurteil gegen den PKK-Vorsitzenden die kurdische Frage endgültig vom Tisch, weitere Schritte beispielsweise in der Kulturpolitik nicht nötig. Konsequenterweise folgte hingegen die kurdische Seite Öcalans Aufrufen. Wieder und wieder wurden die Argumente seiner Verteidigungsrede diskutiert und gewogen und so trotz aller Schwierigkeiten und Angriffe der türkischen Armee fünf Jahre lang ein einseitiger Waffenstillstand aufrechterhalten. Der diametrale Widerspruch zwischen diesen beiden Sichtweisen führte dazu, dass seit einigen Jahren wieder die Waffen sprechen.

Öcalan selbst bezeichnet diese Verteidigungsrede als Friedensaufruf und hält sie noch immer für seine wichtigste. Tatsächlich hatte sie von allen seinen in der Haft verfassten Texten die größten unmittelbaren politischen Auswirkungen. Auch fast zehn Jahre nach ihrer Veröffentlichung ist nichts von ihrer Aktualität verloren, denn noch immer herrscht kein Frieden in der Türkei und in Kurdistan, noch immer ist die kurdische Frage nicht gelöst. Und noch immer ist Öcalan bereit, eine Rolle bei einer friedlichen Beilegung des Konfliktes zu spielen.

Da die 1. Auflage dieses historischen Dokuments mittlerweile vergriffen ist, möchten wir mit der Neuveröffentlichung der ursprünglichen Übersetzung den Text wieder der deutschsprachigen Öffentlichkeit zugänglich machen. Wir hoffen, so einen Beitrag zu einer friedlichen und gerechten Lösung des Konflikts leisten zu können.

Internationale Initiative »Freiheit für Abdullah Öcalan – Frieden in Kurdistan«

Vorwort zur Verteidigungsrede von Abdullah Öcalan

Kurdistan Informations-Zentrum

Die seit Jahrhunderten bestehende kurdische Frage ist auch am Anfang des 21. Jahrhunderts noch immer ungelöst auf der politischen Tagesordnung. Die Kurden sind das größte und älteste Volk der Welt, dem sein Recht auf Selbstbestimmung vorenthalten wird.

Nach dem Ersten Weltkrieg teilten die Siegermächte im Abkommen von Lausanne das Siedlungsgebiet der Kurden im ehemaligen Osmanischen Reich unter die neu entstandenen Staaten Türkei, Irak, Iran und Syrien auf. Seitdem ist das kurdische Volk vor allem in dem durch die Türkische Republik annektierten Teil Kurdistans brutaler Unterdrückung ausgesetzt: Massaker, Deportationen und systematisch betriebene Zwangsassimilation, gegen die es sich allein zwischen 1925 und 1938 in 16 Aufständen zur Wehr setzte.

Die kurdische Sprache und Kultur sind durch die Türkische Republik verboten. Jede Forderung der Kurden, dass universal gültige Menschenrechte auch für sie als Kurden zu gelten haben, wird mit dem Vorwurf des Separatismus belegt und unterdrückt. Die Existenz der Kurden ist durch Staat, Verfassung und Gesetze nicht anerkannt.

Diese unverändert unmenschlichen Lebensbedingungen der Kurden führten 1984 zur Aufnahme des bewaffneten Widerstandes durch die Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) unter der Führung von Abdullah Öcalan. Der türkische Staat bezeichnet diesen Widerstand offiziell als den „29. Aufstand“ in der Geschichte der Türkei. Die PKK führt den längsten organisierten Widerstand gegen den türkischen Staat und verfügt im Gegensatz zu bisherigen kurdischen Parteien über ein modernes Wertesystem. Während des Kampfes behauptete sie sich 15 Jahre lang militärisch gegen die Türkei, die innerhalb der NATO die zweitgrößte Armee besitzt; sie belebte das kurdische Bewusstsein, entwickelte es weiter und brachte die kurdische Frage auf die internationale Tagesordnung.

Diese Entwicklung steht in engem Zusammenhang mit der Aufnahme des bewaffneten Kampfes. Die Entstehungsbedingungen der PKK verdeutlichen dies: Nach dem letzten niedergeschlagenen kurdischen Aufstand 1938 in Dersim sollte das kurdische Bewusstsein endgültig ausgelöscht werden. Der türkische Staat betrieb eine systematische, wirkungsvolle Assimilationspolitik, um mit diesem Türkisierungsprozess die Grundlage weiterer Aufstände zu beseitigen. In den 70er Jahren bekannte sich kaum ein Kurde zu seiner Identität und Herkunft: die kurdische Identität war beinahe ausradiert.

Der Vorsitzende der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK), Abdullah Öcalan, analysiert auch in seiner folgenden Verteidigungsschrift die dieser Politik zugrunde liegende Absicht des türkischen Staates gegenüber den Kurden als eine der totalen Verleugnung und Vernichtung. Abdullah Öcalan stellt in seiner Verteidigungsschrift ausführlich die Entstehungsbedingungen und Entwicklungen der Türkischen Republik sowie der PKK dar.

In dem Zeitraum von 1961 bis 1980 putschte das Militär dreimal; außer dem bewaffneten Kampf war in dieser Situation kein anderes Mittel wirkungsvoll. Der letzte Militärputsch vom 12. September 1980 hat in den kurdischen Regionen und in der Türkei mit systematischer Repression ein gesellschaftliches Klima der

Angst erzeugt und jede Art alternativer politischer Äußerungen, Opposition und Organisation unterdrückt. Mit dem bewaffneten Kampf wirkte die PKK den Vernichtungsabsichten des türkischen Staates entgegen und durchbrach sie. Ebenso arbeitete die PKK daran, einen politischen Prozess der Lösung einzuleiten. Ab 1993 verkündete die PKK neben unzähligen anderen Friedensinitiativen drei einseitige Waffenstillstände. Die ersten beiden mussten beendet werden, da sie vom türkischen Staat jedes Mal mit Vernichtung beantwortet wurden. Der letzte Waffenstillstand vom 01. September 1998 wurde von der Türkei ebenfalls nicht zum Anlass genommen, Wege für eine Lösung zu suchen: Während die PKK eine Lösung auf politischer Ebene vorbereitete, wurde gegen Abdullah Öcalan, die PKK und somit gegen das kurdische Volk ein Komplott internationaler Dimension entwickelt. Schon 1996 wurde in Syrien ein Bombenattentat auf Abdullah Öcalan verübt, das fehlschlug. Als am 1. September 1998 Abdullah Öcalan zum dritten Mal einen einseitigen Waffenstillstand erklärte, wurde dieses Komplott fortgesetzt. Es wurde sowohl von der Türkei als auch den USA und Israel der Druck auf Syrien, die Anwesenheit Abdullah Öcalans nicht länger zuzulassen, soweit erhöht, dass der Beginn eines Krieges drohte. Um einen Krieg mit verheerenden Folgen für die Region und weltweit zu verhindern, verließ Abdullah Öcalan am 9. Oktober 1998 Syrien. Er wählte nicht die Möglichkeit, in die Berge Kurdistans zu gehen. Er entschied sich, nach Europa zu gehen, da er konsequent seine neue Friedensoffensive fortsetzen wollte. Am 12. November 1998 reiste er in Rom ein.

Konkrete Schritte auf diplomatischer Ebene zu erreichen, war sein Ziel. Europa, das sich als Verfechter von Demokratie und Menschenrechten ausgibt, sollte jenseits von Lippenbekenntnissen in die Pflicht genommen werden. Aber die Kurden mussten die bittere Erfahrung machen, dass die gepriesenen Werte Europas für das kurdische Volk keine Gültigkeit haben. Die europäischen Staaten, allen voran Deutschland, pflegen seit Jahrzehnten vielfältige Beziehungen zur Türkei und unterstützen diese politisch, wirtschaftlich und militärisch, da strategische Interessen

des Westens vor das Lebensinteresse der Kurden gestellt werden. An einer Lösung der kurdischen Frage waren europäische Staaten daher nicht ernsthaft interessiert, auch nicht zu dem Zeitpunkt, an dem Abdullah Öcalan mit seinem Friedenspaket in Europa eintraf, um den Prozess einer Lösung zu beschleunigen. Auch dieser Möglichkeit wurde keine Chance gegeben.

Die Verbündeten der Türkei, die USA, Europa und Israel, waren sich einig, Abdullah Öcalans Asylgesuch nicht stattzugeben. Dies eröffnete den Weg für die Geheimdienst-Operation, die zu seiner Verschleppung aus Nairobi, Kenia, in die Türkei führte. Mit der Auslieferung Abdullah Öcalans an die Türkei sollte die Geschichte der kurdischen Aufstände wiederholt werden. Denn alle Aufstände wurden durch die Gefangennahme und Hinrichtung der Führung niedergeschlagen und beendet. Aber diese Berechnungen gingen nicht auf, da sich die Geschichte entwickelt und daher nicht wiederholen lässt.

Auf die Entwicklung der Ereignisse seit dem 09. Oktober 98 reagierten die Kurden in allen vier Teilen Kurdistans und in den Ländern der Migration mit massenhaften Protestaktionen: Demonstrationen, Besetzungen, öffentlichen Hungerstreiks und annähernd 70 Selbstverbrennungen. Diese Einigkeit des kurdischen Volkes ist im Vergleich mit der Situation vorheriger Aufstände einmalig und von neuer Qualität: Im Denken der Kurden ist ein nationales Bewusstsein entstanden.

Es ist abzusehen, dass eine etwaige Hinrichtung Abdullah Öcalans durch die Türkei für die Türkei, die Region und auch weltweit schwerwiegende Konsequenzen nach sich zieht. Sowohl Krieg als auch Frieden hängen vom Leben Abdullah Öcalans ab. Abdullah Öcalan selbst ist sich dieser möglichen Entwicklungen bewusst und hält in großer Verantwortlichkeit an seiner Friedensoffensive fest.

In der Türkei gibt es Interessensgruppen, die die Fortführung des Krieges wollen, obwohl der seit 15 Jahren dauernde Krieg nicht nur der kurdischen, sondern auch der türkischen Bevölkerung schwere Verluste gebracht hat und obwohl zu sehen ist, dass

es im klassischen Sinn weder einen Gewinner noch einen Verlierer dieses Konfliktes geben wird. Die Türkei hat in der Region eine wichtige strategische Rolle und verfügt über ein großes Entwicklungspotential, das sie jedoch auf Grund der von ihr praktizierten Politik nicht nutzen kann. Der Staat wird von Gruppen beeinflusst und kontrolliert, die ausschließlich ihre Eigeninteressen verfolgen. Susurluk hat gezeigt, dass Staat und Mafia verstrickt sind und die Regierung ihrem eigentlichen Auftrag gemäß handlungsunfähig ist. Nur eine Beendigung des Krieges wird eine Veränderung dieser Verhältnisse möglich machen; denen, die vom Krieg profitieren, wird ihre Grundlage entzogen werden. Genau aus diesem Grund stellen diese sich gegen eine friedliche Lösung. Mit ihrem Triumph über die Verhaftung Abdullah Öcalans heizten sie den Chauvinismus in der Türkei an mit dem Ziel, eine Ethnisierung des Konfliktes zu betreiben und zwischen den Völkern unumkehrbar Feindschaft zu schüren. Heute sind sie es, die die Hinrichtung Abdullah Öcalans lautstark fordern. Die ungewisse, politische Entwicklung seit der Verschleppung Abdullah Öcalans haben die Befürworter des Krieges unter Führung der MHP für sich zu nutzen gewusst; ihren Einfluss üben sie ihren eigenen Interessen gemäß auf die Zukunft der Türkei und der Kurden aus.

Am ersten Tag des Prozesses gegen ihn legte Abdullah Öcalan dar, dass dieser Prozess keine rechtliche Grundlage habe, er jedoch die Verhandlung als Plattform nutzen wolle, um seine Analyse der politischen Situation vorzustellen und Auswege aus der Kriegssituation aufzuzeigen: er stellte sein Lösungspaket vor, das ein gleichberechtigtes und friedliches Zusammenleben des kurdischen und türkischen Volkes im Rahmen einer demokratischen Republik vorsieht. Dies war eine Ermutigung und Unterstützung derjenigen im türkischen Staat und der Gesellschaft, die für ein Ende des Krieges eintreten. Seitdem wurden breite Diskussionen geführt über bis dato tabuisierte Themen: die Legitimität der Rechtsprechung in der Türkei wurde in Frage gestellt, die Zusammensetzung der Gerichte wurde kritisiert, die Staatsideologie des Kemalismus zur Diskussion gestellt. Immer mehr Men-

schen befürworteten eine friedliche Lösung der kurdischen Frage und sprachen sich gegen eine etwaige Hinrichtung Abdullah Öcalans aus. Auch auf türkischer Seite wurden notwendige Reformen und konkrete Schritte zur Entspannung der Kriegssituation ausgearbeitet, die jedoch zur Lösung der Probleme der kurdischen und türkischen Gesellschaft nicht ausreichen. Diese ersten Schritte sind trotzdem nicht zu unterschätzen; sie sind der Beginn einer langen und schwierigen Entwicklung, die Gefahren in sich birgt.

Zum Zeitpunkt der Fertigstellung dieser Veröffentlichung beharren die Befürworter des Krieges auf der Hinrichtung Abdullah Öcalans. Er sagt dazu: „Ich entwickle den Friedensprozess im Schatten des Galgens.“

Der von Abdullah Öcalan initiierte Schritt der PKK enthält große Möglichkeiten für eine wirkliche Veränderung hin zu Frieden und Demokratie. Die Aufgabe jedes demokratischen Menschen ist, diesem Prozess zum Erfolg zu verhelfen.

Wir als Kurdistan-Informationszentrum (KIZ) setzen uns seit unserer Gründung für eine politische Lösung der kurdischen Frage ein. Die nachfolgend dokumentierte Verteidigungsschrift Abdullah Öcalans stellt einen wichtigen Beitrag dazu dar.

Kurdistan Informations-Zentrum, August 2000

Zur Verteidigungsrede von Abdullah Öcalan

Prof. Norman Paech

Am 15. Februar 1999 wurde Abdullah Öcalan auf dem Weg von der Residenz des griechischen Botschafters in Nairobi (Kenia) zum Flughafen entführt und in dem Flugzeug eines türkischen Geschäftsmannes gefesselt in die Türkei gebracht. Ein Gangsterstück, welches eine wochenlange Odyssee zwischen Damaskus, Moskau, Amsterdam, Rom und Athen beendete – der kriminelle Schlusspunkt unter einem wenig überzeugenden Kapitel europäischer Rechtskultur. Kein Staat wollte einem Mann Asyl gewähren, der darum nachsuchte und wie kein anderer politischer Flüchtling einen Anspruch auf eine Zuflucht gehabt hätte. Aber keine Regierung wollte seine Botschaft hören und sich ernsthaft auf die kurdische Frage einlassen, als ginge sie die Tragödie des kurdischen Volkes an der Peripherie Europas nichts an. Sie wollten ihm nicht einmal die Möglichkeit der Verteidigung seiner Sache vor einem Internationalen Tribunal geben. Aus Angst, dass dann der ganze Umfang einer Jahrzehnte langen Unterdrückungs- und Vernichtungsmaschinerie ihres NATO-Verbündeten der Weltöffentlichkeit präsentiert und in die Verhandlung eingebracht worden wäre, lieferten sie ihn der türkischen Gerichtsbarkeit aus. Dabei war ihnen nicht unbekannt, dass der Europäische Gerichtshof für Men-

schenrechte diese Gerichtsbarkeit bereits in zahlreichen Fällen gravierende Mängel an Rechtsstaatlichkeit bescheinigt und wegen Verstoßes gegen die europäischen Standards abgelehnt hatte.

Es ist unwesentlich, in welchem Umfang der Druck seitens der USA zur Verleugnung der eigenen Rechts- und Asyltradition geführt hat. Sie hatte bereits gemeinsam mit der Türkei Syrien zur Ausweisung Öcalans gedrängt. Übersehen wir dabei aber nicht, dass vor allem die deutsche Regierung sich dadurch erneut eines politischen Problems entledigen wollte, vor dem sie nicht nur Jahre lang die Augen verschlossen hatte, sondern bei dem sie mit politischer und militärischer Unterstützung zu der verzweifelten Eskalation eines Befreiungskampfes mit über 30 000 Toten, über 3 Mio. Vertriebenen, verheerenden Verwüstungen und Zerstörung des Lebensraums in Kurdistan, schweren Menschenrechtsverletzungen und Kriegsverbrechen beigetragen hat. Auch diese Menschenrechtsverletzungen sind in den bislang achtzehn Urteilen des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte gegen die Türkei festgestellt worden und zahllose weitere Prozesse sind anhängig.

Die Entführung war ein Gemeinschaftswerk der Geheimdienste der Türkei, der USA und Israels, soviel ist heute sicher. Gleichgültig, ob die Regierung Kenias über das Kidnapping informiert und ihm stillschweigend zugestimmt hat, nach den Strafnormen aller beteiligten Staaten ist es eine Freiheitsberaubung gewesen und damit strafbar. Da die Behörden Kenias aber nach allem was wir mittlerweile wissen, nicht zugestimmt haben, stellt dieser Piratenakt auch eine schwere Verletzung der territorialen Integrität und Souveränität Kenias dar und ist dementsprechend völkerrechtswidrig. Das allein schon begründet schwere Bedenken gegen eine Aburteilung des Entführten durch die Entführer. In den letzten dreißig Jahren hat sich in der Völkerrechtslehre zunehmend der Grundsatz durchgesetzt, dass aus einer Rechtsverletzung nie ein neuer Rechtstitel erwachsen kann: „ex iniuria ius non oritur“. Dieser Grundsatz ist in vielen Rechtsordnungen verankert. Nehmen wir die zahlreichen Absonderlichkeiten und

Rechtsverletzungen vor und während des Prozesses von Imrali hinzu, so wird das zwangsläufige Todesurteil vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte, wo es jetzt überprüft wird, keinen Bestand haben können.

Doch Rechtskultur hin und politisches Gangstertum her, die Entführung und der Prozess haben auch die politischen Koordinaten der Kurdenfrage verändert. Zweifellos kam Öcalan bereits mit der Intention eines grundsätzlichen Wechsels in der Strategie des Kampfes um die kurdische Identität und Selbstbestimmung nach Europa. Für die Öffentlichkeit formuliert hat er sie aber erst während des Prozesses. Es war weniger eine Rechtfertigung der Vergangenheit und schon gar nicht eine Verteidigung der ihm zur Last gelegten Taten. Es war viel mehr ein breitgefächerter Blick in die Zukunft, der Versuch eines programmatischen Anstoßes zu einem Dialog mit der türkischen Gesellschaft und Regierung, der bis jetzt so hartnäckig von dieser verwehrt wird.

Die hier ins Deutsche übertragene Verteidigungsrede von Abdullah Öcalan ist als erneutes Angebot zur Eröffnung eines politischen Dialogs über das Zusammenleben des türkischen und des kurdischen Volkes in einem gemeinsamen Staat zu verstehen – auf der Basis sehr weitgehender strategischer Entscheidungen. Diese reichen zurück bis in das Jahr 1995, als die PKK definitiv auf das Projekt eines eigenen Staates verzichtete und die Zukunft des kurdischen Volkes innerhalb der Grenzen der Türkei definierte. Die türkische Regierung ist nie auf diesen fundamentalen Wandel in der kurdischen Politik eingegangen, sondern verfolgt bis auf den heutigen Tag Journalisten und Politiker, die sich der kurdischen Frage widmen, mit dem Vorwurf des Separatismus und Inhaftierung. Ebenso wenig hat das türkische Militär die drei Waffenstillstandsangebote der PKK von 1993, 1995 und 1998 angenommen, da es eine Lösung der Kurdenfrage nur auf der Basis eines militärischen Sieges und der bedingungslosen Kapitulation der kurdischen Guerilla suchte. Selbst die jüngste Entscheidung der PKK, auf weitere militärische Aktionen definitiv zu verzichten und die Guerilla aus ihren Kampfgebieten

zurückzuziehen, führt bisher auf der türkischen Seite noch nicht zu einer entsprechenden Deeskalation. Immer wieder kommt es zu militärischen Aktionen der türkischen Seite, die es der kurdischen Guerilla offensichtlich nicht erlauben, vollkommen abzurüsten und zu demilitarisieren, um nicht auf einen Verteidigungsschutz zu verzichten. Dennoch ist der Gewaltverzicht glaubwürdig und der Rückzug der Guerilla weit fortgeschritten.

Die Verteidigungsrede lässt keinen Zweifel daran, dass der Gewaltverzicht endgültig und definitiv ist. Wenn sie das Drehbuch der neuen Weltordnung auch ablehnt, welches von den USA und der von ihr dominierten NATO diktiert wird, kann sie es doch nicht ignorieren. Wer das neue Strategiedokument studiert, welches im April 1999 zum 50-jährigen Jubiläum der NATO in Washington verabschiedet worden ist, weiß, dass ein Kampf nach dem Vorbild der kolonialen Befreiungskämpfe gegen ein Mitglied dieses Herrschaftsbündnisses nicht mehr erfolgreich sein kann. Was die eritreische Befreiungsfront in einem dreißigjährigen blutigen Befreiungskampf gegen Äthiopien noch erreichen konnte, ist gegen einen NATO-Staat nicht möglich. Der Zerfall Jugoslawiens in mehrere souveräne Einzelstaaten fand die Unterstützung der NATO, und er ist unter ihrem Schutz noch nicht abgeschlossen. Gegen ihren Willen wäre er nicht erfolgt. Denn die Erosion von Staaten enthält immer ein unkalkulierbares Moment der Destabilisierung, welches die NATO laut Strategie vom April 1999 notfalls mit militärischer Intervention überall dort, wo die Interessen ihrer Staaten berührt werden, verhindern wird. Und solch ein sensibles Interessensfeld stellt der Südosten der Türkei dar. Die NATO hat lange genug gezeigt, dass sie den Zerfall der Menschenrechte, die Unterdrückung eines Volkes und die Vernichtung seiner Identität bereit ist hinzunehmen, wenn die Stabilität ihres strategischen Koordinatensystems in der Region gesichert bleibt. Das kurdische Volk und die PKK mussten einsehen, dass in einer unipolaren Weltordnung ohne das klassische Gleichgewicht konkurrierender Weltmächte und ohne das Funktionieren eines kollektiven Sicherheitssystems wie die UNO der isolierte Kampf

eines einzelnen, durch mehrere Staatsgrenzen geteilten und in sich nicht einigen Volkes militärisch keine Chance hat. Dieser Satz darf allerdings nicht vergessen machen, dass es der bewaffnete Kampf war, der das kurdische Volk vor der Auslöschung seiner Identität bewahrte. Ohne diesen Kampf hätte sich das kurdische Bewusstsein nie zu einer Identität stiftenden Kraft entwickelt und wäre die kurdische Frage wohl kaum auf die internationale Tagesordnung gesetzt worden. Und die türkische Seite? Der Krieg hat sie keinen Schritt näher an die Lösung der kurdischen Frage herangebracht aber immer mehr in den Sumpf des Staatsterrors, der Korruption und Folter hinuntergezogen. Der Krieg hat nicht nur ihr Land, sondern auch ihr politisches System verwüstet.

Der grundsätzliche Wechsel der Befreiungsstrategie von der militärischen Bekämpfung des kemalistischen Systems von außen zu einem Kampf um seine Demokratisierung mit ausschließlich politischen Mitteln von innen ist daher die logische Folgerung aus dem Scheitern des Krieges. Und es ist die zentrale Botschaft dieser Verteidigungsrede. Sie lautet, dass das Ziel der Anerkennung der Identität des kurdischen Volkes, seines Selbstbestimmungsrechts mit allen seinen kulturellen, politischen und ökonomischen Folgerungen für eine menschenwürdige Existenz innerhalb eines gemeinsamen Staatsverbandes nicht aufgegeben wird, dass der Weg zu ihm aber nur über die durchgreifende Demokratisierung aller Institutionen der türkischen Gesellschaft führt. Und diese Botschaft sollte den Regierungen der NATO- und EU-Staaten nicht allzu fremd klingen. Es werden keine Rezepte oder Modelle der Demokratisierung gegeben, sei es der Föderalisierung, der Autonomie oder anderer Formen kooperativer Selbstverwaltung. Die Rede ist ein Bekenntnis zur Integration und ein Angebot zu gemeinsamen Bemühungen um Demokratie. Es werden die zentralen Unzulänglichkeiten des politischen Systems benannt, die unheilvolle Dominanz des militärischen Apparats, das grob gestrickte Netz politischer Korruption, die Abwesenheit einer rechtsstaatlichen Tradition und die Schwächen eines zu einer antidemokratischen Staatsideologie erstarrten Kemalismus. Die

Perspektive geht allerdings über die türkischen Grenzen hinaus und erfasst ebenso die kurdische Existenz im Iran, Irak und Syrien.

Das kurdische Volk muss aus dem tödlichen Zirkel herauskommen, in den es durch staatliche Unterdrückung, Verachtung und Vernichtung und immer wieder aufflammende Aufstände mit den Nachbarvölkern eingepfercht ist. Da diese Völker derzeit keinen Ausweg finden, muss das kurdische Volk selber den Teufelskreis durchbrechen. Die äußere Lage des Autors und zum Tode Verurteilten erscheint schmachvoll und das Odium der Niederlage kaum günstig für ein erfolgreiches Angebot zu einem gemeinsamen Aufbruch gleichberechtigter Partner. Aber politische und militärische Niederlagen sind nicht immer historische Niederlagen, die die Lösung des Konfliktes nur auf der Leiche des anderen ermöglichen. Öcalan weist in seiner Rede darauf hin, dass er den Wechsel seiner Politik seit dem Waffenstillstandsangebot von 1993 im Auge hatte. Das ist lange Zeit wohl verkannt worden. Die veränderte Strategie ist kein Produkt von Verhaftung und Prozess, beide waren aber entscheidende Katalysatoren ihrer Formulierung. Was in der Öffentlichkeit gern als persönliche Niederlage eines gescheiterten Guerilla-Führers interpretiert wird, entpuppt sich nun als zwar schmerzliche aber politisch gewinnbringende Etappe auf dem Weg der politischen Lösung – wahrscheinlich gegen die Absicht der Entführer, aber letztlich doch zu ihrem Nutzen. Schauen wir zu den Nachbarn: All die militärischen und politischen Niederlagen der PLO haben Israel nicht davor bewahrt, schließlich mit ihr am gleichen Tisch verhandeln zu müssen.

Die Dialektik der Geschichte wird nicht durch militärische Siege vorangetrieben, sondern durch die politische Klugheit und kämpferische Zähigkeit dessen, der sein historisch unanfechtbares Anliegen auch zum Zeitpunkt der vermeintlichen Aussichtslosigkeit nicht aus den Augen verliert. Und zumindest in der Türkei gibt es deutliche Anzeichen dafür, dass die Botschaft aus dem Gefängnis einen intensiven Prozess der Reflexion über die

Zukunft der Demokratie in der eigenen Gesellschaft freigesetzt hat.

Die Verteidigungsrede ist ein Dokument dieser Reflexion. Sie richtet sich nicht nur an das türkische, persische oder arabische Volk und seine Regierungen, sondern auch an das eigene in viele Fraktionen zersplitterte Volk – nicht zuletzt aber auch an uns Deutsche und unsere Regierung, die die PKK immer noch als kriminelle Organisation stigmatisiert und verfolgt. Die Politik der militärischen und politischen Unterstützung des türkischen Krieges hat zweifellos keinen Beitrag zur Demokratisierung in der Türkei geleistet – ebenso wenig wie der Guerillakampf. Dieser ist nun beendet, ein neuer Vorschlag liegt auf dem Tisch. Er ist es wert, genau studiert zu werden.

Norman Paech, Juli 2000

Verteidigungsrede im Prozess auf Imrali

Erklärung zur demokratischen Lösung der kurdischen Frage

Eine Wende im demokratischen Lösungsprozess

Einleitung

Meine Verteidigung enthält in erster Linie keine detaillierte Antwort auf die Anklageschrift des Hauptstaatsanwaltes der Republik, sondern eine Bewertung des letzten Aufstands der Kurden unter Führung der PKK und die Möglichkeiten einer historischen Versöhnung und Lösung der Kurdenfrage. Das halte ich für viel wichtiger als meine persönliche Verteidigung. Ich habe versucht, die Friedenschancen in diesem bewaffneten Konflikt zu zeigen, der als ein Krieg von mittlerer Größenordnung betrachtet werden kann.

Diese Ansicht habe ich zum ersten Mal in der Ära des Staatspräsidenten Turgut Özal formuliert. Auf der Pressekonferenz vom 15. März 1993 hatte ich erklärt: Unsere Haltung besteht nicht darin, dass wir uns sofort von der Türkei trennen wollen. In die-

ser Hinsicht sind wir Realisten. Das darf nicht einfach als bloße Taktik aufgefasst werden. Es gibt zahlreiche Gründe hierfür. Wer die Geschichte sowie die politische und ökonomische Lage unserer beiden Völker kennt, weiß, dass es keine Trennung geben wird. Beide Völker sind eng miteinander verbunden. Wie ich in vielen Interviews erklärt habe, streben wir eine Neugestaltung der Beziehungen an.

Es herrschen jahrtausendealte Beziehungen und jahrtausendealte Widersprüche, die sich zu einem gordischen Knoten verknüpfen haben. Unsere Grundauffassung ist, dass diese Beziehungen auf einer freien und gleichberechtigten Basis neu gestaltet werden müssen. Ständig werden wir „Separatisten“ genannt; doch genau diese Haltung fördert den Separatismus.

Unsere gegenwärtigen Beziehungen lassen sowohl das kurdische als auch das türkische Volk ausbluten und zerstören ihre Lebensgrundlagen.

Bevor mich internationale Mächte durch ein Komplott in die Türkei entführten, sagte ich anlässlich des einseitigen Waffenstillstands vom 1. September 1998 deutlich: Krieg ist ein Wahnsinn, wenn er nicht aus einem sehr wichtigen Widerspruch entsteht. Vor allem dürfen blinder Terror und Gewalt nie einen Platz unter den Menschen erhalten. Wenn die massive Gewalt, der wir ausgesetzt sind, verringert oder beendet würde, wenn die Menschenrechte und die Entwicklung der Demokratie die Beziehungen bestimmen würden und zur Lösung des Konfliktes der politische Dialog gesucht würde, dann – so denke ich – gibt es kein Volk und keine Partei, die sich mehr nach friedlichen Methoden sehnt als wir.

Ich habe weiter ausgeführt: Das Hauptproblem der Türkei besteht zur Zeit darin, dass die Demokratie vor demagogischem Missbrauch bewahrt werden muss, damit sie sich wieder am Volk orientiert, wie es ihrem ursprünglichen Sinn entspricht.

Das bedeutet nicht, die Republik zu verunglimpfen. Auf keinen Fall bedeutet es, sie zu spalten oder zu teilen. Es bedeutet die Demokratisierung der Republik. Sie liegt im Interesse der Türkei.

Das bedeutet auch, dass die völlig erschöpfte Türkei beginnen kann, Atem zu holen. Diejenigen, die für die Republik Verantwortung tragen, müssen vor allem den Mangel an Demokratie in den Mittelpunkt stellen.

Über die Gewalt sagte ich Folgendes:

Wir sind diejenigen, die am meisten unter der Anwendung von Gewalt gelitten haben. Wer darf uns tadeln, dass wir in einer Situation unendlich ungleicher Machtverteilung die Selbstverteidigung wählten, um unsere legitimen Menschenrechte und unsere Identität und Kultur zu bewahren und um uns vor der Vernichtung zu retten. Wir haben nur ein Grundrecht in Anspruch genommen, das in der Deklaration der Vereinten Nationen und auch in der Verfassung der Türkischen Republik enthalten ist.

Ich habe diese Zitate aus folgendem Grund gewählt: Einige Leute könnten fälschlicherweise behaupten, dass ich diese Ansicht unter den schwierigen Bedingungen der Einzelhaft entwickelt hätte. Auch die Anklageschrift erzeugt den Eindruck, dass diese Ansichten, die ich bei früheren Vernehmungen vertreten habe, keine große Bedeutung hätten. Aber alle meine Erklärungen zeigen das Bedürfnis, die ideologischen Standpunkte der 70er-Jahre und die von ihnen geprägten Programme der PKK zu überwinden und die politischen Strukturen der heutigen Welt und der Türkei der 90er-Jahre zu verändern. Sie betonen nachdrücklich, dass die Prinzipien und Programme vor dem Hintergrund dieses großen Experiments überprüft und revidiert werden müssen. Meine Haltung dazu wird sich in diesen Jahren weiter entwickeln.

Dasselbe gilt für mein Verständnis von Gewalt. Im Sinne der Verteidigung der Menschenrechte, der Identität und der kulturellen Existenz ist Gewaltanwendung nicht abzulehnen. Es ist allgemein bekannt, dass innerhalb der Organisation ein intensiver Kampf gegen alle Formen von Gewalt geführt wurde, die über diesen Rahmen hinausgehen.

Die Anklageschrift differenziert in dieser Frage überhaupt nicht. Außerdem ist es nicht objektiv, alles als „Terror“ zu bezeichnen und die gesamte Schuld einer Seite zuzuschreiben. Ich habe

es nicht für notwendig gehalten, diese Punkte ausführlich zu kritisieren und mich dagegen zu verteidigen. Vielleicht werden meine Rechtsanwälte auf diese Fragen in ihren juristischen Plädoyers genauer eingehen.

Wie immer man es nennen will, mit Namen, Ursprung und Zielen – für mich ist die wichtigste Aufgabe, die Notwendigkeit des Friedens für jene umfangreiche bewaffnete Auseinandersetzung aufzuzeigen, die offiziell als „Krieg niederer Intensität“ bezeichnet wird. Das Prinzip „jeder Krieg hat einen entsprechenden Frieden“ und die Suche nach einer konstruktiven Lösung ist das Hauptziel meiner Verteidigung geworden. Es ist von großer Bedeutung, die Vergangenheit zu beurteilen, die Programme und die politische Linie der Realität anzupassen, um eine Lösung zu fördern. Genau das wurde von mir erwartet. Die Umwandlung in eine Plattform für den Frieden ist der beste Weg, um das fortzusetzen, worum ich mich vor meiner Entführung bemüht habe.

Im Allgemeinen bewegen sich PKK-Verteidigungen zwischen zwei Extremen: Entweder die hartnäckige Verteidigung der klassischen Linie oder ihre Preisgabe. Beides versperrt den Weg zu einer Lösung. Bei meiner Verteidigung habe ich es mir zur Pflicht gemacht, diese Linien zu überwinden.

In meiner Verteidigung vertrete ich weder den klassischen kurdischen Nationalismus noch dessen linke Version, die von der gleichen Tendenz geprägt ist. Die jetzige Periode hat diese Tendenzen überwunden. Ich habe es nicht für nötig erachtet, lange Diskussionen über Geschichte, Gesellschaft und Identität zu führen. Es ist besser, diese Themen der Wissenschaft und den Wissenschaftlern zu überlassen. Politische Hintergründe hat das Auslassen dieser Themen nicht. Aber davon abgesehen haben wir zu diesen Fragen schon viele Einschätzungen gegeben. Dies gilt auch für die politische Kritik der Türkei. Viel diskutierte Themen zu wiederholen schien mir nicht so kreativ. Dies gilt auch für die Programme der PKK, die Organisation und die Art ihrer Aktivitäten. Anstatt mich mit den Themen zu befassen, zu denen ich mich früher schon geäußert habe, fand ich es wichtiger zu erklären,

welche Art von Änderung notwendig ist, um das heutige Bedürfnis nach einer friedlichen Lösung zu befriedigen. Parteien sind nur Mittel zum Zweck. Wenn sie sich nicht den Bedürfnissen der Zeit anpassen können, werden sie ein Hindernis und können nicht verhindern, dass sie überwunden oder vernichtet werden. Eine unproduktive Wiederholung, und mag sie noch so heldenhaft sein, kann nicht viel zum Freiheitsideal beitragen.

Bei meiner Verteidigung habe ich mich weniger darum gesorgt, mich im juristischen Sinne zu verteidigen. Meiner Meinung nach ist es in einer Periode, wo der Staat sogar die existierende Verfassung nicht anwendet und außerdem auf der Ablehnung der kurdischen Identität besteht, viel wichtiger, die ethische und politische Notwendigkeit des Widerstands zu betonen. Dies wird vielleicht keinen Einfluss auf das Urteil haben. Es wird jedoch den künftigen Generationen ein wertvolles Erbe für die Lösung der Probleme hinterlassen. Darum habe ich mich stets bemüht.

Ich habe diese Themen als Thesen dargelegt, ohne mich um die einzelnen Details zu kümmern. Unter den aktuellen Bedingungen sah ich hierfür keine Notwendigkeit, ohnehin gab es dazu kaum die Möglichkeit.

Der Inhalt meiner Verteidigung konzentriert sich auf die Konzeption der „demokratischen Lösung“, auch wenn dies Wiederholungen beinhaltet. Ich habe diese Konzeption, die ich früher nur cursorisch behandelt habe, genau und in Einzelheiten erörtert. Das Buch „Die demokratische Zivilisation“ von Leslie Lipson, das ich zufällig gefunden habe, hat auch dazu beigetragen. Das „Selbstbestimmungsrecht der Nationen“, welches in den 70er-Jahren im Schwange war und ausschließlich im Sinne der Gründung eines eigenständigen Staates definiert wurde, stellte in dieser Form wirklich eine Sackgasse dar.

Im Falle Kurdistan hat es eine Lösung erschwert. Ich persönlich versuchte, dies in der oben genannten Form zu überwinden. Ich sah in der Praxis, wie überholt und teilweise destruktiv solche Alternativen wie separater Staat, Föderation, Autonomie und ähn-

liche Wege im Vergleich zum Reichtum einer demokratischen Lösung sind. Deshalb schien es mir sehr wichtig, mich auf das demokratische System zu konzentrieren. Dabei spielte eine große Rolle, dass der militärische und bewaffnete Weg allmählich in eine Sackgasse geriet. Da der Zyklus von Rebellion und Unterdrückung typisch für traditionelle Aufstände ist, wurde dringend eine Methode gesucht, die nicht auf Zwang und Gewalt beruht – eine Methode, die nicht nur für die kurdische Bewegung, sondern überall in der Welt benötigt wird.

Die Besonderheit der türkisch-kurdischen Beziehungen, die Realität des Nationalpakt¹ und der politischen und militärischen Situation ließen kaum einen anderen Weg zu, als in einem demokratischen System eine historische Lösung zu suchen. Die tiefe Sehnsucht nach Frieden, die auf beiden Seiten besteht, ist die Grundlage unseres Angebotes. In der Welt gibt es eine großartige Vielfalt von Beispielen, wie sehr der demokratische Weg zur Lösung militärischen Lösungen und auch den alten politischen Methoden überlegen ist.

Dieses Angebot mildert das grundlegende Problem der Türkei. Es wirkt in der historischen Etappe der allgemeinen Demokratisierung wie ein Heilmittel.

Außerdem bewegte sich der Staat in eben diese Richtung, indem er indirekt und allmählich eine Politik und Programme gestaltete, die auch bei uns ihren Niederschlag fanden. Daher habe ich nicht gezögert, dieses Thema optimistisch anzugehen und das Notwendige in der Praxis mit ganzer Kraft umzusetzen. Es wäre reichlich optimistisch und auch gefährlich, wenn ich behaupten würde: „Die beiden Seiten erreichen eine Vereinbarung.“ Aber ich bin fest überzeugt und habe den Eindruck, dass früher oder später dies der geeignete Weg ist, um die Probleme zwischen allen anderen zu lösen.

1 Der „Nationalpakt“, im Türkischen „Misak-i Milli“, in dem die Unabhängigkeit der Gebiete mit „türkischer Bevölkerungsmehrheit“ festgelegt wurde (siehe Glossar)

Der letzte Abschnitt handelt von meiner persönlichen Situation. Vielleicht war dies nicht nötig. Ich habe es als Ergänzung für notwendig erachtet. Denn: Ich habe es mir zur Methode gemacht, die Suche nach der großen Freiheit an Hand meiner eigenen Person zu analysieren. Es wurde von mir erwartet, dies auch hier zu versuchen. Eine entsprechende Antwort auf die Anklageschrift könnte aufklärend wirken.

Folgendes habe ich festgestellt: Mein Leben ist von der Parole geprägt: „Gebt mir meine Freiheit oder tötet mich.“ Eine andere Position ist für mich undenkbar. Aber ihren Inhalt offenzulegen, ihre Feinheiten auszuführen war ziemlich lehrreich für mich. Meine größte Angst ist zur Zeit, diese humanitäre Aufgabe nicht vollenden zu können. Deshalb ist meine größte Erwartung, die ich an das Leben richte, dass ich meine Persönlichkeit weiter entwickeln kann; dass ich mich von einem Rebellen für die Freiheit zu einem Kämpfer für den Frieden und die Freiheit entwickle. Um den Charakter eines Mannes des Friedens und einer Gesellschaft des Friedens zu analysieren, sind weit größere theoretische Bemühungen notwendig, als man sich vorstellt. Sie erfordern sowohl politische, soziale als auch detaillierte psychologische Analysen. Bei der politischen Arbeit habe ich einen starken Mangel daran empfunden.

Wie ich bereits erwähnt habe, ist ein Krieg oder jede Gewalt, die keinen edlen, heiligen und wirklich notwendigen Frieden zum Ziel hat, Wahnsinn. In Übereinstimmung mit diesem Prinzip war es wichtig, gründlich zu erläutern, wie die theoretischen, aber auch die moralischen, politischen und praxisbezogenen Seiten einer Persönlichkeit, die sich dem Frieden gewidmet hat, auszusehen haben.

Mit diesen Merkmalen legt meine Verteidigung auf bemerkenswerte und kreative Weise die momentan stattfindende, tiefgreifende demokratische Bewegung der Türkei dar und zeigt auf, dass diese die Form einer grundlegenden Eigenschaft der Republik annimmt und in dieser historischen Phase bezüglich der kur-

dischen Frage mit deren Geist, Bewusstsein und Willen zur demokratischen Einheit mit der Republik ein Ganzes wird.

Gleichzeitig betont meine Verteidigung die Notwendigkeit einer entsprechenden Wandlung unserer Organisation und unseres Volkes. Meine Verteidigung glaubt, dass anstelle des inzwischen klassischen Zyklus des Tötens und Getötetwerdens das Leben und Lebenlassen unseren modernen Zeiten besser entspricht. Meine Verteidigung endet mit der Hoffnung auf ein 21. Jahrhundert, das eine neue historische Etappe verkörpert. In ihr stellt die Demokratische Republik und die demokratische Einheit eine ungleich stärkere Kraft der Konfliktbewältigung dar; stärker als die nahezu zwei Jahrhunderte alte Tradition von Revolten und Aufständen sowie der Unterdrückung und Verleugnung eines Volkes.

Sieger am Ende des 20. Jahrhunderts: Die Demokratie

Die Wurzeln des demokratischen Systems reichen bis in die frühe Geschichte der Menschheit. Seine umfassende Bedeutung als staatliches System erlangte es im Athen der Antike. Die Demokratie ist das realistischste System, das dem Einzelnen die größte Freiheit schenkt, weil es der Gesellschaft die Selbstverwaltung erlaubt. Sie bezieht sich auf den natürlichen Zustand der Gesellschaft und zieht daraus ihre reale Kraft. Autoritäre Regime können zwar sprunghafte Entwicklungen verursachen, aber, wie stark sie auch immer in ihrer Periode sein mögen, ihre Entfremdung von der gesellschaftlichen Realität bewirkt früher oder später ihren Niedergang. Von den gigantischen Sklavenhalterimperien bis zu den kapitalistischen, faschistisch-totalitären Diktaturen, sogar die realsozialistisch-totalitären Systeme – sie alle haben das gleiche Schicksal erlebt.

Dass die Demokratie ihren vollständigen Sieg in diesem beachtlichen Zeitalter von Technik und Produktion errungen hat, ist nicht grundlos; es ist mit den Mechanismen des demokrati-

schen Systems eng verbunden. Kein System konnte die Gesellschaften und somit die Individuen in ihrer Echtheit und Kreativität so sehr fördern. Es nimmt seine Kraft aus der Befreiung. Demokratie ist einfach, entwickelt sich aber langsam. Es ist heute aber bewiesen, dass ihre Resultate größer als die der sogenannten starken, schnell fortgeschrittenen Regime sind.

Demokratien sind im Besitz einer evolutionären Sprache, aber im Grunde stützen sie sich auf Revolutionen. Wichtig ist, wann die Revolution demokratisiert werden kann. Revolutionen, die nicht imstande waren, sich zu demokratisieren, gehen entweder in eine Diktatur über oder fallen in die Anarchie zurück und degenerieren. Revolutionen, die sich demokratisieren konnten, können kontinuierliche und kreative Entwicklungen vorweisen. Auf der Ebene der Revolution stehen zu bleiben bedeutet, wie die Konterrevolution auch, in jeder Art von konservativem Bürokratismus stecken zu bleiben.

Damit ist ersichtlich, worin das Geheimnis der historischen und gegenwärtigen Stärke derjenigen Gesellschaften liegt, welche die Demokratisierung gut entwickeln können.

Die heute existierenden Demokratien entwickelten sich im 17. und 18. Jahrhundert zunächst auf der Ebene der Idee mit noch sehr einfachen und konfusen Formen. Ihre institutionelle und administrative Ausformung nahm seit Mitte des 19. Jahrhunderts an Geschwindigkeit zu. Während des 20. Jahrhunderts widerstand die Demokratie der grausamen totalitären Diktatur des Faschismus und ihrem Widersacher, dem Realsozialismus. Am Ende des 20. Jahrhunderts erklärte die Demokratie ihren endgültigen Sieg. Die beiden totalitären Systeme, die eine sehr schnelle ökonomische Entwicklung durchliefen, brachen zusammen, weil sie die Freiheit und die kreativen Fähigkeiten des Individuums und der Gesellschaft exzessiv unterdrückten. Zwang kann eine schnelle Entwicklung provozieren, führt jedoch auch schnell zum Zerfall.

Das demokratische System entwickelt sich zwar langsam, ist jedoch nicht leicht zu zerstören und zu stürzen, denn das Individuum und die Gesellschaft sind nicht ohne weiteres vom System

zu trennen. Daraus zieht die Demokratie ihre Stärke. Dass die Gesellschaft sich entwickelt, d.h. sich eine wissenschaftliche Stärke aneignet, steht vor allem in direktem Zusammenhang mit dem Niveau der Demokratie. Es ist kein Zufall, dass die wissenschaftlichen und künstlerischen Persönlichkeiten sich in den Gesellschaften entwickeln, welche die größte Freiheit geben.

Mit der Auflösung des realsozialistischen Systems in den 90er-Jahren und seiner Umwandlung in eine Art von Demokratie, steht der große Fortschritt der Demokratie tatsächlich erst am Anfang. In gewissem Sinne werden die hartnäckigen Überbleibsel der alten Systeme ihren Einfluss weiterhin ausüben, deshalb wird eine reine Demokratie nicht zustande kommen, aber die Entwicklung in diese Richtung wird weiter andauern.

Das Wichtigste ist, demokratische Werte anzuwenden, um gesellschaftliche Probleme zu lösen und die Gesellschaft zu regieren. Die beste Politik und der beste Politiker werden ihre Identität bei den Persönlichkeiten, bei der Partei und bei der Führung suchen, die diese Prinzipien vertreten.

Gesellschaften, in denen nach einer revolutionären Explosion, welche die grundlegendsten Widersprüche offenlegte, die Demokratie aufblühte, versuchen, die Widersprüche und Interessen der Individuen und gesellschaftlichen Gruppen mit gewaltfreien Mechanismen, durch Parteien und staatliche Institutionen zu regeln. Wenn in einer Gesellschaft diese Reife erreicht wird, ist nichts weiter nötig, als die Prinzipien und Institutionen genau zu definieren, um sie dann für die Lösung aktueller Probleme anwenden zu können. Das bedarf der Kreativität der politischen Führer und macht das demokratische Wesen der politischen Führung aus.

Die Kunst einer erfolgreichen demokratischen Politik erfordert die Fähigkeit, die Interessengruppen und die Natur sozialer Konflikte genau zu definieren und die Beziehungen zwischen ihnen friedlich auszubalancieren. Sie schließt die Fähigkeit ein, Macht auszuüben und Macht abzugeben. Reichtum, Armut oder die Größe einer Gesellschaft spielen nicht die Hauptrolle für eine demokratische Praxis. Demokratie kann in allen Gesellschaften

existieren. Einzig notwendig sind vielleicht eine oder einige revolutionäre Etappen.

Demokratie hat wenig mit Staatsgrenzen oder mit der Existenz des Staates zu tun. Demokratische Systeme behandeln weniger diese Themen, sondern vielmehr die Interessen, die Freiheit und Gleichheit gesellschaftlicher Gruppen und Individuen. Demokratie hat zu tun mit den Gesetzmäßigkeiten und Regeln, nach denen politische Institutionen und Regierungen zur Macht gelangen und sie wieder abgeben. Die Staatsgrenzen sind gegeben. Sie sind der Rahmen, innerhalb dessen Politik gemacht wird. Zwang verletzt die Demokratie. Demokratische Politik hat nicht die Existenz und Unteilbarkeit des Staates zum Gegenstand. Sie beschäftigt sich intensiv mit der Form des Staates, seiner Art, mit sozialen Problemen umzugehen, und mit seinen Gesetzen und Mechanismen, wie er politisch-moralische Werte auswählt und abgrenzt; und Demokratie hat mit der Repräsentation von Macht und der harmonisch-friedlichen Übergabe von Macht zu tun. Die Anerkennung derjenigen Gruppen und Individuen, deren Interessen und Freiheiten bisher nicht respektiert werden, sowie ihre Integration in das System sind ebenfalls wesentliche politische und ethische Voraussetzungen der Demokratie. Solange es in der Gesellschaft Individuen gibt, deren Freiheit und Gleichberechtigung nicht anerkannt werden, und Gruppen, die unterdrückt und ihres Willens beraubt werden, ist die Demokratie mit schweren Mängeln behaftet. Werden diese nicht mit demokratischen Methoden – das bedeutet ohne Gewalt – überwunden, so wird eine revolutionäre Etappe, ein Aufstand oder ein Krieg eingeleitet, der sehr viel Blut kosten, aber auch den Weg für eine neue Phase der Demokratie ebnen wird.

In Gesellschaften, in denen Dogmatismus, autoritäre Prinzipien und Institutionen verwurzelt sind, erfordert die demokratische Entwicklung vor allem einen Kampf gegen diese Schablonen. Dogmatismus und Traditionalismus sind der Nährboden autoritärer und totalitärer Regime.

Demokratie bedeutet nicht gleichzeitig Prinzipienlosigkeit und die Abwesenheit von traditionellen Grundlagen und Institutionen. Ihre Prinzipien sind Freiheit, Gleichberechtigung, keine Gewaltanwendung, evolutionäre Entwicklung, Respekt vor den Rechten und Verantwortlichkeiten sowie Lösungen auf der Grundlage von Konsens. Demokratie ist eng verbunden mit der wissenschaftlichen Beschreibung der Gesellschaft und der Aufklärung. Mit diesen Qualitäten stellt die Demokratie einen wundervollen Weg dar, verantwortungsbewusste Individuen und entwickelte gesellschaftliche Schichten zu schaffen.

Mit diesem umfangreichen Rahmen zur Darstellung der Demokratie haben wir aufgezeigt, weshalb sie sowohl verantwortlich für den Fortschritt der Wissenschaft, der Technik und einer aufgeklärten Gesellschaft als auch das Resultat dieser Entwicklung ist.

Das Versagen des Faschismus mit seinem erstickenden Totalitarismus und des bürgerlichen Nationalismus, der Demokratiemangel der Arbeiterklasse mit ihrem extrem egalitären Totalitarismus hängen damit zusammen, dass sie den oben beschriebenen demokratischen Rahmen verlassen haben. Es scheint, dass sich das demokratische System im neuen Jahrtausend durchsetzen wird und seine Ausbreitung und Vertiefung in allen Gesellschaften nicht verhindert werden kann. Diejenigen, die sich ihm widersetzen, werden verlieren; aber diejenigen, die die Demokratie praktizieren, werden mit Sicherheit gewinnen.

Die Tagesordnung in der Türkei:

Staat und gesellschaftliche Demokratie

Ohne die türkische Gesellschaft und ihre jüngere Geschichte vor dem Hintergrund demokratischer Theorien zu analysieren, können die Lösungspakete für eine Demokratie, die in der letzten Zeit häufig auf die Tagesordnung gebracht werden, nicht verstanden werden. Sonst würden die Probleme noch komplizierter statt durchschaubarer.

Folgende Faktoren führten zum Zusammenbruch des Osmanischen Reiches: Es konnte sich nicht zu einer Macht in der Art Großbritanniens oder Russlands entwickeln; es erlaubte keine demokratische Entwicklung seiner Strukturen; die Macht des Sultans konnte nicht von den Feudalherren und Fürsten im Sinne des Fortschritts eingeschränkt werden; die schwachen Versuche von Tanzimat² und Mesrutiyet³ waren von prinzipienlosem und putschistischem Charakter und deshalb nur von kurzer Lebensdauer.

In derselben Epoche erlebte die Demokratie große Entwicklungen in allen europäischen Staaten und in deren gesellschaftlichen und politischen Philosophien. Es waren die demokratischen Bewegungen, welche die großen Strömungen bildeten. Dagegen bemühten sich die Jungtürken und später auch die Intellektuellen von Mesrutiyet, gegen den Strom zu schwimmen, indem sie den antidemokratischen Osmanismus, Panislamismus und Turanismus unterstützten.

Die Republik wurde nach dem Zerfall des Osmanischen Reiches am Ende des Ersten Weltkriegs gegründet. Ihre Entstehung hängt eng zusammen mit der praktischen Führung und der realistischen politischen Auffassung des Mustafa Kemal. Auch wenn er keine philosophische und ideologische Tiefe hatte, hat er jedoch durch seine im Krieg ausgeprägte Persönlichkeit, seine hohe Sensibilität und Initiative erkannt, was zur Gründung der Republik in welchem Maße erforderlich und zu verwirklichen ist. Seine realistische Beurteilung Russlands, Englands und Deutschlands zeigt, dass seine Analyse des Gleichgewichts der außenpolitischen Kräfteverhältnisse zutreffend war und dass der Anteil dieser Analyse am Erfolg nicht unterschätzt werden darf. Dass er zwar sehr starke praktische Fertigkeiten hatte, jedoch keine tiefgreifenden theoretischen und politischen Lebenserfahrungen, hat die fortschrittliche Entwicklung der Republik, besonders in Bezug auf die Demokratie, tatsächlich eingeschränkt. Der autoritäre Charakter der Republik entwickelte sich in ihren Anfängen, als die sozialen

2 vom Sultan eingeleitete Reformpolitik 1839

3 konstitutionelle Monarchie in der Periode 1876-1908 bzw. 1908-1918

Strukturen von demokratischen Strömungen weit entfernt waren, religiöse Rückständigkeit vorherrschte und viele Aufstände zugunsten des Sultanats die Republik bedrohten. Bei der Entstehung der autokratischen Republik spielten die Furcht vor Aufständen, die Einflüsse und der Druck, die vom sowjetischen Sozialismus und dessen autoritären Auffassungen ausgingen, und das aufsteigende totalitär-faschistische Regime eine Rolle. Starke demokratische Alternativen gab es kaum. Dennoch darf Mustafa Kemals Interesse an einem demokratischen System nicht unterschätzt werden, besonders beim Versuch der Gründung der Serbest Firka.⁴ Bei der Niederschlagung der kurdischen und der türkischen Aufstände überwog die Angst – Angst um den Erhalt der Republik und nicht um den Erhalt der Demokratie. Man kann über die Intensität der Gewaltanwendung diskutieren. Aber die Tatsache, dass diese Republik noch existiert, zeigt auch, dass die Gründung und Verteidigung der Republik selbst historische Schritte waren.

Mustafa Kemal hat keine demokratische Revolution durchgeführt. Aber es ist wichtig und steht außer Frage, dass die Republik mit ihrer Auffassung von „nationaler Souveränität“ und den Reformen des Überbaus eine demokratische Basis geschaffen hat. Dass sie sich später nicht in Richtung Demokratie, sondern in Richtung Oligarchie entwickelte, stellt eine konservative Entwicklung der Republik dar.

Wir können feststellen, dass die Republik durch die „Demokratische Partei“ einen oligarchischen Charakter angenommen hat. Die Landaristokratie, der Großgrundbesitz und die Kaufleute verstärkten ihren Einfluss auf den Staat. Eine Rückentwicklung gab es in Bezug auf ihre Position innerhalb der Bürokratie. Obwohl sich der Militärputsch vom 27. Mai 1960 hauptsächlich gegen die entwickelte Oligarchie richtete, führte er nur zu einer begrenzten Demokratie – auch im Rahmen der Verfassung. Denn der Militärputsch hatte keine Basis in der Bevölkerung und orientierte sich nicht an demokratischen Werten. Später beteiligten sich die

4 Freie Republikanische Partei (SCF), siehe Glossar

industriellen Kreise an der Oligarchie und verbreiteten deren Basis. Gegen die Oligarchie, die ihren Ausdruck hauptsächlich in der „Gerechtigkeits-Partei“ fand, bildete sich eine radikalere Opposition heraus. Sowohl die radikale Rechte als auch die Linke brachten die Oligarchie in Bedrängnis. Die Oligarchie benutzte die radikale Rechte bei der Beseitigung der Linken. Als sich die Auseinandersetzungen zuspitzten, versuchte die rechts gerichtete Armee, die radikale Rechte zu stärken und die Linkstendenzen des „27. Mai“ zu isolieren. Bülent Ecevit, der in der „Republikanischen Volkspartei“ aufstieg, konnte die Koalitionsregierungen der Nationalistischen Front nicht verhindern. Die schwere Wirtschaftskrise, die Zersetzung der Strukturen der Oligarchie und die Auseinandersetzungen zwischen Rechten und Linken, die außer Kontrolle gerieten, mündeten in den Militärputsch vom 12. September 1980. Hierbei spielte der Vorstoß der PKK-Bewegung, die aus der Realität der kurdischen Gesellschaft entstanden war, eine entscheidende Rolle. Die Reformen von Özal, insbesondere die Öffnung des Landes nach außen, wurden weiter vorangetrieben von der „Mutterlandspartei“. Sie verursachten spürbare Veränderungen. Der Zerfall in der klassischen Gesellschaft, im Staat und den ideologischen Strukturen und die erneute Suche nach einem neuen Gleichgewicht brachten einen intensiven Prozess hervor. Die zunehmenden Aktivitäten der PKK machten das kurdische Problem zum Problem des gesamten Systems.

Der Zusammenbruch des realexistierenden Sozialismus in der Welt, die allgemeine Auflösung und der Zerfallsprozess der autoritären und totalitären Regime in vielen Gebieten haben weltweit zum Sieg der Demokratie geführt. Nach der Beendigung des Zweiten Weltkrieges lösten sich die faschistischen Regime auf; nach dem Zusammenbruch des realexistierenden Sozialismus in den 90er-Jahren hat sich das demokratische System weiter ausgebreitet und auf die Türkei wie auch auf die ganze Welt eingewirkt. Ein anderer wichtiger Faktor war zweifellos, dass sich die kurdische Bewegung zu einer Volksbewegung entwickelte. Die Demonstrationen des kurdischen Volkes haben in den 90er-Jahren

fast eine demokratische Revolution hervorgebracht. Als diese äußeren und inneren Entwicklungen, begleitet von der Liberalisierung der Wirtschaft, zusammentrafen, hat die Türkei, wahrscheinlich unbewusst, ihre wichtigste demokratische Phase eingeleitet. Wenn die Linke in der Türkei diesen Prozess gründlich untersucht und als Partei an ihm teilgenommen hätte, hätte der historische Versuch der Türkei, eine Demokratische Republik zu schaffen, glücken können. Besonders durch die Initiative des Waffenstillstands von 1993 hätte der Guerillakrieg beendet und der Weg zur politischen Demokratie eingeschlagen werden können. Leider hat die Regierung des Spezialkrieges unter Çiller-Karayağçın von 1993-1996 diese positive Entwicklung verhindert, indem sie den Staat zur Aufstellung von irregulären Truppen und Banden drängte. Der schmutzige Krieg, die illegalen Geschäfte und die extreme Dekadenz der Gesellschaft bilden die Basis für die Fortsetzung der militärischen Operationen, die von 1995 bis heute andauern. Bei diesem Prozess war die Rolle der „Wohlfahrts-Partei“ wichtig, die von diesem Vakuum profitierte und die Religion auf ihre ideologische Fahne schrieb. Diese Entwicklung, die sich außerhalb des klassischen Verständnisses von Militärputschen abspielte und vielleicht das erste Beispiel dieser Art ist, wird immer noch nicht genau verstanden. Der seit 1996 andauernde inoffizielle Dialog des Militärs mit der PKK ist als indirekter Versuch anzusehen, den Staat und die Gesellschaft zu einem kontrollierten demokratischen Prozess zu führen. Wenn mit der PKK die kurdische Gesellschaft ihren legitimen Platz in der Demokratie einnimmt, wird auch die demokratische Qualität der Republik gesichert sein.

Die Tagesordnung der Türkei ab dem Jahr 2000

Die Entwicklung der modernen Geschichte der letzten 150 Jahre bis heute, die wir aus demokratischer Sicht in allgemeinen Zügen dargestellt haben, zeigt den Siegeszug der Demokratie. Der Prozess der Demokratisierung könnte erfolgreich verlaufen, wenn

ernste Fehler vermieden werden, vor allem bei der demokratischen Lösung der kurdischen Frage, wenn es der türkischen Linken gelingt, sich in legale Parteien zu transformieren, und wenn der Islam demokratische Ideale für sich akzeptiert.

Das Demokratieverständnis derjenigen, die dieser Entwicklung mit einer opportunistischen, engstirnigen und egoistischen Haltung begegnen, kann nichts anderes als demagogisch sein. Man muss begreifen, dass die Türkei durch eine sehr wichtige Etappe geht, die sich qualitativ unterscheidet. Weil die jüngste Geschichte das einst zentralisierte, feudalistische Erbe als Grundsatz anerkannte, und das beinhaltet die Abwehr der Demokratie, und weil die Demokratie durch die intensive Gewalt von Putschen und Gegenputschen, Revolutionen und Konterrevolutionen auf den Kopf gestellt wurde, ist sie in einer Sackgasse stecken geblieben. Die Hauptprobleme der heutigen Gesellschaft bestehen darin, dass die demokratische Öffnung abgelehnt wird, dass die Staatsregierung Zweifel an der Demokratie hat, dass die Intellektuellen dem Kampf um demokratische Werte fern bleiben.

Es hätte nicht das Schicksal der Türkei sein müssen, dass die Probleme des Regimes durch diese Ausweglosigkeit noch komplizierter werden, dass die unfruchtbaren Streitigkeiten zwischen rechts und links und die Putsche eine so schwierige Situation geschaffen haben. Bestimmt hätte die Republik einen leichteren Weg der Demokratisierung finden können. Der Prozess der Demokratisierung ist in der Türkei wirklich kompliziert, wie es in vielen anderen Ländern auch zu sehen ist. Dass die Türkei von der Demokratie nicht überzeugt ist, sich nicht um sie bemüht und eine demagogische Haltung einnahm, hat ihr sehr geschadet. Im Namen der Demokratie regiert die Demagogie. Das heißt: Die eigenen Interessen wurden mit dem Geschwätz über Demokratie verschleiert und dann durchgesetzt; so wurde mit der Demokratie ein schmutziges Spiel getrieben.

Die Etappe, die wir jetzt durchlaufen, wird entweder eine dauerhafte historische Phase einleiten, gekennzeichnet durch die Demokratische Republik, ihre gesellschaftlichen Grundlagen,

Institutionen, Regierung und demokratischen Ideale, oder sie führt zur Wiederholung dessen, was heute existiert. Dann bleibt jedoch nicht einmal Raum für Demagogie. Die Gesellschaft ist tatsächlich reif für die Demokratie und ihr System der friedlichen Lösung von Problemen. Die Parteien haben eine ganze Reihe von Lektionen erhalten. Die unbrauchbaren und unproduktiven Institutionen sind inzwischen bekannt. Regierungen, die sich um die Lösung von Problemen kümmern, können der Unterstützung durch die Bevölkerung sicher sein. Das Militär, das von allen Institutionen am besten vorbereitet ist, will zwar eine Entwicklung in Richtung Demokratie, ist aber gleichzeitig nicht bereit, die Kontrolle abzugeben.

Die kurdische Frage als wichtigste Frage kann zu einem wirklich dauerhaften Sieg der Demokratie führen, wenn die Guerilla und die PKK durch eine angemessene Lösung in das demokratische System einbezogen werden. Die Integration des Islams in das System wurde durch die Wohlfahrtspartei^{*5} weitgehend gelöst.

Am Horizont erscheint folgendes Bild: Die mindestens seit 200 Jahren andauernden Bemühungen um die „Verwestlichung“ haben zu einem Ergebnis geführt. Die Gewalt in der Gesellschaft und der Politik, die in den Bewegungen der letzten Jahrhunderte eine wichtige Rolle gespielt hat, wird nun endlich ihre Bedeutung verlieren und auf den Müllhaufen der Geschichte geworfen. Die Gewalt wird nicht nur überflüssig, sie wird durch das Desinteresse der Gesellschaft und durch die Unfähigkeit, Lösungen herbeizuführen, auch zunehmend nutzlos.

Mag auch die Bevölkerung in der Türkei diese Reife erreicht haben, die politischen Institutionen und Führungskräfte haben noch keine Fortschritte auf diesem Weg erzielt. Darin liegt das eigentliche Problem. Es gibt keine andere Alternative als die demokratische Lösung.

Die demokratische Lösung ist die einzige Alternative im Allgemeinen und auch bezüglich der kurdischen Frage. Abtrennung ist weder möglich noch notwendig. Die kurdischen Interessen zielen

5 Refah Partisi (PR), siehe Glossar

mit Sicherheit auf eine demokratische Union mit der ganzen Türkei. Wenn die demokratische Lösung voll verwirklicht würde, wäre dies ein erfolgreicherer und realistischeres Modell als die Autonomie und Föderation. Die Praxis weist in diese Richtung.

Wenn die Türkei ihr größtes Problem auf diese Weise lösen würde, verlöre die Gewalt, die Demonstration von Macht durch das Militär oder der religiöse Fanatismus, an Bedeutung – sei sie revolutionäre oder konterrevolutionäre Gewalt. Die westliche Art der Problemlösung wird sich schnell durchsetzen. Auf diese Weise können die ökonomischen Ressourcen entwickelt werden, ebenso das Bildungsniveau der Gesellschaft, die Verwaltungsstrukturen, die weder demagogisch noch oligarchisch sind, und die Verbundenheit mit wahren demokratischen Werten wie Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit wächst.

Mag es auch Annäherungen in den Diskussionen über die Zweite Republik geben, so glauben wir doch, dass die Demokratische Republik der bessere Weg ist. Die Regierung und die gesellschaftlichen Strukturen können vor dieser Form der Evolution nicht mehr ausweichen, das neue Jahrtausend erzwingt geradezu tagtäglich diese Evolution.

Die Geschichte gibt dieser Bewegung eine Chance. Es ist voraussehbar, dass derjenige, der dies richtig begreift und als Person, Partei oder gesellschaftliche Gruppierung eine entsprechende Haltung einnimmt, große Fortschritte machen wird. Dagegen ist es ein wirklich großer Mangel, dass es keine Führung gibt, die die Probleme, die auf der Tagesordnung stehen, erfolgreich lösen kann. Das Misstrauen, das abgehalfterte und wieder eingesetzte Politiker produziert haben, das mangelnde Verständnis der Rolle der Armee, die Schwäche einer evolutionären Führung und die Angst vor einer revolutionären Führung haben dazu geführt, dass sich gegenwärtig das demokratische System in einer Führungskrise befindet.

Kurze Geschichte der türkisch-kurdischen Beziehungen

und einige ihrer wesentlichen Charakterzüge

Als im elften Jahrhundert Türken und vor allem Turkmenen, die sich von den herrschenden Schichten getrennt hatten, in die von Kurden bewohnten Gebiete einwanderten, kam es zu einer Vermischung beider Völker. Die relative Sesshaftigkeit der Kurden bewirkte in diesen Jahrhunderten, dass die türkischen Sippen absorbiert wurden. In der Politik dominierten die Türken, in den sozialen Strukturen dagegen die Kurden. Während die oberen Schichten der Türken sich die lokale politische Kultur aneigneten und beherrschten, wurden die unteren Schichten von den Kurden assimiliert. Die Ähnlichkeiten der sozioökonomischen, kulturellen und religiösen Strukturen der beiden Völker spielten bei der Vermischung eine große Rolle. Feudale Sozialstrukturen sind sich sowohl bei sesshaften als auch bei nomadischen Stämmen ziemlich ähnlich. Das ist, in aller Kürze, die Grundlage der oft betonten türkisch-kurdischen Brüderlichkeit.

Wenn wir die Geschichte betrachten, sehen wir, dass die türkische und kurdische Oberschicht – und damit auch die ihnen unterstellten sozialen Schichten – Land und Staat unter sich aufteilten, und zwar in dem von den Seldschuken gegründeten Imperium im Iran, Irak, in Syrien und den kurdischen Gebieten sowie später in den Fürstentümern der Mervaniden, der Artukiden, der Eyubiden, der Akkoyunlu und Karakoyunlu sowie auch in vielen kleinen Fürstentümern. Statt sich gegenseitig zu bekämpfen, lebten sie meistens in Beziehungen der gegenseitigen Übereinkunft miteinander. Dieses Konzept eines gemeinsamen Staates gab es mit keiner anderen Nationalität, weder mit Arabern noch Persern, weder mit Armeniern noch den Byzantinern. So entstand das Kurdisch-Türkische oder das Türkisch-Kurdische. Es ist für eine objektive Einschätzung wichtig, sich dies als eine ausgeprägte Besonderheit in Erinnerung zu rufen. Solch eine wissenschaftliche

Erklärung der türkisch-kurdischen Geschwisterlichkeit ist von großer Bedeutung.

Ein beachtenswertes Beispiel für die osmanisch-kurdischen Beziehungen ist in der Epoche zu sehen, die mit Sultan Selim I. begann. Trotz seines Wunsches entschieden sich die kurdischen Fürsten zumeist nicht für einen eigenen Staat; sie fanden es vorteilhafter, unter der Verantwortung eines von ihm gesandten Oberhauptes zu stehen. Diese Haltung spielte eine wesentliche Rolle bei der erfolgreichen Schlacht von Caldiran gegen die iranischen Safawiden und gegen die arabischen Mameluken bei den Schlachten von Ridaniye und Mercidabik. Auf diese Weise gestaltete die kurdische Gesellschaft ihre Entwicklung bis zum frühen 19. Jahrhundert. Sprache und Kultur erreichten ein hohes Niveau. Es gab wenig Probleme. Unter dem Schutz des gemeinsamen Staates spielte die breite Autonomie der lokalen Regierungen, die Unabhängigkeit der Stammesstrukturen, die freie Entwicklung der Religion – außer für die Aleviten – sowie der Sprache eine große Rolle. Wir sehen hier ein vielseitiges und reiches Experiment, das uns für heute ein Beispiel geben kann.

Diese Beziehungsstruktur begann im 19. Jahrhundert zusammenzubrechen, als das Osmanische Reich gegenüber dem westlichen Kapitalismus versagte. Insbesondere nach dem Eindringen des britischen Imperiums in die Region erhöhte die zentrale Autorität ihre Forderungen nach Steuern und mehr Soldaten. Die Auflösung der alten Beziehungsstruktur wiederum leitete eine Periode von Aufständen ein, die bis heute andauert. Es ist typisch, dass diese Aufstände, obwohl sie viel umfangreicher waren, nicht zum Erfolg führten, während die Aufstände aller anderen Nationalitäten erfolgreich waren. Das Konzept eines gemeinsamen Landes und Staates als Leitmotiv war dafür der Grund. Ein Teil der Aufständischen war ohnehin immer auf der Seite des Staates. Niemals wurde eigentlich eine Trennungsidee oder Trennungspolitik entwickelt. Man strebte hauptsächlich nach Vorteilen und Zugeständnissen. Der folgende Gedanke war bestimmend: „Wenn du mir nicht gibst, was ich will, dann gehe ich mit fremden Mäch-

ten Bündnisse ein und mache einen Aufstand.“ Das ist sowohl der typische Charakter der kurdischen Aufstände als auch ihr Schicksal und ihre Tragödie. Es ist eine Übertreibung, diese Aufstände als fortschrittlich oder reaktionär, als politisch oder national zu betrachten. Nichts davon war ihr Charakter. Das sind eher Vorwände. Sie waren einfach von den Interessen der Feudalherren, Herrscher, Häuptlinge, Scheichs und noch mehr von den Sippeninteressen oder Familieninteressen gelenkt. Sie hatten die Eigenschaft, statt in den Fortschritt in die Sackgasse zu führen; und sie belasteten die Geschichte des kurdischen Volkes mit großem Leid, Massakern und dem Niedergang.

Diese Aufstände besaßen weder eine Philosophie noch ein politisches Programm oder eine politische Organisation, sie hatten sogar innerhalb eines Stammes oder einer Familie bei jeder Rebellion zwei Führer, sie befolgten selten militärische Regeln und waren deshalb zum Scheitern verurteilt. Es ist wichtig für uns, diese Aufstände neu zu bewerten.

Eigentlich hatten sie so gut wie keinen Glauben an den Erfolg. Sie waren spontan und primitiv. Es ist offensichtlich, dass kein Erfolg erzielt werden kann mit der Einstellung: „Wer mir am meisten gibt, nach dem richte ich mich.“ Darin liegt die Tragödie und das Unglück. Man ist versucht zu sagen: „Es wäre besser gewesen, wenn es diese Aufstände und ihre Geschichte nicht gegeben hätte.“ Der Grund hierfür ist wieder derselbe. Sicherlich spielten neben dem Eindringen des Imperialismus der extreme Druck der Zentralmacht sowie die wachsende Steuerlast und die große Zahl von Rekrutierungen eine bedeutende Rolle. Aber die wichtigste Sache, die auch heute immer wieder betont wird, ist die Erfahrung der gemeinsamen Heimat, der Beteiligung an der Staatsgründung, der gegenseitigen intensiven Assimilation, die Erfahrung der gemeinsam geführten Kriege, der Nähe in Freud und Leid, kurz: die historische Einsicht in die Gefahren und Verluste, die durch eine Trennung entstehen. Das ist das Grundverständnis eines solchen Zusammenlebens, das sich in allen Bereichen ausdrückt. Sogar zu Beginn des 20. Jahrhunderts, als alles

getan wurde, um den Nationalismus zu fördern, wurde dieses Grundverständnis bewahrt und ein erfolgreicher nationaler Befreiungskampf geführt.

Der nationale Befreiungskampf und die neue Stufe der türkisch-kurdischen Beziehungen

Sowohl das Mebusan Meclisi⁶ als auch die von Mustafa Kemal geführten Kongresse von Amasya, Erzurum, Sivas und Ankara sind offensichtlich gemeinsame türkisch-kurdische Anstrengungen zur nationalen Befreiung gewesen. So wie das der richtige Weg der Praxis war, entsprach es auch notwendigerweise dem Verständnis eines gemeinsamen Landes und Staates, das sich aus der Geschichte entwickelt hat. Sich in getrennten, gegeneinander gerichteten Befreiungsbewegungen zu engagieren, hätte nur der Politik des „Teile und Herrsche!“ in die Hände gespielt, die von den damaligen Imperialisten, vor allem den britischen, favorisiert wurde. Hier ist das in der Praxis erprobte politische Verständnis Mustafa Kemals einzigartig und unstrittig. Ohne zu sehr auf die theoretischen Notwendigkeiten einzugehen, hielt er praktisch die Einheit durch Verordnungen aufrecht; eine Methode, die damals für den Erfolg unerlässlich war. Die separatistischen Elemente beider Seiten befanden sich nämlich unter dem Einfluss von Sultanat und Kalifat, und die nationale Befreiung erfolgte gleichzeitig gegen diese Bewegungen, die Aufstände anzettelten, und gegen die ausländischen Feinde.

Was hier zählt, ist nicht die Absicht, sondern die Praxis. Bis 1924 waren die Anhänger von Sultanat und Kalifat in der Großen Türkischen Nationalversammlung stark vertreten. Die hinzukommenden Anhänger der Ittihat⁷ und der Einfluss der Bolschewiki zwang die Führung zu intensiven und unterschiedlichsten Taktiken. Im Westen erhoben die griechischen Minderheiten Ansprü-

6 Abgeordnetenhaus

7 Ittihat, Unionisten: Partei der Einheit und des Fortschritts (siehe Glossar)

che, ermutigt durch den griechischen Angriff auf die Türkei, im Osten stellten die Armenier Forderungen. Vor diesem Hintergrund ist zu verstehen, dass die nationale Befreiung, die sich auf die Realität der beiden Hauptvölker – Türken und Kurden – stützte, der einzig richtige Weg zur Befreiung war. Wenn die beiden Völker getrennte Wege gegangen wären und wenn sie sich insbesondere gegeneinander gerichtet hätten, dann hätten sie am Ende alles verloren.

Es ist von großem Nutzen, einige bisher nicht tiefer diskutierte Fragen eingehender zu behandeln: Die gemeinsame nationale Befreiungsbewegung stand zweifellos unter Führung der türkischen Seite, die die politische und militärische Erfahrung und das nationale Bewusstsein hatte. Das war nicht befremdlich, sondern wurde erwartet. Die kurdische Seite fand das normal, und es störte sie auch nicht, als Hilfstruppe zu agieren. Der Grund liegt in den historischen, staatlichen und religiösen Gemeinsamkeiten, und keiner zweifelte daran, in der Etappe der nationalen Befreiung gemeinsam zu handeln. Es war weder Betrug noch Hinterlist im Spiel, wie von einigen Intellektuellen behauptet wird. Was geschah, passierte aufgrund der Notwendigkeiten des natürlichen Zusammenlebens. Das war die richtige Strategie und entsprach den Bemühungen um ein einheitliches taktisches Verständnis. Dafür ist Mustafa Kemal und seine Führung zu bewundern. Es wäre ein historischer Fehler, zu glauben, die kurdische Seite hätte in dieser Zeit kollaboriert. Die Kurden taten das Richtige, aber ihnen fehlte das Bewusstsein und die Organisation, um gegen die später auftretenden negativen Entwicklungen gewappnet zu sein.

An diesem Punkt gerieten beide Seiten in eine Sackgasse, obwohl der Anfang mit dem erfolgreichen nationalen Befreiungskampf und der Proklamation der Republik schöne, gemeinsame Werke sind. Es ist wichtig, sich die Pressekonferenz von Izmit in Erinnerung zu rufen, da diese nach der Proklamation der Republik stattfand und auch heute noch einen praktischen Wert hat. Dort sagte Mustafa Kemal, dass das kurdische Problem, genauso

wie andere ähnliche Probleme, erst mit der Schaffung demokratischer Verhältnisse gelöst werden kann.

Anstelle der riskanten Methode, gemischte Gebiete und dadurch neue unlösbare Probleme der Grenzveränderung zu schaffen, wird heute in demokratischen Systemen weltweit der Weg eingeschlagen, eine Art von lokaler Autonomie zu begründen. Dies wurde schon damals von Mustafa Kemal als korrekte Lösung für das Problem vorgeschlagen. Aber die starken Fraktionen des Kalifats und Sultanats auf beiden Seiten und einige kurdische Intellektuelle, die sich nicht vom Imperialismus und von der primitiven nationalen Denkweise gelöst hatten, konnten ihre Programme nicht mit dem türkischen Parlament unter Führung von Mustafa Kemal in Einklang bringen. Das führte zu engem Separatismus und endete im Aufstand von 1925, auf den die Kurden in keinster Weise vorbereitet waren und dessen Zeitpunkt völlig ungünstig gewählt war. Und in der Tat hatten sie anfangs dazu überhaupt keine Absicht.

Viele der Beteiligten dienten dem Staat als Beamte und Offiziere und unterstützten die nationale Befreiungsbewegung. Die ideologischen und materiellen Widersprüche zwischen den lokalen Stammesführern und Scheichs und der Republik und die Bedrohung ihrer materiellen Interessen führten zu diplomatischen Beziehungen zu Istanbul und den alliierten Mächten, was sie ebenfalls unzeitig und unvorbereitet auf denselben falschen Weg brachte. Sie hatten geglaubt, dass die nationale Befreiung nicht in die Republik, sondern in das Sultanat und Kalifat einmünden würde. Als das nicht geschah, begannen sie zu rebellieren. Wie zu sehen ist, spielt der begrenzte kurdische Nationalismus im Aufstand nicht die wesentliche Rolle. Der Aufstand war eine schwache, unvorbereitete Sache, ohne Programm, Organisation und Führung. Die Massen und der größte Teil der Intellektuellen aus der Oberschicht zogen es vor, die Republik zu unterstützen.

Dieser Riss auf der kurdischen Seite tat sich noch intensiver auf der türkischen Seite auf. Dort gab es mehr offene Anhänger von Kalifat und Sultanat, alte Unionisten, die sich nicht mit der

Republik anfreunden konnten, und auch die Republikanische Partei. Sie bildeten den konservativen Flügel und stellten von Zeit zu Zeit die Mehrheit. Während des Aufstands von 1925 hatte Mustafa Kemal sie alle objektiv als vereinigte Kraft mit gemeinsamen Zielen betrachtet, und er bekämpfte sie entschieden. Wenn man dies genau betrachtet, bemerkt man, dass die türkische Seite nicht als eine speziell demokratische Gruppe und die kurdische Seite nicht als kurdisch-nationale Gruppe betrachtet wurde. In einer solchen Situation traten diese sowieso nicht offen auf. Der demokratische Charakter der Republik wurde nicht diskutiert. Abgesehen von einigen schwachen Äußerungen stand die Demokratie nicht auf der Tagesordnung. Die fundamentale Frage war die Verteidigung der jungen Republik. Zumindest für Atatürk war das so. Er sagte nicht: Ich unterdrücke die Demokraten und die Kurden. Er sagte: Ich beseitige die Gegner der Republik. Das ist eine realistische Herangehensweise, wenn sie auch ein wenig ins Extreme geht. Lasst uns darüber nachdenken, was passiert wäre, wenn eine der beiden anderen Seiten erfolgreich gewesen wäre. Sultan Vahdettin war bereit und wartete schon. Mit anderen Worten, das Ergebnis hätte weder etwas mit Demokratie noch mit einem unabhängigen Kurdenstaat zu tun gehabt, sondern wäre ein mit den Briten kollaborierendes Sultanat gewesen. Das ist die Wahrheit. Es gab keinen dritten Weg. Die schwache kommunistische Bewegung war nicht in der Lage, die Macht zu ergreifen, sondern erlag sogar den einfachsten taktischen Manövern.

Der Sieg der nationalen Befreiung und der Republik muss daher als die historische Einheit von Land und Staat der beiden Völker angesehen werden. Bei Atatürk war weder ein besonderes antidemokratisches noch antikurdisches Element vorhanden. Er war für den Fortschritt und hatte Erwartungen.

Das Fehlen von intellektueller Tiefe und jeglicher demokratischer Erfahrung, das Gefühl der Einkreisung von innen und außen, das Gefühl von Schwäche – diese Realität führte schon früh zu einem autoritären Verständnis der Republik und setzte das Konzept der Gewalt einer starken Kritik aus. Wenn das Kabinett

des damals erfolglosen und intellektuellen Liberalen Fethi Okyar, dem engsten Freund und Mitarbeiter von Atatürk, erfolgreich gewesen wäre, hätte die Republik liberaler und zunehmend demokratischer gestaltet werden können. Aber der infolge des Aufstands eingesetzte härtere und bürokratische Ministerpräsident İsmet İnönü spielte bei dieser autoritären Entwicklung eine wichtige Rolle.

Obwohl von Hitlers Deutschland und Stalins Russland beeinflusst, wollte er dennoch nicht die von Atatürk gegründete Republik in ein extrem autoritäres Regime verwandeln. Das können wir auch bei dem zweiten liberalen Versuch der Freiheitspartei unter Fethi Okyar feststellen. Er war für eine liberale Entwicklung der Republik, ihm fehlte aber die notwendige philosophische und gesellschaftliche Kraft dazu. Für unsere Bewertungen der späteren kurdischen Aufstände, die wir ebenfalls vornehmen werden, gilt Gleiches. Die traditionelle Unfähigkeit lokaler Kräfte, sich an ungewohnte Verhältnisse anzupassen, ihr Wunsch nach dem gewohnten autonomen Leben, aber auch – in begrenztem Umfang – der Einfluss fremder Mächte spielen hier eine Rolle. Sie hatten gegenüber der wachsenden Kraft der Republik kaum eine Erfolgschance.

Auf diese Weise gewann das autoritäre Konzept der Republik in der Atatürk-Zeit seine konkrete Realität.

Es ist ein großer Irrtum, die Republik und Atatürk dafür zu tadeln, sich nicht stärker in eine liberal-demokratische Richtung bewegt zu haben. Und es ist eine Ungerechtigkeit, sie insbesondere für die kurdischen Aufstände zu kritisieren und ihre Unfähigkeit, etwas anderes zu erreichen als den Aufruhr einer Gesellschaft. Diese ließ sich – abgesehen von einigen Ausnahmen – von verstreuten Großgrundbesitzern, Stammesfürsten und Scheichs führen, anstatt ihrer nationalen Bewegung zu folgen. Dieser Irrtum führt zu einer falschen Einschätzung und zu einer extremen Bewertung, zur Idealisierung der damaligen Situation und zu einer Einschätzung aus dem heutigen Blickwinkel. Dieses Vorgehen verursacht die großen Fehler der Bewertung und der Aktio-

nen, die in erster Linie von den Intellektuellen, Fundamentalisten, Sozialisten und den kurdischen Nationalisten gemacht werden. Wenn die Forderungen, die damals erhoben wurden, richtig gewesen wären, und wenn dafür damals materielle Grundlagen bestanden hätten, wären sie sicher auch erfolgreich gewesen. Die Realität ist auf der Seite der Erfolgreichen. Wer die Realität kennt, hat auch den Erfolg. Wenn überhaupt, dann kann dies als ein wichtiges historisches Experiment angesehen werden, sowohl in Bezug auf die Demokratie als auch für die kurdische Frage, die deren Hauptteil darstellt. Dass dieses immer noch mit der gleichen Berechtigung fortgesetzt wird, kann schwer behauptet werden. Wer die Geschichte nicht richtig analysiert, hat es auch sehr schwer, die Gegenwart und sich selbst richtig einzuschätzen. Meistens führt dies zur Niederlage. Wenn es auch manchmal zum Erfolg führt, dann nur als das Ergebnis von zufälligen Übereinstimmungen, die bei gesellschaftlichen Vorgängen vorkommen können.

Die grundlegenden Fehler der kurdischen Ideologie und der politischen Bewegungen sind, dass sie die Gründung und die autoritäre Entwicklung der Republik nicht richtig interpretiert haben. Das ist auch der Grund ihrer Tragödie und ihrer Niederlage.

Es läge näher an der Wahrheit, wenn die Situation jener Phase in Form einer Selbstkritik auf folgende Weise zur Sprache gebracht würde.

Es ist zweifellos notwendig, die Republik und die Realität eines gemeinsamen, ihr zugehörigen Landes bedingungslos zu akzeptieren. Innerhalb dieses Rahmens sind auch demokratische Lösungen für gesellschaftliche Probleme, die Persönlichkeit Atatürks eingeschlossen, in der Türkischen Großen Nationalversammlung zu diskutieren. Wenn notwendig, werden durch Gruppenbildung und die Entwicklung von Lösungen, ohne jemals in Rückschritt und Separatismus zu verfallen, der gleiche republikanische Geist und die Prinzipien der nationalen Einheit der Misak-i Milli, aber auf demokratische Weise, in die verschiedenen Gesellschafts-

schichten hineingetragen. Hierbei, sowohl neue Parteien als auch Bündnisse erprobend, hätte die Demokratie sich breit entfalten können – so wie es in anderen europäischen Ländern auch geschah. Die revolutionäre republikanische Bewegung hätte durch eine demokratische Evolution zur Demokratischen Republik vorangetrieben werden müssen. Das wäre die richtige Lösung gewesen, die aber bis heute nicht verwirklicht wurde.

Die Demokratische Partei gelangte zur Macht, indem sie beinahe einen demokratischen Sturm entfachte, dessen Basis aus den Repressionen der autoritären Republik sowie den allgemeinen Probleme zweier Weltkriege bestand. Anders formuliert, hat sie den Charakter der Republik in Richtung Oligarchie transformiert, indem sie die Landbesitzer und die sich ausweitende kaufmännische Oberschicht in die allgemeinen Machtstrukturen einbezog.

In der Tat haben auch die unterdrückten feudalen Würdenträger des Ostens, die neu aufkommende Landbourgeoisie sowie die merkantile Oberschicht des Westens einer Ära der Geschichte der Republik ihren Stempel aufgedrückt.

Das kurdische Problem dieser Zeit äußerte sich in der Rückkehr der Verbannten aus früher niedergeschlagenen Aufständen; Wunden wurden geheilt, und der Kurdismus stand auf ideologisch schwachen Füßen. Es ist als ein sehr schwacher, bourgeois-feudalistischer Kurdismus anzusehen. Er hatte auch seine Intellektuellen, aber deren Aktivitäten gingen über die Ideologie nicht hinaus. Sie hatten nicht die Kraft für eine ernsthafte Parteigründung und hatten nie die Form einer Bewegung angenommen. Zudem war ihre ideologische Arbeit weit entfernt davon, wissenschaftlich und umfassend zu sein. Sie lagen gewissermaßen unter dem Niveau des Jahrhundertbeginns. Obwohl unter der Führung von Barzani, wurden sie von der türkischen Linken beeinflusst, aus der sie ihren Nutzen zu ziehen versuchten; aber auch hier konnten sie keine Organisation mit starkem Charakter hervorbringen. Kurz gesagt, sie befanden sich unter dem Niveau feudalistischer Aufstände. Sie konnten die traditionelle Haltung der herrschenden Klasse nicht überwinden, die sich in Form von Kol-

laboration und Separatismus ausdrückte. Sie konnten weder die Republik richtig definieren noch kannten sie die richtige Methode. Durch zaghafte und leere Kritik entstehen gestörte Persönlichkeiten. Bedenkt man außerdem die Unterdrückung der damaligen Zeit, so konnte sich keine gesunde kurdische, bürgerliche Nationalbewegung entwickeln.

Ihr Versagen, die Republik als ein fundamentales Element aus der Sicht der Kurden zu betrachten und eine Herangehensweise zu entwickeln, die nicht separatistisch ist, sondern Gleichheit und Freiheit verlangt, wirft sie in die alte Situation zurück, wo jede noch so kleine Kritik als Separatismus angesehen wurde. Da der extreme türkische Nationalismus auch in seinen Beschuldigungen extrem ist, läuft er ständig Gefahr, sich durch die kurdische Frage als grundlegender Frage der Demokratie provoziert zu fühlen. Da auch eine minimale demokratische Forderung als Separatismus und Hochverrat eingestuft wird, entsteht das Gegenteil, d.h. der Antidemokratismus gewinnt aus diesem Problem an Stärke. Das lässt den Chauvinismus und den Faschismus anwachsen. Bis in die türkische Linke reichte der Einfluss dieses Chauvinismus.

Die kurdische Bewegung wurde während der Aufstände physisch vernichtet und konnte sich selbst nicht vor dem ideologischen und politischen Verfall retten. Tatsächlich konnte sie ihren fundamentalen Irrtum nicht überwinden.

Es gelang ihr nicht, ein erfolgreiches demokratisches Programm und eine dementsprechende Form der Organisation zu entwickeln, welche der Analyse des gemeinsamen Landes und Staates sowie der Rechte, die nicht gewährt wurden und in diesem Kontext fehlten, Rechnung trugen. Wenn es möglich gewesen wäre, den türkischen politischen und nationalen Kräften wissenschaftlich und glaubwürdig die Einheit des Landes aufzuzeigen und ihnen zu versichern, dass die Trennung von der Republik keine Option ist, und wenn dies schon seit Atatürks Zeiten so gehandhabt worden wäre, dann wäre alles anders geworden. Dann hätte sich von Anfang an alles in Richtung einer Demokratischen Republik entwickelt. Auch hier ist die Hauptverantwortor-

tung wirklich in der Oberschicht, d.h. in der Ordnung der Großgrundbesitzer, Scheichs und Klanführer zu suchen. Die reaktionäre, kollaborierende, separatistische und antidemokratische Haltung dieser Klasse, also deren grundlegende Natur führte das Problem von Anfang an in eine Sackgasse; trotz eines sehr bedeutenden Anfangs führte sie zu sehr schweren Tragödien und zu Verlusten.

Die kurdischen Intellektuellen beschuldigen immer die Republik, dafür verantwortlich zu sein. Der wirkliche Grund, dass die kurdische Frage in die Sackgasse geriet, liegt darin, dass sie es versäumten, ihre eigene grundlegende, wiewohl klassenbedingte Rolle zu hinterfragen.

Es wird sich am Einfluss dieser Intellektuellen auf die Herausbildung der PKK zeigen, dass in dieser Zeit – trotz des oligarchischen und sehr ernsten Kampfes zwischen Rechts und Links – noch nicht einmal die richtige Darstellung des Problems realisiert werden konnte.

Die Entstehung der PKK und eine neue Etappe in der

kurdischen Frage

In der Anklageschrift des Generalstaatsanwalts wurde ein Profil der PKK erstellt. Aber, wie bei jedem Profil, fehlt hier der Geist. Es reicht nicht, der PKK eine umfangreiche Kriegsbilanz und zahlreiche Aktionen zuzuschreiben. Die Anklageschrift nennt als Zielsetzung das, was im ersten Programm der Partei stand, und zitiert einige Redebeiträge der Führung, ohne den Einfluss der weltweiten Entwicklungen und Neuerungen der letzten 25 Jahre zu berücksichtigen. Unter juristischen Gesichtspunkten mag das einen Sinn ergeben, aber es ist offensichtlich, dass es die politische Bedeutung nicht vollständig wiedergibt. Es wird die Gründung eines Staates unterstellt, aber wer ist es, der diesen Staat gründen wird? Wenn es das Volk sein sollte, welche Geschichte und soziale Realität hat es? Ist es außerdem objektiv gesehen, also

wissenschaftlich möglich? Ohne auf diese Aspekte einzugehen hat die Anklage die Bedeutung eines subjektiven juristischen Textes, der sich hauptsächlich auf Beschuldigungen stützt. Selbst im juristischen Sinne ist sie nur einseitig. Wir betrachten es als eine historische Aufgabe, hier die PKK theoretisch, politisch und praktisch vorzustellen. Und dies wird zugleich eine Ergänzung der Anklage und eine Antwort sein. Wir werden die juristische Seite nicht ausführlich diskutieren. Vielleicht werden einige unserer Anwälte diese Seite je nach Möglichkeit erläutern. Nun, wie kann man sich der PKK annähern?

Die PKK ist auf der objektiven Basis, die durch den fünfzigjährigen Unter- und Überbau der Republik hervorgebracht wurde, entstanden. Sie wurde durch eine utopische und theoretische Gruppe gegründet, die sich mit den theoretischen und praktischen Problemen der durch Revolutionen und Konterrevolutionen erschütterten Welt befasste. Sie entwickelte sich von einer ideologischen Aufstandsbewegung in den Jahren 1970-1980, über eine politische und Aktionsbewegung zwischen 1980 und 1990 zur letzten großen kurdischen Aufstandsbewegung. Sie hat durch die Vereinigung der Kunst der Politik mit der Kunst des Krieges einen Schritt nach vorne gemacht und ist, wenn auch der Form nach kurdisch, im Kern eine unvergleichbare regionale Freiheitsbewegung. Sie hat die kurdische Frage über die bisherigen klassischen Formen hinaus in ein neues Licht gerückt; sie stellt mit ihrer gesellschaftlichen Basis, ihren Zielen und Taktiken eine moderne, durch eine demokratische Tendenz gekennzeichnete kurdische Bewegung dar. Sie hat nicht nur die kurdische Frage auf die Tagesordnung gesetzt, sondern zum ersten Mal den werktätigen Schichten der Gesellschaft eine demokratische Form näher gebracht. Sie hat die kurdische Frage nicht nur bewusst gemacht, sondern in eine Etappe geführt, in der auch eine umfassende Lösung möglich geworden ist. Damit hat sie die klassischen feudalen Führungen überwunden und besiegt, die sich entweder an die ausländischen Mächte anlehnen oder, wenn dies nicht möglich ist, sich ergeben. Sie hat ihren Platz in der Geschichte als eine

Bewegung eingenommen, die frei und etabliert ist, sich auf das freie Individuum und die freie Gesellschaft stützt. Damit ist sie sowohl modern als auch fähig, eine reale gesellschaftliche Lösung anzubieten. Sie hat bis zu den 90er-Jahren das Ziel verfolgt, der Türkei und der Welt zu beweisen, dass das Problem existiert, und nach einer Lösung zu verlangen, welche in den 90er-Jahren positiv und erfolgreich zum Hauptpunkt der Tagesordnung wurde. Anfang der 90er-Jahre konnte keine Lösung aufgrund der Defizite bei der Vorbereitung, aufgrund der Fehler und geringen Erfahrungen herbeigeführt werden. Nach 1993 kamen die Jahre der Schwierigkeiten und Leiden. Im Grunde genommen waren es diese 90er-Jahre, in denen sie sich hätte transformieren müssen. Es kann als ein Defizit angesehen werden, dass sie sich nach 1993 nicht transformiert, die weltweiten Entwicklungen nicht erkannt und diese nicht in ihre Lösungen eingearbeitet hat. Sie hat sich in diesen Jahren ständig wiederholt. Damit hat sie sich von ihrer Fähigkeit, eine Lösung zu finden, entfernt und die Vertiefung des Problems verursacht. Eine große Rolle spielte dabei die Haltung beider Seiten, die aufgrund des Charakters des Krieges nicht mehr kontrollierbar waren. Die unglücklichen Ereignisse haben schließlich den Konflikt verschärft. Wenn sich die PKK nun kurz vor dem Jahr 2000 verändert und das Problem wieder der Lösung zuführt, wenn sie damit die widersprüchliche Lage überwindet, die sie durchlebt, dann wird sie ihrer historischen Rolle gerecht. Und dies wird ihr gelingen, wenn sie sich von einer revolutionären Organisation zu einer demokratischen Organisation entwickelt.

In der Geschichte der PKK müssen zwei wichtige Phasen bezüglich ihrer Haltung zu Trennung und Einheit voneinander unterschieden werden.

In der Gründungsphase der PKK prägte der Gedanke der Trennung ihr Programm und ihre Propaganda. Dafür gab es viele Gründe: Viele Jahre der Verleugnung und Unterdrückung bis hin zum Verbot der Sprache waren vorangegangen; bei der Linken herrschte damals eine Haltung vor, sich der Probleme mit Parolen und Utopien anzunähern. Skepsis und Angst prägten den kurdi-

schen Nationalismus und nährten die Tendenz zur Trennung. In der weltweiten nationalen Befreiungsbewegung dominierte die Vorstellung, es gebe nur einen einzigen Weg zur Lösung, nämlich die Gründung eines separaten Staates.

Zugleich wurde die internationale Einheit betont. Aber der herrschende Teil hatte sich schon von der aufgezwungenen Einheit gelöst. Wir haben den Zustand oft mit einer erzwungenen Ehe verglichen, die nicht mehr zusammenzuhalten ist. Dies war in einer Hinsicht eine richtige Haltung. Jedoch waren auf die Fragen, wie und bis wann, Antworten notwendig. Diese Phase hat bis in die 90er-Jahre gedauert. Mit der Unterstützung der Massen musste diese Phase im Grunde genommen in diesen Jahren überwunden werden. Also bildeten sich die Bedingungen für eine freie Einheit.

Die Aufhebung des Sprachverbots durch den Staat Anfang der 90er-Jahre, die Einführung von begrenzten Freiheiten im Bereich Sprache und Kultur und die Anerkennung des Problems durch die Staatsführung, mit der sie ihre Bereitschaft zu einer Lösung signalisierte, und schließlich der von mir im März 1993 erklärte einseitige Waffenstillstand markierten deutlich eine Phase, in der beide Seiten die freie Vereinigung betonten. Seither stand die Propaganda der freien Vereinigung im Mittelpunkt. Aufgrund der an uns seit 1996 gerichteten indirekten Botschaften haben wir offen unsere Vorstellung über eine „demokratische Vereinigung unter Beibehaltung der staatlichen Einheit und Unabhängigkeit“ mündlich und schriftlich geäußert. Eine wichtige Rolle spielte dabei, dass der Staat seine frühere starre Haltung aufgab und dass wir erkannten, dass die Trennung weder praktikabel noch realistisch ist, also keinen Nutzen, aber viele Verluste und Leiden mit sich bringen wird. Das Leben zeigt uns tagtäglich, welcher Weg richtig ist und was die Grundlage für eine Vereinigung sein kann.

Ich halte es für ein großes Defizit, dass in der Anklageschrift der Generalstaatsanwaltschaft dieser Aspekt als ein primitives taktisches Manöver und nicht als eine bedeutende Veränderung betrachtet wird. So wie der Kampf uns gezeigt hat, dass die demo-

kratische Einheit in einer Demokratischen Republik als strategisch anzusehen ist, kann man dies als den besten Lösungsweg verstehen.

Die Rolle der Kurden in der Geschichte der Republik, die

Kurdenfrage und deren Lösung

Um die PKK angemessen analysieren und beurteilen zu können, reicht eine klassische und enge juristische Methodik nicht aus. Das Problem kann weder mit der primitiv-separatistischen noch mit der traditionell-nationalistischen Haltung richtig angegangen werden. Wenn die Türkei sich von diesem wichtigsten Problem befreien will, ist sie gezwungen, die wissenschaftlichen Standards der historischen und sozialen Methodik anzuwenden, um eine einvernehmliche Lösung zu finden.

Beurteilungen, die die soziale Realität der PKK und das bestehende politische System nicht in Rechnung stellen, und die, wie in letzter Zeit der Fall, aus subjektiver Sicht vorgenommen werden, können weder die PKK zerstören noch zu einer Lösung verlocken. Wenn beide Seiten sich in ihrer zu Propagandazwecken benutzten Sprache mäßigen und eine objektivere Haltung einnehmen, kann das Problem allmählich aus der Sackgasse herausgeführt und einer Lösung näher gebracht werden. Starre ideologische und politische Vorgehensweisen sind mit einer demokratischen Lösung, die in dieser Phase zwingend ist, nicht vereinbar. Wenn man die Kurdenfrage im Kontext der Republik behandelte, würde man erkennen, dass die PKK das geeignetste Mittel zur Lösung ist.

Es ist von großer geschichtlicher Bedeutung, einige offene Fragen zu stellen und zu beantworten. Jeder bringt dies zur Sprache. Wenn die Kurden Mitbegründer der Republik sind – und das ist so -, warum wurde die Darstellung ihrer Identität zum größten Problem in der Phase der Gründung? Was sind die historischen Irrtümer, die beide Seiten begangen haben? Um das Problem zu lösen,

ist es heute unumgänglich, dass die Kurden von der Wissenschaft wieder als eines der wichtigsten dynamischen Elemente bei der Gründung und Entwicklung der Republik definiert werden. Sie müssen auch als bewusste freie Bürger und eine gesellschaftliche Gruppe dargestellt werden und ihre Teilhabe an den allgemeinen verfassungsmäßigen Rechten und ihre Verantwortung sollte offen zum Ausdruck gebracht werden. Wenn stattdessen wieder mit den alten Methoden, die keinerlei wissenschaftlichen Charakter haben, verfahren wird, dann wird jeder das Problem seinen eigenen Interessen entsprechend in die Hand nehmen und zu subjektiven Schlussfolgerungen kommen. So würde eine sehr gefährliche Basis entstehen. Einige würden dies für ihr antidemokratisches Wählerpotenzial missbrauchen, andere zum Ziel und Thema des Nationalismus machen, wiederum andere als Grund für eine Rebellion nehmen. Es steht aber trotz aller utopischen und extremen politischen Perspektiven fest, dass die PKK auf hervorragende Weise ihre historische Rolle gespielt hat: das Problem beim Namen zu nennen und die Notwendigkeit seiner Lösung vor Augen zu führen. Sie hat die Notwendigkeit einer Lösung geschaffen. Auch wenn sie mit ihren Methoden und ihrer starren Politik den ideologischen und politischen Kampf verwechselt hat, ist sie beispiellos und hinterlässt der Geschichte ein reiches Erbe. In diesem Sinn hat sie den höchsten Preis dafür gezahlt, dass die Existenz der Kurden anerkannt wird und sie nicht mehr die Quelle des Problems sind.

Annähernd 25.000 Gefallene, über 10.000 zu Gefängnis verurteilte Mitglieder, Millionen von Menschen, die in rund zwanzig Jahren vertrieben wurden, unendliches Leid und grenzenlose Opfer im Krieg, die Entvölkerung von über 3.000 Dörfern – alle diese Fakten zeigen nicht nur die Ursache des Problems, sondern auch die Notwendigkeit seiner Lösung. Wenn man die Verluste der anderen Seite, also die Bilanz der Verluste des Staates dazu rechnet, enthüllt sich die Dimension des Problems und die dringende Notwendigkeit, eine Lösung zu finden. Die tiefen Auswirkungen dieses Problems auf die Innen- und Außenpolitik, die

ökonomische und soziale Lage sowie die Tatsache, dass es in diesen Bereichen zu einem regelrechten Stillstand gekommen ist, machen es noch zwingender, dieses Problem einer Lösung zuzuführen.

Eigentlich war die Türkei, die Republik, sich weitgehend dieser Seite der Erscheinung bewusst. Aber die gewaltsame offizielle Haltung und das furchtsame Herangehen an eine Lösung haben ein Problem geschaffen. Folgendes müssen wir uns eingestehen: Wir waren immer mit dieser Erscheinung konfrontiert und werden es auch weiterhin sein. Wenn das so ist, warum werden die Kurden nicht als ein unproblematisches, freies, dynamisches und demokratisches Element des Fortschritts anerkannt und warum werden sie nicht zu einer freien demokratischen Kraft in der Republik?

Warum sollte das verhindert werden? Warum soll es gegen Gesetze und die Verfassung verstoßen, wenn die Mitbegründer der Republik als aktive demokratische Teile der Republik anerkannt werden? Wenn irgendetwas falsch ist, dann sind es diese Verfassung und diese Gesetze, die den grundlegenden Prinzipien der Republik widersprechen. Was geändert werden muss, ist nicht die Erscheinung, sondern die Gesetze, die ihr nicht angemessen sind und ihr nicht in demokratischer Weise Ausdruck verleihen. Dieser Aspekt der Gesetze hat bei der Vertiefung des Problems eine bedeutende Rolle gespielt. Tatsache ist, dass diese Situation in der Gründungsversammlung der Republik und in der Gründungszeit Atatürks nicht existierte. Wie sehr auch immer der Dilettantismus, der mangelnde Realismus und die Fehler in den Aktionsmethoden der PKK kritisiert werden mögen, so hat die PKK der Republik historisch und gesellschaftlich doch gute Dienste geleistet, indem sie ständig gesagt hat: „Sieh dieses Problem, das dich schon so lange belastet, und löse es. Vor diesem Hintergrund haben die Kurden versucht, eine ebenso wichtige Rolle bei der Demokratisierung der Republik zu spielen, wie sie sie auch bei der Befreiung und Gründung der Republik gespielt haben.“

Die Kurden haben mit ihrem Aufstand unter der Führung der PKK folgendes bewiesen: Wenn du unsere Freiheit nicht anerkannt, werden Separatismus und Aufstände immer auf der Tagesordnung stehen. Entweder vereinige ich mich mit dir als freier Verbündeter oder ich sterbe oder fliehe. Andernfalls werden wir beide viel Leid und Verluste ertragen müssen. Das ist die Botschaft dieser Aufstände. Die PKK hat bezüglich der freien Vereinigung eine hohe Reife erlangt. Dies zu erkennen, heißt ihre Geschichte zu sehen. Der Schutz und die Verteidigung der Republik können nicht gewährleistet werden, solange man dies ignoriert. Diese freiwillige Einheit konkretisierte sich mit Millionen von Stimmen – zuletzt im Rahmen der HADEP. Die Republik kann nur verteidigt werden, wenn man diese Realität sieht und sie mit der Republik und deren rechtlicher Ordnung vereinigt und ein demokratisches Zusammenleben verwirklicht. Die PKK ist eine Bewegung des bewussten und freien Willens, die zum Ausdruck gebracht hat, dass die Vereinigung mit einer in historischer Hinsicht unterdrückten, eingeschüchterten und durch erzwungene Rückständigkeit fast unkenntlich gemachten kurdischen Realität nicht möglich ist, dass eine solche Masse dem Anspruch auf Aufgeklärtheit der Republik widerspricht und dass auch die Gründungsmitglieder der Republik aufgeklärt und frei sein müssen, wenn die Republik diese Attribute für sich in Anspruch nimmt.

Die letzten Wahlen haben dies klar und deutlich bewiesen. Daher verkörpert die PKK die historische Realität der freien Einheit, indem sie die den Kurden zustehende Rolle in der Republik richtig definiert.

Wenn diese geschichtliche Realität gänzlich erfolgreich ist, dann darf im letzten Teil der Anklageschrift nicht gesagt werden, dass die PKK einen separaten Staat fordert, sondern dass sie ganz eindeutig eine Demokratische Republik fordert und die treibende Kraft einer solchen Republik ist. Auch wenn die Geschichte dies heute noch nicht anerkennt, so wird sie es doch früher oder später tun. Die Geschichte wird damit von der PKK ans Licht

gebracht und berichtigt, und das Problem wird gelöst. Wie die Kurden in der Zeit der Befreiung in den 20er-Jahren die Rolle einer nationalen Streitkraft⁸ spielten, haben sie, da wir uns der Jahrtausendwende nähern, mit der PKK und ihren richtigen und falschen Handlungen, schlechten und guten Seiten die Rolle einer demokratischen Streitkraft gespielt. Sie ist keine separatistische Bewegung, im Gegenteil: Sie ist eine Bewegung für die vielleicht stabilste Vereinigung mit der Türkei und den Türken, um Kräfte zu sammeln und wieder eine Führungsposition vom Mittelosten über den Kaukasus bis zum Balkan zu erlangen. Es gibt keinen anderen Weg außer der freiwilligen Einheit. Die PKK ist auch ein Beweis dafür. Nichts, auch nicht die Gesetze, kann stärker sein als die Macht des Faktischen. An diesem historischen Wendepunkt der PKK dürfen wir nicht für die Trennung, sondern müssen wir für die Vereinigung sein. Wir müssen die dominierende Seite der Realität sehen und uns entsprechend entscheiden.

Transformationsprobleme der PKK

Es ist eine auffällige Tatsache, dass gegen Ende des 20. Jahrhunderts die sozialen und politischen Systeme große Umwandlungen und Veränderungen vollzogen haben und dass diejenigen, die sich dagegen wehren, keine großen Erfolgchancen haben. Im Grunde genommen haben jene Systeme große Schwierigkeiten, die keine Antworten auf die Suche von Individuen haben, die als Ergebnis der wissenschaftlich-technischen Revolution frei geworden sind. Auch wenn sie sich durch ständige Gegenmaßnahmen oder durch Gewalt und Unterdrückung gegen diese Entwicklung stemmen, finden diese Veränderungen mit einer unvergleichlichen Geschwindigkeit und auf einem Niveau statt, die einmalig in der Geschichte sind. Man könnte sagen, dass wir die sozialen und politischen Spiegelungen des Atom-Zeitalters miterleben. Der Sozialismus, der zu Beginn dieses Jahrhunderts die höchste Stufe der demokratischen Entwicklung und ihren fortschrittlichsten,

8 Türkisch: Kuva-i Milliye

egalitärsten und freiheitlichsten Ausdruck repräsentierte, und der, beginnend mit dem Aufstand in Russland, beachtlichen Druck auf den sich zum Weltsystem entwickelnden Kapitalismus ausübte, ging an Kurzatmigkeit zugrunde. Dies geschah natürlich deshalb, weil er – wie viele andere Systeme auch – rigide war und keine Kanäle für Freiheit und Gleichheit, die zu seinen Wesensmerkmalen gehören, innerhalb des Systems öffnen konnte; und weil er darin versagte, der Bevölkerung diejenigen positiven Entwicklungen sowohl im wirtschaftlichen als auch im politischen Bereich zugänglich zu machen, welche sogar der Kapitalismus der Bevölkerung gewährt. Damit brachte er seinen Untergang selbst hervor. Seine Erfahrung als einem bestimmten Typ von intensivem Sektierertum, das sich sogar den Religionen widersetzte, stellt einen weiteren Faktor dar. Das bedeutet natürlich nicht, dass der Sozialismus kein positives Erbe hinterlassen hat. Es steht außer Frage, dass die soziale und nationale Befreiung, die unsere Epoche grundsätzlich geprägt hat, eine historische Rolle bei der Entstehung von Klassen und Nationen gespielt hat, die sich eines höheren Niveaus von Freiheit und Gleichberechtigung erfreuen. Was der Kapitalismus in ein paar Jahrhunderten in begrenztem Maße geschaffen hat, hat der Sozialismus in einem halben Jahrhundert übertroffen. Es ist nicht gänzlich sein Fehler, dass er keine Alternative für die weltweit vom Kapitalismus verursachten schweren Krisen anbieten konnte. Weil der Sozialismus dafür verantwortlich gemacht wurde, musste er entweder diese Krisen überwinden oder selber untergehen. Weil er diese Krise nicht überwinden konnte, ging er unter. Dies ist eine Entwicklung, die in der Geschichte oft vorkommt. Es steht außer Zweifel, dass der Sozialismus aus seinen Wurzeln wieder erblühen wird. Es ist unumgänglich, dass in Anbetracht der grundsätzlichen Probleme der Menschheit der Sozialismus, das heißt: der wissenschaftliche Sozialismus, als ein Ausdruck für wissenschaftliche Lösungen der sozialen Realität, in einer reiferen Stufe wieder aufblühen wird. Gegen die kapitalistische These der extremen Ungleichheit wird sich eine Antithese entwickeln, insbesondere gegen den heutigen

Kapitalismus, der die gesellschaftlichen, geschichtlichen und Umweltprobleme nicht bewältigen kann. Der Sozialismus, der ohnehin große experimentelle Erfahrungen gesammelt hat, wird seine Kraft zur Erneuerung demonstrieren und eine Synthese seiner bisherigen Errungenschaften mit zukünftigen Errungenschaften herstellen. Er wird seine Effektivität beweisen, insbesondere in den Bereichen Natur, Umwelt, Frauen, Kinder, Bevölkerung, Geschichte, Kultur, ethnische und religiöse Minderheiten, der Lösung der nationalen Frage sowie des sozialen Ungleichgewichts. Er wird dies durch die Erneuerung seiner Theorie in Verbindung mit der richtigen Praxis erreichen. Er wird seine Reifephase erlangen und sich selbst erneuern, indem er die Demokratie um das bereichert, was zu seinem Untergang geführt hat; also um all das, was auch im Kapitalismus den vorgenannten ethnischen und kulturellen Gruppen von Nutzen ist, um ein möglichst breites demokratisches System zu verwirklichen.

Wie der Kapitalismus die Errungenschaften des Sozialismus in seine Demokratie integrierte, indem er sogar die Gründung kommunistischer Parteien erlaubte und den Menschenrechten an den Wurzeln des Sozialismus mehr Aufmerksamkeit schenkte als der Sozialismus selbst es tat und damit den Sozialismus überholte, wird auch der neue Sozialismus alle Werte nicht nur des Kapitalismus sondern auch der gesamten Menschheitsgeschichte in sich aufnehmen. Er wird sich den Gefahren, vor denen die Menschheit steht, stellen und wird seine großen Möglichkeiten bei der Entwicklung von Lösungen beweisen.

Diejenigen, die dieser evolutionären Gesetzmäßigkeit der gesellschaftlichen Dialektik rechtzeitig entsprechen, werden die Entwicklungen bestimmen können. Während diejenigen, die dazu nicht in der Lage sind, nur großes Leid ertragen müssen und unter den Trümmern sinnloser Verluste begraben werden. Im Kontext der sozialen Veränderungen, mit denen wir auf intensive Weise konfrontiert sind, können wir täglich beobachten, wie an irgendeiner Stelle der Welt dieses Gesetz wie in einem Laborver-

such umgesetzt wird. Hieraus keine Konsequenzen zu ziehen bedeutet, entweder blind oder äußerst konservativ zu sein.

Obwohl es Entwicklungen und Umwandlungen in der Türkei das ganze Jahrhundert über gegeben hat und obwohl die Türkei einer der Brennpunkte war, wo diese allgemeinen Veränderungen auf intensive Weise verliefen, ist es richtig zu sagen, dass im sozialen Sinne diese Veränderungen in verstärktem Maße in den letzten dreißig bis vierzig Jahren, der Zeit unserer Generation stattfanden. Diese Jahre wurden insbesondere geprägt vom Sozialismus, der wie ein Stern glänzenden Ideologie dieser Periode, und von rechtslastigen und religiösen Ideologien, die gegen den Sozialismus gestellt wurden. Die Versuche, den Sozialismus auf die Türkei zu übertragen, wurden auf noch eklektischere, schablonenhaftere und schematischere Weise durchgeführt, als es beim Kapitalismus der Fall war. Das gesellschaftliche Denken stand in der Türkei auf einem niedrigen Entwicklungsstand und war dogmatisch. Man dachte, um erfolgreich zu sein, würde es ausreichen, den Sozialismus schematisch anzuwenden, anstatt die sozialen Charakteristika herauszufinden und zu analysieren. Die Sozialisten waren Opfer von geistlosen Verallgemeinerungen und einer schlampigen Praxis. Um Moslem zu werden, mag es ausreichen zu sagen: „Es gibt keinen Gott außer Allah, und Mohammed ist sein Prophet.“ Eine solche Handlung kann im Kontext der Zeit von Bedeutung sein, aber der Sozialismus in der Türkei hatte in den 70er-Jahren noch stärker die Züge einer mechanischen Übung und war noch verantwortungsloser. Die Sozialisten waren weit davon entfernt, eine der Ernsthaftigkeit der Ideologie angemessene Haltung an den Tag zu legen. Sie ähnelt sehr dem Zustand von Scheinheiligen, die einfach glauben und diesen Glauben wieder ablegen, wenn er ihren Interessen widerspricht. Nicht die sozialistische Ideologie war vorhanden, sondern deren „heuchlerische“, nämlich falsche Version. Diese degenerierte Form war im Allgemeinen vorherrschend. Sozialismus war auch eine modische Erscheinung. Im Überbau setzte sich ebenfalls – der offiziellen Ideologie folgend – derselbe Stil durch. Deshalb konnte das in die-

ser Epoche grundlegende Bedürfnis nach Wandel, nämlich die sozialen Veränderungen, nicht realisiert werden, stattdessen endeten sie im Chaos. Die historische Chance für eine breite demokratische Bewegung, die eine große Resonanz hätte finden können, wurde verpasst und extreme Gewalt rief eine massive gesellschaftliche Reaktion hervor. Es war unvermeidlich, dass die klassische Rechte und konservative Tendenzen an Stärke gewannen. Wieder einmal wurde die Regel bestätigt: „Wenn du nicht die richtige Lösung anbietest, dann gehst du zugrunde.“ Die Linke, die für Wandel eintrat, war unfähig, ihre leeren Parolen und ihre Demagogie zu überwinden. Die Rechte war unfähig, Erneuerungen hervorzubringen. Durch die klassische Ausgleichspolitik der Militärs wurden diese Jahre mit großem Leid und nicht genutzten Entwicklungschancen vertan.

Obwohl die PKK in diesen bewegten Jahren im Strudel dieses Durcheinanders geboren wurde, hatte sie keine große Mühe, die kurdische Problematik als blutende Wunde der Türkei mit ihren offensichtlichen Widersprüchen aufzugreifen und unter dem Eindruck der nationalen Frage, für die weltweit eine Lösung heranreifte, die richtigen Lösungen anzubieten. Deshalb hat die PKK sich auch sehr schnell entwickelt. Die Entwicklung war nicht, wie manche behaupten, ein Ergebnis der Gewalt, sondern ein Ergebnis der gesellschaftlichen Widersprüche, deren Produkt die Gewalt war. Es ist mit dem Sprichwort zu vergleichen: „Wenn du schüttelst, fällt das reife Obst von selbst herunter.“ In dieser Phase war der Glaube der Führung und die Beherrschung einiger Grundregeln für den Anfang genug. Es war insbesondere leicht, ähnliche Gruppen hinter sich zu lassen, offizielle und inoffizielle Barrieren zu überspringen und mit den ersten Aktionen, die von der Organisation durchgeführt wurden, ein aufrüttelndes Ergebnis zu erzielen.

Selbst eine amateurhafte Vorgehensweise war ausreichend. Um ähnliche Gruppen, offizielle Ideologien und feudale Hürden zu überwinden, war selbst ein Jahrzehnt zu viel. Als wir die 80er-Jahre erreichten, hatten wir das System sowohl auf der feudal-

regionalen Ebene als auch offiziell auf der allgemeinen Ebene hinter uns gelassen. Es wurde deutlich, dass uns das ideologische und politische System und seine Barrieren nicht mehr abschrecken konnten. Das beruhte auf einer nicht tiefgründig angeeigneten ideologischen Kraft des Sozialismus und einem kurdischen Bewusstsein von Geschichte und Gesellschaft, das ebenfalls armelig und oberflächlich war. In einem Wort: Es war ausreichend für eine dilettantische Bewegung. So muss die Entwicklung bis in die 80er-Jahre im Wesentlichen charakterisiert werden. Diese Entwicklung konnte nur von der Armee gestoppt werden. Und das geschah auch. Allerdings gab es auch eine partielle Erwidern in Gestalt von Rückzugsgebieten auf der Achse im Mittleren Osten, wodurch diese Situation zum Teil überwunden wurde.

Auf die gleiche Weise wurde auch die traditionelle Repressionsmethode der Armee in den 90er-Jahren überwunden. Natürlich war dies nicht die Niederlage der Armee. Es war nur ein eindrucksvolles Beispiel dafür – vielleicht das erste in der Geschichte –, dass die klassischen Repressionsmethoden der Armee überwunden werden können.

Die Antwort des Staates und der Armee auf diese Entwicklung war, diese Angelegenheit, d.h. die kurdische Frage, offiziell auf der höchsten Ebene anzuerkennen und sich mit einer begrenzten Lösung einverstanden zu erklären. Das war tatsächlich eine historische Entwicklung. Angesichts der türkischen Realität war das die einzige am Ende erreichbare Lösung. Die kurdische Realität wurde endlich anerkannt, jene Kurden, die – obwohl Hauptakteure bei der Gründung der Türkischen Republik – vernachlässigt worden waren, die aufgrund von Aufständen unter Druck gesetzt, verängstigt, daher unterentwickelt und ungebildet waren und die man dazu verdammt hatte, unter einer deformierten und reaktionären Form des Feudalismus zu leben. Bei seiner Amtsantrittsrede sagte Premierminister Demirel in Diyarbakir: Wir erkennen die kurdische Realität an. Und in einer noch umfassenderen Weise erklärte Präsident Özal dieses Thema für alle offiziellen und inoffiziellen Kreise und Parteien zum ersten Tagesordnungspunkt.

Das ist ein Zeichen dafür, dass es die Chance für eine Lösung gab. Aber niemand war wirklich darauf vorbereitet, und alle waren Amateure. Es war ein schwerwiegendes Problem, doch die Antworten auf die Frage nach einer Lösung waren oberflächlich. Das galt auch für die PKK. Die begrenzte Feuerpause war zwar eine mutige Initiative, aber keine der Parteien war darauf intensiv vorbereitet. Diese historische Chance wurde vertan, weil in der PKK die klassische Aufstandsform und im Staat starke Unterdrückungstendenzen vorherrschten. Natürlich darf man auch nicht unterschätzen, welche Rolle in dieser Phase opportunistische Politiker, Provokationen und der Einfluss ausländischer Mächte gespielt haben.

In dieser Phase hat der Staat sein Erscheinungsbild in der Tat ernsthaft verändert. Insbesondere der Zerfall der Sowjetunion und Veränderungen der Türkei infolge des Golf-Krieges machten es zu einer Notwendigkeit, eine Lösung der kurdischen Frage zu finden; und der Weg dorthin führt durch eine verspätete, aber umfangreiche Demokratisierung. Hier begann sich die PKK zu widersetzen, indem sie sich ständig wiederholte, anstatt sich zu entwickeln. Die einzige Lösung schien in dieser Weigerung zu liegen. Aber sie hätte aus dem Zerfall des Realsozialismus die demokratische Lösung ableiten müssen. Sie hätte sehen müssen, dass das „Selbstbestimmungsrecht der Völker“ seine Aktualität verloren hat, und erkennen müssen, dass die wissenschaftlich-technischen Veränderungen das Konzept des Nationalstaates, das seit dem 17. Jahrhundert entwickelt wurde, unterminiert haben, dass es realistischer ist, innerhalb der bestehenden Grenzen, und ohne sie zu ändern, die Demokratie zu entwickeln. Kurz gesagt, die PKK hätte ihr Programm der 70er-Jahre fallen lassen und ein neues Programm entwickeln müssen. Sie hätte die Türkei analysieren und dabei die Entwicklung des Landes seit seiner Gründung und auch in den 90er-Jahren berücksichtigen müssen, um ihr Programm auf die Grundlage dieser Entwicklungen zu stützen.

Weltweit löst sich der Realsozialismus auf, das sowjetische System bricht auseinander, und während die Lösung in einer

unfruchtbaren, verkrusteten Demokratie gesehen wird, mussten doch hieraus zweifelsohne wichtige Lehren gezogen werden.

Die PKK hätte daraus wichtige Schlussfolgerungen ziehen müssen, anstatt die Vorstellung von einem separierten Teil und separaten Staat zu verteidigen – eine Vorstellung, die nicht über ideologische und utopische Rhetorik hinausgeht. Die Forderung nach einem vom Staat abgetrennten Teil ist angesichts der geografischen Grundtatsachen schwer zu verwirklichen; der separate Teil ist kaum lebensfähig und auch nicht notwendig. Anstelle einer solchen Forderung hätte sich die PKK für eine demokratische Gesellschaft innerhalb derselben Grenzen einsetzen sollen. Damit wäre sie dem weltweiten Trend gefolgt. Sie hätte klar die freiwillige Vereinigung der Kurden mit der Republik erkennen und aufzeigen müssen.

Vor allem wenn eine starke Vermischung und eine starke Assimilation existiert und beinahe die Hälfte der Bevölkerung sich in geografisch unterschiedlichen Regionen befindet, sollte die Lösung und auch der Vorzug in einer tiefgreifenden Demokratisierung liegen. Sie hätte dies offen aussprechen müssen; sie hätte sich vorwärts zu einer Aktionslinie politisch-demokratischer Aktivitäten bewegen müssen, anstatt auf Gewalt zurückzugreifen, die großes Leid und Verluste hervorrief. Sie hätte mit größerem Geschick und mehr Verantwortung auf die Beendigung des immer schmutziger werdenden Krieges hinwirken müssen. Sie hätte sehen müssen, dass auch ein fortgesetzter Guerillakrieg gegen die Armee keine andere Rolle spielen kann als letztendlich bei demselben Punkt der Lösung anzulangen. Sie hätte deshalb ihre kontrollierte Umwandlung in eine politisch-legale Alternative auf die Tagesordnung setzen müssen.

Anstatt nach 1993 auf dem Guerillakrieg zu beharren, hätte sie die Grundlagen für diese Alternative schaffen müssen. Wie sehr man auch die Cliques innerhalb des Staates und die Verluste, die seitens der Guerilla erlitten wurden, verurteilen muss – die PKK hätte dennoch Anfang der 90er-Jahre die Veränderungen in der Welt und im Staat sehen und Antworten finden müssen. Obwohl

sie dies spürte und die Notwendigkeit fühlte, reagierte sie aus Mangel an Erfahrung und Angst nicht entsprechend. Die PKK wurde in diesen Jahren nicht besiegt. Aber sie zeigte auch keine großartige Entwicklung, weil es kaum möglich war, unter den Bedingungen in diesen Jahren und mit den bestehenden Formen voranzuschreiten. Das ist der offensichtliche Fehler der PKK, dass sie diese Realität nicht wahrgenommen hat und sich deshalb von Wiederholungen nicht schützen konnte.

In diesem Sinne haben der 5. und 6. Kongress in manchen Punkten Wiederholungen produziert. Wie wir sehen, ist die PKK an einem Scheideweg angelangt. Entweder wird sie auf ihrer klassischen Linie beharren und mit der Hilfe der inneren und äußeren Möglichkeiten weiter existieren – oder sie wird auf der Grundlage bestimmter gesetzlicher Zusicherungen den bewaffneten Kampf einstellen. Dann muss sie die Einheit der Türkei zur Grundlage ihres Programms machen und sich selbst in eine Organisation umwandeln, die durch politisch legale Aktionen und Organisation versucht, die kurdische Gesellschaft besser zu erfassen. Dies ist mit Sicherheit die historische Stufe, die wir erreicht haben. Diese Veränderung sollte als eine wahre revolutionäre Veränderung verstanden werden und nicht als Verleugnung oder als Liquidierung.

Im Gegenteil, wenn die erwarteten Veränderungen der Linie und des Aufbaus nicht stattfinden, wird der Konservatismus zunehmen und die Gefahr der Vernichtung entstehen. Oder sie wird sich nicht davor bewahren können, wie ähnliche Organisationen zuvor auch, in extremes Sektierertum zu verfallen. Diese Realität der PKK, die im Kern auch vorhanden, aber nicht vollständig ausgeprägt ist, zeigt deutlich, wie notwendig die Veränderung ist. Um eine Lösung zu finden, ist es nicht nur notwendig, das Problem zu erkennen, sondern auch, so schnell wie möglich Wiederholungen zu vermeiden, damit kein Kräfteverlust entsteht. Und um den Verfall der Kräfte zu verhindern, muss man langsam und mit gemeinsamem Willen sich vom Guerillakrieg fortentwickeln hin zu einer Lösung, die auf den Sicherheiten einer demo-

kratischen Türkei, dem politisch-legalen Prozess und einer entsprechenden Aktionslinie beruht. Mit der Entwicklung dieser Plattform kann eine Lösung erreicht werden.

Dieser Weg ist nicht mit der Führung verknüpft, sondern ist ein Problem und eine Lösung, die weit über die Führung hinausgehen und beträchtliche Tiefenwirkung hat. Meistens beschleunigt die Führung den Prozess. In vielen Fällen hat jedenfalls die Führung eine solche Rolle gespielt.

Es ist wichtig, diese besondere Situation richtig zu begreifen. Zweifelsohne wäre dies unter freiheitlichen Bedingungen viel einfacher.

Aber richtige Lösungen fordern und erhalten ihre Gültigkeit, auch wenn sich Individuen in Gefangenschaft oder im Grab befinden. Aber hier sind der fundamentale Zustand und sein richtiger Ausdruck sowie die Notwendigkeit der Lösung von Bedeutung. Zweifellos spielt die Persönlichkeit, und – insbesondere innerhalb der PKK – die Führung eine entscheidende Rolle. Wenn die Führung eine Hauptrolle gespielt hat, wird sie eine lange Zeit bestehen, und ihre Fähigkeit, Lösungen anzubieten, ihr Einfluss und ihre Kraft bleiben erhalten. Im Wesentlichen können wir den Veränderungsprozess der PKK und seine Hauptplattform auf diese Weise beschreiben.

Wie sich dies alles in dem langen, vor uns liegenden Prozess in die Praxis umsetzen lässt, das ist von verschiedenen Faktoren abhängig. Unsere Aufgabe ist es, vorzuschauen, um nicht unvorbereitet überrascht zu werden.

Während die PKK in dieser geschichtlichen Epoche ihren neuen Weg bestimmt, muss sie mit Bedacht und Selbstsicherheit vorgehen. Es sollte nicht übersehen werden, dass es eine Notwendigkeit für große Organisationen und Bewegungen ist, sich ihre Grundfehler und Irrtümer vor Augen zu führen und mutig aufzudecken. Wenn sie das nicht rechtzeitig tun, bedeutet dies eine Schwächung der Organisation. Es gibt Veränderungen, die das Ende bedeuten, und Veränderungen, die Geschichte schreiben. Immer auf die gleiche Weise zu gehen und sich selbst ständig zu

wiederholen, macht müde und erlaubt keine Entwicklungen. Der Verlust der Kreativität in einem revolutionären Kampf und der Konservatismus, der daraus entsteht, müssen letztendlich überwunden werden. Das Leben selbst duldet Realitätsferne nicht lange. Eine Kraft, die das Leben nicht voran bringt, entwickelt sich zu einem Hindernis. Das Leben selbst wird zu einer revolutionären Realität, die das Hindernis auf ihre Weise überwindet. Sektierertum ist eine Verzerrung des Lebens. Natürlich ist die PKK nie in diese Lage geraten. Sie kann ohne weiteres weiterhin der klassischen Linie folgen und ihre Erfolge wären auch nicht zu unterschätzen. Aber es ist offensichtlich, dass dies nicht erreicht werden kann durch leeres Vertrauen und traditionelle Methoden. Sondern früher oder später müssen Lösungen gefunden werden. Kurzum: So notwendig es ist, die Prinzipien, das Programm und die Aktionsformen zu überdenken, so gefährlich ist es, dies nicht zu tun, obwohl schon fast ein Vierteljahrhundert vergangen ist.

Um Fortschritte zu machen, ist es notwendig, die wichtigsten Erfahrungen der Praxis einer Prüfung zu unterziehen, Erfahrungen, die unter rückständigsten nationalen, sozialen und internationalen Bedingungen in der Form eines höchst ungewöhnlichen Aufstandskrieges erworben wurden. Wenn wir dies nicht tun, werden wir unserer großen Verantwortung vor der Geschichte nicht gerecht. Selbst wenn uns einige dafür kritisieren, entscheidend ist, dass wir den Erfordernissen des historischen Augenblicks Rechnung tragen. Einige wollen dies nicht sehen, andere sehen es und wollen es nicht glauben. Aber das Richtige und Neue fängt immer auf diese Weise an.

Das Bild, welches die Anklageschrift von der PKK entwirft, wird sich natürlich nicht ändern. Dieses Bild wird höchstens blass und verwischt. Die PKK aber stellt das freie Leben sowohl eines Volkes als auch einer neuen Menschheit dar. Dass sie sich selbst durch Gewalt hervorgebracht hat, bedeutet nicht, dass sie sich auf diese Weise auch weiter entwickeln muss. Auch ein Kind kann durch eine schwierige Geburt auf die Welt kommen und sich danach ohne weitere Schwierigkeiten natürlich entwickeln. Das

ist ein Naturgesetz. Qualitative Sprünge forcieren die Entwicklung, aber das Fundament ist die quantitative Entwicklung. Das kann man auf die menschliche Gesellschaft und auch auf ihr Organisationsleben übertragen. Warum sollte das falsch sein? Wenn alles so endet, wie es angefangen hat, oder wenn alles bleibt, wie es war, dann kann es keine Entwicklung geben. Das verstößt auch gegen die Naturgesetze. Insbesondere wenn eine Erscheinung mit großem Widerstand und Gewalt verbunden ist, dann wird sie entweder in Fäulnis übergehen oder sich erneuern und eine neue Entwicklungsphase erreichen.

Diese dialektischen Wahrheiten zeigen, dass das Bild, das die Anklageschrift von der PKK vermittelt, keinen Bezug zur lebendigen Realität hat. Das reicht vielleicht für eine Verurteilung aus, aber man wird damit nichts anderes erreichen, als die gesellschaftlichen Probleme zu vertiefen. Die Geschichte kennt viele Beispiele dafür, was es bedeutet, eine Organisation wie die PKK als erfolglos zu bezeichnen, eine Organisation, die dem Staat so gefährlich geworden ist, die eine so ernste Kriegsbilanz vorweist, die die politische Entwicklung tagtäglich so massiv beeinflusste und auf mehr als zehn Regierungen Druck ausübte. Diese Bewegung mit alten Gesetzen, die der gesellschaftlichen Praxis sehr weit hinterher hinken, zu verurteilen, ist ein extrem konservatives Verhalten, das den Staat unfähig macht, die notwendigen Reformen durchzuführen, und die Gesellschaft der wichtigen Chance zur Demokratisierung beraubt. Korrekt wäre es gewesen, nicht nur anzuklagen und aufzuzeigen, was richtig ist, sondern auch zu zeigen, wie das erreicht werden kann. Die Anklageschrift hat diese Chance nicht gut genutzt und außer der klassischen, einseitigen und total negativen Verurteilung nichts Neues hervorgebracht. Sowohl für die Republik als auch für die PKK besteht eine historische Situation und Möglichkeit der Versöhnung, wenn man die Demokratie im Allgemeinen und das kurdische Problem im Besonderen betrachtet, das ihre Wurzeln ausmacht.

Es wäre ein großartiger Schritt nach vorne, wenn die Demokratisierung der Gesellschaft parallel zur Demokratisierung des

Staates verlief. Die Voraussetzungen dafür sind, dass die Republik sich reif verhält, dass sie die Demokratisierung nicht als Verlust, sondern als ihren größten Gewinn betrachtet, dass sie ihre Engstirnigkeit aufgibt; die PKK muss einsehen, dass ihr eigener Weg der Umwandlung ohne Kompromiss mit der Demokratischen Republik nicht zu erreichen ist und dass der historische Kompromiss nur auf diese Weise erzielt werden kann. Sicherlich sind die alten Gesetze hierfür ein großes Hindernis. Neue Gesetze werden die Hindernisse überwinden, und die Hindernisse, die vor den Gesetzen selbst stehen, werden durch den politischen Willen aus dem Weg geräumt.

Der PKK-Prozess, die Anklageschrift und die Verteidigung, können nur dann großen Erfolg haben, wenn sie großzügig genug sind, die wundervolle, subtile Kreativität der Politik zu nutzen, um sich in dem historischen Tal des Kompromisses zu treffen, das Eis, das zwischen ihnen besteht, zu brechen und die Entfremdung voneinander zu beenden, indem sie auf polarisierende Anschuldigungen – wie große und kleine Schuld, mehr oder weniger schuldig – verzichten. Aus der These und Antithese wird eine neue Synthese geboren. Der Gegensatz zwischen Staat und PKK wird sich in der Synthese der Demokratischen Republik auflösen. Auch viele offizielle Repräsentanten der Republik haben schon zum Ausdruck gebracht, dass sich das Leben ohne Widersprüche nicht fortentwickeln kann. Ebenso sollte die Republik bei diesem größten Ereignis – Aufstand und Auseinandersetzung – in ihrer Geschichte nicht die gewaltsame Erstickung, sondern den Fortschritt bevorzugen, indem sie die Widersprüche löst. Mit dem Erwürgen des Kindes, das aus dem eigenen Leib geboren wurde, ist nichts gewonnen. Wenn aber diesem Kind erlaubt wird, ein eigenständiges Leben zu führen und wenn es als das eigene Kind akzeptiert wird, dann wird es die Kraft vervielfältigen. Dann wird die Geschichte nicht leidvoll enden, sondern auf dem Weg zum Frieden voranschreiten, der von der demokratischen Welt gefordert wird, und der zum größten Bedürfnis dieser Gesellschaft

geworden ist. Der große Widerspruch wird dann aufgelöst sein, und der Weg zur Stärke ist offen.

Der PKK-Prozess, verkörpert durch ihren Führer, besitzt dieses Potenzial. Wenn die Richter die tief verwurzelte geschichtlich-gesellschaftliche Basis dieses historischen Prozesses erkennen, wenn sie die Geschichte der Demokratie betrachten, wenn sie die Gesetze beurteilen, die sie selbst sehr gut kennen und die bei der gesellschaftlichen Entwicklung ein Hindernis darstellen, dann werden sie sicherlich ihr historisches Urteil objektiver fällen können. Bei der Betrachtung der Entscheidungen wird nicht die juristische Form ausschlaggebend sein, sondern der gesellschaftliche Inhalt. Wichtig ist nicht, was der Tag, sondern was die jüngste Vergangenheit und die Zukunft zeigen. Es wird eine Chance für die Republik sein, wenn sie ihr Urteil finden, indem sie nicht die formale Legalität sondern das Wesen der Gesellschaft betrachten, wenn sie nicht den Augenblick, sondern die jüngste Vergangenheit und die nächste Zukunft im Auge haben, und wenn sie der historischen Methode Raum geben – so, wie es schon oft in der Rechtsgeschichte vorgekommen ist .

Die PKK wird sich von einer Kraft, der die Absicht der Spaltung unterstellt wird, zu einem der entscheidenden Faktoren entwickeln, die die Republik stärken. Die Richter sollten in der Lage sein, dies zu sehen. Es ist eine Aufgabe von historischen Dimensionen, eine Bewegung nicht zum Gegner und zum Sträfling der Republik zu machen, die annähernd 25.000 Anhänger verloren hat, von der über 10.000 Mitglieder in den Gefängnissen saßen und die vor kurzem noch, bei den letzten Wahlen, 1,5 Millionen Wähler auf ihrer Seite hatte. Selbst wenn die PKK Fehler und Irrtümer begeht, was derzeit passiert und auch auf mittlerer Ebene ausgesprochen wurde, so ist doch Krieg. Jedem Krieg folgt ein Frieden, und wenn der Staat die Tür zum Frieden öffnet, selbst wenn sie nur ein kleines Stück offen ist, dann wird sich zeigen, dass die PKK stark genug ist, die Republik mit dem Respekt zu behandeln, den sie verdient.

Andernfalls werden beide Seiten verlieren, unsere Feinde werden gewinnen, das Leiden wird zunehmen, und die Geschichte wird der Verlierer sein. Die Erwartung an diesen Prozess ist, dass es zu einem Urteil auf dem Weg der Geschichte kommen muss, der über kurz oder lang zum Sieg führt.

Im Endeffekt sollte sich die PKK in ihrem Programm und ihren Prinzipien die großen Veränderungen des letzten Vierteljahrhunderts vor Augen halten sowie die aktuellen Veränderungen in den demokratischen Strukturen der Republik, die durch die kurdische Frage hervorgerufen wurden. Sie muss sich das legale System, das unter Druck geraten ist, vor Augen halten und in ihrem Programm und ihren Prinzipien die Veränderungen vornehmen, die von ihr erwartet werden und die sich immer wieder als notwendig erwiesen haben. Sie sollte ein politisches Programm entwickeln, das auf den Konzepten einer Demokratischen Republik und eines gemeinsamen Landes beruht. Die PKK sollte die Forderungen einer utopischen Periode aufgeben, die nicht länger die einzige Form für die Gewinnung der Freiheit darstellen und die ohnehin nicht mehr funktionieren. Statt dessen soll sie sich für die freie Vereinigung aussprechen. Sie sollte das Programm so schnell wie möglich offiziell auf einer Konferenz vortragen. Nur so können beide Seiten aus der Sackgasse herausfinden.

In einer Zeit, da die Republik offensichtlich in eine Periode der großen gesellschaftlichen und ideologischen Demokratisierung eingetreten ist, muss die PKK von ihren Programmen Abschied nehmen, die in großem Maße von den sozialistischen Systemen der 70er-Jahre und der dogmatischen Sicht der kurdisch-türkischen Beziehungen geprägt sind. Sie muss ein Programm herausbringen, in dem die demokratische Politik in der gesamten Türkei und – noch tiefgreifender und detaillierter – in der kurdischen Gesellschaft erfasst wird. Das wird der politisch-legalen Entwicklung den Weg öffnen und darum auch aus der Sackgasse herausführen.

In vielen Ländern wurden Probleme, die in einigen Fällen sogar über Jahrhunderte andauerten, mit einer vergleichbaren

Methode der Entspannung gelöst. Europas demokratisches System kennt zahlreiche Beispiele für einen solchen Prozess. Das Beharren auf veralteten Methoden bedeutet, die Sackgasse zu verewigen. Prinzipien und Programme sind wertvoll, wenn sie existieren, um das Leben weiterzuentwickeln. Wenn sie das Leben erschweren, müssen sie entsprechend den konkreten Umständen verändert werden. Das bedeutet nicht Mangel an Glauben und Selbstverrat, sondern es ist eine Notwendigkeit des Lebens. In einem so großen Kampf nicht die notwendigen Veränderungen bei seinen Prinzipien und seinem Programm vorzunehmen, ist Konservatismus und Dogmatismus. Das Leben ist immer auf der Seite von solchen Prinzipien und Programmen, die es voranbringen. Wer immer sich dagegen stellt, wird verlieren.

Aktionsstruktur der PKK

Die Staatsanwaltschaft weist in ihrer Anklageschrift darauf hin, dass sie im Bezug auf die Aktionsstruktur der PKK nicht vollkommen die Realität wiedergibt; sie versucht, den grausamen Vorwurf des Terrorismus zu untermauern, indem sie einige Aktionen herausgreift, um die PKK verantwortlich zu machen für die brutale Seite des Aufstands. Indessen haben die höchsten offiziellen zivilen bzw. militärischen Stellen diesen Konflikt, vom Beginn bis heute, als einen Aufstand, gar als den 28. Aufstand, einen verdeckten Guerillakrieg, noch wissenschaftlicher: als einen Krieg mittlerer oder niederer Intensität bezeichnet; und das trifft zu. Zu diesem Thema wurden auch viele Bücher geschrieben, in denen man versuchte, den Konflikt wissenschaftlich zu erläutern. Die übereinstimmende Bewertung der Experten, die sich mit diesem Thema befassten, ist die, dass dieser Konflikt, der viele einzigartige Züge aufweist, von allen Semi-Rebellionen und Guerillakriegen des letzten Vierteljahrhunderts der Bedeutendste ist. Es ist bekannt, dass dies – unabhängig von der Propaganda – auch die Einschätzung des Generalstabs ist.

Werden wir die Aktionsstruktur der PKK jenseits des Blinkwinkels der Propaganda aus, so begegnen wir der bitteren Tatsache, dass dieser Konflikt für beide Seiten sehr viel Leiden bedeutet und sehr große Verluste verursacht hat. Offiziell werden die Verluste des Militärs mit 5.000 angegeben, die Verluste der PKK hingegen belaufen sich auf 20.000; hinzukommen mindestens 15.000 zivile Todesopfer sogenannter unbekannter Täter. Somit haben 40.000 Menschen ihr Leben verloren, über 3.000 Dörfer wurden entvölkert, 3 Millionen Menschen sind aus ihren Ortschaften geflohen. Bei diesem Konflikt wurden Kriegsflugzeuge, Artillerie und Panzer aller Art eingesetzt. Nach offiziellen Angaben wurden manchmal unter Einsatz von 40-50.000 Soldaten wochenlang militärische Operationen durchgeführt. Dies alles kann nicht mit der Bekämpfung des Terrorismus erklärt werden. Die wissenschaftliche Definition dessen ist der Krieg. Seine 15-jährige Dauer ist der Beleg dafür, dass es sich um einen umfangreichen Krieg handelt. Natürlich hat ein solcher Konflikt nicht nur extrem wichtige historisch-gesellschaftliche Grundlagen, sondern auch politische Ziele. Die Konfliktparteien legen mit ihrer Propaganda jeden Tag diesen Aspekt dar. In diesem Sinne ist die plumpe Bezeichnung „Terrorismus“ weit davon entfernt, das Phänomen angemessen zu beschreiben. Dies als einen Freiheitskrieg oder Aufstand zu definieren, wäre nicht nur wissenschaftlicher, sondern wäre der Weg, um die beste Lösung zu erreichen.

In der Geschichte gibt es zahlreiche ähnliche oder verschiedene Kriege. Sie alle endeten immer mit der Wiederherstellung des Friedens. In Fällen eines einseitigen Friedens gab es verschiedene Vereinbarungen, bis ein beiderseitig vereinbarter Frieden hergestellt wurde. Sie haben sehr wichtige soziale und politische Konsequenzen hervorgebracht, die zu Fortschritt oder auch Rückschritt führten. Die wichtigste Frage, die hier beantwortet werden muss, ist: Wie soll die optimale Lösung dieses Krieges sein, und welcher Typus von Frieden ist der beste?

Die PKK hat mit ihrem Stil des Kampfes in der Tradition der kurdischen Aufstände eine Änderung hervorgebracht und hat

gezeigt, dass sie auf der Grundlage ihrer eigenen Ressourcen auf eigenen Füßen stehen kann, ohne sich auf einen einzelnen Stamm oder Stammesführer oder ausländische Mächte zu stützen, wie es Tradition war. Und gleichzeitig ist zu Tage getreten, dass die politische Formation, welche die PKK als äußerstes Ziel ihres Programmes definiert hat, weder realistisch noch notwendig ist. Inzwischen hat der Staat erkannt, dass es sinnlos ist, unter den Bedingungen, unter denen der Krieg entstand, die kurdische Realität, Sprache und Kultur zu leugnen. Und während diese Realität de facto und sogar de jure eine Anerkennung erlangt hat, wurde ein Punkt erreicht, wo man auf dem Weg zu einer demokratischen Entwicklung mit einer Lösung einverstanden ist.

Die Realität der 90er-Jahre hat gezeigt, dass sich der Krieg, wenn wir dieser Wahrheit folgen, in Richtung Frieden entwickelte. In diesen Jahren stand ein sinnvoller Frieden auf der Tagesordnung. Dass er nicht realisiert wurde, ist ein schmerzhafter Verlust. Wenn noch weitere zehn Jahre vergehen, wird ein Punkt erreicht, der den Frieden praktisch erzwingt. Wenn der Frieden unter den Bedingungen der Demokratisierung der Gesellschaft und der positiven Annäherung des Staates realisiert wird, dann ist dies Ausdruck eines historischen Augenblickes. Und zum ersten Mal wird ein Aufstand, nämlich der jetzige Aufstand, durch einen demokratischen Kompromiss ein Ende finden und der letzte Aufstand sein. Für diesen historischen Schritt sind die Chancen gegeben.

Es ist das fundamentale Problem unseres Zeitalters, diese Situation in der Sprache der Justiz zum Ausdruck zu bringen. Ohne Sentimentalität und ohne die Republik und die PKK als Hindernis zu betrachten, muss der Konflikt als eine sehr traurige Angelegenheit gesehen werden. Er entstand aus Ungerechtigkeit und Missachtung zwischen Brüdern. Sie müssen sich gemeinsam und brüderlich in die Richtung der Hauptrealität bewegen: zum Frieden unter dem Dach der Republik. Mit schweren Vorwürfen und Forderungen nach Kapitulation oder der Fortsetzung des

Kampfes bis zum letzten Blutstropfen kann nur das Leiden verlängert werden.

Kurzum: Würde die Aktionsstruktur der PKK auf diese Weise betrachtet, dann wäre dies nicht nur wissenschaftlicher, sondern würde eine Haltung ermöglichen, die die Zukunft gewinnt und entwickelt. Wenn dies aber nicht geschieht, dann wird die Grundlage für neue Aufstände geschaffen, wie es schon in der Vergangenheit geschehen ist. Die wichtigsten Schlussfolgerungen, die wir aus den Fakten des Krieges und der kurdischen Aufstände ziehen müssen, sind diese: Wir müssen eine solche gesellschaftliche Basis schaffen, die künftige Kriege verhindert und auch isolierte Aktionen nicht zulässt. Diese gesellschaftliche Basis und die ihr entsprechenden Lösungen werden zweifellos nur im Frieden geschaffen, dem einzig gültigen demokratischen Weg. Die Notwendigkeit zur Rebellion und Aktion wird verschwinden, wenn die Gesellschaft mit dem demokratischen Recht auf freie Meinungsäußerung ausgestattet ist, wenn dies überzeugend verwirklicht wird durch demokratische Kanäle und demokratische Aktionen und der Staat alles dies toleriert. Da nun eine echte Chance besteht, die kurdische Frage zu lösen, sollte die Bedeutung dieses Krieges darin bestehen, dass er niemals wieder geführt wird. Der letzte Aufstand sollte so behandelt werden, als bliebe er der letzte Aufstand in der Geschichte. Und das sollte die gesetzliche Interpretation und das gesetzliche Urteil in dieser Angelegenheit sein.

Die Republik muss auf die bedeutendste historische

Frage mit Demokratie antworten

Dass die Existenz der Kurden mit keinem Wort erwähnt wird, ist der fragwürdigste Aspekt in der Anklage der Staatsanwaltschaft. Dies hat sich in der Geschichte der Republik als das größte Problem erwiesen. Alle führenden politischen und militärischen Kreise schätzen heute die Rolle der Kurden so ein, dass sie als eigentliches Gründungselement der Republik angesehen werden.

Diese Leugnung entspringt einer äußerst rückständigen Haltung, der gefährliche Folgen innewohnen. Es ist von riesiger Bedeutung, Atatürk hier mit langen Zitaten zu erwähnen, und zwar, wie er bei der Gründung der Republik die Kurden betrachtet hat. Zumindest auf der Grundlage dieser Worte Atatürks einen Kompromiss zu schließen, wird allen Beteiligten eine akzeptable Chance für eine Lösung bieten. Dass die Kurden eine der Säulen jener Republik waren, die aus dem nationalen Befreiungskampf und dem Sieg entstand, wird in folgendem Zitat deutlich:

Anweisung von Mustafa Kemal Atatürk an den Kommandanten von El Cezire, Nihat Pasa, zur Kurden- und Kurdistanpolitik (Juni 1920):

„1- Es ist für unsere Innenpolitik notwendig, Schritt für Schritt im ganzen Land lokale Verwaltungen aufzubauen, in denen die Massen vertreten sind und auf die sie Einfluss nehmen können. Aus der Sicht unserer Innen- und Außenpolitik halten wir es für erforderlich, in dem von Kurden bewohnten Gebiet eine regionale Verwaltung aufzubauen.

2- Das Selbstbestimmungsrecht der Völker ist ein weltweit anerkanntes Prinzip. Auch wir haben dieses Prinzip anerkannt. Man kann davon ausgehen, dass die Kurden sich auf die Schaffung von lokalen Verwaltungen vorbereitet haben. Wir haben ihre Führer und Prominenz für uns gewonnen; und wenn für sie die Zeit kommt, ihren Wunsch zu äußern, dann werden sie offen erklären, dass sie über ihr Schicksal selbst bestimmen können und dass sie wünschen, unter dem Willen des Türkischen Parlaments zu leben. Alle zum Zweck dieser Politik auszuführenden Tätigkeiten in Kurdistan liegen im Zuständigkeitsbereich der El Cezire-Front.

3- Folgende allgemeine Aspekte wurden anerkannt: Die Feindschaft zwischen Kurden und Franzosen, insbeson-

dere zwischen Kurden und Engländern an der irakischen Grenze muss geschürt werden bis zu einem solchen Grad, wo auch ein bewaffneter Konflikt keine Lösung bringt; nämlich, indem wir die Gründe für den Aufbau einer lokalen Verwaltung überall im Land erklären und auf diese Weise sichern, dass wir sie auf unsere Seite ziehen, und die kurdischen Führer mit öffentlichen und militärischen Aufgaben betrauen.“

In dieser Anweisung hat Mustafa Kemal Atatürk die Existenz der Kurden und auch Kurdistans anerkannt; er sagte, dass die Kurden innerhalb der TBMM ihr Selbstbestimmungsrecht ausüben sollten, da damals die Republik noch nicht gegründet war. Das ist genau die Art von lokaler Verwaltung, die immer noch gefordert wird. Es ist eine Art von demokratischer Autonomie.

Dass in der Anklageschrift die Existenz der Kurden nicht anerkannt wird, erschwert die Probleme. Die Lösung wird nur durch die Anerkennung möglich. Aber lasst uns die Haltung Atatürks nach der Gründung der Republik betrachten. Sie ähnelt sehr der ersten Position und ist sogar analytischer. Auf die Anfrage von Mehmet Emin Yalman auf der Pressekonferenz in Izmit gab Mustafa Kemal Atatürk folgende Antwort, die er auch in Eskişehir wiederholt hat:

Die kurdische Frage kann auch nicht Gegenstand der Interessen unserer hier ansässigen Türken sein. Sie wissen ja, dass die Kurden innerhalb unserer nationalen Grenzen auf eine Art und Weise siedeln, dass sie nur in einigen wenigen Gebieten die Bevölkerungsmehrheit bilden. Ansonsten leben sie unter der türkischen Bevölkerung verstreut. Das hat zu einer Entwicklung geführt, dass man die ganze Türkei zerstückeln müsste, wenn man eine Grenze zur Abtrennung der Kurden ziehen wollte. So müsste man zum Beispiel die Grenze bis nach Erzurum, Erzincan, Sivas und Harput ziehen.

Ja, man dürfte sogar hierbei die kurdischen Stämme in der Wüste von Konya nicht außer Acht lassen. Statt sich eine separate kurdische Nation vorzustellen, ist es besser, entsprechend unserer Verfassung eine Art regionale Föderation zu bilden. Also wird jede Provinz, in welcher die Bevölkerung kurdisch ist, sich autonom verwalten. Darüber hinaus müssen die Türken, soweit sie dort betroffen sind, auch ihrer Existenz Ausdruck verleihen können. Falls sie sich nicht artikulieren dürfen, muss jederzeit damit gerechnet werden, dass sie ihrerseits Schwierigkeiten bereiten werden. Nun setzt sich die Große Türkische Nationalversammlung sowohl aus kurdischen als auch aus türkischen Vertretern zusammen. Diese beiden Gruppen haben ihr Schicksal und alle ihre Interessen vereinigt. Eine andere Grenze festzulegen, wäre nicht richtig.

Es ist möglich, weitere ähnliche Zitate zu finden. All dies ist nicht in Abrede zu stellen. Wegen der späteren Aufstände hat das Problem eine gefährliche Entwicklung angenommen, und man ist von dieser Haltung abgerückt. Was wir aber immer im Hinterkopf behalten müssen, ist die Lebens- und Schicksalsgemeinschaft von Kurden und Türken; und deshalb wird eine Grenzziehung zwischen ihnen eine Katastrophe heraufbeschwören. Aber eine Lösung wurde nicht entwickelt. Hier gab es zwar keine Verleugnung, doch die Komplexität des Problems, die internen Beziehungen zwischen Sultanat und Kalifat und die externen Beziehungen zu Großbritannien führten zu Verdächtigungen. So wurde die Chance für eine konstruktive Lösung des Problems vertan. Vor allem aus ideologischen Gründen und wegen ihrer Führer versäumten es die Kurden, die Einheit mit der Republik zu bilden. Und so wurde der Separatismus mit Repression beantwortet. Dadurch wurde der Geist der Einheit, der anfangs existierte, vernichtet. So entstand zwischen zwei Elementen, nämlich Kurden und Türken, die ohne einander nicht leben können, Entfremdung

und Misstrauen. Die Gefahr, dass fremde Mächte das Problem für sich ausnutzten, machte das Problem noch unlösbarer. Auf diese Weise endete der Zeitabschnitt, aber das Problem hat sich immer weiter verschärft.

Es ist bekannt, dass die Kurden an der nationalen Befreiung der Türkei und der Gründung der Republik beteiligt waren; und wenn sie nicht mit den Türken vereint sind, wird es so sein, als habe die türkische Nation einen Fuß verloren und müsse fortan hinken. Dies hat sich bei allen wichtigen Wendepunkten der türkischen Geschichte, wie bei den Schlachten von Malazgirt und Caldiran, immer wieder als richtig erwiesen. Die Schicksalsgemeinschaft und die Völkergemeinschaft sind das Resultat der Geschichte. Auch die Geschichte der Aufstände darf diesen Zusammenhang nicht in Vergessenheit geraten lassen. Zudem handelt es sich bei den Aufständen eher um einen Autoritätskampf zwischen der Zentralmacht und dem kurdischen Feudalismus. Es ist weithin bekannt, dass die kurdischen Feudalen bei ihren Handlungen nicht primär um ihre nationalen Interessen besorgt waren; sie verfolgten vielmehr die Interessen ihres Stammes, ihrer regionalen Autorität und ihrer Macht. Dass sie jedem gefolgt sind, der diese Interessen unterstützt hat, ist eine historische Tatsache. Das kurdische Problem jener Zeit wird hauptsächlich als ein tribales, als ein von Stammesverhältnissen geprägtes angesehen; d.h. als ein Problem, das aus kultureller und sozioökonomischer Rückständigkeit entstand.

Beide Seiten haben, was die Geschichte der Republik angeht, eine Haltung eingenommen, die von nationalistischer Engstirnigkeit und separatistischer Unwissenschaftlichkeit geprägt war, was das Problem auf ein gefährliches Niveau anhob und die Lösung erschwerte.

Eigentlich gab es in den Jahren der nationalen Befreiung und der Gründung der Republik eine Annäherung an die Lösung des Problems. Dies belegt die damalige Haltung Atatürks, wie sie in den oben aufgeführten Zitaten dargestellt wird; und dies belegt auch der gemeinsame Kampf, die gemeinsame Heimat, die Ret-

tung sowie die Gründung der Republik, das Auftreten von Kurden in ihrer nationalen Tracht und der Gebrauch ihrer Muttersprache innerhalb der TBMM. Selbst der Aufstand von Kocgiri ist in dieser Phase mit einer Amnestie und einer Übereinkunft ausgegangen. Ein hartes Vorgehen fand damals innerhalb der TBMM keine Zustimmung. Im Falle von Nurettin Pasa ist dies ganz eindeutig zu erkennen. Wäre diese Haltung weiter aufrechterhalten worden, so hätte sich das Problem nicht vertieft und die Republik hätte nicht so viel Blut und einen solch hohen Preis gekostet.

Das Hauptproblem bestand damals darin, dass Beziehungen mit Sultanat und Kalifat hergestellt wurden und vom Erhalt der lokalen Autorität nicht abgesehen wurde, noch bevor sich die Republik wirklich gen Osten, bis zu den Kurden und sogar in die gesamte Türkei hinein ausgeweitet hatte. Dies führte zu den Aufständen dieser Jahre, welche wiederum in heftige Kämpfe mündeten und mit Zerschlagung endeten.

Die Schlussfolgerung ist, dass vorhandene Fragen nicht verleugnet werden dürfen, sondern dass man einen konstruktiven Lösungsweg finden muss.

Auch wenn dies zwischen den beiden Weltkriegen nicht erkannt wurde, besteht die Lösung in der Demokratisierung, die nach dem Zweiten Weltkrieg einen großen Schritt nach vorn getan hat. In diesem Sinne besteht das größte Problem der Türkei darin, dass sie unfähig ist, einen erfolgreichen Kampf für die Demokratie zu führen und demokratische Maßstäbe zu entwickeln. Der Grund, warum autoritäre kapitalistische und sozialistische Regime – trotz mancher Entwicklungen – zusammenbrechen, liegt eben darin, dass sie im Gegensatz zu dieser demokratischen Entwicklung standen. Alle rigiden Systeme unserer Zeit erleiden größere Zusammenbrüche und Umwandlungen in ihrem Überbau und entwickeln sich in Richtung einer demokratischen Evolution. Alle nationalen, kulturellen, ethnischen, religiösen, sprachlichen und sogar regionalen Probleme können gelöst werden durch die Garantie und Anwendung breitester demokratischer Maßstäbe. Täglich sehen wir überall in der Welt

Beispiele dafür. Von Indonesien bis zum Mittleren Osten, dem Kaukasus, dem Balkan, Afrika bis Lateinamerika – überall wird die demokratische Methode als Lösung für soziale Probleme unterschiedlichster Charakteristika betrachtet.

Es ist nützlich, einige Punkte gründlicher zu erörtern: Der erste ist das Selbstbestimmungsrecht der Völker. Dieser Grundsatz wurde insbesondere im größten Teil des 19. und 20. Jahrhunderts angewandt. Sein Ziel war, einen nationalen Staat zu gründen, dessen Ideologie durch Nationalismus geprägt war. Im Allgemeinen war seine Methode der bewaffnete Kampf und der nationale Befreiungskrieg. Es stellte sich heraus, dass seine Anwendung begrenzt, aber mit viel Blutvergießen verbunden war, und durch seinen extremen Nationalismus entstanden langwierige Feindschaften. Dieser Kurs, der die Welt angespannt in Atem hielt, hat heute noch Einfluss, und seine schädlichen Folgen treten auch heute noch zu Tage. Der gegenwärtige Balkankrieg zeigt, wie verheerend diese Methode ist. Die Gründe dafür sind die Unfähigkeit, die gesellschaftliche Realität zu verstehen, die enge nationalistische Haltung und die darauf beruhenden Versuche, eine Lösung dadurch zu finden, dass Zwang ausgeübt wird auf eine Gesellschaft und ein Land, in dem verschiedene Völker miteinander vermischt leben. Die Folge ist Barbarei. Auch dafür gibt es viele Beispiele in der Geschichte.

Manche Gruppe oder Nation, die diesem Weg folgte, konnte ihre Rückständigkeit nicht überwinden und leidet heute noch unter dem belastenden Erbe, selbst wenn sie zur Nation geworden ist. Jeder Versuch, die nationale Frage zu lösen, rief neue, noch schwierigere Probleme hervor. Ein geschichtliches Beispiel dafür sind die Religions- und Ketzerkriege des Mittelalters, deren Spuren wir sporadisch begegnen. Auch wenn der nationalistische Weg beanspruchte, für die Probleme religiösen Ursprungs eine Lösung zu finden, so verfiel er dennoch in die gleichen Fehler und machte die Dinge noch komplizierter. Auch wenn es Unterschiede gibt zwischen den alten religiösen Ideologien und dem extremen Nationalismus und seinen zahlreichen rechten und linken Varia-

tionen, die später folgten, so sind sie in der Praxis doch Bewegungen, die sich ähneln und einander beeinflussen. Auch das 20. Jahrhundert hat mit seinen Kriegsbilanzen und der dabei zu Tage getretenen Barbarei dem Mittelalter in nichts nachgestanden. Die allgemeine demokratische Theorie und Praxis hat sich als äußerst erfolgreich bei der Lösung von Problemen erwiesen, die durch extreme religiöse und extreme nationalistische Methoden produziert wurden; Länder und Gesellschaften, die den demokratischen Weg praktizierten, triumphierten. Heute, am Ende des 20. Jahrhunderts, siegt im Allgemeinen die sich immer weiterentwickelnde Demokratie. In der Tat sind diejenigen Länder, die dieses System überzeugend und kontrollierbar anzuwenden wissen, die entwickeltsten Gesellschaften unserer Zeit. Ihre Staaten machen ihren Einfluss weltweit geltend. Das leuchtet ein, wenn man in Betracht zieht, wie die USA und England die Welt lenken und gestalten.

Die Kraft des demokratischen Systems beruht zweifelsohne vor allem auf seiner wissenschaftlichen Erkenntnis der sozialen Realität, auf seiner Fähigkeit, korrekte Definitionen der moralischen und philosophischen Ebenen und der Strukturen unterhalb dieser sowie der politischen und gesetzlichen Ebenen zu finden. Es kann eine Lösung anbieten, ohne Etiketten wie „progressiv“ oder „reaktionär“ zu benutzen, und antwortet auf diese Weise auf die Bedürfnisse der gesellschaftlichen Kräfte und ihre Forderungen nach Gleichheit und Freiheit.

Hier gibt es weder die Verleugnung noch den Versuch, eine Utopie mit Gewalt durchzusetzen. Weder Glaube, Ziele und Utopien des letzten Jahrhunderts noch des nächsten Jahrhunderts werden als Programm oder Grundsätze aufgezwungen. Da das demokratische System Lösungen vorstellt, die sowohl prinzipiell als auch praktikabel und für die Problemlösung geeignet sind, erweist sich die Demokratie als die Stufe der Gesellschaft, auf der Problemlösungen möglich sind. Indem es seinen Staat und seine moralischen Werte zur Demokratisierung zwingt, demonstriert es, dass ihm eine reiche Auswahl an Lösungsmöglichkeiten zur Ver-

fügung steht. Das Wichtigste hierbei ist die Kraft, eine praktische Lösung für alle Probleme anbieten zu können. Noch wichtiger ist es, sich der Gewalt möglichst wenig zu bedienen und seine Kraft zu demonstrieren, selbst aus einer Phase der Gewalt heraus die friedliche Methode wieder in Gang zu setzen.

Natürlich gibt es hierfür historische Gründe. Allgemein gesagt, gab es in den Religionskriegen, den nationalen und sozialen Kriegen, in Revolutionen und Konterrevolutionen, sehr viel Blutvergießen. Heute sind keine so großen Probleme übriggeblieben, die durch Blutvergießen gelöst werden können; oder, wenn es sie gibt, so sind sie doch selten.⁹ Wenn wir sagen, dass im Allgemeinen der Weg der Demokratie über Evolution und Frieden läuft, dann stützen wir uns auf diese historische Tatsache. Die Demokratie entwickelt sich auf der Grundlage des Erbes, welches das Leiden in der nahen und fernen Vergangenheit hinterlassen hat. Ihr Anspruch ist, dass es genug Revolutionen und Konterrevolutionen gegeben hat, dass sie an einer Methode interessiert ist, die mehr Lösungen und mehr Entwicklungen anbietet und die als zivilisiert bezeichnet werden kann, und dass sie an den damit verbundenen gesellschaftlichen und politisch-philosophischen Maßstäben interessiert ist. Das ist das Ziel der Demokratie und insbesondere der des ausgereiften 20. Jahrhunderts, und das ist auf jeden Fall bewiesen. Dass mit der wissenschaftlich-technischen Entwicklung die Probleme zahlreicher und schwieriger geworden sind, ist natürlich auch ein wichtiger Faktor. Wenn wir jedes Problem als eine Revolution oder als ein Beispiel von Gewalt betrachten, wenn wir im Gedächtnis behalten, dass die Technik in der Lage ist, die Menschheit auszulöschen, wenn wir insbesondere die Entwicklung der Nukleartechnik und all der anderen Waffen bedenken, dann können wir uns vorstellen, dass das Gewaltpotenzial der alten Konzepte von Revolution und Konterrevolution

9 siehe auch das Kapitel „Das Beharren auf bewaffnetem Kampf und Ausweglosigkeit bedeutet, das nächste Jahrhundert zu verlieren“ in: „Antwort auf das Schlussplädoyer des Generalstaatsanwaltes“

nicht nur das Ende der Menschheit, sondern auch des ganzen Planeten herbeiführen kann.

An der Entwicklung der Demokratie hat die wissenschaftlich-technische Entwicklung sicherlich einen großen Anteil, deren positive Seite ist um so entscheidender. Jede Ideologie oder jeder Glaube kann sich – wenn sie wahr sind – durchsetzen, indem sie sich der technischen Möglichkeiten, vor allem der Medien, bedient, ohne Gewalt anzuwenden. In anderen Worten: Gewalt ist überflüssig geworden. Sie ist eine Methode, auf die das Sprichwort zutrifft: „Die Brühe kostet mehr als der Braten.“ Die reiche Vielfalt der Institutionen und Erfahrungen, die das demokratische System bietet, baut auf dieser sozialen und wissenschaftlich-technischen Entwicklung auf. Es bietet irgendeine Lösung an, welches Problem auch immer in Angriff genommen wird. Es ist selbst die Lösung. Um einige Beispiele zu nennen: Früher war der Säkularismus die Lösung für religiöse Kriege. Dessen Grundsatz und Anwendung beinhaltete, dass es jedem frei stand, religiös oder nicht religiös zu sein; die demokratischen Maßstäbe sind für alle maßgeblich. In der Demokratie gibt es eine absolute Glaubensfreiheit und sie ist das Gegengift für religiöse Kriege. Das Gleiche gilt für die Ebene der Überzeugung und der Ideologie. Es gibt die Freiheit der Gedanken und der Weltanschauungen. Man kann so arbeiten, wie man es wünscht und wie es dem eigenen Glauben entspricht, solange man die diesbezüglichen Rechte der anderen nicht berührt. Und das betrifft auch die politischen Ideen und ihren Ausdruck in politischen Parteien. Solange es dem demokratischen System und seiner staatlichen Struktur entspricht, kann jede Partei eine Lösung anbieten, ohne auf Gewalt zurückzugreifen. Dabei geht es weder darum, die Religion gewaltsam aufzuzwingen, noch die Staatsstrukturen zu zerstören oder in Unordnung zu bringen. Die Religion, die Meinung und die Parteien, die auf beidem beruhen, wissen, wie sie den Maßstäben des demokratischen Systems des Staates gerecht werden, weil sie auf ihnen beruhen. Wenn dies nicht der Fall ist, hat die Demokratie das Recht, sich zu verteidigen. Unabhängig von der sozialen Gruppe,

der sie angehören – das kann eine Nation, eine ethnische oder religiöse Gruppe sein-, dürfen Glauben, Ideen und Parteien, durch die sie sich ausdrücken, nicht im Namen dieser Überzeugungen und Ideen Gewalt auf die Grenzen und Spielräume ausüben, auf denen der Staat beruht. Dafür besteht auch keine Notwendigkeit, weil dies das Problem, das sie zu lösen vorgeben, nur noch komplizierter macht. Also gibt es dafür keine Notwendigkeit, und in jedem Fall sind Lösungen innerhalb des Systems möglich. Dies sind die demokratischen Rechte jener Gruppen. Dies ist ihre Freiheit des Glaubens und der Gedanken. Dieses sind die Parteien und alle Arten von Koalitionen.

Im Bereich von Sprache und Kultur ist die demokratische Lösung noch überzeugender. Hier können die größten Erfolge erreicht werden. Die Vermischung von Sprachen und Kulturen stellt einen Wert dar, den viele nationale Gruppen in Jahrhunderten schufen, in denen sie sich gegenseitig beeinflusst haben. Diese Gruppen wollen nicht die Trennung, die sie schwach macht und eintönig, sondern sie wollen zusammenbleiben, um reicher zu werden und um Vielfalt, Stärke und Leben zu erlangen. Die Schule und das Versuchslabor für eine überzeugende Umsetzung ist die Demokratie. Die Demokratie ist geradezu ein Garten der Sprachen und Kulturen. Die fortschrittlichsten und wichtigsten Prinzipien unserer Zeit sind eindeutige Beispiele hierfür. Alle europäischen Länder und Nordamerika sind hierfür klare Beweise.

Alle wichtigen Kriege sind auf die Unterdrückung der Religionen, Sprachen, Meinungen und der neuen politischen Entwicklungen in den vergangenen Jahrhunderten zurückzuführen. Der Widerstand gegen die Unterdrückung führte zu den Kriegen, die wir als gerechte Kriege bezeichnen. Vor allem die Erfahrungen der europäischen Länder besagen, dass am Ende all dieser Kriege das demokratische System konsequent vorangeschritten ist, was eine Überlegenheit geschaffen hat. In diesem Sinne kann die westliche Zivilisation als demokratische Zivilisation bezeichnet

werden. Ihre Stärke besteht darin, dass sie ein derartiges System in entwickelter Art zur Grundlage hat.

Ein demokratisches System ist mindestens ebenso wichtig wie eine wissenschaftlich-technische Überlegenheit. Ihre gegenseitige Beeinflussung führt zu einer Stärkung beider Faktoren und so hat ihre Vereinigung den Rang einer Weltzivilisation erlangt.

Viele andere Teile der Welt sind rückständig geblieben und ihre politischen Systeme sind dementsprechend weit entfernt von der Demokratie. Der Mittlere Osten ist eines der wichtigsten dieser Gebiete. Vom Beginn des Mittelalters bis in die Gegenwart erlitt er religiöse Kriege. Diese Erfahrung hat der Gesellschaft ihre vorherrschende Gestalt gegeben. Der Mittlere Osten war der Geburtsort von drei großen Weltreligionen, und das führte dazu, dass er diese Widersprüche in großem Maße auszuhalten hatte. Die Religionen verloren die fortschrittlichen Aspekte, die ihnen anfangs innewohnten. Sie wurden zu Hindernissen für die Wissenschaft und schafften es auch nicht, demokratische Maßstäbe und demokratische Traditionen hervorzubringen. Der sich verstärkende Feudalismus führte zu mehr Konservatismus und vernichtete die demokratischen Züge, die in den Stammesstrukturen angelegt sind. So wurden die geeigneten Voraussetzungen für jede Form autokratischer Herrschaft geschaffen. Die Religionskriege und die Kriege gegen „Ketzer-Bewegungen“ führten auch nicht zu den Reformen, die im Westen erreicht wurden. Die Kirchturm-Politik nahm zu. Dadurch wurde der Freiheitskampf des Individuums und der Gesellschaft zunichte gemacht. Insbesondere wurden das freie Denken und die politischen Freiheiten allmählich vergessen.

In diesem Zusammenhang ist auf die Geschichte der türkischen Republik hinzuweisen: Die türkische Republik, die auf eine revolutionäre Art und auf der Grundlage einer nationalen Befreiung hervorgegangen ist und das Erbe des mächtigen Osmanischen Reiches antrat, versagte darin, eine machtvolle Strömung in Richtung Demokratie zu entwickeln. Dies geschah wegen der inneren Aufstände und der Bedrohungen von außen während der

Gründerjahre. Die Republik erreichte nur Entwicklungen, die sich auf die Bereiche der Ideologie und der neuen Sozialstrukturen beschränkten. Bis in die 50er-Jahre hinein konnte bezüglich der autokratischen Regierungsart unter dem Einfluss der weltweiten demokratischen Entwicklungen lediglich eine Umwandlung hin zu einer begrenzten Oligarchie durchgeführt werden.

Dem Putsch vom 27. Mai 1960 folgten die Kämpfe zwischen den Linken und Rechten in den 70er-Jahren, die Putsche vom 12. März 1971 und vom 12. September 1980. Vor dem Hintergrund, dass die Demokratie weltweite Bedeutung erlangte, wurde es notwendig, dass die Türkei den Charakter einer Demokratischen Republik annahm – und zwar gerade wegen dieser weltweiten Entwicklung, der intensiven inneren Konflikte und der sozioökonomischen Entwicklung. Alle diese Anzeichen sprechen dafür, dass sich die Republik hinsichtlich ihrer sozialen Maßstäbe und ihrer ideologischen Werte einer raschen Wandlung unterzieht. So hat sie ein Stadium erreicht, wo diese Entwicklung nicht länger behindert wird.

Mit dieser langen Einführung beabsichtigten wir den Rahmen eines demokratischen Systems abzustecken, innerhalb dessen für all diese Probleme die notwendigen Lösungen gefunden werden können. Wir müssen gründlich darüber nachdenken, wie die Lösungen in diesem Rahmen aussehen können – Lösungen für die schwierigen Probleme der Religion, für die gefürchtete kurdische Frage und auch für die Fragen aller anderen gesellschaftlichen Gruppen. Der wichtigste Grund für die Verschärfung der Probleme besteht darin, dass dieser Rahmen nicht entwickelt wurde und auch die Betroffenen, die nach einer Lösung suchen, einen solchen Rahmen nicht auf die Tagesordnung gesetzt haben. Dieser Rahmen, der schon in den 60er-, 70er-Jahren hätte gebildet und präsentiert werden müssen, hätte in den 90er-Jahren geschaffen werden können. Diese vertane Chance wenigstens in den 2000er-Jahren nicht noch einmal zu verpassen, sollte vor dem Hintergrund der großen Erfahrungen für alle demokratischen

Kräfte eine Aufgabe sein. In dieser Hinsicht spielen die PKK und mein Prozess eine sehr bedeutende Rolle.

Bevor wir zum allgemeinen demokratischen System und den Problemen der Türkei kommen, sollten wir zunächst die überwiegend europäischen Erfahrungen zusammenfassen, um diese Überlegungen und ihre praktischen Werte besser zu begreifen. Ich finde es wichtig, viele Zitate aus dem Werk „Demokratische Zivilisation“ Leslie Lipsons zu übernehmen. Sie untermauern meine Gedankengänge, mit denen ich mich schon vor meiner Verteidigung beschäftigte.

Lipsons Werk wurde in den 60er-Jahren veröffentlicht und hat meines Erachtens durch seine Lösungsvorschläge für die Türkei seine Aktualität bis heute bewahrt. Der Wert dieser Untersuchung ist deshalb um so größer, weil sie einerseits wissenschaftlich ist, andererseits heute ihre Richtigkeit triumphierend bewiesen hat.

Das von mir gewählte Beispiel ist die Schweiz, die das Wesen Europas repräsentiert als ein multikonfessionelles, multikulturelles und multisprachliches Beispiel. Aus den mehrere Jahrhunderte andauernden Konfessionskonflikten zog sie die folgende Lehre:

„Am Ende waren beide Seiten erschöpft, keine der Parteien konnte ihren Gegner völlig beseitigen und als sie bemerkten, dass ihre Konföderation sich auflösen würde, wenn sie sich nicht zusammenschlossen, erkannten sie den Wert der Toleranz. Statt sich gegenseitig zu töten, einigten sie sich mehr oder weniger auf Leben und Lebenlassen. Somit wurde die Toleranz gegenüber der Verschiedenheit zur Grundlage für ihre Einheit. Und die Demokratie hat sich als Bejahung der Koexistenz verschiedener Einheiten entwickelt.“

Noch interessanter ist der Entwicklungsprozess, wie die sprachlichen Unterschiede in der Schweiz zu einer Kraft für die Vereinigung wurden.

„Die von der konfessionellen Aufspaltung geteilte Gesellschaft wurde auch von sprachlichen Unterschie-

den belastet. Man kann sagen, dass die deutschsprachige Mehrheit – sie bildet zahlenmäßig die große Mehrheit – in Bezug auf die Sprache viele Zugeständnisse erhielt; der Sensibilität der Bürger wurde Respekt erwiesen. Nach der Verfassung von 1848 wurden Französisch, Italienisch und Deutsch als nationale Sprachen und im offiziellen Gebrauch als gleichberechtigt anerkannt. Aber die Schweizer gingen noch darüber hinaus. In dem Kanton Grison, in der südöstlichen Ecke des Landes gelegen, lebt eine 50.000 Personen zählende Minderheit, die Rätoromanisch spricht, welches man als eine Form des Italienischen bezeichnen kann. Diese Gruppe wollte, dass ihre eigene Sprache nicht als Dialekt, sondern als eine unabhängige Sprache anerkannt wird. Das heißt, sie wollte die Anerkennung als vierte nationale Sprache des Landes. Dem wurde bei dem Referendum 1938 mit großer Mehrheit – zehn zu eins – zugestimmt. Das ist in der Tat ein beachtenswerter Beweis dafür, wie die Sensibilität einer kleinen Minderheit von der Mehrheit mit respektvoller Aufmerksamkeit beachtet wird.“

Weiter heißt es dort:

„Man kann akzeptieren, dass der moderne Mensch in der Schweiz die hinsichtlich der Sprache gespaltene Gesellschaft vereint und dieses Problem durch eine demokratische Verwaltung gelöst hat. Das heißt aber nicht, dass die Mehrsprachigkeit keine Schwierigkeiten und Probleme beinhaltet. Im Gegenteil, ich möchte sagen, dass die Vorteile der Verschiedenartigkeit der Schweizer die daraus erwachsenden Nachteile ausgeglichen haben und sogar ein Gleichgewicht erreicht haben, in dem die Vorteile überwiegen. Die Schweiz hat demokratische Methoden angewandt und jeder gesellschaftlichen Gruppe das Recht gegeben, ihre eigene

Zukunft zu bestimmen, und damit für die Ideale der Demokratie ihren Beitrag geleistet. Es ist notwendig, über die Grundsätze und deren Umsetzung, welche die oben bezeichneten Ergebnisse ermöglichten, etwas nachzudenken. Vor allen Dingen bemühen sich die Schweizer, mindestens eine zweite Sprache zu lernen. Es ist Pflicht, in den Gebieten, in denen Französisch, Italienisch, Rätoromanisch gesprochen wird, Deutsch zu lernen, und in den Gebieten, in denen Deutsch gesprochen wird, eine der romanischen Sprachen zu lernen. Ein gebildeter Schweizer beherrscht mindestens drei Sprachen.

Diese Mehrsprachigkeit ermöglicht den Schweizern sowohl mit den Nachbarländern als auch untereinander eine besondere Kommunikation. Durch die Sprache können sie aus der französischen, deutschen und italienischen Kultur, den wichtigsten Kulturen Europas, Nutzen ziehen. Es ist durchaus natürlich, dass sich die Italienisch sprechende Bevölkerung in der Schweiz mit Italien verbunden fühlt, der Französisch sprechende Schweizer Paris beobachtet und der Deutsch sprechende Schweizer sich Deutschland und Österreich näher fühlt. Aus diesem Grund verbindet die Auswirkung der zentrifugalen Kraft der Sprachen die Schweizer mit ihren Nachbarn und verhindert ihre Isolation. Unter den europäischen Nationen sind die Schweizer die am meisten europäischen. Dennoch sind sie zugleich Schweizer. Ja, sogar in patriotischster Weise. Sie sind stolz darauf, von ihren Nachbarn politisch unabhängig zu sein, sind dankbar dafür, in Frieden und Wohlstand zu leben. Schweizer aus allen Gebieten sehen sich auf die Existenz der anderen angewiesen, um ihre eigene Identität zu bewahren. Ihnen ist es

gelingen, ihre Unterschiede in gegenseitige Stärkung zu verwandeln.

Die Wechselwirkungen dieser Gegensätze stellen sich in verblüffender Weise heraus. Es ist unmöglich, in der Schweiz umherzureisen, ohne diesen Reichtum der Mehrsprachigkeit zu bemerken. Im Vergleich zu anderen Staaten ist die Schweiz ein sehr kleines Land im Hinblick auf die Fläche und die Bevölkerungszahlen. Allerdings ist es kein Land, welches eintönige Standards und eingeengte Charakterzüge trägt.

Die Wurzeln der schweizerischen Regierung, die erfolgreiche Schaffung einer durchaus harmonischen Demokratie – trotz Unabhängigkeit und scharfen Differenzen – stellen einen politischen Sieg dar. Betrachtet man die Situation der Schweizer – große innere Unterschiede und Angriffe von außen – dann erscheint es wie ein Wunder, dass sie die Schweiz schaffen, vereint bleiben und die Demokratie entwickeln konnten. Darüber hinaus stellt ihr Land ein außerordentliches Thema für die Untersuchungen der Politikwissenschaftler dar, weil es die Ausnahme von so vielen Verallgemeinerungen ist. Die Schweiz beweist nicht nur die Regel, sondern korrigiert auch die Dinge, die von allen als richtig angenommen wurden.

Als Resümee kann dieses Sprach- und Kulturexperiment der Schweizer mit einer paradoxen Feststellung zusammengefasst werden. Ihre sprachliche Vielfalt hat ihre Einheit mehr gestärkt als geschwächt; und dass sie diese Unterschiede tolerieren, ist sowohl der Grund als auch das Ergebnis ihrer Unabhängigkeit und Demokratie.“ (Demokratische Zivilisation, S. 125-128)

Diese aufschlussreichen Beispiele zeigen, wie sich die sprachlichen und kulturellen Unterschiede in der Demokratie bzw. in der Unabhängigkeit weiterentwickeln konnten, sie sind darin sowohl Ursache als auch Ergebnis. Im Hinblick auf das sprachliche und kulturelle Mosaik ist dies sicherlich auch für die Türkei sehr lehrreich. Wenn man sich vor Augen führt, dass die kurdische Frage letztlich auf die Frage der Freiheit der Sprache und Kultur reduziert werden könnte, sind die Lehren daraus wirklich aufschlussreich.

Lasst uns nun auch ein langes Zitat zur Bedeutung der demokratischen Verfassung vornehmen. Denn dieses Thema ist für die Türkei ebenso aktuell.

„Erste politische Voraussetzung für eine demokratische Verfassung ist, dass jeder, der einem Staat untertan ist, als Bürger gleichberechtigt ist, und dass er in diesem Rahmen bei den Wahlen und der Kontrolle ihrer Vertreter gleichberechtigten Anteil hat. Dies bedeutet, dass die demokratische Verfassung unter den Bürgern und Einwanderern keinen Unterschied wie Bürger 1. und 2. Klasse macht. Sie betreibt im Rahmen der Grundrechte und Grundpflichten keine Diskriminierung wegen Rasse, Glaube, Sprache, Geschlecht, Familie und Besitzstand. Eine Demokratie bezieht hinsichtlich dieser Grundrechte einen jeden in gleicher Weise mit ein. Aus alldem resultiert, dass jeder, der absichtlich aus der Verfassung ausgegrenzt oder auf die Ebene der Zweit-rangigkeit abgeschoben wird, durch die Verfassung nicht vertreten ist. Existiert eine solche Gruppe, kann die Verfassung nicht demokratisch sein. Wenn diese Gruppen sich gegen die Verfassung stellen, sich nicht daran gebunden fühlen und sie ablehnen, sind sie in moralischer wie politischer Hinsicht im Recht. Deshalb kann die Demokratie unter den Gruppen, die gegenseitig ihre natürliche menschliche Existenz nicht anerken-

nen oder sich gegen die gemeinsame Identität stellen, weder durch die Verfassung noch durch einen anderen Weg realisiert werden. Die Verfassung der Demokratie sollte vor allen Dingen eine von jedem akzeptierte Einheit beinhalten.“ (Demokratische Zivilisation, S. 348)

Ein anderes Beispiel ist England; es trägt den Titel des Landes, welches das Verfassungssystem weltweit am besten praktiziert. Es ist das auserwählte Land, welches seine Probleme ohne Gewaltanwendung, durch zivilisierte Diskussionen innerhalb der Demokratie löst. Es ist auch sehr aufschlussreich, wie es dazu gekommen ist.

„Die Engländer des 20. Jahrhunderts können ihre kleinen Kämpfe in aller Sicherheit führen, denn Engländer und Schotten, Waliser und Iren, Protestanten und Katholiken, Aristokraten und das Volk, Großgrundbesitzer und Industrielle haben ihre Unterdrückung, Ausbeutung und Morde in den vergangenen Epochen praktiziert und beendet. Das heutige Bürgertum ist die Frucht der Krise von gestern.“

Hier wird gezeigt, wie die Engländer aus den zahlreichen Kämpfen des Jahrhunderts eine hervorragende demokratische Verfassung ausgearbeitet und ihre größte Tugend, ein demokratisches System, geschaffen haben. Die Sprache der Demokratie ist die Evolution und deren Meister ist England.

Ein anderes wichtiges Zitat betrifft die Überprüfung der Grundsätze und Programme, nachdem diese eine bestimmte Zeit lang umgesetzt wurden:

„Wenn Prinzipien, was natürlich ist, vor der Erarbeitung eines Programmes aufgestellt werden, dann müssen sie erneut kontrolliert werden, nachdem die Programme entwickelt worden sind. Wenn die Erfahrungen zunehmen, dann kann es notwendig sein,

die Ideale neu zu formulieren im Licht des Möglichen. Aus diesem Grund muss es zwischen der politischen Praxis und ihrer Philosophie einen gegenseitigen Austausch geben. Da die ständig umgesetzten Programme zu Veränderungen im Volk führen, beeinflussen sie die Gesellschaft und Politik. Die Ziele, die die Großväter begeistern, können sich für die Enkelkinder zu unbedeutenden Wiederholungen wandeln. Die abstrakten Ideale müssen an veränderte spezifische Situationen angepasst werden können.“

Es wird hier sehr deutlich, wie in Demokratien, entweder unter spezifischen Bedingungen oder wenn die Prinzipien mit der Praxis nicht in Übereinstimmung stehen, politische Organisationen ihre Prinzipien und Programme anpassen müssen; der Staat muss seine Verfassung anpassen. Es liegt auf der Hand, dass die in der Praxis über lange Zeit widersprüchlich gewordenen Grundsätze und Programme wertlos werden können.

Was aus diesen langen Zitaten auch herausgelesen werden soll, ist das in der Türkei bekannte Sprichwort: „In der Demokratie gehen die Lösungsmöglichkeiten nie aus.“ Offensichtlich entspricht die Praxis noch nicht dieser Redewendung. Wenn wir die Frage mit Überzeugung und Entschlossenheit stellen, gleichgültig, auf welcher Stufe der Demokratisierung wir stehen und welches Problem auf der Tagesordnung steht, dann werden wir sehen, dass wir die Möglichkeit zu einer umfassenden Lösung haben.

Es ist offenkundig, dass die europäischen Länder Anfang des 20. Jahrhunderts ihre wichtigsten Fragen wie die Nation, Sprache, Religion usw. gelöst und ihre heutigen starken Demokratien gegründet haben; diese Regierungsform ist für die umfassende Entwicklung und ihre Überlegenheit verantwortlich. Die Europäisierung in diesem Sinne war das Ziel in den ersten Jahren der Republik. Atatürks Wunsch, „das Niveau der zeitgenössischen Zivilisation zu erreichen und sogar zu übertreffen“, und sein Ausspruch „Die Republik haben wir gegründet, ihr werdet sie weiter-

entwickeln“ können nur durch die Demokratisierung der Republik zur Realität werden. Selbst die Republik, das in den Jahren seiner Gründung eher liberal orientierte Kabinett von Fethi Okyar und die Versuche der „Serbest Firka“ sowie deren erste Initiative waren Ausdruck der Sehnsucht Atatürks nach Demokratie.

Dass er zu seinen Lebzeiten zwei große Machtformen, nämlich den Nazi-Totalitarismus von Hitlerdeutschland und die Sowjet-Diktatur von Stalin sah und vorausgesehen hat, dass „diese Systeme sich auflösen werden“, deutet darauf hin, dass er schon damals die Überlegenheit der Demokratie festgestellt hat. Dennoch ist es offensichtlich, dass sie nicht verwirklicht werden konnte. Die Fahne der Demokratie, welche die DP¹⁰ nach dem Zweiten Weltkrieg zum Schein gehisst hat, konnte vom Wesen her nicht mehr leisten als der Oligarchie den Weg zu ebnen. Die Türkei hat seit den 50er-Jahren ständig von der Demokratie westlichen Typs gesprochen, hat sie allerdings nicht praktiziert. Das hat vehemente Konflikte zwischen der Rechten und der Linken hervorgebracht und drei gravierende Militärputsche. Dass das politische Klima durch diese Gewaltanwendung ständig angespannt und von ihr geprägt war, ist der offene Beweis dafür, dass sich die Demokratie nicht entwickelt hat. Dieser bohrende Schmerz macht sich bis heute immer wieder bemerkbar, er ist das wichtigste der aktuellen Themen.

Viele offizielle Verantwortliche und Institutionen bringen mit ihren Worten oder Berichten zur Sprache, dass in den Gebieten mit hohem kurdischen Bevölkerungsanteil, wie immer man die Gebiete auch nennen mag, in großem Maße Rebellion, Leid und Gewalt herrschen – Erscheinungen, hinter denen sich schwere ökonomische und gesellschaftliche Probleme verbergen. Aber gleichzeitig gibt es auch einen beachtlichen demokratischen Aufschwung. Mehr als zwanzig Parteien, die alle möglichen Ansichten und sozialen Gruppen vertreten, beteiligten sich an den Wahlen. Jeder konnte seine Stimme abgeben. Auch das ist Realität und im Hinblick auf die Demokratie eine nicht zu unterschät-

10 Demokratische Partei (siehe Glossar)

zende Entwicklung. Ebenso eindeutig ist, dass die Demokratie nicht mit Gewalt funktioniert, dass nur die friedliche Lösung aller Probleme, die die Quelle der Gewalt bilden, mit der Demokratie vereinbar ist. Es zeigt sich also, dass wir in der gegenwärtigen Phase mit ihren religiösen und ethno-kulturellen Problemen einem starken Demokratisierungsprozess gegenüberstehen und jeder Fortschritt die Lösung dieser Probleme mit demokratischen Mitteln beinhaltet.

Es ist wichtig, Folgendes ganz klar zu erkennen: Seit dem Sturz Selims III. zu Beginn des 19. Jahrhunderts und seit der Vereinbarung des „Sened-i Ittifak“¹¹ mit führenden Persönlichkeiten hat die Türkei jede Art von Gewaltanwendung, Revolution, Konterrevolution und Staatsstreichen erlebt. Und es ist ganz klar, dass die Gewalt keine Lösung gebracht hat, sondern ein Hindernis darstellt, das die Gewalt ständig reproduziert.

Die Gewalt muss endlich von der Tagesordnung der Republik verschwinden. Ich glaube, dass dies ein Grundthema in der Türkei ist, in dem sich alle gesellschaftlichen Kreise einig sind. Niemand glaubt, dass die Probleme durch Gewalt gelöst werden können. Das wird auch in dem historisch bedeutenden Prozess, in dem wir uns jetzt befinden, dadurch bewiesen, dass der MGK¹² trotz seines enormen Gewaltpotenzials aus der Geschichte große Lehren gezogen zu haben scheint; mit seinen Konzepten und mit all seiner Kraft setzt er sich offensichtlich seit Mitte der 90er-Jahre für die Steuerung einer schöpferischen, modernen Demokratie ein. Die Armee putscht nicht. Die Armee ist noch sensibler als die demokratisch scheinenden Parteien und erinnert an die Regeln der Demokratie.

Wenn wir den Zusammenhang zwischen Demokratie und Armee analysieren, sehen wir, dass – während jeder für sich persönlich unbegrenzte Demokratie fordert – die Armee wirklich die Überwachung der demokratischen Normen übernimmt, zweifellos, um die Sicherheit des Landes zu gewährleisten. Dass die

11 eine Art Beistandspakt (siehe Glossar)

12 Nationaler Sicherheitsrat der Türkischen Republik

Armee, die für die Sicherheit verantwortlich ist, ein Gespür dafür hat, wie stark die Demokratisierung mit der Sicherheit des Landes verbunden ist, zeugt von einem Verständnis, dem hoher Respekt erwiesen werden muss.

Dies stellt auch eine historische Phase der Demokratie dar. Die Lösung, nach der gesucht wird, heißt Demokratie, die unendliche Möglichkeiten für Lösungen bietet. Wenn dies nicht zwangsläufig begriffen worden wäre, hätte es einen Putsch gegeben, den niemand hätte verhindern können. Die Armee stellt heute keine Bedrohung für die Demokratie dar, im Gegenteil, sie ist ein Garant für deren gesunde Entwicklung und ihr Funktionieren. Warum ist das so? Weil für die Lösung von Problemen kein anderer Weg geblieben ist als der einer Theorie und einer Praxis, die eng mit dem Wesen der Demokratie verbunden sind. Es ist deshalb so, weil man begreifen muss, dass die Gewaltanwendung die Frage nicht lösen, sondern im Gegenteil nur verschärfen kann, und dass die Lösung aus der schöpferischen Kraft des demokratischen Systems hervorgeht. Es ist deshalb so, weil die Demokratie für die Türkei nicht nur ein Bedürfnis, sondern eine zwingende Notwendigkeit geworden ist.

Ich erachte es als notwendig, an die historische Tatsache zu erinnern, dass ich seit 1996 die Rolle der Armee anerkannt habe und noch in diesen Tagen zur Sprache brachte, dass wir keinen anderen Weg sehen, als sie zu unterstützen. Ich habe zunehmend in der Richtung eine Lösung gesucht, indem ich einseitige, aber nicht erfolgreich verlaufende Versuche eines Waffenstillstands vorschlug.

Folgende Fakten können den historischen Charakter dieser Epoche demonstrieren: Fast alle anderen wichtigen politischen, ökonomischen und zivilen Institutionen sind mit der großen Suche nach Demokratie befasst, auch wenn sie es nicht offen zugeben; und es gibt keine Gruppe, die nicht eine sinnvolle Demokratisierung wünscht. Dies kann man an den zahlreichen Berichten, Konferenzen und Podiumsdiskussionen ablesen. In dieser Hinsicht werden viele Medien geradezu bombardiert – auch

das ist ein Indikator und Beweis für die historische Periode, deren Wesen die Demokratie ist.

Jedoch ist es ebenfalls eine Tatsache, dass jeder weiß, von den höchsten Regierungsstellen bis zum normalen Bürger, dass das, was jetzt praktiziert wird, nicht wirkliche Demokratie ist. Die Präsidenten der wichtigsten staatlichen Institutionen wie Verfassungs- und Oberverwaltungsgerichte sprechen in ihren Reden anlässlich der Jahrestage ihrer Institutionen davon, dass die Hindernisse für die wichtigsten demokratischen Grundsätze – beginnend mit dem Verbot der Sprache, der Gedanken und der politischen Parteien – beseitigt werden müssen. Sogar das Parlament hat Probleme mit der Vereidigung. Die grundlegenden Institutionen des Staates zeigen durch ihre Positionen im Hinblick auf die Demokratie ihr Gefühl für die historische Bedeutung dieser Epoche.

Die folgenden Zitate sind wichtig als eine Zusammenfassung der Erfahrungen, die überall in der Welt gemacht wurden, und die aufzeigen, wie die Demokratie Konflikte von großem Umfang lösen kann:

Allerdings trägt die Auseinandersetzung einen Charakter, der bestimmte Grenzen setzt. Wenn sie nicht kontrolliert wird, kann sie vernichtende Folgen haben, die eigene Vernichtung eingeschlossen. Wenn wir unseren Hang zur Zerstörung nicht begrenzen, können wir nicht als zivilisierte Menschen leben. Aus diesem Grund müssen wir unsere Auseinandersetzung institutionalisieren, sie methodischen Garantien unterstellen. Nebenbei, während wir darüber diskutieren, welche Ideale wir in der Zukunft erreichen wollen, müssen wir auch unser heutiges Leben in einem ordentlichen Rahmen führen. Wie die Auseinandersetzungen von heute die Ordnung von morgen bestimmen werden, so ist die heutige Ordnung genauso ein Produkt der Auseinandersetzungen von gestern. Die Sicherung der Existenz der Gesellschaft setzt voraus, dass die Führung so organisiert werden muss, dass sie die Bürger, Prinzipien, Instrumente, Kompetenzen und Verantwortlichen umfasst, mit einem Wort, sie setzt einen Staat voraus. Aller-

dings müssen die politischen Diskussionen innerhalb des Staates es ermöglichen, auf die Veränderungen zu reagieren und damit auch einen Weg zu finden, die Realität den Idealen näher zu bringen, damit die Gesellschaft sich an die Erneuerung hält und sich reformieren kann. Gut funktionierende und ihre Existenz bewahrende Institutionen sind diejenigen, die ein sinnvolles Gleichgewicht zwischen der Offenheit gegenüber Neuerungen und dem Schutz ihrer Existenz schaffen können. Wenn dieses Gleichgewicht nicht hergestellt wird, wird der Verwaltungsapparat in Widerspruch zu den Kräften geraten, die sich im Verlauf des politischen Prozesses herausbilden.

„Aus diesem Grunde besteht eine Spannung zwischen der Politik und dem Staat. Die dynamischen Eigenschaften der Politik üben Druck aus auf den statischen Charakter des Staates. Die Politik hat die Eigenschaft, fließend zu sein. Die schwer zu steuernden und zu kontrollierenden Kräfte sind mit dem wellenschlagenden Meer zu vergleichen. Der Staat besitzt dagegen eine bestimmte Struktur. Er setzt Einheit und Stabilität voraus, seine Kriterien sind das Gesetz, die Ordnung und die Autorität. Wie das Meer die Erde ewig angreift, so können die Wellen der Politik den Staat permanent angreifen. Den Begegnungspunkt bildet die Regierung. Diese Begegnung ist vergleichbar mit dem metaphysischen Rätsel, wie eine unwiderstehliche Kraft einen unbeweglichen Felsen emporheben kann. Und genau das geschieht in den Momenten eines politischen Aufstands wie zum Beispiel einer Revolution. Deshalb muss ein System entwickelt werden, welches derartige Spannungen überwinden kann. Ein solches System ist die Demokratie. Im Hinblick auf das Wesen und die Methode, sich diesem Problem anzunähern, ist die Demokratie einmalig unter den Regierungsformen. Hinsichtlich ihrer Ziele ist sie bis zu einem bestimmten Grad präventiv. Sie verhindert, dass die Auseinander-

setzungen zwischen den Interessen, Gruppen und Individuen destruktiv werden. Aber sie ist in höherem Maße Konstruktiv. Sie versucht den Interessen der Öffentlichkeit zu dienen, indem sie die politischen Energien der unterschiedlichen Gruppen zusammenführt. Die Demokratie bemüht sich, eine Beziehung zu schaffen, in der die Politik schöpferisch und auch der Staat sensibel werden kann. Das Ziel der Demokratie ist es, den Felsen beweglich und die Kraft nicht unwiderstehlich zu machen.“ (Die demokratische Zivilisation, S. 235)

Was ich hier unterstreichen will, ist der Gedanke, dass die Demokratie in Zeiten, in denen die politische Atmosphäre durch gesellschaftliche Spannungen, zeitweilige Gewalteinwirkungen – Aufstände, Revolten – erschüttert ist, wie ein wirkliches Heilmittel wirkt. Demokratie kann extreme Schritte seitens verschiedener Interessen verhindern, aber auch die berechtigten Anliegen durch staatliche Institutionen realisieren lassen. Demokratie kann durch eine wunderbare Balance Spannungen und Auseinandersetzungen überwinden. Sie besitzt die ideale Regierung, die dank produktiver demokratischer Institutionen des Staates Lösungen anbieten kann, ohne der Politik und den hinter ihr stehenden Kräften zu gestatten, ihre Konflikte mit Gewalt auszutragen. Hier wird jedes Problem durch einen Staat bzw. eine Regierung ausbalanciert, die durch die Demokratie sensibilisiert wurde. Ohne zur Gewalt zu greifen, werden die Probleme so behandelt, dass sie dem Allgemeinwohl auf bestmögliche Weise dienen. Die Auseinandersetzungen und die hinter den Spannungen stehenden Kräfte, die in einem anderen Regierungssystem zur Vernichtung und zu Massakern führen können, werden hier verwandelt in einen Nutzen für die Allgemeinheit.

Hierin können wir die unendliche Kreativität der Demokratie erkennen. Dies zeigt zugleich auch, woher die Überlegenheit der westlichen Gesellschaften stammt. Diejenigen, die ihre destruktivi-

ven Energien nicht in Produktivität umwandeln können, werden natürlich in großem Maßstab verlieren; diejenigen, denen diese Umwandlung gelingt, und das sind die demokratischen Mechanismen, werden gewinnen.

Die Verluste der Türkei waren während des letzten halben Jahrhunderts riesig, weil es ihr nicht gelungen ist, die negativen Aspekte der politischen Spannungen und der Gewalt zu transformieren und die Energien, die darin enthalten waren, in etwas Nützliches für die Individuen und Gruppen umzuwandeln. Sie hat nicht nur eine Generation verloren, sondern auch unschätzbare Ressourcen und moralische Werte vergeudet. Es gab unendliches Leid. Es ist unmöglich, dies nicht zu bedauern, wenn man bedenkt, was man alles hätte gewinnen können, wenn man sich auf das demokratische System geeinigt hätte in der Überzeugung, dass man es auch handhaben kann und jeder seinen Teil der Verantwortung trägt. Die Erfahrungen der vergangenen vierzig Jahre zeigen, dass die demokratische Epoche, in der sich die Türkei befindet, auf eine möglichst erfolgreiche Weise durchlaufen werden muss und einen einmaligen und unverzichtbaren Weg zur Lösung darstellt.

Ich habe versucht, den Charakter der Türkischen Republik aufzuzeigen, die historischen Bedingungen ihres Entstehens sowie ihre innere nationale und gesellschaftliche Realität. Ich habe eine kurze Geschichte ihrer Entwicklung abgehandelt und sie sogar mit dem internationalen demokratischen System verglichen, weil ich einen Rahmen schaffen will für diesen Gerichtsprozess und die kurdische Frage, oder wie immer man sie bezeichnen will: als Süd-Ost-Frage oder als Terrorismus-Frage.

Der gemeinsame Kampf während der Periode der Republikgründung hat sich in ein bitteres Problem verwandelt, als die Aufstände und die ihnen zugrunde liegenden sozialen Fragen das Entstehen einer freiwilligen Einheit verhinderten. Jeder Aufstand erschwerte das Problem. Zusammen mit den zurückliegenden geschichtlichen Gründen verwandelt sich das Problem in eine

Realität, die diejenigen verbrennt, die sich ihr nähern, ja, in eine Realität der Wunden, der Tragik und äußerster Schmerzen.

Während die Völker und Gruppen, die in verschiedenen Teilen der Welt mit ähnlichen Problemen konfrontiert waren und sich Jahrhunderte lang an die Gurgel gingen, die wundervolle Kraft zur Lösung ihrer Probleme erlangten und fruchtbare Vereinigungen im Jahrhundert der Republik hervorbrachten – wir haben schon die Schweiz als ein aufschlussreiches Beispiel erwähnt – und ihre Sprachen und Religionen in die Gründung ihrer Unabhängigkeit und Demokratie einbrachten, obwohl separatistische Kräfte sie umgaben, wurde das hier nicht erreicht.

Warum konnten die Aufstände nicht verhindert werden – trotz der gemeinsamen Geschichte und Religion und trotz linguistischer und kultureller Ähnlichkeiten? Warum wurde dieser Aspekt nicht entwickelt, warum waren wir unfähig, die Demokratische Republik, die als Regierung durch das Volk angesehen werden muss, mit der Macht auszustatten, dieses Problem zu lösen? Und was das Wichtigste ist: Wie können wir die Demokratische Republik mit dieser Macht zukünftig ausstatten?

Angesichts der Erfahrungen anderer Nationen in der Welt ist eine demokratische Lösung der Probleme nicht nur möglich, sondern wir sehen auch, dass die sie begleitenden Bedingungen nahezu ideal sind. Die Tatsache der Vermischung, des gemeinsamen Landes, der kulturellen Ähnlichkeiten, die in Jahrhunderten der natürlichen Assimilation in Sprache und Religion entstanden, und vor allem die Tatsache, unter dem Dach eines Staates ständig zusammengelebt zu haben, zeigen, wie sich die objektiven Bedingungen für eine demokratische Lösung entwickelt haben.

Es ist eine wissenschaftliche Tatsache, dass auch unter den bestehenden Widersprüchen im Weltmaßstab diese beiden Seiten von einem Typus sind, der einem Zusammensein am nächsten ist. Hier ist die Vereinigung den objektiven Grundlagen ebenso gut angepasst wie der Separatismus diesen Grundlagen widerspricht. Die Gründe dafür habe ich schon in den betreffenden Abschnitten erwähnt. Auf der einen Seite ist die anti-republikanische Haltung

der traditionell herrschenden Schicht, besonders in der überwiegend kurdischen Gesellschaft mit ihren Herrscherfamilien, Großgrundbesitzern, Scheichs und Stammesführern, welche die neue Ordnung für ihre Interessen nicht geeignet fanden und die gewohnt waren, nach eigenem Ermessen zu entscheiden; sie konnten das Volk, das sie selber seit Hunderten von Jahren durch feudale, religiöse und Stammesbande an sich gebunden haben, leicht zum Aufstand mobilisieren; auf der anderen Seite die Republik, die unfähig war, ihre demokratischen Fundamente zu legen, was zweifellos die Konflikte in eine destruktive und separatistische Richtung lenkte.

Ich versuche hier, anstelle von Anschuldigungen der einen Seite gegen die andere den Sachverhalt wissenschaftlich zu analysieren. Es hat die Probleme meines Erachtens vertieft, dass die beiden Parteien es nicht geschafft haben, trotz günstiger Bedingungen die Brücke der Demokratie brüderlich und freundschaftlich zu beschreiten: die eine Seite aufgrund der natürlichen Sorge um die Verteidigung der gerade gegründeten Republik, die andere Seite aufgrund ihrer seit Jahrhunderten bestehenden unverzichtbaren Interessen. Extreme Gewalt, Angst, Bitterkeit und Entfremdung entwickelten sich. Seitdem war es, als begänne die Republik mit aller Kraft zu unterdrücken und zu verleugnen; und die Kurden sagten: „Ich existiere, aber ich flüchte und revoltiere.“ So entstand die Tragödie und der bittere Zwist. Es hätte allerdings nicht so weit kommen dürfen. Weil die natürliche Assimilation seit mehreren Jahrhunderten die Türken und Kurden einander sehr nahe brachte, waren Verleugnung und Zwang nicht notwendig. Es war übrigens ganz natürlich, dass das Türkische sich als offizielle Sprache entwickelte und akzeptiert wurde. Die Türken waren die Wurzel des Prozesses, wie die Türkei zur Nation wurde; niemand konnte das leugnen, und so war es natürlich. Da sie die Hauptkraft für die Gründung des Staates waren, konnte das auch nicht anders sein. Dass jeder am Prozess der Herausbildung der Nation teilnehmen konnte, ist die historische Bedeutung des Ausspruchs Atatürks: „Welch ein Glück, Türke zu sein.“ Es war zuerst

Atatürk, der dies über die Türken sagte, die noch von den Osmanen etikettiert wurden als „Türken ohne Verstand“. Genauso wie man, obwohl aus verschiedenen Nationen stammend, in der gemeinsamen englischen Sprache sagt: „Ich bin Amerikaner“ und sogar in der Schweiz mit vier nationalen Sprachen und Kulturen sagt: „Ich bin Schweizer“, so ist es auch nicht befremdlich, in der Türkei von einer gemeinsamen Nation zu sprechen.

Hier soll die nationale Einheit nicht diskutiert werden, und es gibt auch nichts darüber zu diskutieren. Das gleiche gilt in noch größerem Maße für die Unteilbarkeit des Landes und des Staates. Obwohl diese Tatsachen offensichtlich sind, wird über ihre Bedeutung vom Standpunkt der Soziologie und der Politikwissenschaft nicht gründlich diskutiert. Sie werden im Gegenteil für einen chauvinistischen und extremen Nationalismus benutzt und in ein Problem verwandelt.

Obwohl Atatürks Nationalismus kein Nationalismus der Rasse und der Herkunft ist, sondern auf einer nationalen Kultur beruht, die sich in der Geschichte entwickelt hat, bereitet das Abweichen von diesem Nationalismus den Boden für einen Nationalismus, der dem Atatürks entgegengesetzt ist. Als dieser nationalistische Zug, der in den ersten Jahren der Republik nicht sehr offen zu Tage trat, mit dem herrschenden Charakter der kurdischen Gesellschaft zusammentraf, gewann natürlich der Separatismus mehr an Einfluss.

Es wurde nicht daran gedacht, sich für eine demokratische Akzeptanz im europäischen Stil zu entscheiden, um zu vermeiden, dass sich die sprachlichen, kulturellen, religiösen und ethnischen Verschiedenheiten zu Konflikten auswachsen, und diese Konflikte in Kräfte zu verwandeln, die dem allgemeinen Wohl in einem demokratischen Schmelztiegel dienen.

In der Tat wurde die Demokratie gänzlich ad acta gelegt; und die Klassenkonflikte, die nach den 50er-Jahren anwuchsen, führten zu einer oligarchischen Struktur, die ein Hindernis für die Demokratie war.

Als das demokratische System keine Chance hatte, die wachsenden klassenmäßigen, sprachlichen, kulturellen und sogar religiösen Widersprüche zu lösen, verwandelten sich die Probleme in den 70er-Jahren in Kämpfe. Obwohl man leicht demokratische Lösungen hätte finden können, und zwar sowohl für das kurdische als auch für andere Probleme, verwandelten diese sich in ein Pulverfass – wegen der historischen Grundlagen und wegen der weltweiten Konflikte der damaligen Zeit.

Bevor wir noch mit dem Staat, der Gesellschaft, der Geschichte vertraut waren, fanden wir uns mitten in einem Aufstand im Namen der PKK wieder, und zwar wegen unseres dogmatischen und ideologischen Ansatzes und unserer utopischen Politik. Die seit Jahren schwelende Frage entzündete sich von Neuem und wurde zu einer Rebellion. Keine Art von Gewalt kann sich so weit entwickeln, wenn sie nicht eine soziale Basis hat. Jeder weiß von der Begrenztheit des individuellen Terrorismus. In jedem Fall gibt es keine gewalttätige Aktion ohne gesellschaftlichen Hintergrund.

Die ziellose Gewalt ist die gefährlichste Gewalt und sie ist ein Verbrechen. Aber ein Konflikt, der sich über lange Zeit entwickelte, bis er ein Krieg wurde, der zeitweilig Hunderte von Menschenleben an einem Tag kostete und der Millionen von Menschen eine so lange Zeit in Mitleidenschaft gezogen hat – ein solcher Konflikt kann nur aus einem Problem herrühren, das tiefe soziale und historische Wurzeln hat. Die PKK kann dabei höchstens die Rolle der Zündschnur spielen.

Ich will hier nicht nur die Art und Weise aufzeigen, wie das Problem entstanden ist, sondern auch, wie es in anderen Teilen der Welt gelöst wurde, und welche Gestalt es in der Türkei unter dem Einfluss der PKK und meiner Führung angenommen hat. Wegen ihrer historischen Bedeutung musste ich mich mit jenen Aspekten befassen, welche die Herren Staatsanwälte in ihren Anklageschriften gar nicht erwähnt haben. Vom Standpunkt der Legalität ist der Status der PKK eindeutig; aber wenn wir die historische und soziale Dimension der Probleme nicht betonen und wenn wir keinen Vergleich ziehen, wie dieses Problem in anderen

Teilen der Welt gelöst wurde, wäre dieser Prozess verschwendete Zeit. Ein historischer Prozess sollte zu einer historischen Lösung führen. Das ist, was die Türkei leidenschaftlich von uns fordert. Wird die Republik es diesmal schaffen, ihre Fähigkeit zu einer demokratischen Lösung unter Beweis zu stellen, eine solche Lösung zu schaffen? Jeder stellt diese Frage. Wird dies der letzte Aufstand sein, wirklich der letzte Aufstand, in welchem wir die Probleme durch die Kraft und Kreativität des historischen, demokratischen Kompromisses lösen, an den ich glaube? So wird gefragt.

Auch wenn ich mich wiederhole und meine Ausführungen in die Länge ziehe: Es ist wichtig, das Problem mit ähnlichen Problemen in der Welt zu vergleichen und seinen Zusammenhang mit der Geschichte und der Gesellschaft zu beschreiben. Ich habe diesen Zusammenhang im Prozess mutig zur Sprache gebracht, weil diese Republik und ihr sich entwickelnder Charakter das notwendig gemacht haben und weil wir eine richtige Einschätzung brauchen, sodass wir uns versöhnen können. Und weil ich aufzeigen wollte, dass wir – wissenschaftlich betrachtet – keine andere Option haben oder benötigen.

Ich gehe von diesem Standpunkt aus, wenn ich die folgenden Fragen beantworte:

Weil es der Hauptvorwurf der Anklage ist und das Programm der PKK und viele meiner Aussagen dies zum Inhalt haben: Ist ein separater Staat notwendig? Ist er möglich? Wird dies durch Wort und Tat bestätigt? Welchen Beweis hat das Leben erbracht? Ist eine Abspaltung genauso möglich wie eine aufgezwungene Einheit? Können sie zu einer Lösung führen? Und wenn nicht, wird es diesmal eine historische Chance für eine demokratische Lösung geben, die auf einem gemeinsamen Land und einem gemeinsamen Staat beruht?

Die kurdische Frage ist keine Frage der Loslösung, sondern eine Frage der demokratischen Einheit mit der Republik

Die Geschichte des kurdischen Problems, die wir nachgezeichnet haben, und die soziale Realität, auf der es beruht, zeigen, dass die Kurden die gemeinsame Heimat und den daraus resultierenden Staat geschwisterlich respektiert haben. Das war so, obwohl die Türken einen höheren Entwicklungsstand hatten und die Führung bei ihnen lag. Diejenigen, die dagegen rebellierten, hatten weniger das Ziel im Auge, einen eigenständigen Staat zu errichten, als vielmehr enge lokale Interessen. Sie waren unfähig, über den Rahmen familiärer und Stammesstrukturen hinauszugehen, die von den herrschenden Eliten geprägt waren. Ein bestimmter Teil war von Anfang an kompromissbereit. Tatsächlich fehlten dem kurdischen Nationalismus in der Praxis die Zielbestimmung, die Kraft und die notwendige Vorbereitung, auch wenn in Reden die Unabhängigkeit propagiert wurde. In diesem Sinne war der kurdische Nationalismus von Anfang an historisch zum Scheitern verurteilt. Man gab sich verbal separatistisch, aber letztlich musste das Volk die Angriffe des Staates aushalten. Diese Situation produzierte eine verwundete, kranke gesellschaftliche Struktur. Das wiederum brachte Zweifel mit sich, Unsicherheit, Angst, Sorge, Unwissenheit und zunehmende ökonomisch-gesellschaftliche Rückständigkeit. Weil der Staat sich daran gewöhnt hatte, die Kurden immer als revoltierende Masse zu betrachten, entwickelte sich die kurdische Gesellschaft vom Charakter her zu einer Exilgesellschaft. Es war so, als versuchte jeder sich von dort zu retten. Die Psychologie des permanenten Aufstandes ist Ausdruck dieser gesellschaftlichen Realität. Aus dieser gesellschaftlichen Struktur heraus kann sich kein Staat entwickeln. Dafür sind weder die gedankliche, geografische noch die ökonomische Ebene vorhanden. Analysiert man wissenschaftlich die Frage nach dem Verhält-

nis zwischen Kurden und Staat, dann stellt sich heraus, dass die demokratische Lösung von allen Bedingungen die beste und günstigste ist. Betrachten wir in diesem Zusammenhang die verschiedenen Möglichkeiten, so können wir Folgendes feststellen:

A) Die Gründung eines eigenständigen Staates, sowohl im materiellen Sinne als auch im Sinne der Nützlichkeit, kann kein Weg zur Lösung sein. Obwohl er beansprucht wurde, hatte er von allen Alternativen den geringsten praktischen Wert. Selbst wenn er errichtet worden wäre, würde er weder von den Nachbarländern noch international anerkannt werden. Abgesehen davon würde ein solcher Staat eine Wirtschaft benötigen, eine Sprache, gesellschaftliche Einheit, eine Verteidigung, um unabhängig bestehen zu können. Es würde von selbst herauskommen, dass ein solcher Staat keine Voraussetzungen hätte, auch nur einen Tag lang zu bestehen. Dass trotz der Unterstützung von außen im Nord-Irak keine kurdische Autonomie errichtet werden kann, hat auch etwas mit der inneren Struktur der kurdischen Gesellschaft zu tun. Aus kurdischer Sicht kann in diesem Zusammenhang ein eigenständiger Staat nichts weiter als eine ideologische Aussage bedeuten. Auch im Programm der PKK wird dies ideologisch erwähnt. Dennoch: Die Praxis und die Geschichte haben uns die Realität der Einheit bewiesen. Das Wesen der Sache allerdings besteht darin, wie diese Einheit aussehen soll.

B) Die zweite Alternative, wie z.B. eine Föderation, Autonomie u.ä. könnten von ihrem Charakter her teilweise realisierbar sein. Auch historisch gesehen können der Feudalismus und die existierende Stammesordnung in den kurdischen Gebieten dafür eine Basis bilden. Was besonders in den staatlichen Strukturen existiert, in denen die Demokratie fehlt und die früher stark feudal geprägt waren, ist vielmehr die ethnisch-stammesmäßige Autonomie. Diese weist weder nationalen Charakter auf, noch hat sie im engen Kreis des Stammes Geltung. Die an den Unterschied zwischen der Region Behdinan und der Region Soran angelehnten Autonomiestrukturen der Kurden im Süden können sich selbst heutzutage nicht vollständig entwickeln. Der Hauptgrund dafür

ist wiederum die Stärke des Feudalismus. Auch in der Zeit des Osmanischen Reiches lebten die Kurden verstärkt in Strukturen feudaler Autonomie. Die Aufstände entstanden genau in der Zeit, als die feudalistischen Autonomien gefährdet waren. In diesem Sinne ist es schwer zu behaupten, bei den Aufständen habe es sich um Volksbewegungen gehandelt, die sich auf den freien Willen des Volkes stützten. Die gesellschaftliche Struktur und Anschauungsweise ließen eine solche Entwicklung nicht zu, denn die Ideologien der Dynastien und die Interessen der Stämme standen über allem. In diesem Sinne können auch heute Autonomie und ein föderatives System, die theoretisch diskutiert werden, keine Entwicklung demokratischer Werte ermöglichen, da sie von dieser rückständigen gesellschaftlichen Struktur abhängig wären. Im Gegenteil: Solche Strukturen könnten lediglich die feudalistisch-tribalistischen Überreste verstärken. Die Praxis der Südkurden beweist das. Außerdem neigen diese Formen zu Kollaboration und dazu, sich von denjenigen Kräften instrumentalisieren zu lassen, deren Ziel Ausbeutung ist und die dazu auch in der Lage sind. Da diese Alternativen nicht demokratisch entstehen, bilden sie den Nährboden sowohl für klassische Aufstände als auch für Zerstörungen. Aus diesem Grunde ist es sehr nützlich, sich diesen viel diskutierten und auch erprobten Lösungsformen kritisch zu nähern.

Im Hinblick auf die Kurden in der Türkei gibt es noch größere Unterschiede. Die Lage in den Gebieten, in denen Türken und Kurden miteinander leben, die sprachlichen Unterschiede und der hohe Anteil der kurdischen Bevölkerung im Westen, der ebenso groß ist wie in den Gebieten des Ostens – all das verweist auf ungünstige materielle Bedingungen für die These einer Autonomie. Für die Millionen von Kurden, die in Städten wie Istanbul, Izmir oder Adana leben, kann eine Föderation nicht umgesetzt werden. Viele Beispiele in verschiedenen Regionen der Welt – die eine solche Art der Demographie aufweisen – zeigen, dass man durch Gewährung demokratischer Rechte wie der Freiheit der Sprache und Kultur eine bessere Lösung erlangt als durch eine

regionale Lösung. Die Bevölkerungsgruppen verschiedener ethnischer Herkunft konzentrieren sich in den selben Gebieten und Städten. Das ist der moderne Ausdruck dafür, dass eine Lösung durch eine demokratische Institutionalisierung entwickelt werden kann. Darüber hinaus kann durch die Entwicklung von lokalen Verwaltungsorganen mehr Nutzen gezogen werden, als man von einer Autonomie erwartet – und dazu in demokratischerer Weise. Die demographische Verteilung der kurdischen und türkischen Bevölkerung ist nicht dazu geeignet, politische Zusammenschlüsse wie einen eigenständigen Staat oder eine Föderation zu gründen. Viel besser sind Lösungen, die die Einheit stärken, indem sie die Hindernisse für den Weg zur Gleichberechtigung und Freiheit beseitigen und die demokratischen Institutionen entwickeln. Die seit mehreren Jahrhunderten andauernde natürliche Assimilation, die ökonomische Struktur und soziale Gewohnheiten, die täglich ineinander verstrickt funktionieren, begrenzen die Möglichkeiten für eine materielle Basis zum Aufbau einer Autonomie.

C) Die dritte Alternative ist die demokratische Lösung. Diese Herangehensweise wurde bis heute kaum offen zur Sprache gebracht und auch nicht mitsamt ihrer theoretischen wie praktischen Seite diskutiert, obwohl sie für sehr wichtige Probleme in der Welt einen Weg zur Lösung bot. Dass sie in der Türkei nicht auf der Tagesordnung steht, ist nicht nur ein großes Unglück, sondern auch das Ergebnis davon, dass die Demokratie in der Türkei nicht konsequent und ernsthaft entwickelt werden konnte. In Wirklichkeit aber wäre es möglich gewesen, eine ideale Herangehensweise zur Lösung der kurdischen Frage zu finden, und zwar sowohl bezüglich der demokratischen Theorie als auch in ihrer reichen Praxis. Damit hätte man der idealen Lösung nahekommen können. Die Gründung der Republik, welche dafür eine historische Grundlage bot, und auch die Rede von Atatürk, die er auf der Pressekonferenz in Izmit hielt, machten klar, dass es notwendig war, eine Lösung in dieser Richtung zu suchen.

Bevor ich zu diesen Punkten übergehe, bedarf diese Vorgehensweise einer besseren Analyse. Die Schweiz beispielsweise, die wir untersuchten, entwickelte trotz der ineinander verflochtenen Geografie, Sprachen, Kulturen und Religionen, trotz lang andauernder Streitigkeiten eine starke demokratische Lösung, nachdem erkannt wurde, dass das gemeinsame Interesse die Einheit war. Dadurch wurde die Schweiz zur stärksten Demokratie Europas. Das bedeutete zugleich auch eine starke Unabhängigkeit. So, wie die Schweizer die Schädlichkeit der inneren und äußeren Faktoren der Teilung begreifen, sehen sie auch den großen Vorteil der Einheit, und zwar aufgrund ihrer eigenen Erfahrungen. Jeder Teil, der es wünscht, kann sich mit seiner eigenen Sprache und Kultur geografisch an das jeweilige Mutterland, d.h. Deutschland, Frankreich oder Italien, anschließen. Sie wissen allerdings ganz genau, dass sie dadurch sowohl ihre Identität als auch ihren Reichtum verlieren würden. Die Vorteile wären nie größer als das, was ihnen die Schweiz bietet. Dieses Beispiel können wir auch in anderen Ländern der Welt finden. Sogar in Ländern, in denen es Rassentrennung gibt, kann man das feststellen. Belgien, Kanada, die Republik Südafrika, Neuseeland und auch die USA wissen genau, dass die sprachlichen, territorialen, kulturellen und religiösen Unterschiede nur in einer starken demokratischen Staatsstruktur in einen gemeinsamen Vorteil verwandelt werden können. Diese Staaten erreichten ihre heutige Lage, indem sie das Prinzip „Je größer die Vielfalt, desto größer Stärke und Reichtum“ zur Grundlage machten und es in die Praxis umsetzten. Der demokratische Kampf spielte dabei ohne Zweifel eine bestimmende Rolle – genauso wie die Erfahrungen der historischen Streitigkeiten. Diejenigen, die hierbei nicht erfolgreich sind, werden eine große Niederlage erleiden. Die Welt von heute zeigt, wohin eine erfolgreiche Lösung führen kann, aber auch, wohin der Gegensatz führt, nämlich zu blutigsten Bilanzen wie zuletzt im Kosovo. Bezüglich der Türkei ist die Frage bitter, warum wir aus der Weltpolitik keine Lehren gezogen haben, warum wir trotz der vorhandenen Lösungsmöglichkeit diese nicht

nutzen konnten. Wie bei vielen Fragen verhielten wir uns so, als seien Rebellion und Unterdrückung der einzige Weg. Es ist nun notwendig, dies alles hinsichtlich der kurdischen Frage zu präzisieren.

Loslösung und Rebellion auf der einen Seite –

Unterdrückung und Verleugnung auf der anderen

Obwohl beide Verhaltensweisen erprobt wurden, stellen wir fest, dass sie, abgesehen von den großen, bitteren Verlusten, nicht nur keine Lösung brachten, sondern die Gesellschaft mit schweren Problemen konfrontierten. Wenn die Methoden nicht zeitgemäß, nicht lösungsorientiert sind, ist es selbstverständlich, dass man in einer Sackgasse landet. Obwohl wir sagen, dass es kein Schicksal ist und in der Demokratie die Wege für Lösungen unbegrenzt sind, trägt jeder die historische Verantwortung dafür, dies auch in die Praxis umzusetzen. Keine Frage kann richtig verstanden, geschweige denn gelöst werden, wenn man die Verantwortung nur einer Seite, einer Person, einer Gruppe anlastet. Wenn für solch eine komplizierte Frage, die eine historische, geografische, kulturelle, gesellschaftliche und internationale Dimension hat, nur meine Person verantwortlich gemacht wird, kann jeder seine Schuld verleugnen und vor der Verantwortung fliehen. In der Türkei folgt jetzt jeder, von oben bis unten, dieser Mode. Vielleicht können diejenigen, die mir alles anlasten, sich selbst entlasten und ihre täglichen Interessen sichern. Aber damit leistet niemand seinen Beitrag für eine Lösung, sondern stellt eher ein Hindernis dafür dar. Aus diesem Grund verhielte man sich moralischer und politischer, wenn man, unabhängig von seiner vorherigen Position, mit einer ernsthaften wissenschaftlichen Absicht seiner Verantwortung gerecht würde, um für die aktuelle, bittere und blutige Frage unserer Zeit bald eine Lösung zu finden. Man sollte niemanden beschuldigen, sondern seinen eigenen Beitrag leisten. Wir sind Zeugen eines historischen Moments, der als

demokratische Waffe für die Lösung eingesetzt werden muss. Das Wesen dieser Waffe ist der Wille des Volkes. Wenn wir die letzten Wahlen betrachten, wird offensichtlich, dass die demokratische Lösung vorangeschritten ist. Betrachtet man den Wahlerfolg der HADEP, die ja keine ernsthafte Basisarbeit leisten konnte, auf kommunaler Ebene, sieht man, dass die kurdischen Massen zum ersten Mal in der Geschichte mit einheitlichem Willen ihre Absicht zum Ausdruck gebracht haben, sich selbst zu regieren. Unter Berücksichtigung der überwiegend feudalistischen Tradition der Gebiete ist die Demokratie eine nicht zu unterschätzende Methode der Lösung. Das ist ein wichtiger Fortschritt auf diesem Weg. Tatsächlich ist die Bedeutung dieser Entwicklung hinsichtlich einer demokratischen Lösung noch größer. Wenn diese Entwicklung trotz der vorhandenen Spannungen und Auseinandersetzungen möglich ist, dann wäre es für die Demokratie, deren Wert für eine Lösung endlich erkannt worden ist, schon ein Sieg, wenn die Auseinandersetzungen völlig beendet würden. Erforderlich wären auch die Beseitigung der Hindernisse für Justizreformen und Freiheiten, die vom Verfassungsgericht und anderen Organen der Justiz, von vielen führenden Staats- und Parteifunktionären zur Sprache gebracht werden. Unabhängig davon, ob man sie fördert oder verhindert, ist doch offensichtlich, dass sich die Türkei in diese Richtung bewegt und zur Zeit eine historische Etappe durchläuft. Wir ziehen Glauben und Selbstvertrauen aus dieser Entwicklung.

Doch kehren wir nun wieder zum Anfang zurück. Niemand kann die Tatsache leugnen, dass die Kurden in der Zeit der Befreiung und der Gründung der Republik sowohl die demokratischen Werte vertraten als auch bei der Gründung aktiv waren. Atatürk persönlich hatte darüber hinaus von „einer Art Autonomie, lokaler Verwaltung“ gesprochen und damit seine Absicht für eine Lösung zum Ausdruck gebracht. Die bekannte Charaktereigenschaft der kurdischen Aufstände in dieser Zeit hat diese Überlegung aber von der Tagesordnung gestrichen. Später führte sie zum absoluten Verbot, diese Frage auch nur zu thematisieren, und

schließlich zur Leugnung. Hinzugefügt wurde bis zum Jahre 1992 sogar ein Sprachverbot. Dies hat weder mit Demokratie noch mit einem ernsthaften „Atatürkismus“ zu tun. Das Kurdentum, gegen das Atatürk sich wandte, war jedoch auch eines, das sich nicht mit der Zeit auf moderne Weise demokratisch mit der Republik hätte vereinigen können.

Die Reaktion des Staates war vielmehr ein Aufbegehren gegen die Gefährdung der Herrschaft, und zwar noch in den Gründungsjahren der Republik. Ursache war der mögliche Zusammenbruch der Republik durch vom Ausland ausgehende Unterstützung der kurdischen Aufstände, d.h. die reelle Gefahr einer gemeinsamen Niederlage von Türken und Kurden.

Dies hatte zur Folge, dass sich diese Haltung des Staates hinsichtlich ihrer Wirkung gegen die Republik richtete. Darüber hinaus kam es in Westanatolien zu weitaus mehr Aufständen in dieser Richtung. Gegen diese ging man in gleicher Weise vor. Diese beiden wichtigen Seiten in der Herangehensweise von Atatürk zu analysieren, hat meines Erachtens einen hohen historischen Wert. Ich möchte ebenfalls meine Überzeugung zur Sprache bringen, dass Atatürk, wenn er heute leben würde, eine Republik und demokratische Einheit als angemessenste Staatsform vertreten würde. Niemand sollte das Verhalten der Republik aus Sorge um die eigene Existenz in ihrer schwierigsten Zeit als Unterdrückung und Verleugnung bewerten. Ebenso sollte niemand ein Hauptelement der Gründung leugnen, wonach am Anfang der Republik alles auf Freiwilligkeit und der offiziellen Anerkennung basierte. Das meine ich mit den zwei historischen Punkten. Atatürk selbst forderte von allen, sich an der Weiterentwicklung der Republik zu beteiligen.

Abgesehen davon war die Entwicklung der Demokratie damals weltweit nicht sehr weit gediehen; es war vielmehr eine Ära der totalitären Regime. Die Zeitspanne zwischen den beiden Weltkriegen war kurz. Die Aufgabe in dieser Zeit war im Wesentlichen, das Existierende zu verteidigen. Allerdings hätte die sich nach dem II. Weltkrieg intensivierende demokratische Bewegung sowie

die sich entwickelnde internationale Realität uns dazu bewegen müssen, uns auf die Entwicklung einer Republik zu konzentrieren, die nicht mehr rückgängig gemacht werden kann und in der die Probleme in demokratischer Weise gelöst werden. Weil dies nicht umgesetzt wurde, versuchte man, mit Auseinandersetzungen, die weit von einer Demokratisierung entfernt waren, ausgehend von einer alten Analyse und mit beschränkten soziologischen Kenntnissen, eine rebellische Haltung umzusetzen. Wenn in der Führung der PKK auch von einem „sozialistischen Staat“ gesprochen wird, wenn auch jede Organisation nach ihrem eigenen Verständnis damals von einem unabhängigen Staat sprach, so sind dies eher Bekenntnisse, die nicht über eine utopische Vorstellung hinausgehen. Nachdem die PKK diese Haltung teilweise überwunden hatte und einen Massencharakter annahm, was insbesondere mit Beginn der 90er-Jahre der Fall war, versuchte ich durch intensive Auswertung, dies offen zur Sprache zu bringen. Es ging um die Suche nach einer „freiwilligen Vereinigung“ oder, anders ausgedrückt, um eine demokratische Einheit. Das war eine Notwendigkeit, die das Leben uns aufgezwungen hat. Obwohl Utopien anziehend sind, kann ein politischer Erfolg nur durch die Rückkehr zur Realität erreicht werden. Wir haben versucht – wenn auch spät – dies zu tun. In diesen Jahren waren die Entwicklungen auf der Seite der weltweiten Demokratie. Die Sowjetunion löste sich infolge mangelnder Demokratie auf, beinahe alle Systeme orientierten sich, wenn auch zögernd, an der Demokratie. In allen Ländern sind Entwicklungen in diese Richtung zu erkennen. Unter dem Zwang der Auseinandersetzungen zeigte das erreichte Niveau in der Türkei tatsächlich eine historische Chance für eine demokratische Lösung. Der Staat hat das erkannt. Einige Schritte wurden unternommen, wie die Aufhebung des Sprachverbots, die genehmigte Gründung des Kurdischen Institutes, die Herausgabe der Zeitschrift Roja Welat, die Gründung des Mesopotamischen Kulturzentrums. Der damalige Ministerpräsident Demirel hatte im Namen der neu gegründeten Koalitionsregierung in den kurdischen Gebieten erklärt, dass er „die kurdische

Realität“ anerkenne. Staatspräsident Turgut Özal ging einen Schritt weiter, indem er betonte, dass man nicht einmal vor der Diskussion über eine Föderation Angst haben sollte. Die militärischen Operationen wurden eingeschränkt und es konnte sogar eine ernsthafte Annäherung an den Waffenstillstand festgestellt werden. Die kurdische Bevölkerung veranstaltete die größten demokratischen Proteste in ihrer Geschichte. Es war für beide Seiten notwendig geworden, die militärischen Auseinandersetzungen ganz einzustellen und sich auf den Weg einer demokratischen Lösung zu konzentrieren, den ich, wenn auch nur in begrenztem Maße, vorgeschlagen hatte. Anstatt den Waffenstillstand dauerhaft zu gestalten, ließ der Staat wieder Auseinandersetzungen zu, die sich leidvoll wiederholten und zu großen Verlusten führten. Es wurden keine vorbeugenden Maßnahmen ergriffen, Unsicherheit und Unerfahrenheit herrschten vor und die Eingriffe von außen waren nicht zu unterschätzen. Das hätte nicht geschehen dürfen. Ich persönlich habe darüber immer Kummer empfunden. Aber auch die erbarmungslose Vorgehensweise der damaligen Regierung trägt hierfür eine historische Verantwortung. Der Anstieg von Gewalt erreichte zeitweise unbegrenzte und grausame Dimensionen.

Dieser Prozess war zugleich ein Prozess der massiven Entvölkerung der Dörfer, der Morde durch „unbekannte Täter“, der Organisierung von Banden. Dieser Prozess, der nicht hätte stattfinden dürfen, ist ein verlorener Prozess. Das 1995/96 vom Nationalen Sicherheitsrat (MGK) für die Türkei und die PKK zur Sprache gebrachte Konzept, das indirekt auch uns erreichte, deutete meines Erachtens auf ein neues Verständnis der Armee hin. Es beinhaltete auch, dass die PKK diese Veränderungen des Staates ernst nehmen bzw. darauf antworten sollte. Meiner Ansicht nach war dies eine Perspektive für die Suche nach einer Lösung, die sich an einer demokratischen Entwicklung westlichen Typs orientierte, und zwar unter der Kontrolle der Armee. Die Umsetzung dessen sollte in einer gemeinsamen Heimat stattfinden, ohne über einen unabhängigen Staat zu diskutieren. Ich versuchte, frühzeitig

und positiv darauf zu antworten. Auch wenn es nicht ausreichte, versuchte ich, darauf mit dem Ausrufen mehrerer einseitiger Waffenstillstände zu antworten. Ich bemühte mich, unsere Strukturen dem neuen Konzept entsprechend vorzubereiten, indem ich sie nach und nach informierte. Diese Haltung nehme ich bis zum heutigen Tag ein.

Ich bringe diese detaillierten Entwicklungen aus folgendem Grund zur Sprache: Die Armee, eine der wichtigsten Institutionen des Landes, blickte in eine andere Richtung, um die Sicherheit der Republik zu gewährleisten. Im Unterschied zu den alten Formen der Intervention ermahnte sie im Gegenteil alle, jede Gruppe und jede Partei, zum Respekt vor den Prinzipien der Rechtsstaatlichkeit, der Demokratie und des Laizismus.

Von der PKK wurde folgende Entwicklung erwartet: Neben der Einstellung des bewaffneten Kampfes sollte sie auch ihr Programm, das zum Separatismus aufrief, neu überdenken und mit der Demokratisierung nach und nach eine Lösung für die kurdische Frage finden. Sie sollte auf dem geöffneten bzw. noch zu eröffnenden Wege voranschreiten. Einer der wichtigsten Gründe, warum ich dieses Konzept, diese Perspektive als positiv betrachtete, war seine praktische Realisierbarkeit.

Ich muss sagen, dass ich Kraft aus diesen Botschaften geschöpft habe, die aus einer glaubwürdigen Quelle stammten. Täglich öffneten sich Wege, um zu meiner Schlussfolgerung zu gelangen, dass nicht einmal ein Umsturz des Staates nützlich sein würde, dass Loslösung unnützlich und daher die Entwicklung der demokratischen Qualität des Staates das Beste wäre. In meiner Darlegung der Strukturen in den Gründungsjahren der Republik und später und auch in der Darstellung des jüngsten Aufstands, der im letzten Viertel des Jahrhunderts begann und seit fünfzehn Jahren die Dimension eines Krieges hat, bin ich als einer der Hauptverantwortlichen für diesen Aufstand zu folgender historischer Schlussfolgerung gelangt: Nämlich, dass dieses wachsende Problem, wie immer man es nennen möchte, nur in der demokra-

tischen Einheit, mit der demokratischen laizistischen Republik überwunden werden kann.

Die demokratische Einheit als Lösung stellt die Zukunft der Türkei dar

Wenn ein Problem einer gesellschaftlich relevanten Kraft nicht gelöst wird, wenn es daher in Form von Aufständen kontinuierlich am Leben erhalten wird, wird es trotz Unterdrückung Wege finden, an geeignetem Ort und Zeitpunkt hervorzubrechen. Unterdrückung ist Zeitverschwendung und kann nur die aktiven Kräfte einer bestimmten Zeitperiode zerschlagen. Das Problem aber wird nicht beseitigt. Ernste und historisch bedeutsame Probleme verschwinden nur, wenn die Interessen der sie repräsentierenden Kräfte durch Reformen innerhalb der bestehenden Ordnung berücksichtigt werden oder die Lösung dieser Probleme in der Überwindung der alten Ordnung durch eben diese Kräfte in einer neuen Ordnung erfolgt. So verwandeln sich die Probleme in eine positive Quelle, die der staatlichen Ordnung neue Kräfte gibt, anstatt sie ihrer Kräfte zu berauben. Mit dieser wissenschaftlichen Herangehensweise an die Schlüsselfrage – im übrigen eine Methode, die in allen Gesellschaften zu finden ist, von denen wir hier einige erläutert haben – lässt sie sich konkretisieren und lösen, und zwar von fast jeder Institution, egal, ob öffentlich, privat, politisch oder gesellschaftlich. Es ist die historische Aufgabe für jeden Menschen, für jede Institution in der Türkei, Lehren aus dem jüngsten Aufstand zu ziehen, um eine Lösung für das kurdische Problem zu finden. Diese Lösung muss sich auf die Zukunft der Türkei beziehen. Ohne eine solche Lösung werden die Füße der Türkei gefesselt bleiben.

Der aktuelle, große demokratische Aufbruch in der Türkei ist ein Zeichen, dass die Probleme offen zutage getreten sind, und dass die Zeit reif ist für eine Lösung. Je drückender eine Frage wird, desto näher ist sie an der Lösung. Der Hauptgrund der Erfolglosigkeit von Dutzenden von Regierungen in den letzten

Jahren liegt darin, dass diese zwar immer von dem Problem gesprochen, aber nie ernsthaft versucht haben, das Problem auch zu lösen. Die reale Erfolglosigkeit aller politischen Organisationen und ihrer Führungen macht das deutlich. Außerdem sind die schweren ökonomischen und gesellschaftlichen Probleme eng mit dieser Frage verknüpft. Ohne eine Lösung wird dieser Knoten noch schwerer zu entwirren sein; das Ergebnis wird ein gordischer Knoten sein.

Das ist unsere Lage heute.

Das Schwert wurde oft eingesetzt. Insbesondere diejenigen, die es wiederholt einsetzten, haben erklärt, dass sie trotz seines intensiven Einsatzes nicht weiter vorangekommen sind. Sie sagten, mit dem Schwert, d.h. auf militärischem Weg, könne nicht mehr erreicht werden.

Der Grund, warum ich mich gezwungen sehe, diese Auffassung so oft zu wiederholen, liegt in der Notwendigkeit, in diesem Verfahren zu einer historischen Lösung zu gelangen. Daher bitte ich, die Wiederholungen zu entschuldigen. Im festen Glauben, dass die Geschichte niemanden freisprechen wird, möchte ich deutlich machen, dass auf mir die schwerste Verantwortung lastet. Ich weiche nicht davor zurück, das Notwendige zu tun. Ich trage die schwere Verantwortung für diesen Aufstand. Ich verantworte es, meinen Lösungsvorschlag in diesem Verfahren vorzutragen und erkläre, dass die Zeit reif ist für den Frieden.

Thesen für eine Lösung im Geist der demokratischen Einheit

1. Die Lösung wird die Einheit des Landes, die Realität

eines gemeinsamen Heimatlandes verstärken.

Die Generalstaatsanwaltschaft behauptet in ihrer Anklageschrift, ich beabsichtige, einen Staat Kurdistan gründen zu wollen. Dafür zitiert sie aus unserem Programm und aus meinen Reden.

Es ist richtig, dass jedes Prinzip und Programm durch das Leben und den Kampf geprüft wird und dadurch seine Lebensfähigkeit beweist. Schon viele andere Bewegungen in der Welt, die zunächst ähnliche Thesen vertraten, haben sich geändert, nachdem sie erkannt haben, dass der praktische Weg anders verläuft. Während durch Zwang entstandene Zusammenschlüsse sich auflösten, vereinigten sich künstlich getrennte Einheiten. Während sich das riesige Sowjetsystem nach siebzig Jahren auflöste, entstanden oder erweiterten sich weltweit viele neue Zusammenschlüsse, allen voran die Europäische Union. Ich möchte Folgendes betonen: Mit der Forderung nach Loslösung, ja auch mit deren Verwirklichung erreicht man nicht unbedingt das gewünschte Ziel. Wenn die Einheit nützlich ist, wird sie in letzter Instanz Bestand haben.

Die Türken und Kurden kämpften unter dem Nationalpakt „Misak-i Milli“ für das gemeinsame Heimatland und akzeptieren ihn als gemeinsamen Eid. Auch wenn er noch nicht vollständig realisiert ist, bleibt er ein gemeinsamer Eid. Das ist dokumentiert und kann nicht geleugnet werden. Das ist der Grund, warum die geografische Region, in der die Kurden konzentriert leben, seit der Zeit des Großseldschuken-Sultans Sancar über viele osmanische Sultane und zuletzt von Mustafa Kemal Atatürk persönlich anerkannt wurde. Deshalb kann das Wort „Kurdistan“ keine Straftat darstellen. Der Wunsch, in der Region frei und unabhängig leben zu wollen, bedeutet nicht die Spaltung. Der letzte Teil der Anklage endet mit einem solchen Zitat. Das ist auch für mich der wesentliche Punkt.

Wenn man meine Praxis genau analysiert, wird man Folgendes ganz deutlich erkennen, was auch mit Bänden voller Dokumente bewiesen ist. Die bedeutungsvollste Freiheit und Unabhängigkeit für eine Region, auch wenn sie Kurdistan heißt, ist nur innerhalb der Grenzen des „Misak-i Milli“ der Türkei möglich. Dies wissenschaftlich nachzuweisen, ist nicht schwer. Ein abgetrenntes Kurdistan wird nicht lebensfähig sein. Es wird entweder zur Marionette einer anderen Macht werden oder zum Werkzeug von

Kollaborateuren. Ein losgelöstes Kurdistan kann nicht ein Kurdistan des Volkes sein, sondern nur Fremden und Kollaborateuren gehören. Es wäre vor allem eine Illusion und erneut Spielball eigensüchtiger Machtinteressen. Die Geschichte macht deutlich, wie solche Interessen die Aufstände manipulieren. Für solche Katastrophen musste das Volk bezahlen. Auch in unserem Aufstand haben wir das erlebt.

Damit möchte ich Folgendes sagen: Mein Kampf hat mich gelehrt, dass wir nur gemeinsam mit der Türkei unser Ziel erreichen. Ich habe mein Bestes gegeben, um diesen Geist in der PKK und der ganzen Organisation zu verankern. Es ist nicht schwer, dies zu sehen. Die freie Entscheidung zur Einheit – das ist ein Begriff, den jeder Freund von uns verinnerlicht hat. Andererseits zeigt das am besten die historische, gesellschaftliche, geographische, sprachliche und kulturelle Verbundenheit. Da ich dies in getrennten Punkten behandeln werde, werde ich hier nicht weiter darauf eingehen.

Wenn auch der größte Teil des kurdischen Volkes, nämlich bis zu siebzig Prozent, in der Türkei lebt, werden die Kurden in den anderen Teilen und Gebieten, und damit auch die mit ihnen zusammenlebenden Turkmenen, gemäß dem Nationalpakt „Misak-i Milli“ zur Türkei gezählt. Wer die jüngste Geschichte kennt, weiß, dass eine Trennung wie in den 20er-Jahren nur den Verlust der Heimat bedeutet.

Die Trennung der Kurden und Türken wie in der damaligen Zeit würde heute bedeuten, dass sie entweder geschluckt oder in kleinen Minderheiten existieren würden. Das gemeinsame Handeln und die Rolle Atatürks als Gründer haben für die Verwirklichung des gegenwärtigen Heimatlandes die Grundlage geschaffen. Dafür sind wir immer dankbar. Darüber zu diskutieren, ist respektlos gegenüber der Geschichte. Gleichzeitig hieße es, sich selbst nicht zu kennen. Abgesehen davon ist die gemeinsame Geografie in unserer Gegenwart die treibende Kraft. Der wissenschaftlich-technische Fortschritt unserer Zeit erfordert es, über die engen ethnischen Unterschiede hinauszugehen und sinnvolle

Einheiten zu formen, die über den Nationen stehen. In diesem Licht können wir, die wir in unserem Heimatland geboren sind, wirkliche Freiheit erkennen. Denn die freiwillige Vereinigung bedeutet Reichtum, Vielfarbigkeit und Stärke. Selbst wenn man uns die Loslösung aufzwingen würde, könnten wir sie nicht akzeptieren. Nachdem unser Programm gegen die Zwangseinheit protestierte, durchlief es in den 90er-Jahren Veränderungen, denn die Lösung verlangte die Einheit aus freiem Willen, was eine natürliche Lehre des Lebens war und eine Schlussfolgerung aus den weltweiten Ereignissen.

Sich das bewusst zu machen, sich zu der Entscheidung durch-zuringen, dass eine freie, demokratische Einheit die richtige Art ist, um in der Gesamtheit des Heimatlandes leben zu können, ist der gesündeste Patriotismus. Der größte Wert dieses letzten Aufstands für die Kurden, sogar für die Türken und alle anderen Einwohner der Türkei besteht in der Einsicht, dass nur der ein bewusster Patriot sein kann, der frei ist. Die Kurden sind stärker als je zuvor für ein freies, einheitliches Vaterland. Freiheit ist das stärkste Merkmal eines einheitlichen Heimatlandes. Das hat uns dieser Aufstand gelehrt. Wenn er auch mit Schmerzen und großen Verlusten verbunden war, so war er doch ein historischer Gewinn. In einem bewusst verteidigten freien Heimatland werden Aufstände keinen Platz mehr haben. Nur so ist eine unzerstörbare Einheit und ein einflussreiches Heimatland möglich. Nur, wenn das Individuum sich frei fühlt, kann der Begriff „Staatsbürgerschaft“ in der Verfassung an Wert gewinnen. Das Individuum im Osten der Türkei kann mehr denn je zuvor die Bedeutung der verfassungsmäßigen Staatsbürgerschaft spüren. So verstehen wir den freien Staat, die Einheit des Landes und den Patriotismus. So kann die Einheit des Landes wachsen und sich verstärken. Unser Kampf, der mit dem Ziel der Abspaltung begann, hat uns gelehrt, was die starke Einheit des Landes bedeutet. Ein freies vereintes Vaterland ist heilig und darf nicht in Frage gestellt werden.

2. Im Rahmen der politischen Einheit, der Freiheit und der Demokratischen Republik wird es eine Lösung geben.

Wenn auch in der Anklageschrift von der Spaltung der Republik gesprochen wird und entsprechende Beweismittel aus dem Programm und Passagen aus meinen Reden vorgelegt werden, haben doch die Geschichte, die Kämpfe der Völker der Welt und insbesondere unsere Kämpfe uns gelehrt, was wir seit längerer Zeit anerkannt haben, nämlich: dass bei einem demokratischen Charakter der Republik die Einheit der mögliche, praktische und richtige Weg zur Lösung ist.

Historisch gesehen ist aufgezeigt worden, dass so, wie sich das gesellschaftliche Bewusstsein mit dem Verständnis eines gemeinsamen Staates intensiviert, auch die Tatsache, dass die Republik gemeinsam gegründet wurde und selbst den Aufständen keine grundlegende Trennungsabsicht zugrunde lag, eng mit den Interessen der herrschenden Klassen zusammenhing.

Die bornierten Interessen der herrschenden Gruppen und Klassen haben das Problem ständig verschärft. Der von oligarchischem Denken geprägte Weg hat in die Sackgasse geführt, anstatt die Demokratisierung voranzutreiben. Die gegenwärtigen Geburtswehen der Demokratisierung sind eng mit dieser Realität verbunden. Anstatt in der Demokratisierung des Staatscharakters die Hauptaufgabe zu sehen, indem wirklich demokratisiert und die entsprechend notwendigen Veränderungen der Verfassung vorangetrieben wurden, scheute man davor zurück. Alle Unterdrückungsmethoden wurden geduldet. Man zog es vor, Marktanteile, Interessen und Renditen zu erjagen. So wurde die gegenwärtige Situation geschaffen. Die Schlussfolgerung kann nur darin bestehen, dass die Republik demokratisiert werden muss. In der ganzen Welt werden für ähnlich schwerwiegende Probleme Antworten gesucht, indem die demokratischen Werte ständig weiterentwickelt und Wege und Institutionen dafür geschaffen werden.

Obwohl in den Strukturen der Türkei solche Institutionen und Verfassungsprinzipien für die Demokratisierung angelegt sind, konnte diese nicht entwickelt werden. Die Herangehensweisen, die möglicherweise für eine bestimmte Periode sinnvoll waren, wurden ohne Sinn weiter angewandt. Obwohl selbst das Militär mehrfach erklärte, dass man über die bereits angewandten militärischen Methoden und Wege nicht hinausgehen könne, fehlte es an der notwendigen politischen und demokratischen Orientierung.

Es ist deutlich, dass die gegenwärtige Republik Türkei in Richtung Demokratisierung eine beträchtliche Strecke hinter sich gebracht hat, wenn auch noch nicht im gewünschten Maße. Die grundlegenden Menschenrechte und Freiheiten sind weitgehend in der Verfassung verankert. Es mangelt aber an der Umsetzung. Darüber hinaus gibt es ein großes Bedürfnis nach umfassender Veränderung, die von allen Gesellschaftsschichten gefordert wird. Die Republik erlebt sowohl prinzipiell als auch auf gesellschaftlicher Basis eine große demokratische Aktivierung.

Das Problem, das wir mit dem Krieg erleben, ist ohne Zweifel sowohl die Ursache dieser Entwicklung als auch ihr Ergebnis. Es ist Ausdruck für die Suche nach einer Lösung mit Hilfe dieser historischen Aktivierung. Es ist klar, dass Lösungsformen, die eine andere politische Einheit anstreben, keinen praktischen Wert haben werden und dass, ebenso wie ein separater Staat, selbst eine föderative Lösung in Anbetracht der existenten Realität das Problem ständig verschärfen würde. Sowohl wissenschaftlich als auch durch die starke Verflechtung von historischen, geographischen und gesellschaftlichen Besonderheiten wird im Weltmaßstab die ideale Lösung auf demokratische Art gesehen und herbeigeführt. Das fängt an bei großen Staaten wie den USA und Indien und geht bis zu den kleinen Staaten wie der Schweiz. Innerhalb der Einheit eines Staates ist eine demokratische Art, eine demokratische Lösung auszumachen, auch wenn dessen Struktur sehr kompliziert ist.

Dass die Türkei so etwas nicht probiert, nicht einmal darüber nachgedacht hat, ist eine bittere Wahrheit. In der konkreten Situation der Türkei gibt es Möglichkeiten, die einer idealen Lösung recht nahekommen. Veränderungen oder auch nur ein konsequentes und couragiertes politisches Verhalten könnten zu einer Lösung auf hohem Niveau beitragen. Der kurdische Faktor als konstitutiver Bestandteil der Republik bietet für die verfassungsmäßige Staatsbürgerschaft eine stabile politische Grundlage. Infolge der Aufstände existiert bei der Regierung Verfolgungswahn bezüglich der kurdischen Absichten, sind rückständiges Verhalten und Einschränkungen der Menschenrechte anzutreffen, die im Widerspruch zur Verfassung stehen. Die Überwindung dieser Ängste wird bei der Suche nach Lösungen helfen und zumindest wird so die Basis für die Rechte des kurdischen Volkes geschaffen.

Die historische Grundlage der Republik und ihr verfassungsmäßiger Ausdruck sind für eine demokratische Lösung besser geeignet, als man denkt. Es sind die psychologische Dimension und die Rückständigkeit, es sind das primitive nationalistische Verständnis und die Leugnung der kurdischen Identität durch den chauvinistischen Nationalismus der herrschenden Nation, die eine Lösung bisher verhindert haben.

Sobald diese Einstellungen und Methoden überwunden sind, welche die Entwicklung der Demokratie bisher blockiert haben, wird man erkennen, dass in Wirklichkeit das Wesen der Lösung nicht politischer Natur ist, sondern die sprachliche und kulturelle Freiheit umfasst.

Denn die vorhandenen ideellen und institutionellen Ausdrucksmöglichkeiten für jede Art von Politik gelten für jede Person, für jede gesellschaftliche Schicht und sind trotz aller Mängel demokratisch. Es ist eine Frage der Erziehung, dass man lernt, den Nutzen aus den demokratischen Prinzipien zu ziehen. Durch die aktive Beteiligung an den lokalen Verwaltungen und die Einbeziehung des Volkes in die allgemeine Politik kann die Lösung der Probleme gefunden werden. So z.B. durch neue Gesetze, wie ein

Gesetz über lokale Verwaltung, das auf die Tagesordnung gesetzt wird. Unter diesem Aspekt wird deutlich, was unsere Aussage bedeutet, dass das Problem nicht politischer, sondern demokratischer Natur ist. Während sich aus der Sicht des Staates die Lage so darstellt, sind wir bei der Erörterung der demokratischen Dimension des Problems zusätzlich mit den schwierigen feudalen Bedingungen konfrontiert, unter denen die Bevölkerung in der Region lebt.

Die ethnisch bedingte Feudalstruktur, die religiös-politische Organisierung und Reste des Feudalsystems behindern die Demokratisierung am meisten. Die nicht demokratische Oberschicht, die von Anfang an diese Strukturen verstärkte, indem sie sich mit dem Staat verband, behindert die Entwicklung des Volkes zu einer Gesellschaft von freien Individuen besonders stark. Ohne die Überwindung dieser Strukturen kann weder ein freies Individuum noch eine freie Gesellschaft entstehen. Darum konnten die verfassungsmäßige Staatsbürgerschaft und die aktive Teilnahme am Staat nicht verwirklicht werden. Diese Schichten, die den Namen der Demokratie nur im Munde führen, bilden das größte Hindernis für die Demokratie. Da der letzte Aufstand den Einfluss dieser Strukturen weitgehend zerstört hat, hatte er schon aus diesem Grund den Wert einer demokratischen Revolution. Entwicklungen in Richtung eines freien Individuums und der Gesellschaft sind sichtbar. Die Beteiligung des Volkes an Kommunalverwaltungen in Gestalt der HADEP-Partei muss als wichtige demokratische Entwicklung gewertet werden. Selbst diese kurze Beschreibung beweist, dass die Praxis die meisten Chancen für die demokratische Lösung des Problems bietet. Wenn wir sagen, dass die Lösung des Problems, das nicht ein politisches ist, nicht in separaten politischen Einheiten, sondern in der demokratischen Einheit des Staates mit der Bevölkerung der Region liegt, ist das realistisch und lösungsorientiert.

Der Staat hat bewiesen, dass er in der Lage ist, Schritte nach vorne zu machen.

Seit den 90er-Jahren vermied er Verbote bezüglich der kulturellen Identität der Bevölkerung in der Region. Er sah ein, dass die fürsorgliche Annäherung mehr bewirkt als Einschüchterung. Angefangen mit dem GAP-Projekt zeigte er sich entschlossen, die ökonomische und soziale Rückständigkeit zu bekämpfen. Eine ähnliche Herangehensweise lässt sich beim Volk erkennen und zeigt, dass die demokratische Lösung an Geschwindigkeit gewinnt und dass sie der einzig gangbare Weg ist.

Die Schlussfolgerung der These ist: Das Wesen des Problems besteht in der anhaltenden Spannung zwischen dem Staat, der unbeweglich wie ein Fels ist, und dem politischen Aufstand, der wie die Meeresbrandung versucht, den Felsen auszuhöhlen. Die ideale Staatsform, welche die Lösung hierfür sein wird, ist die Demokratie. In der Türkei wurden bezüglich des Problems bisher nicht die demokratischen Regeln erprobt. Wenn sie angewendet werden würden, würde der Staat sensibler werden. Die Aufstandswelle könnte gleichzeitig in eine Richtung gelenkt werden, die nicht zerstörerisch ist, sondern vielmehr eine produktive Kraft wird, die innerhalb der staatlichen Institutionen der Öffentlichkeit dient. Hierin liegen das unvergleichlich Schöpferische der Demokratie sowie ihre Führungskraft. Es ist historisch erwiesen, dass große Starrköpfigkeit und anhaltende Zerstörung keinen Gewinn, sondern nur Schaden bringen. Die Verbindung der sich entwickelnden Sensibilität der Republik mit dem sich befreienden Willen des Volkes steht bereits auf der Tagesordnung. Die Demokratisierung wird ungeachtet aller Hindernisse eine Lösung herbeiführen, die dieser historischen Etappe angemessen ist.

3. Das Recht des kurdischen Volkes auf seine Sprache und seinen freien kulturellen Ausdruck ist der Kern des

Problems.

Die erste und zweite These haben dargelegt, dass es sich bei dem Problem nicht um die Frage der Gründung eines Staates handelt, sondern dass es um ein freies Leben in der Heimat geht und um eine demokratische Einheit im Staate. Die historische, politische und verfassungsmäßige Basis dafür ist vorhanden. Die vorhandenen Fragen sind nicht so schwer und unüberwindbar, wenn sie von Personen mit guter Absicht, mutig und mit einem Mindestmaß an Demokratie angegangen werden.

Ergänzend hierzu stellt das Sprachverbot und die Behinderung der kulturellen Freiheit eine Besonderheit dieses Problems dar. Dass man sich darauf nicht konzentrierte, hat die Lage sehr kompliziert. So kam es zu einer Vermischung der politischen und kulturellen Dimensionen, vielfach auch zur falschen Definition der Frage, zu falschen Anwendungen, ja, es kam sogar zu Aufständen. Das ist nicht nur ein Unglück, sondern darüber hinaus auch das bittere Ergebnis einer unwissenschaftlichen und dogmatischen Herangehensweise. Sehen wir uns noch einmal das Beispiel der Schweiz an, wo alle vier Sprachen offiziell als nationale Sprachen benutzt werden. In den größten Ländern wie den USA, Indien und sogar in Russland gibt es eine ähnliche Sprach- und Kulturfreiheit. Keiner der Staaten verliert dadurch an Kraft. Im Gegenteil, es stärkt sie sogar. In der Türkei dagegen wird durch Verbote und Behinderungen das Volk zu Aufständen getrieben und dazu gebracht, auf Distanz zum Staat zu gehen. Das schafft keine Voraussetzung für eine gesunde Assimilation, sondern ist eine Methode, die Schwierigkeiten produziert. Im Grunde genommen gibt es diesbezüglich in der Verfassung keine Beschränkungen. Der Präsident des Verfassungsgerichts hat offen von der Notwen-

digkeit gesprochen, dass die Behinderungen der Sprach-, Kultur- und Artikulationsfreiheit beseitigt werden müssen.

Die Aufhebung des kurdischen Publikations- und Sprachverbots, die Gründung eines kurdischen Instituts und die Aktivitäten der Kulturvereine sind seit den 90er-Jahren Anzeichen für Veränderungen seitens des Staates. Das sind wichtige Schritte. Wenn noch mehr Sicherheiten geboten werden und diese Einrichtungen sich weiter entfalten können, dann ist ein wesentlicher Schritt zur Lösung getan. Der am schwersten wiegende Mangel ist das Analphabetentum.

Es gibt in der Verfassung keine Verbote bezüglich des Lesens und Schreibens. Es ist eine Frage der Möglichkeiten und wie die Erziehung vorbereitet wird. Das kann man ohne weiteres bewältigen. In einigen Vorschulen, in Instituten und in den Fachbereichen Geschichte und Philologie an den Universitäten können große Beiträge zur Lösung geleistet werden. In vielen Ländern gibt es solche Einrichtungen. Im Zeitalter der Technologie haben die Beschränkungen gar keinen Sinn mehr. Das Gleiche gilt auch für Radio- und Fernsehsendungen. In Wirklichkeit wird eine Emanzipation auf diesem Gebiet die wichtigsten Faktoren für die Lösung offenbaren. Durch die Untersuchung der kurdischen Geschichte, Sprache und Kultur, durch die Gründung und Erweiterung von Vorschulen, die Anerkennung der Freiheit von Publikationsmitteln, von Büchern, Zeitungen, Radio, Fernsehen usw. wird eine spezielle Lösung möglich sein. Separatismus und Loslösung werden sich dadurch sicherlich nicht entwickeln. Im Gegenteil, sie können präventiv verhindert werden. Es wird keine Schwächung auftreten, sondern eine neue Stärke geboren. Die Verbundenheit zum Staat wird gefördert. Der Staat wird in diesem Fall noch mehr akzeptiert. Zahlreiche Beispiele in der Welt zeigen das. Das Lernen der türkischen Sprache als offizielle Sprache wird als sinnvoll anerkannt werden und wird eine Bereicherung darstellen. Genau wie in den USA, in vielen asiatischen und afrikanischen Ländern, wo Englisch, Französisch und Russisch als offizielle Sprache gelernt werden. Das Erlernen der Muttersprache ist

eine maßgebliche demokratische Methode, welche die Einheit stärkt und den Separatismus verhindert. Wenn die Türkei das innerhalb ihrer Grenzen zulässt, braucht sie sich vor den Entwicklungen in den Nachbarländern nicht zu fürchten. Im Gegenteil: Sie könnte die Bevölkerung in den Nachbarländern mit einer so großartigen demokratischen Herangehensweise positiv beeinflussen, wodurch sie Sympathie und Verbundenheit dieser Menschen erfahren würde. Auch dadurch wird nicht der Separatismus gefördert, sondern Einheit und Stärke.

Es ist bekannt, welchen Einfluss die demokratische Lösung auf die Gesellschaften des Mittleren Ostens hat. Die bisherige Politik, die von Verboten geprägt ist, hat wirklich sehr großen Schaden angerichtet. Sie hat weder der Einheit noch der Stärkung gedient. Auch wenn heute nur in Ansätzen eine demokratische Lösung gewagt wird, so zeigt sich doch, dass eine solche Lösung der Kurdenfrage Einheit und Stärke bedeutet; das historische Leid und die Verluste müssen sich nicht wiederholen. Aus diesem Grunde ist die Aufhebung von Sprach- und Kulturverboten ebenso wie der Verbote anderer Ausdrucksmittel wichtig, um die Komplexität der Frage aufzulösen. So werden viele Fehler, Ängste und Reaktionen vermieden. Auf der Grundlage von Einheit, Wohlstand und Stärkung wird der Weg geebnet, anstelle von Separatismus und Schwächung.

4. Die militärische Methode hat ihre Bedeutung für eine Lösung verloren. Man muss sich von ihr verabschieden.

Die historischen Erfahrungen zeigen, dass bei vielen ähnlich gelagerten Problemen in der Gegenwart die Anwendung von Gewalt eine Lösung erschwert. Wenn auch im Allgemeinen die ersten Gewaltausbrüche die Funktion haben, die Probleme aufzudecken, so bringen sie doch großes Leid und große Verluste mit sich, wenn sie sich über längere Zeit erstrecken. Eine Verständigung wird schließlich unumgänglich. Die jüngsten Beispiele von

Bosnien und Kosovo beweisen ebenso wie frühere Beispiele aus Tschetschenien, Palästina und El Salvador, dass man so schnell wie möglich die Gewalt beenden muss, um mit Friedensverhandlungen zu einer Lösung zu kommen. Das ist der klare Beweis, dass dies der zeitgemäße Weg ist. Wenn auch der letzte Aufstand unter der Führung der PKK besondere Charakteristika aufweist, so wäre es für die PKK zu Beginn der 90er-Jahre historisch der richtige Weg gewesen, auf der Grundlage der Demokratischen Republik durch Friedensgespräche zu einem Ergebnis zu kommen. Wenn der Versuch des Waffenstillstandes von 1993 mit Verhandlungen geendet hätte, wäre das die historische Wende gewesen. Die dann folgende Eskalation der Gewalt auf beiden Seiten war eine Wiederholung und verursachte jene Ereignisse, die auf beiden Seiten immer wieder zur Verletzung der Kriegsregeln führte.

In seiner Anklageschrift führt der Generalstaatsanwalt an diesem Punkt den Vorfall bezüglich der 33 unbewaffneten Soldaten und den Tod von Zivilisten an. Wenn er die Ursachen für die Entvölkerung der über 3000 Dörfer und für die Tausenden von Morden durch „unbekannte Täter“ mindestens ebenso benennen würde wie im offiziellen Susurluk-Bericht, könnte objektiv erklärt werden, warum die Auseinandersetzungen die Dimension eines Krieges annahmen.

Die Bilanz von fünfzehn Jahren ist Ausdruck eines mittelgroßen Krieges, der mit Begriffen wie „Aktionen“ nicht wirklich erläutert werden kann. Die Verletzung der Regeln eines Krieges ist zu verurteilen. Das haben wir ständig getan. Aber vergleichbare Vorfälle an ähnlichen Schauplätzen der Welt waren noch erbarmungsloser. In diesen Jahren sind in vielen Landkreisen Hunderte von Zivilisten gestorben. Das müssen wir immer verurteilen; beide Seiten müssen sich bemühen, Aktivitäten zu vermeiden, die mit den Mindestregeln der Kriegführung unvereinbar sind.

Noch wichtiger ist aber, dass dieser letzte Widerstand wirklich eine historische Etappe einleiten kann. Alle gesellschaftlichen

Schichten bis hin zu internationalen Kräften und selbst die beteiligten Kampfparteien erachten es als dringend notwendig, die Kämpfe einzustellen. Die Lösung aller Probleme in demokratischem Maßstab wird nun innerhalb der Strukturen einer reifen Demokratischen Republik möglich sein. Die kriegesischen Methoden werden nun, da jeder die notwendigen Lehren daraus gezogen hat, nicht mehr beachtet und sie werden auch nicht weiter für notwendig gehalten. Auch die Probleme des Ostens sind nicht die Probleme eines klassischen Aufstandes. Sie wurden zur Ursache und zum Resultat der Demokratisierung. Der Aufstand der PKK hat das in gewissem Sinne bewiesen. Die Ergebnisse der letzten Wahlen haben gezeigt, dass die Bevölkerung der Region erfolgreich die demokratische Prüfung absolviert hat. So wie mit Gewalt das Ziel nicht mehr zu erreichen ist, ist von einer wichtigen neuen Etappe auszugehen, die sich auf eine demokratische Grundlage bezieht. Also sagen wir, dass die Gewalt nunmehr überflüssig ist. Sie vertieft nur die Ausweglosigkeit, vermehrt die Zerstörungen und vergrößert das Leid. Sie soll so schnell wie möglich beendet werden, da man immer zu der gleichen Schlussfolgerung gelangen wird.

Der praktische Weg in dieser Sache ist der Waffenstillstand, an dem die PKK einseitig weiter festhält und den sie noch verantwortungsvoller und sicherer weiterentwickeln wird. Doch es ist lebensnotwendig, dass der Staat seinerseits wichtige Schritte unternimmt, um eine Etappe zu erreichen, die es ermöglicht, dass die Waffen für immer schweigen. Wenn sich der Staat und die Gesellschaft den demokratischen Maßstäben weiter annähern und sie, wie in den ersten Thesen dargelegt, Methoden mit dem Schwerpunkt der kulturellen und der Sprachfreiheit anwenden, dann wird man tatsächlich zu einer neuen historischen Etappe gelangen. Nachdem das Volk der Region den Staat durch demokratischen Willensentscheid anerkannt und sich mit ihm vereinigt hat, werden Angst und Sorge verschwinden. Die Phase der Entfremdung vom Staat wird beendet. Die Identifizierung mit dem Staat wird entwickelt; sie entzieht den Aufständen und Kämpfen

den Boden. Wenn die konstitutive Mitgliedschaft in der Republik und die verfassungsmäßige Staatsbürgerschaft sich mit der Meinungsfreiheit verbinden, geht das Problem den entscheidenden Schritt voran zu seiner Lösung. Der Rest ist dann planmäßige ökonomische und soziale Arbeit, welche z.B. mit dem GAP-Projekt schon in Angriff genommen wurde.

Der historische Konsens einer Demokratischen Republik, Frieden und Völkerverständigung verwirklichen sich mit Sicherheit auf diese Art und Weise in der sinnvollsten Form. Mit dieser Lösung wird den Aufständen der materielle Boden entzogen. Es wird die Phase der starken, Demokratischen Republik beginnen, in der es nicht mehr um Trennung geht, sondern um die Einigung und die gemeinsame Stärke. Keine ausländische Kraft wird es schaffen, das Land zu spalten. Die demokratische Einheit mit der Republik bedeutet das vollständige Ende der Aufstandsphasen sowie die Entwicklung und Stärkung in andauerndem Frieden.

5. Alle illegalen Organisationen, vor allem die PKK, sollten sich dem normalen politischen und legalen

Prozess im Rahmen des Friedens anpassen

Die Beendigung der bewaffneten Auseinandersetzungen wird vielen Organisationen, die seit Jahren in der Illegalität sind, zur Integration in den demokratischen Zustand verhelfen. Insbesondere der Erlass einer Amnestie, die Öffnung des Weges für die legalen und politischen Tätigkeiten werden die Demokratisierung noch tiefer verankern. In den 90er-Jahren wurden Fortschritte in der Organisationsfreiheit gemacht. Die letzten Wahlergebnisse haben gezeigt, wie sinnlos es ist, die allgemeine politische Lage gespannt zu halten. Der Wunsch der Gesellschaft nach demokratischer Normalität wurde deutlich; ebenso das Bedürfnis nach einer Partei, die nicht am Alten festhält und die Probleme nicht mit Gewalt löst. Diejenigen, die auf dem unfruchtbaren Weg behar-

ren, werden künftig ohne Bedeutung sein. Das betrifft sowohl die rechten Parteien und die des Zentrums, als auch alle linken Parteien. Die Perioden der traditionellen politischen Tätigkeiten, die nur geringen demokratischen Wert haben, liegen hinter uns. Das gilt insbesondere für die Linken. Es ist eine unvermeidliche Notwendigkeit für die Entwicklung und Machtfähigkeit, sich zu erneuern, sich zu legalisieren und so in der Öffentlichkeit aufzutreten, dass man für die Probleme, vor denen die Gesellschaft steht, realistische und demokratische Lösungsprojekte vorlegt und dafür breiteste Bündnisse verwirklicht. Mit den traditionellen Lehrsätzen können die Organisationen und Kader nicht erkennen, was auf der Tagesordnung der Gesellschaft steht. Man muss einsehen, dass die Zeiten für die Auffassungen der Organisationen und Kader, die sich nicht erneuern können, vorbei sind. Das ist auch für Politiker und Organisationen gültig, die keine demokratische Erneuerung und tatsächlichen Lösungsprojekte entwickeln können. Solange dies nicht umgesetzt wird, ist das wertvolle Erbe der Vergangenheit nicht geschützt und kann nicht mit Erneuerungen in die Zukunft mitgenommen werden. Dieser Rahmen gilt auch für die PKK. Das Programm, das mit den klassischen Begriffen der 70er-Jahre geschrieben wurde, wie rechts, links, Faschismus, Sozialismus und nationale Frage, hätte im Grunde genommen ebenso wie die Organisationsweisen und Aktionsauffassungen schon in den 90er-Jahren auf den Tisch gelegt, analysiert und umgewandelt werden sollen. Es hätte ein spezifisches Programm eingeleitet werden sollen, das für die ganze Türkei die Demokratisierung vorsieht und die schwerwiegenden feudalen Strukturen der Gesellschaft der Region berücksichtigt. Ein tiefgreifendes, demokratisches Programm hätte entstehen sollen, das insbesondere die Sprach- und Kulturfreiheiten beinhaltet; mit dem friedlichen politischen Aufbau von Organisationen – anstelle des bewaffneten Kampfes – hätte die legale politische Arbeit eingeleitet werden sollen. So hätte die PKK in die historische Etappe eintreten und die leidvolle, ständig reproduzierte Gewalt der letzten Jahre beenden können. Natürlich

haben hierbei die Ausweglosigkeit der staatlichen Strukturen und die „Hardliner“ eine Rolle gespielt. Insbesondere die Jahre 1993 und 1996 waren Jahre gewaltiger Verluste, in denen die Gewalt regierte.

In der Epoche, in der wir nun leben, sollten die Möglichkeiten für den Frieden gefördert werden, wenn sie auch verspätet und aus der Sicht der PKK beschränkt sind. Anstatt sich auf die Gewalt zu konzentrieren und auf ihr zu beharren, sollte sie sich, soweit der Staat – auch indirekt – Entgegenkommen signalisiert, auf der Grundlage der oben beschriebenen Linie auf den Dialog und die neue Etappe vorbereiten. Wenn sich praktische Möglichkeiten ergeben, besonders vonseiten des Staates, sollte man mit einer neuen „Friedenskonferenz“ und einem „Friedenskongress“ darauf vorbereitet sein. Die intensiven Bemühungen um eine Lösung werden in der Region und überall in der Welt weiter verstärkt. Wer gegen die demokratische Lösung und ihren Frieden noch Widerstand leistet, wird zwangsläufig jeden Tag mehr isoliert.

In diesem Sinne sollte zu allererst der Staat auf eine Art und Weise handeln, die seiner Größe angemessen ist. Insbesondere sollte sich die Regierung, die den Staat repräsentiert, dessen bewusst sein, dass sie sich in einem historischen Augenblick befindet und die Gelegenheit hat, eines ihrer größten Probleme couragiert zu lösen. Die jüngste Geschichte zeigt uns anhand zahlreicher Erfahrungen von Regierungen, dass diejenigen, die nicht bereit waren, mutige Schritte zu unternehmen, verloren haben. Die Lösung dieser Frage ist auch der Schlüssel für die Lösung der allgemeinen Probleme. Die Lösung ist die erste Voraussetzung für Frieden und Ruhe und damit die Lösung der grundlegenden Probleme aller gesellschaftlichen Schichten. Diejenigen, die ihrer Verantwortung in dieser Etappe nicht gerecht werden, werden nicht davor bewahrt, überholt zu werden. Die Geschichte wird ihnen nicht verzeihen.

Die PKK wird nicht davor zurückscheuen, in diesem Sinne aus ihrer Erfahrung die notwendigen Lehren zu ziehen. Sie wird die

Kraft zeigen, sich selbst zu überwinden. Sie wird mit ihrem Programm und ihrer Struktur auf der Grundlage einer Demokratischen Republik und einer demokratischen Einheit ihren Platz finden. Sie wird ihre Kreativität auch in dieser Richtung unter Beweis stellen. Sonst wird auch sie sich nicht vor der Marginalisierung retten können. Richtig wäre es, die historische Etappe mit den Jahren des Leidens und der Verluste nicht zu wiederholen. Vielmehr sollte mit beiderseitigen bescheidenen Schritten, ohne das Ehrgefühl zu verletzen und ohne das empfindliche Gleichgewicht aus den Augen zu verlieren, indirekt und auf den jeweils möglichen Verhandlungswegen der Weg, der zum Frieden führt, gewonnen werden.

Den Frieden im System der Demokratischen Republik zu verwirklichen, ist eine schwierigere Aktion als der Krieg; es ist jedoch erhabener und wird von größerem Gewinn sein. Diejenigen, die sich aus der Notwendigkeit heraus gegen Ungerechtigkeit und für die Freiheit erheben, sollen wissen, dass die Versöhnung zur rechten Zeit eine heilige Aktion ist. Sie sollen danach handeln.

Meine persönliche Situation

In der Anklageschrift der Generalstaatsanwaltschaft wurde von verschiedenen Seiten meine persönliche Lage angesprochen. Es ist wichtig, dass ich in einem gesonderten Abschnitt meine Rolle sowohl in der Geschichte der PKK als auch im Aufstand und in der Realität des Krieges zur Sprache bringe.

Ich bin in einer armen Bauernfamilie aufgewachsen, die stark an die feudalen Werte gebunden war, doch ihren Stammescharakter weitgehend verloren hatte. Ich habe eine Grundschule der Republik besucht. Die Schule war in einem anderen Dorf, zu dem ich zu Fuß gegangen bin. Die Dörfer in unserer Gegend waren halb kurdische, halb türkische Dörfer. Mütterlicherseits stammt meine Familie aus einem turkmenischen Nachbardorf. Daher wurde sowohl Türkisch als auch auch Kurdisch gesprochen. Zwi-

schen unseren Dörfern gab es keine nationalistische Feindschaft und auch die Beziehungen waren weitgehend freundschaftlich. Solange zwischen den Völkern keine Hetze entfacht wird, herrscht noch immer ein Klima der Freundschaft, das beispielhaft ist und keine Feindschaft zulässt. Mir gegenüber besteht weiterhin Sympathie seitens der überwiegend kurdischen Dörfer. Meine damalige Reaktion richtete sich gegen die feudalen Familienbindungen. Mein erster Aufstand war eigentlich gegen die Familien- und Dorfstrukturen gerichtet, die weit davon entfernt waren, den Erwartungen eines Kindes zu entsprechen. Soweit ich mich entsinnen kann, hat ein Schriftsteller in der Türkei versucht, dieses Thema in einem Roman mit dem Titel „Erster Aufstand“ zu verarbeiten. In jungen Jahren habe ich nach einem großen Krach mit meiner Familie weinend mein Dorf verlassen. Meine Reaktion auf die Haltung einiger Familienangehöriger, die ein Leben ohne Arbeit führen wollten, hatte großen Anteil daran. Aus jener Zeit kennen mich die Dorfbewohner als einen Menschen, der nicht einmal einer Ameise etwas zuleide tun konnte. Andererseits war ich für sie der „Schlangenjäger“, den sie immer wieder riefen, wenn eine Schlange gefunden wurde. Ich jagte auch nach Vögeln. Wanderungen durch die Berge waren meine Leidenschaft. Ich führte einen intensiven Kampf um Weizenbrot. Es gab heftige Konflikte mit meiner Mutter. Sie war eine sehr unabhängige, unbeugsame Frau. Es kann sein, dass meine Neigung zur Rebellion daher rührt. Mein Vater war passiv. Meine Mutter herrschte. Ich habe in der Familie keine besondere Erziehung und Liebe erhalten. Meine ausgeprägte Eigenschaft war es, mich selbst frei zu erziehen.

Bis zum letzten Semester an der Universität bin ich immer unter den ersten Zehn gewesen. Bis ich zum Gymnasium kam, hatte die Religion Einfluss auf mich. Dies war eine konservative Abwehrreaktion auf die moderne Gesellschaft. In den 70er-Jahren entwickelte sich mein Interesse an linker Politik und am damaligen kurdischen Nationalismus. Ich war eine tief gläubige Person. Da ich in der Gesellschaft, die ich als bürgerlich bezeichnete, nicht besonders integriert war und in ihr keine nennenswerten sozialen

Beziehungen hatte, habe ich mich ganz den ideologischen Aktivitäten gewidmet. Obwohl ich für kurze Zeit mit der türkischen Linken zusammenarbeitete, übernahm ich im Frühling 1973 die Führung einer Gruppe, die noch über keine besonderen Merkmale verfügte. Wegen Unzulänglichkeiten in der nationalen Frage kann man sie als Gruppe für das Studium der kurdischen Realität bezeichnen. Sie spielte dadurch eine wichtige Rolle als Fundament für die spätere PKK-Gründung. Die Arbeit war Recherche- und Propagandatätigkeit. Mir erschien es richtig, dass sich die Gruppe mit ihren oberflächlichen ideologischen und geschichtlichen Kenntnissen unabhängig entwickelte. Wir haben versucht, uns in einem intensiven ideologischen Kampf sowohl gegen den primitiven separatistischen kurdischen Nationalismus zu formieren, als auch gegen die Strömungen, die wir „chauvinistische Linke“ der Türkei nannten. Unter uns waren auch türkische Freunde. So beteiligten sich z.B. Haki Karer und Kemal Pir an der Führung. Nach unser Vorstellung stellte diese Zusammensetzung schon damals die freie kurdisch-türkische Einheit dar. Kemal Pir, der einer der Märtyrer des großen Todesfastens war, sagte immer: „Ich glaube, dass die Freiheit unseres Volkes durch die Befreiung des kurdischen Volkes zu erlangen ist.“ Dies blieb für uns alle immer ein Motto. Diese Zusammensetzung prägte das Wesen der Gruppe und der PKK entscheidend. 1975 war ich der Vorsitzende von ADYÖD (Demokratische Studentenvereinigung von Ankara). Vorher saß ich sieben Monate im Gefängnis von Mamak wegen eines Boykotts an der Fakultät der Politikwissenschaften, mit der wir gegen die Tötung von Mahir Cayan¹³ und seinen zehn Freunden am 30. März 1972 in Kizildere während eines Gefechts protestiert hatten. Mit Hilfe von Mehmet Hayri Durmus haben wir 1977 das Programm der PKK und 1978 ihr Manifest geschrieben. 1978 haben wir im Dorf Fis in der Provinz Diyarbakir beschlossen, uns unter dem Namen PKK als Partei zu formieren.

13 Mahir Cayan war neben Deniz Gezmis und Ibrahim Kapakaya einer der bekanntesten Führer der revolutionären Jugendbewegung in der Türkei Anfang der 70er-Jahre.

Anfang Juli 1979 sind wir, zusammen mit Ethem Akcan, über Suruc nach Syrien und in den Libanon zu den Palästinensern gegangen. Zusammen mit ca. 200 Freunden, die sich zurückzogen, haben wir – nach einer militärisch-ideologischen Ausbildung – ab 1982 versucht, im Nord-Irak Fuß zu fassen und Stützpunkte zu errichten. Nach den schweren Auswirkungen des Todesfastens im Gefängnis von Diyarbakir haben wir die Errichtung unseres Stützpunktes vollendet und uns auf die Aktivitäten von 1984 orientiert. Wenn ich diese Jahre chronologisch auswerte, stelle ich fest, dass mein bisheriges Leben von einer Freiheitsauffassung beherrscht wird, die mich seit dem Leben im Dorf prägte. Das war zunächst diffus und ich versuchte erst mit der Zeit, dem einen wissenschaftlichen Charakter zu geben.

So, wie man an Verse des Koran glaubt, war ich der Überzeugung, selber kein ehrenvolles Leben führen zu können, solange ein Volk verleugnet wird. Im Aufstand ist die Rolle dieser Verleugnung ausschlaggebend. Nicht, dass ich anfänglich nicht über die Verleugnung nachgedacht hätte. Je mehr ich mich mit den historischen und gesellschaftlichen Wissenschaften befasste, erkannte ich, wie unhaltbar es ist, etwas zu verleugnen. Daher sage ich, dass ich entweder leben werde, indem ich die wissenschaftlich erwiesene Realität, d.h. die Freiheit der kurdischen Realität, verwirkliche, oder aber, dass ich nie leben werde, wenn dies nicht erfolgt. So hat sich nicht nur mein Bewusstsein gebildet, es entstand auch ein fester Glaube und Wille. Die Intensität meiner Gefühle für die Freiheit und der Durst nach Wissen müssen als grundlegende Faktoren für meine Aktivitäten angesehen werden. Anders wäre es unmöglich, meine Rolle bei diesen Aktivitäten ausreichend zu erklären. Später habe ich die kurdische Realität deutlich gesehen und habe über sie gesagt: Sie besteht zu einem Drittel aus Kranken, zu einem Drittel aus Verrückten und zu einem Drittel aus Gefangenen. Diese Daseinszustände spiegelten sich in den Strukturen der Organisation und der Aktionen wieder. Das Todesfasten, die Selbstverbrennungen, die Selbstmordaktionen von Tausenden, die an ihrem Körper befestigte Bomben

explodieren lassen, die unzulässigen Anschläge auf die Zivilbevölkerung – das alles ist, außer dem tiefen Einfluss der gegenwärtigen gesellschaftlichen Struktur, Folge von unzureichendem Bewusstsein, von irregeleiteten Gefühlen und Willen.

Ich möchte betonen, dass ich trotz großer Anstrengungen, eine gesunde militärische Linie zu erreichen, die Struktur nur begrenzt an eine solche Verteidigungslinie annähern konnte. Ich glaube, wären diese Anstrengungen nicht unternommen worden, hätten sich tatsächlich noch erbarmungslosere, tragischere, ja ungeheuerliche Vorfälle ereignen können. Hätte die Anklageschrift die Notwendigkeit erkannt, die gesellschaftlichen und persönlichen Strukturen zu untersuchen, die den Aktionen zugrunde lagen, hätte sie problemlos diese Besonderheiten feststellen können. Der Augenschein allein reicht nicht aus. Ohne das Leben genau zu untersuchen, können wir keinen exakten Befund feststellen. Die zunehmende Bezeichnung der gesamten Aktionsstruktur als Terrorismus und terroristisch vertieft die Ausweglosigkeit des Problems. Viele der durchgeführten Aktionen stellen tatsächlich die bittersten Aktionen in meinem Leben dar. Ich habe Bücher voll Kritiken. Aber wenn wir nur einmal die andauernden Familienstreitigkeiten betrachten, die in der kurdischen Gesellschaft auftreten, erkennen wir, auf welcher Grundlage die Gesellschaft ruht und wie das Individuum dadurch beeinflusst wird. Angesichts der Erbarmungslosigkeit bei den Auseinandersetzungen zwischen einzelnen Clans und ähnlichen Situationen in den Aufständen, sehe ich es als meine Aufgabe an, die Zerstörung zu minimieren und die Auseinandersetzungen zu kontrollieren. Dass ich in dieser Angelegenheit so etwas wie einen „inneren Krieg“ führe, wird jeder sofort bemerken, der die Entwicklung der PKK aufmerksam verfolgt. Die Ereignisse, die unter unserer Verantwortung geschahen, waren geradezu erfolgreich, vergleicht man sie mit den Massakern, die kürzlich in Bosnien, im Kosovo stattfanden, oder mit den Auseinandersetzungen, die England, das sich für zivilisiert hält, mit der IRA hatte, oder mit Ereignissen, die in Afrika geschahen.

Mit der zunehmend sich entwickelnden Kontrolle innerhalb der Organisation wurden die Aktionen, die über die Legitimität der Verteidigung hinausgehen, auf das niedrigste Maß reduziert. Da ich wegen der Aktionsstrukturen erheblich kritisiert und ständig als „Kopf der Terroristen“ lanciert werde, muss ich meine Auffassung über die Aktionen klar zum Ausdruck bringen.

Meine Verantwortung für die Aktionen, die unter der Führung der PKK durchgeführt wurden, ist eindeutig. Aber das reicht nicht aus, meine Auffassung über die Aktionen darzulegen. Der schwierigste Prozess in meinem Leben waren die Bemühungen, die Zerstörung durch Personen und Strukturen, die im allgemeinen im Namen des Aufstandes und insbesondere im Namen der Militanz auftraten, auf ein Minimum zu reduzieren. Mit folgendem Beispiel habe ich dies wiederholt zum Ausdruck gebracht: Nachdem man einen Zigeuner zum Pascha gemacht hatte, ließ er als erstes seinen Vater hinrichten. Das war es, was wir mehr oder weniger erlebten. Ich bezeichnete solches Vorgehen auch als „vagabundierendes und rebellisches Banditenunwesen.“ Wenn eine gesellschaftliche Struktur ohne Kriegsrechte und politische Grundlagen, aus einem jahrhundertealten Milieu von feudalen Familienstreitigkeiten kommend, in dem man dazu neigt, wegen eines Huhnes Menschen zu töten, mit dieser Persönlichkeitsstruktur zusammentrifft, dann ist es verständlich, dass solche Persönlichkeiten schwer kontrollierbare Dinge tun. Die Zerstörung auf einem bestimmten Niveau zu halten, ist meiner Meinung nach ein bedeutender Erfolg.

Meine Auffassung von Gewalt bestand von Anfang an darin, dass sie nicht über die legitime Verteidigung hinausgehen sollte. Es ist richtig, dass ich viele Angriffe und Selbstmordaktionen als Heldentaten bewertet habe. Allerdings habe ich diese weder befohlen noch war ich darüber in Kenntnis gesetzt. Ich habe mich ständig bemüht, solche Entwicklungen auf ein Minimum zu reduzieren. Das ist für mich Grundlage meiner ethischen und militärischen Auffassung.

Wäre dies nicht erreicht worden, wäre unser Kampf verloren gewesen.

Mein Ziel bei der legitimen Verteidigung war mit meiner Freiheit verknüpft. Anders formuliert heißt das: „Entweder Freiheit oder Tod. Entweder Ihr gebt mir meine Freiheit oder ihr tötet mich.“ Dass ich damals ins Ausland ging und Stellungen in den Bergen errichtet wurden, hängt damit zusammen, dass ich mich ganz im Rahmen dieser Auffassung befand. Ohne einen solchen Rahmen ist eine entsprechende Einstellung zur Gewalt wirklich Wahnsinn. In einem Staat, in dem ein begrenzter Weg zur Freiheit offen ist, kann die Gewalt, kann sogar jeder Streit, der über das zivilisierte Niveau hinausgeht, nicht legitim sein. Während in den Anfangsjahren bis in die 90er-Jahre hinein die Unterdrückung bis zur vollständigen Leugnung in jeder Hinsicht, persönlich, kulturell, sprachlich, zur Gewalt führte, verlor dieser Weg für mich später zunehmend an Bedeutung. Das war, als die Möglichkeit einer begrenzten Freiheit zu Tage trat. Zivilisierte demokratische Methoden der Politik gewannen an Einfluss. Nach 1993 habe ich das sehr oft betont. Mit jedem Tag spürte man deutlicher, dass für den Fall einer Verständigung mit dem Staat die Gewalt beendet werden sollte. Es war nicht etwa der Mangel an Möglichkeiten, der dabei eine grundlegende Rolle spielte, sondern es waren die Sinnlosigkeit und die Meinung, dass man mit demokratischer Politik zum Ziel gelangen kann. Mein grundlegender Fehler in dieser Sache ist, dass ich den Prozess des Waffenstillstandes und die vom Staat getroffenen Vorbereitungen nicht richtig gesehen und ausgewertet habe. Damit habe ich eine historische Chance verpasst. Bei der späteren Entwicklung der Gewalt handelte es sich um eine Wiederholung. Diese war erbarmungslos und verlustreich, aber auch völlig sinnlos. Auf beiden Seiten gab es ein unkontrolliertes Banditentum, es kam zu Verlusten und schweren Zerstörungen.

Ich merkte das und bemühte mich, nachdem uns 1996 erneut die indirekten Botschaften des Staates erreichten, die Lage unter Kontrolle zu halten und in Form von Waffenstillständen den

demokratischen, politischen Prozess vorzubereiten. Wenn es auch nicht ganz in dem gewünschten Maße gelungen ist, muss ich doch anmerken, dass ich den Prozess auf ein Niveau brachte, das kontrollierter und für eine demokratische Lösung geeignet ist. Eine meiner wichtigsten Tätigkeiten, die auf der persönlichen Ebene in Betracht gezogen werden sollten, sind meine Bemühungen, ab den 90er-Jahren das Programm und die Propaganda der PKK, die aus der Welt der 70er-Jahre stammten, zu verändern und zu überwinden.

Im Zusammenhang mit der allgemeinen, nicht offiziellen, aber faktischen Demokratisierung der Türkei habe ich betont, dass die kurdische Gesellschaft die feudalen Verhältnisse mit ihrem demokratischen Willen überwinden kann und somit die Lösung in der demokratischen Einheit besteht. Das wissen die betreffenden staatlichen Einrichtungen sehr gut. Es wurde ausführlich erörtert, dass für die Kurden die beste Freiheit und Unabhängigkeit nur unter den Bedingungen einer Demokratischen Republik stattfinden können. Ich teile die Auffassung in der Anklageschrift nicht, in der die Begriffe „Unabhängigkeit“ und „Freiheit“ im Sinne eines getrennten Staates interpretiert werden. In meinen Analysen der letzten Zeit, in denen auch der Inhalt erläutert wird, habe ich erklärt, dass mein Ziel freie Bürger und eine freie Gesellschaft sind und dass im Falle einer Trennung die Kurden durch den Druck der inneren und äußeren Bedingungen in eine noch schwerere Sklaverei und Abhängigkeit geraten würden. Aus diesem Grunde bestehe die Möglichkeit, mit der Türkei und mit der Demokratischen Republik, wie es in den 20er-Jahren während der nationalen Befreiung war, praktisch noch freier und unabhängiger zu sein. Diese Punkte stehen in meinen zahlreichen schriftlichen Erklärungen. Außerdem habe ich den Begriff „Unabhängigkeit“ eher in einer Dimension der Idee und des Willens benutzt. Ich habe immer betont, dass aus der Vereinigung derjenigen, die Unabhängigkeit und Freiheit besitzen, eine starke Einheit entstehen kann. Es gibt zahlreiche Beispiele, die beweisen, dass erzwun-

gene unterwürfige Zusammenschlüsse immer zur Schwächung, zu Loslösung und Aufständen führen.

Das wichtigste ist, dass die freiwillige Einheit bereits bei der Gründung der Republik vorhanden war. Es gab die Tatsache der Kurden als konstitutiven Faktor. Gerade weil die Vergangenheit so schwere Probleme verursacht hat, sollte das unter dem Gesichtspunkt von modernen Lösungen überprüft werden. In der Phase der Entwicklung einer Demokratischen Republik sollte das erneuert werden, um zu einer demokratischen Lösung zu gelangen. Meine Analyse beruht in der jüngsten Zeit sowohl auf den weltweiten Erfahrungen als auch auf der Geschichte der Türkei. Dies sollten die Tatsachen zum Ausdruck bringen, die ich in dieser Verteidigung trotz der erschwerten Bedingungen versucht habe zusammenzufassen. Ich glaube an die historische Möglichkeit einer Lösung als ein Ergebnis meiner Bemühungen.

Nach all diesen wesentlichen Entwicklungen habe ich den Vorschlag gemacht, dass der bewaffnete Kampf beendet wird und die PKK sich prüft und neu strukturiert, entsprechend dieser Phase und der Erfordernisse einer Demokratischen Republik. Ich habe angemerkt, dass wir im Falle einer direkten oder indirekten Antwort seitens des Staates in dieser Richtung vorbereitet sein müssen. Wir müssen uns vor Augen halten, diesen Prozess sogar bis zu einem „Friedenskongress“ voranzubringen. Ich bin zu dem unterschiedenen Bewusstsein und zur Überzeugung gelangt, dass in dieser Etappe ein umfassender Frieden als die wichtigste Aufgabe anzusehen ist – nicht nur in Anbetracht der historischen Realität, sondern auch der gegenwärtigen weltweiten Entwicklung. Der 200-jährige Prozess, in dem schwere Auseinandersetzungen und Gewalt sowohl im Inneren des Staates als auch in der kurdischen Rebellion durchlebt wurden, muss nun beendet werden. Das Wichtigste ist jetzt eine Politik des gesellschaftlichen Konsenses und einer Reorganisation, die nur in einem demokratischen System zu erreichen ist. Ich habe immer wieder die Notwendigkeit, meinen Wunsch und die starke Hoffnung betont, dass das 21.

Jahrhundert in diesem Sinne ein Jahrhundert des Friedens sein möge.

Die Sicht der marxistischen Ideologie betreffend, auf die in der Anklageschrift eingegangen wird, gibt es wichtige Punkte, auf die ich eingehen möchte. Mit meiner kritischen Herangehensweise an den Realsozialismus, der die Welt der 70er-Jahre beherrschte und unter dessen Einfluss man stand, habe ich zunehmend die Unzulänglichkeiten erkannt und kritisiert, die das Ziel einer sozialistischen Demokratie behinderten. Durch die dogmatischen Auffassungen verringerte sich die Chance, kreativ an die vor uns stehenden Fragen heranzugehen. Darauf habe ich den Zerfall der Sowjetunion zurückgeführt. Ich habe das vorhergesehen und entsprechend bewertet, dass es sich nicht um den Zerfall des Sozialismus handelte, sondern dass die Entwicklungen Ergebnis mangelnder Demokratisierung waren. Die Auflösung der Linken in der Türkei führte ich auf diese Tradition zurück. Es gibt von mir dazu umfassende schriftliche Analysen. Darum war ich immer bemüht, die Einflüsse der türkischen Linken innerhalb der PKK zu überwinden. Weil die klassischen Auffassungen in ihrem Programm den geschichtlichen und aktuellen Entwicklungen nicht entsprachen, sah ich die Notwendigkeit, diese Auffassungen zu überwinden.

Ich bin nach wie vor der Überzeugung, dass der Sozialismus eine Antwort auf die grundlegenden Fragen der Gesellschaft und Epoche sein wird, sofern er seine demokratische Auffassung und Praxis entwickelt. Aber er bedarf wirklich einer grundlegenden Erneuerung. Ohne die Überwindung der schweren Deformationen des Realsozialismus kann man nicht zum demokratischen Sozialismus gelangen – weder durch einen extremen Umbruch, wie in Russland, noch durch eine oberflächliche Kritik. Der Kapitalismus, obwohl selbst veraltet, ist in seinem Wesen entwicklungs- und lebensfähig, da er sich im Rahmen der Demokratie erneuern kann. Der Grund für den Untergang des Realsozialismus ist nicht nur, dass er die Demokratie nicht entwickeln konnte,

sondern auch, dass er keinen starken Vorstoß in diese Richtung unternehmen konnte.

In der Türkei lässt sich das noch konkreter sehen. Die Nichtentfaltung des demokratischen Sozialismus, der eigentlich ein unverzichtbares Bedürfnis der Gesellschaft ist, hat in der Türkei die Lösung der gesellschaftlichen Probleme erschwert. Es ist bekannt, wie die rechten Auffassungen die Probleme vertieft haben. Wenn es der Linken in der kommenden Periode gelingt, in der grundlegenden Frage der Türkei, der Kurdenfrage, erfolgreich die demokratische Methode in die Praxis umzusetzen, dann wird sie auch wieder gebraucht und wird beweisen können, dass die Demokratie ohne sie nicht funktioniert. Ich stehe zu dieser Überzeugung und die freie Vereinigung erfordert das.

Auch meine Auffassungen über Heimat und Patriotismus muss ich zur Sprache bringen. Das ist deswegen von Bedeutung, weil ich gemäß der Anklageschrift nach Paragraph 125 vor Gericht stehe. Dieser Paragraph besagt, des Hochverrates beschuldigt zu werden und einen anderen Staat errichten zu wollen. Der Slogan „Freie Heimat oder Tod“ ist für mich von großer Bedeutung. Das Besondere daran ist, dass der Begriff von der gemeinsamen Heimat aus der Zeit der nationalen Befreiung und der Gründung der Republik nicht zum Begriff des freien Bürgers entwickelt und in gesellschaftliches Bewusstsein transformiert werden konnte. Insbesondere für die Kurden ist es ein großer Mangel, dass sie ein schwaches Bewusstsein und Gefühl dafür haben und dass sie sowohl die geografische Region, in der sie selbst geboren sind, als auch die ganze Türkei, deren Teil sie sind, als ihre Heimat betrachten. Das führt zu einer Lage, die es erlaubt, damit zu spielen. Der Begriff eines losgelösten Kurdistan ist das Ergebnis. Es ist gefährlich, die Realität nicht offen darzulegen. Als Schlussfolgerung aus meinen Erfahrungen, die ich in den Kämpfen erworben habe, halte ich es für wichtig, ohne Beachtung der nationalen Unterschiede zu einem Begriff von gemeinsamem Heimatland und gemeinsamer Nation zu gelangen. Es gibt Beispiele von Ländern mit vielen Nationalitäten, wie die USA, Schweiz u.ä., wo eine

einzigste nationale Sprache oder auch mehrere Sprachen gesprochen werden.

Es ist klar, dass in der Türkei diese Auffassung zur Grundlage für eine demokratische Lösung genommen werden muss. Was bis jetzt fehlte, war die Demokratie. Der moderne Vaterlandsbegriff erfordert Freiheit für alle Individuen, für Sprache und Kultur. Wenn es Freiheit gibt, verstärkt sich in gleichem Maße die Unabhängigkeit des Vaterlandes. In der Türkei wird beides wie ein Widerspruch gesehen, als ob das eine Konzept das andere schwäche. Das ist ein grundlegender Fehler. Es ist das wichtigste demokratische Problem, das gelöst werden muss. Ich glaube, dass ich eine umfassende Lösung für dieses Problem gefunden habe.

Das Gleiche gilt auch für den Begriff des unabhängigen Staates. Am Anfang waren wir in Dogmatismus befangen, indem wir eine Person oder eine Gruppe betrachteten und gegen sie die schärfsten Anschuldigungen richteten, ohne darüber nachzudenken, wie weit dieser Staat uns gehört und wie weit nicht.

Dies hat unsere politischen Überlegungen und Handlungen beeinflusst. Mir ist in dieser Phase gründlich klar geworden, dass wir – bei wissenschaftlicher Betrachtungsweise – nicht gegen den Staat auftreten müssen, sondern gegen seine oligarchische Vertretung. Dass für die Unabhängigkeit nicht die Zerstörung, sondern die Demokratisierung zur Grundlage genommen werden muss, dass es realistisch und eine demokratische Aufgabe ist, nicht für die Spaltung, sondern für einen Zusammenschluss aus freiem Willen zu arbeiten.

Ich habe mich intensiv mit der konkreten Realität der Begriffe „Vaterland“ und „Staat“ befasst, die in der Türkei bei der Linken schwach entwickelt sind und viele Fehler beinhalten; ich glaube, dass ihre Entfaltung zu wichtigen Ergebnissen führen wird. Solange bei der Linken und den kurdischen Nationalisten die oberflächlichen und fehlerhaften Auffassungen von diesen Begriffen nicht überwunden sind, bin ich der Ansicht, dass sie die Probleme nur verschärfen und daher keine Alternative entwi-

ckeln können. Auch ihre zunehmende Marginalisierung deutet darauf hin.

Die Rechten konnten stärker werden und bleiben, weil sie aus Opportunismus und politischen Interessen sich noch staatsstreuer und vaterländischer darstellten.

Aber die Methoden dieser Schichten sind weit davon entfernt, in Sachen eines freien Vaterlandes und eines unabhängigen Staates integrativ zu handeln. Sie stellen eine Gefahr dar, die den Separatismus anheizt. Es ist nicht nur eine bedeutende ideologische Frage, sondern auch eine Frage der politischen Kultur, wie man in der Türkei zu einem richtigen, integrierten Vaterland und zu einem großen Staat gelangen kann.

Ich selber habe in meiner Verteidigung mein Verständnis von Integration und Demokratie und meine politische Haltung, welche die Grundlage für die politischen Auffassungen bildet, von Grund auf dargelegt. Ich glaube, dass dies ein Schritt nach vorn ist und wichtige Entwicklungen hervorrufen kann.

Aufgrund meiner Persönlichkeit ist es nicht möglich, dass ich Beziehungen mit Kräften des Auslands entwickle, die über diesen Rahmen hinausgehen. Der beste Beweis dafür ist die Realisierung eines niederträchtigen Komplotts derjenigen, die sich als Freunde ausgaben. Wäre ich eine Marionette, wären sie wahrscheinlich in der Lage gewesen, mich zu verstecken und gegen die Türkei, die viele Feinde hat, zu benutzen. Da sie im Gegenteil wussten, dass sie mich langfristig nicht zum Nachteil der Türkei ausnutzen konnten, und um unsere Kämpfe mit der Türkei noch mehr anzufachen, haben sie keines der internationalen Rechte, auch nicht die humanitären Maßstäbe anerkannt, haben mich nicht aufgenommen, sondern sogar ausgeliefert.

Meine ganze Praxis außerhalb der Türkei ist, wie ich zum Ausdruck gebracht habe, aufs engste verbunden mit meinem Ziel: „Freies Vaterland und Demokratische Republik“. Auf dieser Grundlage stelle ich mich mit meiner ganzen Person zur Verfügung und setze mich ein für ein freies Vaterland und die demo-

kratische Einheit. Die Geschichte beweist das, jeder weitere Tag wird es beweisen.

Wenn ich unter dem Aspekt der wichtigsten politischen und praktischen Entwicklungen mich selbst überprüfe, welche Bedeutung meiner Linie von Persönlichkeit zukommt, so ist sowohl die Historität des Geschehenen zu analysieren als auch sein Beitrag zur Bewusstseins- und Willensbildung und zur Aktivität einer Gesellschaft, die hierdurch als solche aufgerüttelt werden sollte.

Es ist die Realität einer kranken, marginalisierten Gesellschaftsschicht, die einen Ausweg sucht. Einer Gesellschaft, die unter den seit Jahrhunderten sich anhäufenden Problemen weder sich selbst leben, noch das Aufgezwungene verinnerlichen konnte. Es ist die Geschichte des unglaublich schweren Erreichens unseres Zeitalters. Den größten Schmerz im Aufstand habe ich am eigenen Leibe erlebt. Die Schuld der ganzen Geschichte und alle Aufgaben werden mir als Last aufgebürdet, obwohl sie doch von jedem erkannt werden müssten. Es ist klar, dass ich mit einer großen Unbarmherzigkeit konfrontiert bin.

Es ist mein Recht, folgende Fragen zu stellen:

- Wer ist der Verantwortliche für all die Aufstände der

Geschichte?

- Wer stellt sich den Entwicklungen der Welt entgegen?

- Wer verschärft ständig die Probleme?

- Wo wird es als Lösung angesehen, wenn die Probleme

unterdrückt und unter den Teppich gekehrt werden?

- Wer ist verantwortlich für diese beispiellose gesell-

schaftliche Realität, in der es sogar verboten ist, die Muttersprache zu sprechen?

- Wer ist es, der dem Staat und Brudervolk in der

Geschichte viel gegeben hat und zum Schluss selbst vor der Verleugnung steht?

Nichts anderes wollte ich, als auf diese Fragen Antworten finden. Der gegenwärtige Aufstand hat zum Teil Antworten gegeben. Wenn die gesellschaftlichen Fragen nicht rechtzeitig gelöst werden, beginnen sie zu vereitern. Die Eiterbeule ist geplatzt und, physisch gesehen, schmerzt nun der ganze Körper. Auch die gesunden Teile, die es nicht verdienen, empfinden aufgrund der vereiterten Stellen Schmerz. Einen Aufstand zu entfachen, ist nur die eine Hälfte des Ganzen. Jetzt muss die Wunde medizinisch behandelt und ein Verband angelegt werden. Die Behandlung heißt: gesellschaftlicher Frieden. Und wieder bin ich es, der dessen tiefe Bedeutung erkennt und sich für ihn verantwortlich fühlt.

Ich glaube, dass ich die Friedenspersönlichkeit, von deren Notwendigkeit ich in meinem Innersten überzeugt bin, auf vielseitige Weise analysiert habe. Ständig konzentriere ich mich, um die theoretischen und politischen Aspekte sowie den Inhalt und die Ziele zu erfassen. Mit dem Staat und mit allen Schichten der Gesellschaft möchte ich mein intensives Engagement für den Frieden teilen. Ich zweifle nicht, dass es historische und gesellschaftliche Auswirkungen haben wird, was ich in dieser Richtung leisten kann. Mit der Freiheit ist eine historische Grundlage geschaffen, auf welcher der Staat wieder mit der Gesellschaft verbunden und versöhnt wird. Die Demokratische Republik bildet ihren Rahmen. Wenn ich die Möglichkeit dazu erhalte, werde ich mich mit ganzer Kraft und Leidenschaft für die Errichtung einer Gesellschaft freier Bürger und des freien Volkes einsetzen. Dies habe ich versucht gegenüber der Republik, dem demokratischen Zusammenschluss, dem Frieden und der Völkerfreundschaft zu vertreten.

Schlussfolgerung

Die demokratische Einheit ist ein neuer historischer Schritt der Republik

Selbst wenn die Generalstaatsanwaltschaft aus meinem Wort: „Alles für die Unabhängigkeit und Freiheit“ die Gründung eines separaten Staates schlussfolgert und sich dabei auf das frühe Programm und auf meine Erklärungen stützt, so habe ich doch in meiner Verteidigungsrede versucht, meine Absichten darzulegen und meine historischen Erfahrungen, die ich, der ich große Verantwortung für die demokratische Einheit trage, gewonnen habe.

Wenn ich auch meine früheren Reden nicht zur Hand habe, so habe ich mit meiner Erklärung zum einseitigen Waffenstillstand und zum indirekten Dialog offen zum Ausdruck gebracht und betont, dass die Unabhängigkeit und Freiheit sowohl für das Individuum als auch für das Volk und die Gesellschaft nur unter Wahrung der Integrität der Türkei und im Rahmen des demokratischen Aufbaus der Republik verwirklicht werden können.

Die kurdische Gesellschaft lebt überwiegend auf gebirgigem Territorium, ist ökonomisch, sozial, kulturell und politisch vielfach gespalten und von feudalen Wertvorstellungen geprägt; sie besitzt kein eigenes Alphabet und der größte Teil ihrer Bevölkerung arbeitet in den Metropolen. Für diese kurdische Gesellschaft ist es – wissenschaftlich betrachtet – nicht realistisch, die Forderung nach einem eigenen Staat zu stellen, insbesondere, da sie an vier Seiten von Nachbarn umgeben ist, die dies nicht akzeptieren. Außerdem haben die Erfahrungen der Geschichte der letzten zweihundert Jahre und der letzte PKK-Aufstand deutlich gemacht, dass in Anbetracht des vorhandenen militärischen Gleichgewichts die Abspaltung die Probleme nur noch mehr erschweren wird. Diese Methode würde die Situation der Parteien erschweren und ihnen großen Schmerz und Verlust zufügen. Aber die Abspaltung kann weder verwirklicht werden noch das Problem aus der Welt schaffen. Die Krankheit würde schlimmer werden und nicht hei-

len. Diese Krankheit kann weder durch die Beseitigung des Kranken geheilt werden noch durch eine Teilbehandlung, d.h. durch die Trennung vom Ganzen, dem Staat, zu dessen Hauptteil sie gehört.

Die Integration in die Republik muss mit der demokratischen Einheit erreicht werden; sie muss geschaffen werden auf der Grundlage der freien Gesellschaft und des freien Individuums, das wahrer verfassungsmäßiger Bürger ist; sie wird erreicht durch das Abstoßen der verfaulten Teile, die nicht demokratisiert werden können und die die Freiheit verhindern, durch die Abschaffung der selbst von staatlicher Seite erwähnten Gesetze, der veralteten Einrichtungen und Auffassungen, die auf Furcht und Verleugnung basieren, durch die Beseitigung des feudalen gesellschaftlichen Aufbaus, unter dem die Bevölkerung der Region lebt, durch die Überwindung der Furcht vor den Geistlichen, den Feudalherren und dem Staat. Sowohl die schwerwiegenden Erfahrungen dieses Aufstandes, den wir in jüngster Geschichte erlebt haben, als auch die zahlreichen Erfahrungen, die in der Welt gemacht werden, zeigen, dass die Lösung im demokratischen System zu suchen ist. Ein Beharren auf Unterdrückung und Widerstand bringt kein anderes Ergebnis hervor als die Vertiefung der Ausweglosigkeit. Was sich zuletzt im Kosovo als richtig erwiesen hat, war die Notwendigkeit der Verständigung. Obwohl unsere Bewegung als Organisation und Aktion anfangs in ihrem Programm und ihren Erklärungen einen eigenständigen politischen Aufbau formuliert hatte, hat die Erfahrung selbst – wie ich auch in meiner Verteidigung vielfach erklärt habe – seit den 90er-Jahren die freiwillige Einheit deutlicher zum Ausdruck gebracht. Der realistische Weg der Unabhängigkeit als Volk innerhalb des ungeteilten Landes und Staates der Türkei ist möglich geworden. Das demokratische System hat dafür die Kraft.

Ich möchte meine Überzeugung betonen, dass der Staat weiß, dass wir zu dieser Entscheidung gekommen sind. Nicht die Worte, auch nicht Programme und Prinzipien, sondern die Lebens- und Kampfrealityen, die mit den Prinzipien und Programmen verbun-

den sein müssen, sind wichtig. Das Leben und der Kampf haben uns zu der Schlussfolgerung gebracht: „Wenn du nicht wie ein Sklave verleugnet leben willst, so musst du es verstehen, in einer freien Gemeinschaft zu leben.“ Daran wird es nie Zweifel geben. Wenn auch ähnliche Fragen in anderen Teilen der Welt anfänglich mit der Forderung nach Loslösung beantwortet wurden, so hat sich doch gezeigt, dass das Zusammenleben richtiger ist und eine starke Einheit und Bereicherung bedeutet. Die Tendenz zur Einheit wiegt stärker als die Tendenz zur Trennung, und die regionalen Vereinigungen weltweit zeigen kontinuierlich ökonomische, kulturelle und politische Entwicklungen. Kurz gesagt, zwingt uns auch die weltweite Tendenz zur freien und demokratischen Einheit. Wir durchlaufen eine Etappe, in der selbst historische Feinde einen derartigen Konsens anstreben.

Es ist daher ein Fehler, die Probleme in der Realität unserer Völker zu sehen, die zumeist gemeinsam ihre Geschichte gestaltet haben, die in kritischen Etappen von Tod und Überleben die Gefahren und Feinde gemeinsam abwehrten und eng miteinander lebten. Es ist ein Fehler, wenn wir dem Volk in einer sich entwickelnden Demokratie keinen verfassungsmäßigen Ausdruck verleihen können, oder wenn manche Hindernisse, die vor der Freiheit und Gleichheit stehen, nicht beseitigt werden. Diese Fehler führen zu einer Verhärtung der gesellschaftlichen Probleme und zu erbarmungslosen Aktionen und Konsequenzen. Einerseits redet man von dem gemeinsamen konstitutiven Faktor des kurdischen Volkes, andererseits verbietet man ihm die Sprache, was in der Welt beispiellos ist. Dies reicht, um unsere bittere Realität zu erklären.

Unser wichtigstes Fazit ist, dass die Ära der Aufstände beendet ist oder beendet werden muss. Aber dafür muss die historische demokratische und laizistische Bewegung der Republik Türkei erfolgreich sein. In einer Demokratischen Republik kann es keinen Platz für Gewalt geben. Die Sprache der Lösung von Problemen darf nicht Aufstand oder Revolution sein. Im Frieden gilt der Weg der verfassungsmäßigen Evolution. Das ist ein Imperativ des

ausgehenden 20. Jahrhunderts. Den Willen der Geschichte auf diesem Boden und ein Leben in Gesamtheit und Freiheit respektvoll anzuerkennen ist der heilige Weg des Friedens und der fruchtbaren Entwicklung.

In diesem Rahmen kommt auf unser Volk im Osten, auf das kurdische Volk, die Aufgabe zu, sein inneres Bedürfnis, eine demokratische Gesellschaft zu sein, mit einer neuen demokratischen Einheit im Staat zu verbinden. Seine historische Aufgabe besteht darin, die verfaulten feudalen Wertvorstellungen und Institutionen zu überwinden, sich mit den modernen Freiheits- und Gleichheitsmaßstäben der Demokratischen Republik zu emanzipieren und somit seinen Willen zu gewinnen, verfassungsmäßiger Bürger und konstitutiver Teil der Gesellschaft zu sein, so wie es der Tatsache entspricht.

Während die Geschichte der Aufstände zu Ende geht, sollte die begonnene Periode die der großen inneren Demokratisierung sein, in der sich die Prinzipien und Institutionen der Republik wieder mit demokratischen Maßstäben verbinden. Der Weg der Reformen wird ein langsamer Weg sein, aber ihre Ergebnisse werden sich entfalten und kreative Stärke entwickeln. Unsere historische Erfahrung und die Realität zeigen, dass es keinen anderen Weg gibt. Und selbst wenn es einen gäbe, würde er in die Sackgasse führen, wodurch Schmerz und Verlust nur größer würden. Wir sollten uns jetzt auch nicht mit der Frage aufhalten, wer Recht hat und wer nicht, wer wie viele Verluste erlitten oder verursacht hat, wer stark und wer schwach ist. Wir müssen die demokratischen Maßstäbe eines gemeinsamen, freien, solidarischen Lebens, das eine beiderseitige geschichtliche und gesellschaftliche Grundlage hat, darlegen und betonen. Unsere Demokratie müssen wir gemeinsam aufbauen und entwickeln. Alle Märtyrer, die bei der Gründung und Verteidigung der Republik ihr Leben gelassen haben, müssen wir als unsere Märtyrer anerkennen. Des Gründers der Republik mit Dankbarkeit und Respekt zu gedenken und die Fahne mit Stolz zu grüßen, bildet die Grundlage dafür. Aber als jetzt lebende Generation müssen wir unsere zeit-

genössische Aufgabe annehmen. Das war es, was wir wirklich machen wollten. Wir wollten die Rückständigkeit, die Unwissenheit, die Sklaverei im Osten durch Fortschritt, Aufklärung und Freiheit überwinden. Das ist eine Aufgabe der Republik. Es darf nicht angezweifelt werden, dass dies das Wesentliche ist.

Aber betrachten Sie das folgende Paradox:

Im Rahmen des formalen Rechts stehen wir wegen des Vorwurfs eines schweren Verbrechens gegen die Republik vor Gericht. Das ist ein Unglück. Es ist nicht ein Ausdruck unseres Wesens. Die Geschichte wird zeigen, dass unsere Bewegung die Heilung des konstitutiven, aber verfaulten und kranken Teils der Republik bewirkt und beide Beine oder jenen Teil, der geheilt werden muss, heilen und kräftigen wird. Auch Atatürk hat die Republik gegen das Sultanat, von dem er sein Amt übernommen hatte, unter dem Todesurteil gegründet. Was er gestürzt hat, war nicht das Wesen des Staates, sondern das Sultanat und das Kalifat, Institutionen, die nicht mehr der Epoche entsprachen. Es soll nicht missverstanden werden, wir stellen keinen Größenvergleich an! Aber folgende Aussage habe ich – haben wir – entschieden von Anfang an getroffen: Wir treten nicht gegen das Wesen der Republik auf, sondern gegen ihre oligarchische, undemokratische Seite und die in der Türkei verinnerlichten feudalen Werte und Überzeugungen sowie gegen die Institutionen der Gesellschaft, in der wir geboren sind. Das Ziel am Ende ist eine Demokratische Republik der unter ihrer Verfassung sich verwirklichenden freien Bürger und die freie Gesellschaft. Die Republik wird damit nur an Stärke gewinnen. Das haben wir unter der epochalen Aufgabe verstanden. Sie nicht zu erfüllen, wäre eine Respektlosigkeit der Republik gegenüber.

Auch wenn Ideologie, Programm und Praxis konträr erscheinen, so sollte doch Respekt davor gezeigt werden, wenn wir als Ergebnis eines großen Kampfes, mit Überzeugung und Entschlossenheit und durch den Beweis der Praxis in dieser Phase ange langt sind. Wenn es notwendig ist, ziehen die Menschen Lehren aus ihren großen Irrtümern und können so zur Wahrheit gelan-

gen. Die Geschichte und die Gesellschaft gehen meist so voran. Ohne einen Fehler zu machen, auf der Straße geradeaus zu laufen, ist einzig und allein Gott vorbehalten. Dass selbst Propheten Fehler unterlaufen können, sagen sie selber. Auch uns und mir persönlich sind viele Fehler und Irrtümer unterlaufen, die großes Leid verursacht haben. In meiner Verteidigung habe ich das im Wesentlichen aufgezeigt. Aber es ist auch eine Tatsache, dass wir mit Entschlossenheit und Beweisen dargelegt haben, dass wir den Willen zur Umkehr besitzen. Dies wird uns vielleicht nicht vor dem Gesetz freisprechen, aber wir sind entschieden überzeugt, dass die Geschichte und die Gesellschaft uns freisprechen werden.

Wäre es überhaupt zu einem solchen Aufstand gekommen, wenn wir in einer demokratischen Gesellschaft erzogen und aufgewachsen wären? Von einem Menschen, der sich selbst als illegal betrachten muss, der jedes Wort, das er in seiner Muttersprache ausspricht, mit Schuldgefühlen begleitet, kann alles erwartet werden. Das muss klar gesehen werden! Ist nicht das die Ursache, dieser Zustand, der in einer modernen Zivilisation beispiellos ist? Ich möchte das noch einmal mit Nachdruck erklären: Wie kann ich die Republik und die gesetzliche Ordnung anerkennen, wie kann ich modern sein, wenn ich sogar Angst habe, mich selbst anzuerkennen? Das ist die Realität des Volkes, die ich erlebe.

Wenn – als Alternative dazu – ein großer Teil nicht türkisiert wurde, kann das nicht die Schuld des Volkes sein. Es ist doch offensichtlich, dass diese Methode weder modern ist noch mit Gewalt durchgesetzt werden kann. So nahmen die Fehler und Irrtümer auf beiden Seiten immer mehr zu. Jeder versuchte in diesem letzten Aufstand sein erbarmungsloses Urteil zu sprechen. Sofern wir noch über unseren Willen verfügen, werden wir mit gesundem Menschenverstand die Lehren ziehen. Wir werden uns gegenseitig, wirklich modernen Maßstäben gemäß, akzeptieren. Unsere Hauptaufgabe wird in dem Versuch bestehen, den Weg zu Freiheit und Gleichheit – auf der Grundlage unseres Vaterlandes und unserer Republik – in einem demokratischen System zu beschreiten, ohne jemals auf die Gewalt zurückzugreifen.

Der Gegenwert für jeden Tropfen unseres Blutes, des Blutes aller Parteien und vor allem unserer Märtyrer, für das große Leid, das sie erlitten, und für ihre Verluste, muss unsere heilige Einheit sein, die mit unerschütterlichem Bewusstsein und freiem Willen errichtet wird. Das ist keine Illusion. Schlagen wir das Buch der Geschichte auf, so werden wir feststellen, dass alle bedeutenden Vereinigungen so entstanden sind. Diese Gerichtsverhandlung betrachte ich unter all diesen Aspekten als ein historisches gesellschaftliches Urteil.

Der letzte Ausbruch eines gravierenden Problems, das immer mehr zunahm, weil es von der Republik nicht rechtzeitig gelöst wurde, die Frage des Ostens, die Kurdenfrage, wird vor Gericht gebracht. Die verehrten Richter werden zweifelsohne in die Gesetzbücher schauen, um alles zu bewerten und zu beschließen. Aber sie sollten Verständnis zeigen, dass ich es nicht für notwendig erachte, diese Frage, ihren historischen und gesellschaftlichen Hintergrund, juristisch zu behandeln. Dies erwarte ich auch von unseren verehrten Staatsanwälten. Wenn erforderlich, werden meine Anwälte von Amts wegen die Verteidigung juristisch betreiben; ich sage, sie sollten dies auch tun.

Ich versuche mit meiner ganzen Kraft, die Frage einer Lösung zuzuführen, ohne dass die Sprache der Gewalt wieder zur Anwendung kommt. Das Gewicht der Argumente und die Thesen meiner Verteidigung habe ich bewusst in diese Richtung gelenkt. Denn das erfordert der Respekt und meine Verbundenheit gegenüber der unsterblichen Gesellschaft und gegenüber ihrem Staat, der als ihr Ausdruck gewürdigt werden soll.

Hochverrat werde ich nie begehen. Wenn überhaupt, sollten die Erfordernisse des Nationalpakts „Misak-i Milli“ in modernen Maßstäben angewendet werden; also dieser erweitert werden. In diesem Sinne ist der wichtigste Bestandteil meiner Verteidigung die Notwendigkeit, die Prinzipien der Präambel des Misak-i Milli zu erfüllen. Insbesondere das, was dem kurdischen Volk versprochen wird, in Übereinstimmung mit dessen konstitutivem Anteil bei der Gründung der Republik.

Die Hilfe der Republik Türkei für die kurdischen und turkmenischen Volksgemeinschaften in Gebieten außerhalb des Misak-ı Milli ist sowohl eine ethische als auch politische Aufgabe, damit sie zumindest in den Grenzen der jeweiligen Staaten ohne Massaker mit ihrer demokratischen Identität leben können. Das ist keine Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten, sondern eine historische und menschliche Herangehensweise. Ich glaube, dass mit meiner Verteidigung mehr Klarheit bezüglich der Unteilbarkeit des Landes und der unabhängigen Existenz des Staates geschaffen wurde. Ihr Wesen ist die Verankerung der Demokratie. In diesem Sinne habe ich, wie ich meine, einen historischen Dienst geleistet. Die Kurden sowohl in der ganzen Türkei als auch überall, wo sie konzentriert leben, sollten ihre Bemühungen um die Demokratisierung verstärken. So können Resultate erzielt werden. Unter demokratischer Politik wird die ökonomische und sozio-kulturelle Entwicklung zu einer Einheit führen, die innerhalb der Republik stärker und reicher wird. Ich habe meine Überzeugung betont, dass diese Herangehensweise als realistisch zu bewerten ist und dass sie zum Erfolg führt. Immer wieder habe ich in meiner Verteidigung meine Auffassung dargelegt, dass es historisch keinen Sinn mehr hat, mit Gewalt an die Frage heranzugehen. Der Rückgriff auf Gewalt wird eine schwere Verantwortungslosigkeit sein. Ich unternehme große Anstrengungen, um das zu verhindern. Ich muss dafür noch viel leisten; es ist sogar das einzige Argument für mich, zu leben: um das Stadium des Friedens zu erreichen. Ich habe meine Überzeugung betont, dass die Tendenz zum Frieden schwieriger ist als die zum Krieg, aber dass der Frieden sinnvoller und gewinnbringender ist. Von nun ab wird mein einziges Ziel sein, in dieser Richtung große Anstrengungen zu unternehmen. Ich bin mir völlig bewusst, dass es meine wichtigste Aufgabe ist, dies in die organisierten Kräfte und in das ganze Volk hineinzutragen. Ich bin überzeugt und entschlossen, dass nach jedem Krieg ein Frieden kommt und aus diesem Grunde die Demokratische Republik freier

Frieden bedeutet und die Lösung in diesem Rahmen zu entwickeln ist.

Ich habe die Notwendigkeit betont, dass die PKK, die den Aufstand führt, durch die Überwindung dieser Etappe sich mit den Maßstäben eines demokratischen Systems, mit einem neuen Programm und neuen Strukturen, den Erfordernissen eines legalen und politischen Prozesses entsprechend auf eine Transformation vorbereitet. Die Organisationen haben ebenso wie die Personen eine Lebenschance und sie können erfolgreich sein, wenn sie auf den geschichtlichen Prozess antworten. Anderenfalls werden sie zurückbleiben und laufen Gefahr, überholt zu werden. Gleichzeitig habe ich in meiner Verteidigung bekräftigt, dass die PKK ihre Existenz den Erfordernissen eines friedlichen Zustandes anpasst und, wenn notwendig, einen Friedenskongress durchführen wird. Vorausgesetzt, der Staat verhält sich offen.

Man sieht, dass meine Verteidigung mehr darauf gerichtet ist, einen Beitrag zu einer möglichen Lösung zu leisten, als eine Antwort auf die einzelnen Punkte der Anklageschrift zu geben. Ich habe versucht, die Vergangenheit zu analysieren und darüber hinaus eine Antwort im Lichte der demokratischen Einrichtungen und Erfahrung des gemeinsamen Lebens, im Rahmen unserer historischen und aktuellen Realität zu suchen. Ich habe insbesondere betont, dass innerhalb der großen demokratischen Bewegung von heute, sowohl als Ursache als auch als Ergebnis die demokratische Lösung die Einheit des Landes und die Kraft der Republik schützt und ihr noch mehr Kraft verleiht. Ich habe angemerkt, dass Vereinigungen, die durch freies Bewusstsein und freien Willen begründet werden, die stabilsten Vereinigungen sind und dass die Republik der demokratischen Einheit der stabilste Unterpfand gegen jeglichen Separatismus ist.

Wenn dieses Problem gelöst wird, welches das schwierigste in der Geschichte der Republik ist, wird die Türkei sicherlich mit der Kraft, die sie durch den inneren Frieden erhalten wird, zu einem Potenzial gelangen, mit dem sie eine führende Macht in der Region wird. Die Führung im Mittleren Osten wird bedeuten, dass

man von Mittelasien bis zum Balkan und Kaukasien Einfluss hat. Die Kraft des demokratischen Systems wird es ermöglichen, dass ein gerechtes Eingreifen und eine Unterstützung in dieser Region zur Lösung der zahlreichen Widersprüche und Probleme führen wird, die vor allem Probleme des Friedens sind. Das ist auch wünschenswert. Dies wird gleichzeitig zur Entwicklung der Wirtschaft und Kultur und damit zum Wohlstand führen.

Mit dieser Perspektive tritt die Türkei in das Jahr 2000 ein. Die kurdische Frage war ihr ein Klotz am Bein. Ihre Lösung wird bedeuten, dass sie mit einem riesigen Zuwachs an Kraft die historische Wende erfolgreich meistern wird. Wenn wir von den Spielen des Auslands reden wollen, so ist deren grundlegendes Ziel, diese Wende umzukehren und dazu die kurdische Frage als Mittel zu benutzen. In jeder kritischen Phase der Geschichte wurde versucht, dieses Spiel zu spielen. Wenn keine Lösung erreicht wurde, so war das Spiel gewonnen. Dann liegt also die Aufgabe darin, dass wir das Problem mit unseren eigenen Händen lösen und es in eine starke Waffe gegen diejenigen verwandeln, die ihr Spiel spielen wollen. In meiner Verteidigung habe ich ausgeführt, dass das in hohem Maße möglich und unser einziger Ausweg ist. Gerade unsere Erfahrung belegt das gut. Wir haben recht, wenn wir sagen, dass die Lösung auf der Basis der Völkerverständigung, die wir aus freiem Willen zum ersten Mal verwirklichen werden, eine neue geschichtliche Epoche bildet. Diese Gerichtsverhandlung sollte der wichtigste Friedensprozess in der Geschichte der Republik sein. Dass dieser Prozess alle Schmerzen, Ängste und Rückständigkeiten, welche die Aufstände hinterlassen haben, als Meilensteine zurücklässt, ist durch den Frieden möglich, den das demokratische System realisieren wird.

Meinen Prozess zu einem Motiv für den ehrenhaften Frieden zu machen, ist mein grundlegendes demokratisches Ideal. Meine Verteidigung ist grundsätzlich mit dieser Absicht verbunden und das ist in der Tat das Beste. Wir können unsere Schuld gegenüber diesem Land und unserem ganzen Volk mit nichts Wertvollerem bezahlen. Mit dem tiefen Bewusstsein, dass ohne einen gerechten

und ehrenhaften Frieden ein Leben weder im Lande noch in der Welt einen Sinn hat, hat Mustafa Kemal als erster den Grundsatz aufgestellt: „Frieden im Lande, Frieden in der Welt.“ Dieses Prinzip ist wie eine brennende Fackel für unser Leben. Wir glauben, dass die von ihm gegründete Republik nur auf demokratischer Basis den Frieden bringen und dies dem Frieden in der Welt und der Region dienlich sein wird.

Verehrte Richter,

mit dieser Antwort auf die Behauptungen in der Anklageschrift der Generalstaatsanwaltschaft habe ich nicht nur in meinem eigenen Namen, sondern auch im Namen der PKK gesprochen, für die ich verantwortlich gehalten werde; ich habe versucht, auf die Fragen derjenigen Volksschichten zu antworten, in deren Namen sie rebellierte.

Wenn auch die Anschuldigungen mit Beweismitteln dokumentiert sind, habe ich angesichts der vorhandenen Probleme versucht, die Notwendigkeit unserer Bemühungen für die Lösung offen zu begründen. Während des Aufstandes gab es sicher beiderseitige Fehler und Irrtümer. Ich habe die Sinnlosigkeit und Unbarmherzigkeit vieler Aktionen zum Ausdruck gebracht. Ich habe versucht, zur Sprache zu bringen, dass mich der Schmerz darüber bis ins innerste Mark getroffen hat und dass ich zu denen gehöre, die es am meisten nach Frieden dürstet. In allen Aufständen gibt es Brutalitäten und Unterdrückung. Unser größter Trost wäre es, wenn wir diese ständig schmerzende Krankheit der Republik wirklich heilen, sie zu einem gesunden Teil und in eine Friedenskraft verwandeln könnten. Ich glaube daran, dass unser Volk dies wie Brot und Wasser braucht. Aus diesem Grunde sage ich, dass dieser Gerichtsprozess ein Meilenstein für den heiligen Frieden sein muss.

Für die Bezahlung der Schulden gegenüber der Republik gibt es keinen anderen Weg als die demokratische Einheit. Man muss aber wissen, dass wir diese Schulden nur als befreite Bürger zahlen können. Es kann keine Republik der Sklaverei und Verleugnung geben. Ich bezweifle nicht, dass unsere Bemühungen und

Kämpfe in diesem Sinne mit dem Wesen der Republik verbunden sind und dass sie notwendig waren, um dies zu erreichen.

Ich glaube absolut an die eigentliche Republikanisierung.

In diesem Sinne möchte ich meine Überzeugung bekunden, dass unser Volk, das sich aufgrund der schweren feudalen Bedingungen nicht in ein Volk der Republik verwandeln konnte, nach der Parole „Welch Glück, Volk einer Demokratischen Republik zu sein“ in Frieden leben und glücklich sein wird, wenn es die Realität eines freien Volkes, das eine Abtrennung nicht akzeptiert, erreicht und dass dann dieser historische Prozess, wenn er innerhalb der territorialen Einheit der Türkei und innerhalb des Staates mit all seinen Völkern angenommen wird, erfolgreich sein wird.

Schlussplädoyer im Prozess auf Imrali

Gehalten am 23.06.1999

An das Präsidium des 2. Staatssicherheitsgerichts Ankara

Ich glaube, dass es sehr wichtig ist, in meiner Verteidigung neben der Realität des Aufstands den Schwerpunkt auf die wissenschaftliche Behandlung seiner Folgen zu legen.

Im Schlussplädoyer der Republikanischen Oberstaatsanwaltschaft wird die Anklageschrift in verkürzter Form erneut dargelegt. Darin werden zwar meine Aussagen zitiert, aber es wird die gleiche Schlussfolgerung gezogen. Sie geht davon aus, dass die Wandlungen meiner Person und der Organisation nicht überzeugend sind und ein Zeichen der Aussichtslosigkeit darstellen. Es wird auf die Intensität und Anzahl der Aktionen und das Fortbestehen meiner ideellen Verbindung zu der Organisation hingewiesen und meine Verurteilung nach Paragraph 125 des türkischen Strafgesetzbuches gefordert.

Es hätte unbedingt ausgewertet werden müssen, unter welchen historischen und sozialen Bedingungen der von der PKK geführte Aufstand entstanden ist, welcher auch von den höchsten Repräsentanten des Staates als letzter „Kurden-Aufstand“ bezeichnet wird. Die Geschehnisse, die in der Dimension eines Krieges

zum Verlust von Menschenleben, zu Sachschäden, zu materiellen und ideellen Verlusten führten und vielseitige positive als auch negative Ergebnisse verursachten, auf einen individuellen Terrorakt zu reduzieren, ist nicht nur unmöglich, sondern führt auch zu falschen Schlussfolgerungen, ja, sogar zur Vertiefung der Ausweglosigkeit. Weiterhin wird es nicht ausreichend sein, diese Ereignisse ausschließlich unter juristischen Gesichtspunkten, nach Gesetzen zu beurteilen. Und noch wichtiger: Wenn wir die Ergebnisse dieses sozialen Aufbruchs, der zu schwerwiegenden gesellschaftlichen Umwandlungen geführt hat, nicht in einer für die Zukunft nützlichen Weise handhaben, sondern nach der aktuellen Stimmungslage, dann würde dies zu einer großen Ausweglosigkeit und noch größerem Verlust der Zukunft führen.

Die Militärputsche vom 12. März 1971 und 12. September 1980 haben gezeigt, dass die Türkei der 70er-Jahre ernste soziale Aufbrüche erlebte, welche die bestehende Rechtsordnung bedrängten. Die Rechtmäßigkeit hat schweren Schaden davon getragen. Die nach dem Militärputsch vom 27. Mai 1960 eingeführte Verfassung, die minimale demokratische Rechte gewährte, wurde geändert und von der Verfassung von 1982 abgelöst, die durch anti-demokratische Elemente gekennzeichnet ist. Die Regierung, die Opposition, linke und rechte Parteien vor 1980 wurden für illegal erklärt und vor Gericht gestellt.

Auch die PKK ist als eine illegale Bewegung dieser Periode entstanden und hat sich schwerpunktmäßig auf die gesellschaftliche Realität der Kurden gestützt. Sie hat sich von einer Bewegung der Forschung und Propaganda hin zu einer Bewegung der Aktion entwickelt. Man muss sich vor Augen führen, dass ihre Entstehung zwar nicht legal, wohl aber legitim war. Gegen das Unterdrückungssystem, das insbesondere durch die Verfassung von 1982 bis hin zu einem „Sprachverbot“ ausgeweitet wurde, war der Aufstand zwar nicht im Rahmen der Gesetze entstanden, aber legitim. Es ist gut bekannt, dass in der kurdischen Gesellschaft eine historische Angst vorhanden war.

Sie blieb unterentwickelt und schämte sich, ihre eigene Identität auszusprechen. Es soll niemanden wundern, dass unter dem anarchistischen Charakter und den degenerierten legalen Bedingungen dieser Periode ein solcher Aufstand entstanden ist. Die PKK hat versucht, für diesen Aufstand eine politische und strategische Linie aufzuzeigen. Sie hat das in vielen Dokumenten zum Ausdruck gebracht. In der Anklageschrift wurden diese genannt. Ich werde sie nicht wiederholen. Als ihre Hauptslogans wurden „Unabhängigkeit“ und „Freiheit“ festgelegt. Das sind die Slogans des Aufstands. Dementsprechend wurde im Programm und in den Aktionen gehandelt. Diese Tatsachen werden unsererseits nicht bestritten. Aber ich möchte die große Bedeutung der wissenschaftlichen Betrachtung betonen. Es ist von lebenswichtiger Bedeutung, daraus in rechtsphilosophischer Hinsicht Schlussfolgerungen zu ziehen, auch wenn diese Taten nach dem Gesetz eine Strafe zur Folge haben. Daher ist es notwendig, dass die Parteien die historische Entwicklung, die aktuellen innen- und außenpolitischen Entwicklungen ebenso wie die gesellschaftlichen und politischen analysieren und auf dieser Grundlage ihre Lage objektiv überdenken. Dies wird uns ermöglichen, nicht nur die Ereignisse zu erklären, sondern daraus richtige Schlussfolgerungen zu ziehen.

Auch wenn die PKK eine der Hauptverantwortlichen dieser Auseinandersetzung ist, hat sie die Diskussion über „die Kurdenfrage“ auf die Tagesordnung in Ankara gesetzt. Die PKK hat das von der „kurdischen Bewegung“ und von den Entwicklungen im Nord-Irak gelernt. Unter dem Einfluss dieser beiden Faktoren wurde sie zunehmend selbst zu einem beeinflussenden Faktor. Ihre Agitation und Aktion wurden von diesen beiden Faktoren stark geprägt. Sie hat es versucht und geschafft, disziplinierter und kontinuierlicher zu arbeiten. Es führt zu überzogenen und falschen Schlussfolgerungen, wenn behauptet wird, dass die PKK alles selbst verursacht hat und die alleinige Verantwortung trägt. In der Tat, insbesondere bei den Aktionen kam es zu willkürlichen Handlungen, wie dies an vielen Orten der Welt geschah, die

außer Kontrolle gerieten und sich gegen sich selbst richteten. Dies befreit zwar nicht von der Verantwortung, aber es hilft, die Wahrheit zu sehen. Das Programm und die Slogans fordern einen getrennten Staat und verpflichten hierzu, jedoch die Realität des Lebens breitet vor uns aus, was noch göltiger und realistischer als das Programm und die Slogans ist. Das wird uns überall in der Welt und mit vielen Beispielen in der Geschichte vor Augen geführt. Wenn wir eine Bewegung nur mit ihren Slogans und ihrem Programm in einer Zeitspanne beurteilen, kommen wir zu mangelhaften und falschen Ergebnissen. Selbst die Religionen, die als extrem dogmatische Ideologien und Aktionismus entstanden sind, ändern sich. So wurde z. B. der Islam von Mekka bis Medina in einer anderen Form praktiziert als in Damaskus oder Bagdad, geschweige denn in Istanbul. Es sind große Unterschiede zwischen diesen Etappen festzustellen. Das ist auch bei der Entwicklung vieler Organisationen, Bewegungen und sogar Personen zu beobachten.

Kurz gesagt: Auch wenn die PKK mit ihren Ideen und Aktionen nach den Gesetzen verantwortlich gemacht wird, sind die Formen der ergriffenen Unterdrückungsmaßnahmen, die gesellschaftlichen Bedingungen, die Eigenschaften der darin verwickelten Personen und die Art des Widerstands zum grossen Teil mitverantwortlich. So kommt es beispielsweise in einer demokratischen Gesellschaft und Staatsform nicht dazu, dass die Gesellschaft und die Einzelpersonen, die für einen solchen Aufstand geeignet sind, mit dieser Intention und Gewalt tätig werden. Und der Staat geht nicht mit dieser Härte vor. Die Organisationen oder Personen zeigen in der Politik konstruktive und sensible Verhaltensweisen und der Staat geht mit der gleichen Sensibilität und Angemessenheit vor. So kommt es zu Ergebnissen, ohne dass es zu großen Auseinandersetzungen kommt. Folglich haben sich die demokratischen Ansätze in Europa so entwickeln können. Jedoch in den unterentwickelten Gesellschaften halten die Auseinandersetzungen zwischen den Personen und Stämmen jahrhundertlang an, was fast zu einem Zusammen-

bruch und zu Rückschlägen führte. Es ist bekannt, welche religiösen und zwischenreligiösen Konflikte sowie Stammes- und Familienfehden in der Realität der Gesellschaft im Nahen Osten vorherrschen.

Diese kurz gefassten und wichtigen Aspekte spreche ich aus folgendem Grunde an. Auch wenn die PKK zwar als die Hauptverantwortliche dieser Ereignisse angesehen wird, werden die Personen, Gruppen oder sogar Staaten, die mit den Kernzielen der PKK im konträren Interessenausgleich stehen und diese trotzdem ausnutzen, übersehen und deren Mitverantwortung im Einzelnen nicht festgestellt. Dies wird zu falschen Kettenreaktionen führen. Die gleiche Vorgehensweise gilt auch für die Organisationsstruktur der PKK. Wenn man die Verantwortung der einzelnen Personen von der Parteizentrale bis zum einzelnen Mitglied, vom Hauptquartier bis zum einzelnen Kämpfer in diesem Rahmen analysiert, so kann man eine richtige Antwort darauf finden, in welchem Umfang die Einzelperson und die Organisation Verantwortung trägt.

Selbstverständlich meine ich damit nicht, dass diese Aspekte in einer kurzen Anklageschrift behandelt werden sollten. Aber der Kern der Vorgehensweise ist von Bedeutung. Die Defizite in der Methode bringen gewichtige Probleme mit sich.

Ich kann meine persönliche Situation im Rahmen dieser Vorgehensweise betrachten und akzeptieren. Ansonsten ist es vielleicht juristisch haltbar zu sagen, „der Angeklagte hat alles mehr als nötig eingestanden.“ Diese Formulierung ist eine unvollständige und zum größten Teil falsche Aussage und weit davon entfernt, meine Situation nach ethischen und politischen Gesichtspunkten zu erklären. Eine Beurteilung, die neben manchen Wahrheiten viele Fehler und Irrtümer beinhaltet, führt nicht nur zu falschen Ergebnissen, sondern das Einverständnis damit würde der Realität widersprechen.

In diesem Sinne akzeptiere ich zwar die persönliche Hauptverantwortung für die Ideologie, Organisation und Aktionen, jedoch ist mein persönlicher Einsatz für die ideologische Wandlung und

Entwicklung, meine ablehnende Haltung gegenüber den Kämpfen innerhalb der Organisation und gegenüber den Aktionen - sowohl von den gegen zivile Personen gerichteten bis hin zu denen, die während des Waffenstillstands die Grenzen der legitimen Selbstverteidigung überschritten - unbestritten. Es ist für mich nicht schwierig, diese Aspekte zu belegen und ausführlicher darzustellen. Einige Worte und Erklärungen von mir, die über das Ziel hinausgehen, dürfen nicht dahingehend ausgelegt werden, mein grundsätzliches Verständnis zu übersehen.

Die Wandlung der PKK ist keine Ausweglosigkeit, sondern eine Notwendigkeit

Der Zusammenbruch des Sowjetsystems in den 90er-Jahren trägt mindestens so viel Wirkungspotenzial für die demokratische Wandlung wie die französische Revolution vor 200 Jahren. Dieser hat tatsächlich in mehreren Ländern der Welt, vor allem in Osteuropa, den Entwicklungen in Richtung Demokratie den Weg eröffnet. So, wie die sowjetische Oktoberrevolution einen äußeren Beitrag zur nationalen Befreiung in der Türkei geleistet hat, so hat dieser Zusammenbruch Auswirkungen auf die benachbarten Staaten wie die Türkei und die Turk-Republiken bezüglich der Beendigung des Status quo gehabt, der als Folge des Kalten Krieges entstanden war und die Demokratisierung erschwerte, und positive Entwicklungen herbeigeführt. Zweifelsohne sind die Errungenschaften der Republik maßgebend gewesen. Dennoch, in diesen Jahren zeichnete sich eine demokratische Entwicklung ab, die sich zwar nicht in den Gesetzen, aber in der sozialen und politischen Struktur rasch wiederfand. In der kurdischen Gesellschaft vollzog sich dies auf eine revolutionäre Art durch die „Serhildans“¹⁴. Die kurdische Realität wurde de facto von den höchsten Ebenen des Staates anerkannt, auch wenn sich das nicht in den Gesetzen niedergeschlagen hat. Außerdem kam es in dieser

14 Volksaufstände

Zeit zur Aufhebung des Sprachverbots. Dies ist ein wichtiger demokratischer Schritt. Auch wenn es an gesetzlicher Garantie fehlt. Dieser Prozess war durch viele Auseinandersetzungen gekennzeichnet.

Und wenn wir von der Wandlung der PKK sprechen, dann berufen wir uns objektiv vor allem auf die Entwicklungen im Lande und in der Welt. Die Entstehungsjahre der PKK sind die Jahre, in denen streng ideologische Lager in Folge des Kalten Krieges vorherrschten und der Status quo durch die Verleugnung und Handlungsunfähigkeit über die kurdische Realität gekennzeichnet war. Außerdem sind diese Entstehungsjahre von einer Jugend geprägt, in der eine anarchistische Haltung dominierend war, die Demokratisierung nicht kannte und die in rechte und linke Lager gespalten war. Sowohl in dem Programm als auch in den Aktivitäten sind die tiefgreifenden Einflüsse dieser dogmatischen, ideologischen Herangehensweise und des radikalen Jugendwiderstands vorhanden. In den Strukturen der Parteien und Organisationen in der Türkei kam es entsprechend der weltweiten Entwicklung in den 90er-Jahren unvermeidlich zu Veränderungen, die noch andauern. Auch innerhalb der PKK wäre es aufgrund der schweren Kampfbedingungen, unter denen sie sich befand, zu solchen Entwicklungen gekommen. Dass ich in diesen Jahren von dem Programm der PKK und ihren alten Propagandalogans Abschied nahm und nach neuen Wegen suchte, zeigt nicht die Ausweglosigkeit, sondern die Notwendigkeit. Zu kritisieren ist, dass dies zu spät vollzogen und nicht klar formuliert wurde und sich auf dem Kongress und im Programm der PKK nicht ausreichend niedergeschlagen hat. Die Notwendigkeit der Wandlung ist unumstritten. Deshalb ist das Programm überholt. Es hat sich also gezeigt, dass programmatische Formulierungen wie „ein eigener Staat“ oder Ähnliches, nicht realistisch und notwendig erscheinen. Das ist damit gemeint, wenn die Rede davon ist, dass diese Jahre nicht genutzt wurden und es zu Wiederholungen der vorherigen Ansätze kam. Um das zu überwinden, habe ich, wie es in mehreren Unterlagen zu finden ist, gesagt, dass sowohl die

Unabhängigkeit als auch die Freiheit sinnvollerweise in der Einheit der Türkei als der fortschrittlichste und praktischste Weg zu verwirklichen sind. Das ist keine enge taktische Haltung. Es handelt sich hier um eine Einsicht, die sich durch die wichtigen Lehren aus dem Leben und den Erfahrungen gebildet hat. Auch wenn die Staatsbildung angestrebt wird, dann ist dies auch innerhalb einer demokratischen Struktur der Republik der Türkei am sinnvollsten realisierbar. Das ist die Schlussfolgerung, die in meinen Reden vor meiner Festnahme dokumentiert ist.

Es darf nicht als widersprüchlich gewertet werden, dass ich die gleiche Haltung einnahm, als ich meine Reise nach Europa einen Schritt zur Staatsbildung genannt habe. Wenn die Tendenz zur Trennung überwiegen würde, könnte man dies als einen großen Widerspruch oder als ein Zeichen der Reue auslegen. Aber wenn man meine Ansichten über den politischen Willen der Kurden im Allgemeinen zugrunde legt, wird man feststellen, dass keine Widersprüchlichkeit vorhanden ist. Zum Beispiel sagt jeder, dass sich unter der Beobachtung und sogar der Unterstützung der Türkei eine kurdische politische Formation, sogar ein föderaler Staat im Nord-Irak bildet. Also, es bildet sich in dieser Hinsicht hier ein Staat. Die Rolle, welche die Türkei und die PKK dabei spielten, ist wichtig und unbestritten. In dieser Hinsicht hat die HADEP durch die letzten Wahlen eine regionale Macht, eine Autorität erlangt. Sie hat die regionale Verwaltung in über vierzig Städten und Kreisstädten übernommen und damit eine demokratische Staatsbildung vorangetrieben. Genauso ist es eine unbestrittene Tatsache, dass eine Demokratische Republik durch die Einheit der politischen Autorität gekennzeichnet ist und zum ersten Mal in diesem Umfang eine demokratische Autorität in der kurdischen Gesellschaft entstanden ist. Das bedeutet eine staatliche Macht innerhalb des einheitlichen Staates. Insofern ist es kein Zeichen von Widersprüchlichkeit und fehlender Ernsthaftigkeit, wenn ich in diesen Jahren von der Staatsbildung gesprochen habe. Ich habe eine objektive Realität beim Namen genannt. Es ist richtig, dass eine auf engstirnigem Separatismus basierende Politik und

Machtstellung eine große Ausweglosigkeit darstellt. Aber genauso ist es eine große historische Entwicklung, innerhalb der staatlichen Integrität und Struktur der Türkei durch eine demokratische Beteiligung einen Platz einzunehmen und eine Macht zu sein. Es ist unumstritten, dass sich diese Entwicklung trotz vieler Hindernisse schrittweise durchsetzt. Was ich mit meinen Thesen über eine demokratische Lösung zum Ausdruck bringen will, auch wenn diese zu spät eingesehen und nicht ausreichend formuliert worden sind, ist, diese historische Entwicklung vorauszu- sehen und der Wille, sich an dieser Entwicklung zu beteiligen. Es ist weder eine gegenwärtige taktische Haltung noch eine prinzipi- enlose Wandlung. Wir sind aufgefordert, aus den Ereignissen in einer Welt, die große Entwicklungen erlebt, Lehren zu ziehen und unseren dringenden und sehr wichtigen Problemen die erste Prio- rität zu geben und die erforderliche Rolle zu übernehmen. Ich habe in meiner Verteidigung die Thesen über ein neues Programm der PKK und eine neue politisch-legale Linie entworfen. Obwohl diese Thesen nicht ausreichend sind, sind sie ernst gemeint und meines Erachtens richtig. Sie sind das Ergebnis meiner langjähri- gen politischen und ideellen Erfahrungen. Ich habe keinen Zwei- fel daran, dass diese einen konstruktiven und wichtigen Beitrag zur Demokratisierung im Allgemeinen und bei der Lösung der Kurdenfrage leisten und eine Schlüsselrolle dabei spielen werden, wenn meine Ansichten richtig verstanden werden.

Es ist eine Tatsache, dass ich einen inneren Krieg in Bezug auf das Organisations- und Aktionsverständnis der PKK durchge- macht habe

Es ist möglich und richtig, dass die PKK unter meiner Verant- wortung von dem Zeitraum und von der Intensität her den wich- tigsten und den größten „Kurden-Aufstand“ geführt hat und dies viele schmerzhaft und rücksichtslose Seiten hatte. Aber wenn von der inneren Struktur, von der Verantwortung und den Zuständigkeiten der Organisation und der Mitglieder die Rede ist, dann stellt sich die Realität anders dar.

Es ist schwer zu sagen, dass der von der PKK geführte Aktionismus auf einem Guerilla- oder ähnlichen Krieg beruhte, der geordnet und an Grundstrategien und -taktiken angelehnt war. Es ist auch ein großer Irrtum zu glauben, dass sich die Form der Konfliktaustragung, insbesondere auf höchster Führungsebene, so gestalten ließ, wie ich es haben wollte. Eine eher richtige soziologische Bewertung ist es, zu sagen, dass sich die Reste von Zerstrittenheit und Widersprüchen der Stammes- und Familienstrukturen, die sich über Jahrhunderte gehalten haben, sowie religiöser Unterentwicklung in der tiefgreifenden feudalen Struktur der kurdischen gesellschaftlichen Realität, nun in der PKK wiedergefunden und ausgedrückt haben. Jeder, der sich daran beteiligte, handelte nach dem Motto „Ich bin das Gesetz“ und missachtete nicht nur die Grundsätze der offiziellen Verordnungen der PKK, sondern verstieß gegen die traditionellen feudalen Regeln. Besonders 1987 richteten sich die Aktionen unter dem Vorwand der Bekämpfung der Dorfschützer gegen die Zivilisten, darunter Frauen und Kinder, die mit den Auseinandersetzungen nichts zu tun hatten. Genau an diesem Punkt haben einige teilweise die ideologischen und politischen Ansätze der PKK über Bord geworfen und versucht, unter dem Motto „Die Intellektuellen haben verloren, die Bauern sind an der Macht“ das Wesen der Partei aufzulösen. Interne Auseinandersetzungen wurden erzwungen, um durch die Möglichkeiten, die sie erhalten haben, die tatsächliche Macht der Partei und das Volk unter ihren persönlichen Einfluss zu bringen. Aufgrund der Federführung bestimmter Personen habe ich diese Gruppe „Vierer-Bande“ genannt. Dass ich im Zeitraum 1987-1997 in dieser Hinsicht einen enormen Kampf geführt habe, ist meines Erachtens wichtig zu wissen. Das befreit mich ohne Zweifel nicht von meiner Verantwortung; es ist jedoch von großer Bedeutung, um mein Verständnis von Moral, Politik, Organisation und Aktionismus zu begreifen. Es ist nicht schwierig nachzuweisen, dass die Aktionen, welche die PKK in eine prekäre Situation gebracht haben, in dieser Zeit durchgeführt wurden, und die Verantwortlichen, welche die Kontrolle innehatten, diese

Personengruppe waren. Diese Personen nutzten die Vorteile, welche die ländlichen Gebiete ihnen gewährten, aus, um das zu praktizieren, was sie wollten. Diese Praktiken haben sie mit Lügen vertuscht. Diese Aspekte werden in den staatlichen Gutachten ausführlich dargelegt und bewertet. Diese Personen schrecken nicht davor zurück, ihren nächsten Genossen oder ihre Helfer im Volk zu bestrafen, um ihren Einfluss zu vergrößern. Die Primitivität und Erbarmungslosigkeit der Machtstrukturen in der kurdischen Gesellschaft und die Brutalität der Stammes- und Dorf-Aghas begegnen uns hier in einer gefährlicheren Weise. Übrigens geschah so etwas auch während des Befreiungskampfs in vielen anderen unterentwickelten Gesellschaften wie z. B. in Afrika und in jeder Volksgemeinschaft in der Vergangenheit. Die diesbezüglichen internen Auseinandersetzungen der kurdischen Gruppen im Nord-Irak sind allgemein bekannt. Die osmanische Dynastie hat sogar „den Brudermord“ zugunsten des Machterhalts in einem Erlass manifestiert. In der Zeit der nationalen Befreiung hatte der Leibwächter von Mustafa Kemal Atatürk, Topal Osman, willkürlich Abgeordnete im Parlament umgebracht, Menschen lebend begraben und konnte erst auf den persönlichen Befehl von Atatürk ermordet und die Gesellschaft somit von ihm befreit werden. Auch ähnliche Aktivitäten von Cerkes Ethem¹⁵ sind in dieser Hinsicht untersuchenswert. Diese Beispiele habe ich deshalb aufgeführt, um klarzumachen, dass solche Grausamkeiten bei Aufständen und in Guerilla-Kriegen weit verbreitet sind. Außerdem ist dokumentiert, dass ein systematischer Kampf gegen diese Banden-Mentalität in der PKK geführt worden ist. Es ist bekannt, dass umfangreiche erzieherische und organisatorische Maßnahmen dagegen ergriffen wurden und Personen, die sich davon nicht abbringen lassen wollten, erst durch interne Kämpfe neutralisiert wurden.

15 Oberhaupt der Tscherkessen - ließ 1923 den aus der Sowjetunion zurückkehrenden Vorsitzenden der Türkischen Kommunistischen Partei, Mustafa Suphi, und weitere Genossen aus dem Zentralkomitee ermorden.

Es stellt sich die Frage, warum im Schlussplädoyer der Staatsanwaltschaft die Verluste und Schäden umfangreich aufgelistet werden, obwohl solche internen Auseinandersetzungen in den 90er-Jahren stattfanden. Die Antwort wird sich finden, wenn man bedenkt, dass interne und externe Auseinandersetzungen in diesen Jahren an Intensität zugenommen haben. Auch im offiziellen „Susurluk-Bericht“ der parlamentarischen Untersuchungskommission wurde offen zum Ausdruck gebracht, dass besonders in den Jahren 1993-1996 häufiger erlebt wurde, dass auch Strukturen des Staates außer Kontrolle gerieten, was zum großen Teil die Ursache für die Fälle von „Morden unbekannter Täter“ und von „Verschwundenen“ war, und dass die Staatsmacht rechtswidrig ausgeübt wurde. Und die Rede ist immer noch von einer Bande, die nicht aufgedeckt worden ist. Nach einer offiziellen Statistik sind ca. 18.000 Morde und Vorfälle geschehen, die bisher ungeklärt sind. Das sind Zahlen, die nicht in Zusammenhang mit der PKK gebracht werden. Kurzum, das Chaos dieser Jahre stieg ins Unermessliche. Das hängt mit dem Konflikt mit der PKK zusammen. In einer von intensiven Auseinandersetzungen gekennzeichneten Situation treten solche Entwicklungen häufig auf, wie die aktuellen Beispiele in Bosnien, Kosovo und in der Vergangenheit in Palästina und Irland zeigen. Dort waren die Ereignisse noch schmerzlicher. Es ist leicht verständlich, wenn man daran denkt, dass die PKK zum ersten Mal in diesem Umfang eine Machtposition erlangt hat, diese nicht verlieren wollte, und die persönlichen Eigenschaften bzw. Entwicklungen der sie verkörpernden Personen eine große Rolle dabei gespielt haben. Die PKK hat den Zustand nicht erreicht, wonach sie eine reguläre Armee ausgebaut hätte und jede Aktion nach Befehlen durchgeführt worden wäre. Trotz aller Anstrengungen waren die erzielten Fortschritte sehr beschränkt. Ich erwähne diese Tatsachen, um die Wahrheit zu vermitteln, nicht um von meiner Verantwortung abzulenken. Ich habe vielseitige Anweisungen gegeben, Perspektiven gezeigt und versucht, intensiv umzuerziehen. Aber das alles hat nicht gereicht, um meine Vorstellung und die offizielle takti-

sche Linie der Organisation durchzusetzen. Es blieb begrenzt. Die individuellen und regionalen Initiativen haben eher überwogen.

Das ist die wahre Seite der Entwicklungen, die nicht akzeptiert werden können. Verkommene Entwicklungen, die großes Leid nach innen und nach außen mit sich brachten. Da in den letzten Jahren solche Personen und Strukturen entmachtet wurden, kamen solche Ereignisse viel seltener vor. Dies konnte durch einen internen Kampf erreicht werden. Wenn ich es noch einmal betone: Diese Ereignisse kamen bei uns im Gegensatz zur weit verbreiteten Propaganda weniger vor, als es in anderen von Gewalt geprägten Situationen der Fall war. Ein objektiver Beobachter würde hierbei unseren persönlichen Beitrag leicht feststellen.

Eine noch deutlichere, ähnliche Situation ergab sich für die Zeit nach 1996, als der Staat anfang, für Gesetzesordnung zu sorgen, und die Fälle von unter ungeklärten Umständen verschwundenen Menschen zurückgingen. Ich halte es für sehr wichtig, die Verantwortung meiner Person und der Organisation für die von der Anzahl und von der Qualität her schmerzhaften und verlustreichen Ereignisse dieser Jahre klarzustellen. Der Vorwurf, „Mörder von 30.000 Menschen“ oder „Baby-Mörder“ zu sein, ist unmenschlich, ungerecht und außerhalb jeglicher Realität. ICH LEHNE DAS AB. Wahr ist, dass hier ein Kampf geführt wurde, der legitim und mit großen Opfern für ein menschenwürdiges Leben verbunden war und eine demokratische Gesellschaft und eine Demokratische Republik anstrebte.

Wenn dieser Kampf nicht so geführt wurde, wie es erwünscht war, und die Ereignisse und Morde, die ich nie akzeptieren kann, die aber auch weder ethisch noch politisch akzeptabel sind, stattfanden, kann nur dann gerecht gehandelt worden sein, wenn die objektive und subjektive Verantwortung beider Seiten richtig dargestellt worden ist. Ich bin einer der Hauptverantwortlichen. Aber ich bin nicht der alleinige Verantwortliche. In einem gesellschaftlichen Aufstand, dessen demokratische und kulturelle Forderungen mehrmals offiziell anerkannt, deren Erfordernisse aber nicht

erfüllt worden sind, haben alle die Verantwortung, von demjenigen an der Staatsspitze bis hin zu ungebildeten und gnadenlosen Menschen, wir alle. Es ist eine moralische und politische Pflicht, dies so schnell wie möglich einzusehen, und dass jeder seinen Beitrag dazu leistet. Eine faire Justiz kann nur entwickelt werden, wenn sie sich auf eine solche ethische Philosophie und demokratische Politik stützt.

Bei den Tatsachen über die der PKK und hauptsächlich mir zugerechneten Auseinandersetzungen, Verluste und Schmerzen will ich meine Verantwortung in dieser Weise festgestellt haben. Ich habe diesbezüglich keinen Zweifel daran, dass ich am ehesten einen gerechten Frieden verlange und verdiene. Es steht genauso fest, dass ich alle meine verfügbaren Mittel dafür einsetzen und meinen Beitrag dazu leisten werde.

Zwei Wege, zwei historische Resultate in der Beziehung der Türkei zu den Kurden und ihrem Aufstand

Die Hauptursache dafür, dass die Türkei seit der Gründung der Republik innenpolitisch nicht den Weg zur Demokratisierung gefunden hat, außenpolitisch eine Makulatur darstellte und keine Führungsrolle in Anbetracht ihrer Macht übernehmen konnte, liegt darin, dass sie in der Kurdenfrage nicht die erforderliche wissenschaftliche und demokratische Haltung einnahm. Kennzeichnend für ihren Weg und ihre Haltung bis in die Gegenwart ist, dass bei den Aufständen und deren Zerschlagung keine Schlussfolgerungen gezogen wurden und die Wunde offen gelassen wurde. Weder bei der Analyse noch bei der Behandlung wurden wissenschaftliche Maßstäbe gesetzt. Stattdessen wurde eine Politik betrieben, die durch gegenseitige Ängste gekennzeichnet war und unter den aktuellen wirtschaftlichen und politischen Gesichtspunkten bestimmt wurde. Das hat das Problem noch weiter verschärft. Manchmal glaubte man, das Problem mit strafrechtlichen Maßnahmen zu lösen. Einige Zeit wurde die Situation

dadurch unter Kontrolle gehalten, dass den Funktionsträgern von feudalen Stämmen oder religiösen Institutionen Privilegien gewährt wurden. Ebenso wurde geglaubt, dass lediglich durch die wirtschaftliche oder bildungspolitische Entwicklung das Problem gelöst wird. Da diese Haltung sich mehr auf die Grundlage der Leugnung der kurdischen Identität stützte, konnte auch die kleinste Gegenhaltung und Entwicklung in dieser Frage sich davon befreien, radikal zu sein.

Wenn alle heute über den Radikalismus der Methoden der PKK reden, übersehen sie jedoch dabei die historische Grundlage und die politische Herrschaftsform, auf die sich dieser stützt. Die Art der Unterdrückung, die bis zu einem Sprachverbot ausgedehnt wurde, führt zu der Entwicklung, dass jeder Vorstoß dagegen, entsprechend der Unterdrückung, gewaltig ist. Es muss eingesehen werden, dass eine einseitige und von ihren historischen Ursachen losgelöste Betrachtung die Probleme enorm verschärft und damit erfolglos bleibt. Alle spüren inzwischen am eigenen Leib, dass die Türkei vor dem Jahr 2000 wegen dieser Frage in eine ausweglose Situation geraten ist. Während manche direkt am Krieg Beteiligte große Verluste und großes Leid tragen, häuft eine kleine Gruppe als Kriegsgewinnler ein Vermögen an, was inzwischen zu ihrer wesentlichen politischen und persönlichen Lebensform geworden ist. Anscheinend ist in der Gesellschaft eine Art Arbeitsteilung entstanden. Dabei hat es eine entscheidende Rolle gespielt, dass eine Schattenwirtschaft von Kriegsgewinnlern entstand, es zu großen sozialen Zusammenbrüchen und Divergenzen kam, die Politik ihre Funktionen nicht mehr ausübte und in sich selbst gefangen ist. Es ist so zur Gewohnheit geworden, als ob die Türkei dazu verurteilt wäre. Statt nach Lösungen zu suchen, hat sich eine gesellschaftliche Haltung durchgesetzt, wonach die einzelnen Personen oder Gruppen kurzfristig und nach Eigeninteresse handeln. Das ist die gefährlichste Haltung in einer Gesellschaft. Die Ursache liegt einerseits darin, dass die aktiven Kreise der Gesellschaft nicht imstande sind, eine konstruktive Politik zu entwickeln und nach ethischen Grundsätzen zu handeln. Auf der

anderen Seite sind die staatlichen Organe zum großen Teil handlungsunfähig. Solange dieser Zustand nicht überwunden wird, kann von einem Voranschreiten der Türkei keine Rede sein.

Anfang 1990 wurde teilweise sowohl beim Demokratisierungsprozess im Allgemeinen, als auch bei der Kurdenfrage im Speziellen, um es beim Namen zu nennen, eine wissenschaftliche und eine demokratische Haltung eingenommen. Es hat vielleicht historisch der Republik den größten Schaden zugefügt, dass dieser Ansatz nicht weiterentwickelt wurde. Das sinnlose Beharren auf Krieg hat auf beiden Seiten zu großen Verlusten in einem unerträglichen Ausmaß geführt. Die soziale Degeneration und die wirtschaftliche Krise haben die größte Dimension erreicht.

Ich will diese Aspekte nicht weiter ausführen, da diese sowohl in der Anklageschrift und im Schlussplädoyer als auch in meiner ersten Verteidigung ausführlich behandelt wurden. Der Prozess von Imrali erlebt selbst die gegenwärtige Ausweglosigkeit der Türkei und geht in diesem Sinne auf eine solche historische, gesellschaftliche und politische Realität zurück. Wird der Prozess im Einklang mit der bisherigen Haltung hinsichtlich der Vergangenheitsbewältigung das Problem weiter verschärfen? Oder wird er zumindest durch die Vorgehensweise einen auf die Zukunft gerichteten Ausweg einschlagen oder Zeichen in dieser Richtung setzen? Das sind die Hauptfragen, nach deren Antworten gesucht werden muss. Es hängt von der Antwort auf die Fragen ab, ob der Prozess im klassischen Sinne stattfindet. Von jetzt an, so glaube ich, werden Diskussionen über diese beiden Fragen und ihre Antworten sowohl in der Gesellschaft als auch auf der Ebene des Staates, sowohl im Inland als auch im Ausland geführt werden und Früchte tragen.

Ich halte es für mich persönlich für eine historische Aufgabe, Antworten auf diese Fragen zu geben. Meine Antworten bilden den Kern meiner Verteidigung. Es ist meines Erachtens der wichtigste Aspekt meiner Verantwortung für den Umfang und die Entstehung des Problems und damit des Aufstands und seiner Entwicklung, auf die folgenden Fragen Antworten zu geben: Welche

Zukunft erwartet uns aus diesem Konflikt, aus dem Aufstand, und wie soll eine neue Ordnung gestaltet werden? Ich glaube, es ist von lebenswichtiger Bedeutung zu wissen, dass die Antwort auf die Zukunft genauso richtig sein muss wie die auf die Vergangenheit.

Es gibt keine größere Fehleinschätzung als die, die Realität der PKK ausschließlich unter engen strafrechtlichen Gesichtspunkten zu beurteilen. In diesem Prozess möchte ich diese Gefahr ausschließen. Es ist wahr, dass die PKK die Geschichte der Türkei im letzten Vierteljahrhundert wesentlich beeinflusst hat. Noch richtiger ist es, dass sie diesen Einfluss vom Umfang und von der Dauer her ausüben wird. Wenn wir das falsch einschätzen, dann wird die Türkei als Verliererin ins 21. Jahrhundert eingehen. Im Falle einer richtigen Beurteilung wird sie nicht nur das schwerste Schlüsselproblem loswerden, sondern es bedeutet für sie die Chance, im nächsten Jahrhundert eine Vormachtstellung in der Region zu erlangen. In diesem Sinne steht die Türkei vor einer Wende, vor einem Scheideweg. Noch wichtiger und notwendiger scheint es, dass wir uns keine Fehler und Irrtümer leisten können und zu einer richtigen Lösung gezwungen sind. Die eigentliche Unehrllichkeit, der eigentliche Verrat an diesem Punkt ist, die Realität nicht einzusehen und sich nicht darum zu bemühen.

Kinderkrankheiten sind sowohl im Leben der Personen als auch in der Geschichte der Organisationen zu erleben. Damit muss man bis zu einem gewissen Grad mit Verständnis und Vergebung umgehen. Aber wenn die Zeit reif ist, machen sich die Leute in der Tat der Verantwortungslosigkeit und des Verrates schuldig, wenn sie auf ihren Fehlern beharren und ihre Rolle nicht entsprechend der historischen Notwendigkeit übernehmen. In diesem Sinne sehe ich es als meine vorrangige Aufgabe an, neben der Vergangenheit der PKK auch ihre Zukunft zu hinterfragen und ihre mögliche Rolle bei den Entwicklungen zu bestimmen. Diese Haltung wird meines Erachtens dazu beitragen, neben der juristischen Beurteilung der Vergangenheit einer sich selbst fesselnden Politik, sogar der Wirtschaft und der Innen- und

Außenpolitik den Weg zu ebnen. Ich glaube, dass eine Demokratische Republik, die auf grundlegenden Menschenrechten und Demokratie basiert, über die jetzt schon diskutiert wird, der Türkei helfen wird, sich in der Region hervorzutun und ihre Führungsrolle zu übernehmen.

Das Beharren auf bewaffnetem Kampf und Ausweglosigkeit bedeutet, das nächste Jahrhundert zu verlieren

Aus dem Prozess von Imrali ist folgende Schlussfolgerung zu ziehen: Wenn die Kurdenfrage im herkömmlichen Sinne und von demokratischen und kulturellen Aspekten losgelöst betrachtet wird, bedeutet das eine Verschärfung des auf einer festen Infrastruktur etablierten Konfliktes und eine Ausweglosigkeit. Ich halte es für sehr gefährlich, nicht für meine Person, sondern für die Zukunft des Landes, dass während des Prozesses eine die Emotionen ausnutzende Haltung eingenommen wurde. Man muss, unabhängig vom Schutz meiner physischen Existenz, die mit großen Gefahren verbundenen Entwicklungen voraussehen. Es handelt sich keinesfalls um eine Drohgebärde. Jedoch sind Entwicklungen möglich, die für jeden, der politisch-strategisch denkt, vorzusehen sind. Ich möchte sie im Folgenden auflisten:

1 - Der bewaffnete und militärische Konflikt wird immer mehr institutionalisiert und fortgesetzt. Die PKK wird diese Angelegenheit jahrelang weiterführen können, weil sie neben den geografisch günstigen Gegebenheiten im Inland und in allen wichtigen Ländern der Welt und an beiden Seiten der Grenzen ihre Stellungen hat, über Erfahrungen verfügt, ihren logistischen Bedarf decken kann, leicht Waffen beschaffen kann, über finanzielle Mittel verfügt, Mitglieder anwerben und zusätzliche Reserven bilden kann. Ein Krieg niedrigen oder mittleren Grades kann leicht fortgeführt werden. Auch das Militär kann aufgrund seiner Erfahrungen und der überlegenen technischen Ausstattung den Krieg länger aushalten und fortsetzen. Die Wahrscheinlichkeit,

dass sich diese militärische Tendenz durchsetzt, ist in der Tat sehr groß. Der Krieg könnte sich über die vergangenen 15 Jahre hinaus auf das kommende Jahrhundert ausdehnen. Natürlich besteht die Gefahr, dass dieser Konflikt noch größere Ausmaße annimmt. Denn die Region ist instabil und für jegliche Allianzen geeignet. Hinzu kommen mögliche weltweite politisch-militärische Konstellationen, die den Konflikt eskalieren lassen könnten. Es ist vielleicht das für Konflikte gefährlichste Gebiet der Welt. Denn hier stoßen viele gegensätzliche Interessen aufeinander. Der Nord-Irak ist ein kleines Beispiel hierfür. Es ist jetzt schon schwer einzuschätzen, wohin das führen wird.

Es ist möglich, dass es zu neuen Verhaltensweisen der Araber kommt, mit oder ohne Saddam. Sie werden ihre Beziehungen zur PKK erweitern, je nach Interessensgegensätzen mit der Türkei. Dabei werden sowohl das Wasserproblem eine Rolle spielen als auch die historisch und wirtschaftlich bedingten Gegensätze. Dies ist eine wichtige Grundlage für die Verschärfung des militärischen Konfliktes. Die Araber werden ihre Aktivitäten mit Unterstützung der befreundeten Staaten durch die Kurden im Allgemeinen, durch die PKK im Speziellen, erweitern und fortsetzen.

Der Iran wird bei seinen historischen und zur Zeit auch noch ideologisch bedingten Gegensätzen mit der Türkei sowohl durch die Hisbullah, aber vielmehr durch die Kurden, die PKK ausspielen und den Konflikt verschärfen. Der Iran wird bei der Fortsetzung des Konfliktes ein wesentlicher Faktor bleiben. Die zur Zeit beschränkten Beziehungen sind mit einem größeren Entwicklungspotenzial verbunden.

Syrien wird insbesondere nach einem Frieden mit Israel seine Gegensätze mit dem Norden, also der Türkei, sowohl wegen des Wassers und der Provinz Antiochia als auch wegen seiner Beziehungen zum Irak und sogar zum Iran auf die Tagesordnung setzen. Dieses Land wird die Kurden, die PKK als die nächsten Verbündeten betrachten und bei der Verschärfung des Konfliktes eine wichtige Rolle spielen.

Israel wird sich nach einem Frieden mit den Arabern noch unabhängiger und intensiver mit den Kurden befassen und seine Beziehung vielleicht in einem größeren Umfang ausbauen.

Hinzu kommt Russland, das seine Gegensätze mit der Türkei in Bezug auf die Turk-Völker, den Kaukasus, den Balkan oder sogar den Nahen Osten immer mehr in den Vordergrund stellt. Es kann seine ablehnende Haltung gegenüber der Türkei wie z. B. zur Zeit in Armenien, Serbien und Zypern ausdehnen. Es wird die Kurden und die PKK ausnutzen wollen und als Supermacht imstande sein, den Krieg zu verschärfen. Der Ausbau der geringen Beziehungen und des Interesses sind unvermeidlich. Dieses Land kann bei der logistischen und technischen Ausstattung beschleunigend mithelfen.

Die Rolle Europas und seines Teils Griechenland ist offensichtlich. Als Gebiete, in denen sich die Kurden und die PKK am meisten etabliert und an Stärke gewonnen haben, werden diese eine umfangreiche, vielseitige Rolle spielen.

Amerika und England halten zwar eine Allianz mit der Türkei, verfolgen aber auch ihre sonstigen Ziele wie z.B. im Irak. Sie versuchen durch den israelisch-arabischen Frieden ihre Beziehungen zur arabischen Welt auszubauen und schließlich wieder Beziehungen zum Iran aufzunehmen. Wie sich das im Nord-Irak abzeichnet, sind die beiden Staaten dabei, ihre Beziehungen zu anderen Staaten zu vergrößern, was mit einem Risiko für die Türkei verbunden ist.

Die zur Zeit eingeschränkten Beziehungen dieser strategischen Machtzentren zu den Kurden und damit zur PKK bergen ein großes Entwicklungspotenzial in sich und sind konfliktverschärfend. Welche Rolle diese auf eigenen Interessen beruhenden Beziehungen in dem Konflikt gespielt haben, ist bekannt, obwohl diese Staaten das offiziell zurückweisen. Die Beziehungen alleine zu den strategischen Außenmächten zeugen von der Dimension dieser Gefahr. Außerdem haben die genannten Mächte, wie wir wissen, in der Vergangenheit oft Bündnisse gegen die Türkei

geschlossen und werden dies auch in Zukunft weiter ausbauen und sogar in Kriegsszenarien übertragen.

Ein weiterer Grund dafür, dass der militärische Konflikt weiter ausgedehnt wird, ist die Wahrscheinlichkeit der Einigung der kurdischen Bevölkerung im Iran, Irak, Syrien, im Kaukasus und überall in der Welt. Diese Einheit ist zum großen Teil durch die PKK verwirklicht worden. Dieser Aspekt ist neu und dessen Beurteilung ist von besonderer Bedeutung. Von der Fläche und der Bevölkerung her sind genügend logistische, personelle, finanzielle und diplomatische Kapazitäten vorhanden, und diese werden erweitert.

Das Gefahrenpotenzial des Konfliktes ist besser zu verstehen, wenn wir uns neben der günstigen geografischen Lage die große Unterstützung der Kurden in der Türkei und die der Anhänger in den Gefängnissen vor Augen halten.

Allein dieser Aspekt, den wir ausführlicher darlegen könnten, zeigt uns, welches Gefahren- und Zerstörungspotenzial dieser bewaffnete, militärische Konflikt in sich trägt, gefährlicher und zunehmend schärfer als in der Vergangenheit. Das ist die größte Gefahr für die Zukunft.

Um einen Vergleich mit der Libanonisierung, der Jugoslawisierung oder Irakisierung in der Vergangenheit zu ziehen, wird die Verschlechterung des Problems in Bezug auf die Menschenrechte und Demokratie die Türkei in die Isolation treiben und zum Werkzeug gefährlicher Szenarien machen. Es ist offensichtlich, dass diese Frage unter günstigen Bedingungen zum Anlass für ein Eingreifen wie im Falle Kosovo genommen wird, weil die kurdische Bewegung, vor allem im Nord-Irak, weltweit ihren Platz eingenommen und sich ihre Institutionen geschaffen hat. Die derzeitigen Bedingungen werden die Gewaltanwendung noch mehr fördern, extrem nationalistische Strömungen stärken und eine härtere Gangart in der Machtausübung der Regierung zur Folge haben.

Eine demokratische Haltung zu den Problemen, allen voran zur Kurdenfrage, ist die einzige Möglichkeit, diese Entwicklung

zu unterbinden. An dieser Stelle kommt der Politik des „Frieden im Lande, Frieden in der Welt“ eine große Bedeutung zu.

2 - An erster Stelle werden die Kurden in der Region, dann alle Kurden im Nahen Osten und in der restlichen Welt von den genannten strategischen Mächten gegen die Türkei aufgehetzt. Die Vertiefung des Krieges und der Ausweglosigkeit wird die Türkei vielleicht zur einzigen Zielscheibe machen. Die Gefahr wird noch größer, wenn die derzeit herrschende Stimmung nicht nachlässt und in Feindseligkeiten ausartet und die religiösen, innerreligiösen, schweren wirtschaftlichen und sozialen Gegensätze hinzukommen. Die Bevölkerung der Region ist, wie wir in der Geschichte und bei der PKK gesehen haben, jederzeit für einen Aufstand prädestiniert, wenn die Probleme ungelöst bleiben. Mit der PKK wird dieser Zustand somit ständig anhalten. Eine durch Misstrauen, Angst, Hass und schwere wirtschaftlich-soziale Krise gekennzeichnete Tragödie ist nicht auszuschließen. Es liegt auf der Hand, dass ein Ausweg aus diesem Zustand noch schwieriger wird, wenn man die vielseitigen technischen Möglichkeiten der Beziehungen und die Überwindung der Jahrhunderte lang abgebrochenen Kontakte für möglich hält. Wenn das Problem weiter verschärft wird, werden die Staaten, die Probleme mit der Türkei haben, allen voran die Nachbarstaaten, sowohl die eigenen Kurden als auch die zu ihnen geflüchteten gegen die Türkei ausspielen, für deren Politisierung sorgen und für ihre Zwecke benutzen. Diese Möglichkeiten sind zur Zeit begrenzt, und diese Staaten warten - wie sie es formulieren - die Zeit nach „APO“ ab und werden in Zukunft ihre diesbezüglichen Pläne auf die Tagesordnung setzen. In Wirklichkeit werden die strategischen Ziele dieser Mächte durch die Existenz meiner Person gestört, und diese wollten mich deshalb nicht aufnehmen, auch wenn sie dadurch angeblich der Türkei einen Gefallen tun wollten. Die Ausspielung der Kurden gegen die Türkei, vor allem die doppelzüngige griechische Haltung ist nicht nur strategischer Natur, sondern aktuell und gefährlich. Der Prozess erfordert daher eine realistische Beurteilung. Es muss bedacht werden, dass eine engstirnige, emotio-

nale, auf Verleugnung basierende Haltung, ergänzt von rechten und rassistischen nationalen Vorurteilen, die Zukunft der Türkei gefährdet. Es ist notwendig, eine richtige, strategisch-politische Haltung einzunehmen.

3 - Die Verschärfung des Konfliktes und der Ausweglosigkeit wird der Wirtschaft schweren Schaden zufügen. Die zur Zeit andauernde Wirtschaftskrise hängt eng mit diesem Problem zusammen. Nicht nur die Militärausgaben, sondern auch die Hindernisse in Bezug auf die Mobilisierung des reichen wirtschaftlichen Potenzials der Region, die lahmgelegten wirtschaftlichen Projekte, die hohe Arbeitslosigkeit und die Kriegswirtschaft wirken sich auf die Volkswirtschaft der Türkei zerstörend aus und verschärfen zunehmend die Krise. Die Volkswirtschaft der Türkei, welche in der Region und im Nahen Osten eine Vorreiterrolle spielen könnte, ist zu einem ausgeplünderten Markt geworden. Es ist offensichtlich, dass die Fortsetzung des Konfliktes und der Ausweglosigkeit diesen Zustand noch weiter verschlechtern und in eine Sackgasse führen wird. Eine Bevölkerung, die unter den Bedingungen des Krieges und des Konfliktes lebt, ist wirtschaftlich gesehen am unproduktivsten und verursacht die höchsten Kosten. Keine Volkswirtschaft kann langfristig diese Bevölkerung tragen, geschweige denn auf den Weg der Entwicklung bringen.

4 - Im Bereich der Bildung und Kultur ist eine Rückentwicklung unumstritten. Im Konfliktzustand wird sowieso keine richtige Bildung vorangetrieben; die derzeitige Bildung leidet unter Qualitätsmängeln. Das bekannte Niveau der kurdischen Sprache, neben den geringen Fortschritten im Türkischen, sind Ursache dafür, dass die Bevölkerung ungebildet und unkultiviert bleibt und in religiöse und traditionelle Denkweisen zurückfällt. Und dies führt wiederum zu Unwissenheit und Angst, zu gesundheitlichen Problemen, sozialen Krisen und zu Konflikten zwischen den Personen, Stämmen und schließlich zu den bekannten Aufständen. Die Fortsetzung und Vertiefung der Konfliktsituation wird die soziokulturellen Probleme zum Wegbereiter vieler unangeneh-

mer Entwicklungen machen und diese Bevölkerung zum gefährlichsten Potenzial werden lassen.

5 - Die Fortsetzung des Konfliktes und der Ausweglosigkeit wird wie in der Vergangenheit insbesondere ein Hindernis für die Demokratisierung in der Türkei bedeuten. Die in der Staatsstruktur erwünschten demokratischen Maßnahmen werden nicht durchgeführt werden können. Folglich wird es zu einer Verdrossenheit und Bedeutungslosigkeit der Politik führen. Egal, unter welchem Namen die Politik, Politiker und politischen Parteien auftreten, werden sie das Schicksal von Gescheiterten teilen. Schließlich betreffen die Grundbedingungen und die Ausweglosigkeit alle gleichermaßen und machen erfolglos.

Diese Situation zeigt ihre Auswirkungen auch auf die zivilen Institutionen und die Medien. Diese entwickeln sich zu Organen, die nicht schöpferisch agieren, sich nicht um die tatsächlichen Probleme der Bevölkerung kümmern und sich dem Volk entfremden. Auch die Gewerkschaften befinden sich in einer ähnlichen Lage.

Die strukturellen Probleme der Gesellschaft nehmen einen krisenähnlichen Zustand an. Die ethischen Werte verfallen. Die Familien lösen sich rasch auf und haben immer weniger Aussicht auf Fortbestand.

Institutionen und Personen, die sich in beschränktem Umfang entwickeln, werden im Zusammenhang mit dem Krieg blockiert. Als Folge dieser Entwicklungen ist auch die Justiz vor große Probleme gestellt. Die Notwendigkeit einer Verfassung und von Gesetzen, die sich auf demokratische Rechte und auf Menschenrechte stützen, wird von Tag zu Tag größer.

6 - Ein krasses Beispiel für die Auswirkungen der derzeitigen Ausweglosigkeit ist im außenpolitischen Bereich zu sehen. Insbesondere Europa setzt den eigenen Willen durch und lehnt unter dem auf eigenen Interessen basierenden Vorwand der Demokratie-Defizite eine Mitgliedschaft in der Europäischen Union ab. Da dieses Problem auf einer demokratischen Basis nicht gelöst wird, kommt es nicht nur im Inland sondern auch im Ausland zu

großen negativen Folgen. Das hindert das Land daran, in dieser Richtung einen Sprung zu machen. Die zunehmende Abhängigkeit, bedingt vor allem durch die Schuldenzunahme, verbaut sogar die Chance, internationale Initiativen zu ergreifen und zu nutzen. Das führt zur Abhängigkeit von bestimmten Mächten und macht das Land für Konfliktsituationen anfällig. Der verwirkte Frieden im Inland erschwert auch den Frieden im Ausland.

Aufgrund der Verschärfung des Problems konnten die umfangreiche Öffnung und die Führungsrolle insbesondere im Nahen Osten, im Kaukasus, auf dem Balkan und in Zentralasien nicht wahrgenommen und genutzt werden.

Die Erklärungen, die im Zusammenhang mit einem schweren Strafprozess zum Ausdruck gebracht werden, scheinen vielen vielleicht sinnlos zu sein. Über den Prozess von Imrali sollen diese Erklärungen jedoch für jede Person und für jede Institution in Bezug auf mögliche Entwicklungen von Bedeutung sein und müssen zur Diskussion stehen. Wenn man die Ergebnisse des Prozesses für eine Lösung tatsächlich nicht nutzt, werden die oben schwerpunktmäßig genannten Aspekte dauerhaft ihre starken Auswirkungen auf die Tagesordnung und die Zukunft der Türkei zeigen. Die Bedeutung des Prozesses ergibt sich aus dem Zusammenhang mit diesen Problemen. Das sind die Wahrheiten, über die viele Menschen schweigen, obwohl sie sie ahnen.

Diese zentralen Punkte legen offen dar, warum wir diesen Zustand des Konfliktes und der Ausweglosigkeit nicht weiterführen können. Das führt uns nämlich in einen Sumpf, aus dem man nicht herauskommt, sondern bei jeder Bewegung weiter versinkt. Das ist die Eigenschaft der Ausweglosigkeit. In einer solchen Situation hat es keine Bedeutung, ob man siegt oder verliert. In diesem Sinne ist es wichtig, die legitimen Forderungen des Aufstands zu berücksichtigen und zusehends die mit Gefahren verbundenen Aspekte zu unterbinden. Die gegenseitigen, falschen und übertriebenen, wiederholten Einstellungen dürfen keineswegs mehr fortgesetzt werden. Denn daraus kann man nichts gewinnen. Durch die Feststellung, dass die realistischen demokra-

tischen und kulturellen Forderungen des Aufstands für das gesamte Land gültig sind, können sie leicht erfüllt werden. In dieser Hinsicht ist es ein Problem, dessen praktische Lösung am leichtesten ist. Es ist nicht Palästina, Kosovo oder Irland.

Wenn sie aus dieser Perspektive betrachtet wird, bietet die Gerichtsverhandlung auf Imrali eine wahre und historische Gelegenheit. Wir sollten diese Gelegenheit ergreifen, damit wir wenigstens das erfahrene Leid und die erlittenen Verluste nicht noch einmal erleben bzw. hinnehmen. Die Zukunft kann keine größeren Krisen und Dunkelheiten ertragen. Ich muss betonen, dass es möglich und unsere einzige Alternative ist, sich anhand der gezogenen Lehren positiv der Zukunft zuzuwenden und die zu dem Nachteil führenden Hauptgründe in Gründe zu verwandeln, die Gewinn bringen.

Die Probleme demokratisch zu lösen bedeutet, die Zukunft für die Türkei zu gewinnen

Die Tatsache, dass gegen mich ein Gerichtsprozess auf Imrali geführt wird, wird auch als die Geschichte eines tragischen historischen Ereignisses bewertet werden, in welchem eine nicht-demokratisierte Gesellschaft und Staatsstruktur und ein sehr schmerzhafter Aufstand einen Abgrund darstellen. Es ist ein kras- ses Beispiel dafür, wohin die ständig unterdrückten Probleme füh- ren können. Während die streng ausgelegten Strafparagrafen in der Durchführung zu spät und weit davon entfernt sind, eine Lösung herbeizuführen, scheint eine demokratische Verfassungs- ordnung um so dringender zu sein. Dass der Prozess mich von Anfang an zur politischen Verteidigung gezwungen hat, ergibt sich daraus. In meiner ersten Verteidigung wird im Grunde genommen die Unverzichtbarkeit einer demokratischen Verfas- sungslösung hervorgehoben. Darüber hinaus wurde dargelegt und klar gemacht, dass mit militärischen Mitteln ein Problem, das historische, kulturelle, politische, soziale und wirtschaftliche Komponenten beinhaltet - und die daraus resultierenden

schmerzhaften Aufstände - nicht beendet werden kann. In unserem Zeitalter ist dies so gut wie unmöglich. Außer einer demokratischen Lösung gibt es keine.

Wir sehen hier die weitsichtige soziologische Feststellung, dass ein historisch reifes Problem auch seine Lösung mit sich bringt, sehr deutlich. Schwere Probleme können nicht gelöst werden, bevor sie nicht herangereift sind und einen schmerzhaften Zustand angenommen haben. Es hat sich endgültig erwiesen, dass das Beharren auf Verweigerung der Lösung zu beiderseitigen Verlusten und Leid führt. Der Punkt, an dem der Staat und die Gesellschaft sagen: „Es reicht!“, ist erreicht. Was die Türkei und die einflussreichen Weltmächte sehen und was auch intensiv diskutiert wird, ist die Tatsache, dass der Prozess auf Imrali den historischen Beginn einer Lösung kennzeichnen könnte. Ich teile diese Meinung und kann zusammengefasst mögliche Lösungswege wie folgt auflisten:

1 - Die Vertiefung der Ausweglosigkeit bei diesem Problem bringt die militärischen und bewaffneten Positionen an einen Punkt, an dem sie sinnlos und verlustbringend sind. Kriege, Aufstände und Konflikte auf jeder Ebene resultieren im Kern aus einem gesellschaftlichen Problem und versuchen, entsprechend der Dimension des Konfliktes, den gordischen Knoten kurz- oder langfristig, im engeren oder weiteren Sinne, schwach oder intensiv zu lösen. Wenn die ethischen und politischen Erfordernisse nicht beachtet werden, kommt es bei der Gewalt zu einer Degeneration und einem Zustand der Grausamkeit. Das während des Prozesses erlebte Leid und die schmerzhaften emotionalen Zustände, was von allen Konfliktparteien noch mehr vorgetragen werden könnte, zeigen neben der Sinnlosigkeit der Gewalt auch deren Nutzlosigkeit.

Es ist verständlich, dass die PKK am Anfang mit demokratischen und kulturellen Zielen, wie es sich jetzt besser verstehen lässt, aufgetreten ist und dass der versperrte politische Weg zu einem Aufstand geführt hat. In diesem Sinne kann auch von der ethischen und politischen Legitimität der PKK gesprochen wer-

den, auch wenn sie nicht legal war. Die Gewalt hatte bis Anfang der 90er-Jahre diesbezüglich Sinn. Wenn auch begrenzt, wurde die Wahrscheinlichkeit einer Lösung bei den demokratischen und kulturellen Rechten möglich. Der nachfolgende Prozess hat jedoch sowohl intern als auch extern in Richtung der Vertiefung der gegenseitigen Ausweglosigkeit und der dauernden Zunahme der damit verbundenen Gefahren eine Rolle gespielt.

Nachdem sich die PKK im militärischen Sinne im In- und Ausland institutionalisiert hatte und sich ein demokratischer Lösungsansatz für die Türkei aufdrängte, hat die Türkei sich für die militärische Lösungsalternative entschieden, was große wirtschaftliche, soziale und politische Probleme mit sich gebracht hat. Die Ausweglosigkeit wurde größer. Eine militärische Lösung war aufgrund des Charakters des Problems nicht denkbar. Das ist inzwischen eingesehen worden. Dass ich aus diesem Grunde den bewaffneten Konflikt beenden will, bedeutet nicht, dass ich mich dadurch retten will. Es geht darum, sich aus dieser gefährlichen und sinnlosen Situation so schnell wie möglich zu befreien. Es ist zugleich das Ergebnis einer richtigen wissenschaftlichen Haltung im politischen und militärischen Sinne zu dieser Frage. Es ist also die Zeit für den Verzicht auf eine bewaffnete Auseinandersetzung gekommen, sofern der Staat die nötige Sensibilität zeigt. Vielleicht ist der Zeitpunkt sogar schon überschritten. Die Grundlage für eine demokratische Lösung ist vorhanden. Und sie erlebt eine unaufhaltsame Entwicklung. Eine gegenseitige Trotzhaltung ist an dieser Stelle unnötig. Eine verantwortungsvolle Haltung ist von großer Bedeutung.

Die Türkei wird dadurch nicht nur die Möglichkeit haben, sich vor großen Gefahren zu schützen, sondern auch die Möglichkeit, dies in eine Quelle der Stärke zu verwandeln. Die militärischen Kriegsführungsmöglichkeiten der PKK im In- und Ausland werden durch die Lösung des Problems in den Dienst der Türkei gestellt werden. Die Gefahr würde wegfallen, dass die Machtzentren, die ihre Politik seit den vergangenen zwei Jahrhunderten unter dem Vorwand der Kurdenfrage aufgezwungen haben, insbe-

sondere wie es sich an ihrer militärischen Positionierung in der kurdischen Formation im Nord-Irak zeigt, durch diese Frage einen ähnlichen Krisenherd wie in Bosnien, Kosovo, Libanon oder Irak herbeiführen. Mit dem Fortschreiten des Zusammenwachsens der Kurden mit der Demokratischen Republik würde sich dies auch im militärischen Sinne von einer Gefahr zu einer strategischen Machtquelle verwandeln. Die Lösung bietet diese große Gelegenheit an. Das würde die größte strategische Investition in die Zukunft bedeuten. Als Gegenleistung werden die natürlichen demokratischen und kulturellen Rechte, die inzwischen überall in der Welt gewährt werden - und auch gewährt werden müssen - und keine Zugeständnisse mehr darstellen, gewährt. Das meine ich, wenn ich von einer leichten und am wenigsten aufwendigen Lösung rede. Was dann passiert, wenn dies nicht geschieht, ist uns durch die Dimension der Gefahren und der Verluste des Erlebten schon bekannt. Der Begriff „der leichteste und der schwierigste Frieden“ zeigt sich hier. Es hängt bei näherer Betrachtung eng mit der Überwindung dieses Konfliktes und der Ausweglosigkeit zusammen, dass die astronomischen Militärausgaben wegfallen, Leid und Verluste ein Ende finden, die Abhängigkeit von vielen anderen Mächten überwunden und eine stärkere Position diesen gegenüber eingenommen wird, die innere Krise überwunden und die wirtschaftliche, soziale, politische und kulturelle Entwicklung vorangetrieben wird. In der Außenpolitik kann die Isolation überwunden werden und auf vielen Ebenen, vor allem in Europa, können neue Positionen besetzt werden. Das Land kann in der Region als Führungsmacht agieren. Der lebenswichtige Kernpunkt der Angelegenheit ist, dass die Türkei mit der Lösung des Problems eine neue Machtstellung gegenüber den Machtzentren ausbaut, die strategisch eine Gefahr darstellen. Mit der Rettung der Zukunft meine ich diese Tatsachen.

2 - Wenn die PKK nicht mehr ein militärisches Problem darstellt, wird der Weg für eine politische Lösung der Kurdenfrage geebnet, wodurch sie auch politisch kein Problem mehr darstellt. Dann wird ein Prozess stattfinden, in dem die Integrität und Ein-

heit des Staates nicht gefährdet, sondern gestärkt wird. Je mehr das demokratische Zusammenwachsen mit dem Staat voranschreitet, desto eher wird die Haltung gegen den Staat aufgegeben. Je mehr die Erfordernisse des legalen Prozesses erfüllt werden und die demokratische Herangehensweise beibehalten wird, umso schneller verlieren die Zentren und Institutionen der PKK im In- und Ausland ihren Sinn und werden keine Gefahr mehr darstellen. Dies wird den Staat aus seiner Ausweglosigkeit befreien und den materiellen und ideellen Kräfteverlust verhindern. Dadurch wird den ausländischen Mächten, die gegen die Türkei sind und denen, die sich in der Türkei aufgrund der jetzigen Situation Profit verschaffen, eine Waffe, die sie benutzen können, aus der Hand genommen, und diese Waffe könnte sogar, wenn sie richtig gehandhabt wird, für die Türkei in eine Stärke verwandelt werden. Ein lösungsorientierter und wissenschaftlicher Umgang mit der politischen Existenz der PKK wird tatsächlich der wichtigste Gewinn der jetzigen und künftigen Türkei sein. Genauso wie die Unterschätzung der PKK zu großen Verlusten und Gefahren geführt hat, wird ihre richtige Handhabung zu großem Gewinn und großen Stärken führen. Die Gegenleistung ist dagegen kein großes Zugeständnis. Durch einige gesetzliche Regelungen sollen die demokratischen Wege für ein Zusammenwachsen und eine Umwandlung geebnet werden. Nach alledem, was passiert ist, sollte es verständlich und praktikabel sein, dass der Staat diese politische Sensibilität zeigt. Eine Erwiderung durch die PKK auf dieser Basis wird nicht schwierig sein. Durch eine radikale und standhafte Herangehensweise gegenüber der PKK wird eine Lösung entwickelt und erreicht werden, was meines Erachtens wichtiger ist als eine Verurteilung nach den Strafgesetzen.

3 - Es ist offensichtlich, dass die kurdischen Volksmassen, die sich in einer Situation des Konfliktes und der Ausweglosigkeit sehr dem Staat entfremdet haben, durch einen solchen Lösungsweg leichter gewonnen werden. Die Kurden, die sich als ein Volk im Nahen Osten am meisten nach einer Demokratie sehnen, wer-

den die ausgestreckte Hand der Türkei für Frieden und Brüderlichkeit, die sowohl in der Geschichte als auch in der Gegenwart auf dieses Volk angewiesen war bzw. ist, annehmen. Dies wird zu einer großen Vereinigung und einem Zusammenwachsen führen. Nicht nur für die Kurden in der Türkei, sondern auch für alle Kurden im Nahen Osten und in der Welt gilt, dass demokratische Errungenschaften am ehesten im Rahmen der Republik der Türkei zu verwirklichen sind. Es darf nicht vergessen werden, dass genauso wie damals in der Geschichte von Malazgirt, Caldiran und Erzurum in den kritischsten Momenten die Freundschaft für den Sieg notwendig war. So ähnlich ist es für den Prozess der Demokratisierung. Nur durch den Weg zur demokratischen Einheit kann die Wiedergewinnung und Verstärkung der verletzten Gefühle durch Vertrauen und Frieden erreicht werden. Eine solche Haltung muss allerdings gegenüber der gesamten Bevölkerung der Türkei eingenommen werden. Allerdings erfordern einige Besonderheiten der Bevölkerung in der Region umfangreiche demokratische, kulturelle, wirtschaftliche und soziale Maßnahmen. Das ist der wissenschaftliche Lösungsweg, um das Problem zu überwinden und einen Aufstand zu vermeiden.

Eine solche erfolgreiche Haltung und Durchsetzung würde bedeuten, dass die Zukunft der Türkei als Land und Staat wegen dieser Probleme der Region von der Kritik befreit wird und sie sich zu einer frischen republikanischen Kraft und einer demokratischen Einheit etabliert. Von einem Gebiet des Machtverlustes wird sie zu einem Gebiet werden, das reich und von freien Mitbürgern bewohnt ist. Es ist die hauptsächliche strategische Aufgabe der Türkei, die Kurden im Nahen Osten für sich zu gewinnen und die gewichtigen und strategischen Gefahren ins Gegenteil umzukehren. Die Kurden als Volk zu gewinnen, bedeutet auch, den Nahen Osten zu gewinnen. So, wie die Türkei in ihrer Geschichte mit Hilfe dieses Volkes gewonnen hat, wird sie aus der heutigen Ausweglosigkeit und dem schmerzlichen Konflikt durch Frieden und Brüderlichkeit mit diesem Volk heraus-

kommen und auch den großen Erfolgen der Zukunft mit diesem Volk entgegensehen.

4 - Die Überwindung des Konfliktes und der Ausweglosigkeit bedeutet wirtschaftlich eine breite Öffnung des Weges für die Entwicklung. Dieses Problem verschlingt nicht nur wegen des Krieges den nationalen Haushalt, sondern führt zu ineffizienten Investitionen, einer ungleichen Entwicklung der Wirtschaft und zur Entstehung einer Schattenwirtschaft mit Kriegsgewinnlern. Das ist die Hauptursache der derzeitigen Wirtschaftskrise. Keine Volkswirtschaft kann auf so vielen Gebieten und auf Dauer einen solchen Krieg ertragen, unabhängig davon, mit welcher Intensität dieser Krieg geführt wird. Mit anderen Worten, die Lösung wird ihre Auswirkungen am meisten auf der wirtschaftlichen Ebene zeigen. Durch die Reduzierung der militärischen Ausgaben bis hin zur Nutzung der reichen wirtschaftlichen Ressourcen der Region und die Lenkung der für den Krieg aufgewendeten Ressourcen auf das GAP-Projekt wird es zu einer gewaltigen wirtschaftlichen Entwicklung in der Region kommen. Die Volkswirtschaft der Türkei im Allgemeinen wird sich zusätzlich zu den Möglichkeiten der Region neue Märkte im Nahen Osten erschließen. Die volkswirtschaftliche Produktivität und Einheit wird genauso viele Erfolge bescheren wie die politische Einigung. Man sieht, wie sehr die wirtschaftliche Befreiung der Türkei sowie ihre Vormachtstellung in der Region und ihre Erfolge von der Lösung dieses Problems abhängen und der durchschlagende Erfolg in der Zukunft nur auf diesem Weg erreicht werden kann.

5 - Durch diesen Prozess wurde besser verstanden, dass die praktischste Lösung der Kurdenfrage unter den politischen Bedingungen der Türkei und in ihrem Verfassungsrecht in der Gewährung der demokratischen und kulturellen Rechte liegt, dass diese Krise nur so überwunden werden kann und mit Gewalt nichts mehr zu erreichen ist. Die demokratische und kulturelle Identität muss richtig verstanden werden. Diese unterscheidet sich von der politischen Identität. Vielmehr bedeutet dies eine demokratische Einigung mit dem Staat auf der Grundlage von freien Bürgern

und von einer freien Gesellschaft. Die kulturelle Identität bedeutet das Bekenntnis zu der eigenen historisch entstandenen Existenz. Diese Rechte sind in der heutigen Welt die mehr oder weniger praktizierten Menschenrechte. Die historische Konzeptlosigkeit in der kurdischen Gesellschaft, die daraus resultierenden Ängste und Befürchtungen, und die Meinung, die Aufstände seien der einzige Weg, haben bei dem Problem in der Türkei eine Rolle gespielt. Die praktische Lösung ist, dass türkische nationale Werte, allen voran die türkische Sprache als Hauptsprache im Erziehungswesen, vermittelt werden und Kurdisch als Sprache für freie Äußerung und Bildung eingeführt wird. Es ist sogar auch ein Erfordernis der Verfassung, dass beide Sprachen je nach Bedarf gelernt werden. Das Verbot der Sprache ist ein Verstoß gegen die Verfassung. Eine demokratische Entwicklung ist ohnehin ein allgemeines Problem der Türkei. Mit der raschen wirtschaftlichen Entwicklung wird die Auflösung der feudalen gesellschaftlichen Strukturen beschleunigt. Wenn die Bevölkerung in der Region das Problem der Demokratisierung und der kulturellen Selbstverwirklichung auf dieser Basis überwindet, dann wird die Einheit des Landes und des Staates davon keinen Schaden nehmen. Ganz im Gegenteil, es kommt zu einer freiwilligen und unverzichtbaren Einheit. Unterdrückung schürt stets die Trennung. Wenn überzeugend dargestellt wird, dass die Interessen der Bevölkerung in der Einheit des Landes und des Staates liegen, dann wird keiner an eine Loslösung denken. Ein anderes Verständnis von der Einheit außer diesem ist zum Scheitern verurteilt.

Diese Art der Lösung wird nicht nur der Konfliktbewältigung dienen, sondern auch die Gewalt als extrem und nutzlos erscheinen lassen. Die durchlebte Situation hat uns das in ausreichendem Maße gezeigt. Dass sich die Bevölkerung der Region mit ihrer demokratischen und kulturellen Identität der nationalen Einheit anschließt, bedeutet zugleich eine stärkere Demokratisierung der Republik. Die freiwillige Verinnerlichung einer gemeinsamen Heimat und eines gemeinsamen Staates ist die größte Macht. Die

Ängste und Befürchtungen der Vergangenheit werden so überwunden und das Vertrauen in die Zukunft unerschütterlich sein.

6 - Die demokratische Lösung des Problems, das seit der Gründung der Republik zu einem Hindernis der Demokratisierung gemacht wurde und sich weiter verschärfte, wird bei der Demokratisierung der politischen Struktur der Türkei allgemein eine Schlüsselrolle spielen. Auf diese Weise wird das Problem seine Eigenschaft verlieren, Grund für die Ausweglosigkeit der demokratischen Politik zu sein. Der politischen Engstirnigkeit und Rückständigkeit liegt die Ausweglosigkeit in dieser Frage zugrunde. Der Zusammenhang damit, dass die politischen Parteien und das Parlament ihre Rolle nicht in ausreichendem Maße gespielt haben, ist offensichtlich.

Die Ausweglosigkeit, der ständige Aufstand und die darauf folgende Zeit sind das Haupthindernis für die Demokratie der Türkei. In diesem Zusammenhang wird die Demokratisierung der Bevölkerung der Region in den politischen Strukturen der Türkei eine Kettenreaktion auslösen. Die Einheit und die Macht des Staates werden durch diesen demokratischen Vorsprung vieles gewinnen. Die Politik wird nicht mehr als Mittel für den Rentengewinn genutzt, sondern wird sich zu einer hoch geschätzten Institution, die kreative Funktionen hat, verwandeln.

Durch diese Entwicklungen wird auch ein demokratisches Verfassungsrecht die Entwicklungsmöglichkeit bekommen. Die Demokratisierung der Politik wird sich sehr schnell in der Demokratisierung des Verfassungsrechts widerspiegeln. Die Einheit der Politik und des Rechtes wird der Garant für ein demokratisches Regime sein.

Kurzum, eine demokratische Lösung des Problems ist der Schlüssel für die Lösung aller inneren Probleme und damit die Grundlage für den Gewinn der künftigen Türkei. Die Türkei, die ihre inneren Probleme auf diese Weise löst, wird die Fähigkeit erlangt haben, im Ausland einen Sprung nach vorn zu machen.

7 - Der demokratische Lösungsweg in Bezug auf den Konflikt und die Ausweglosigkeit im Inland wird seine Auswirkungen ins-

besondere auf die Öffnung nach außen zeigen. Jeder außenpolitische Schritt der Republik der Türkei, die ihre schweren wirtschaftlichen und politischen Probleme gelöst hat und eine starke wirtschaftliche und demokratische Struktur aufweist, wird unvermeidlich Erfolge mit sich bringen. Vor allem wird die Mitgliedschaft in der EU kein Problem mehr sein und sogar verwirklicht werden.

Die Türkei wird sich mit der aus ihrer Position einer regionalen Führungsmacht resultierenden Macht stärker behaupten können. Insbesondere wird die regionale Freundschaft der Kurden eine große Stütze für den Ausbau ihrer regionalen Macht sein. Wie es in der Geschichte immer wieder der Fall war, wird diese Rolle der Kurden auch in Zukunft die Basis dafür sein, im Nahen Osten im Recht zu stehen und stark zu sein. Die Kurden werden nicht mehr als strategische Gefahr, sondern als eine Hauptmacht, auf die sich gestützt wird, gesehen.

Auf dieser Grundlage wird der Weg geebnet, Macht vom Balkan über den Kaukasus bis nach Zentralasien auszubauen. Eine demokratische Reorganisierung der Beziehungen bildet, ähnlich wie für die strategische Machtstellung in der Geschichte, einen Hauptschritt für den Beginn eines demokratischen Prozesses. Dass dies bisher nicht verwirklicht worden ist, hat zum Verlust eines Teiles des Misak-i Milli, zu einem nach innen gerichteten Rückzug und einem Machtverlust geführt. Der Prozess auf Imrali hat ganz offen gezeigt, dass man in eine Krise gerät, solange es möglich ist, bei regionalen Konflikten mit der Türkei von den Kurden zu profitieren. Die Beendigung dieser Ausweglosigkeit und dieses Konfliktzustands sowie das Erreichen des erwarteten demokratischen Sprunges nach außen bedeuten also den Gewinn der Zukunft. So, wie die Konzeptlosigkeit zu großen Verlusten führt, wird die Lösung einen großen Gewinn bringen.

Schlussfolgerung: Der Entwicklungsprozess von Imrali kann ein historischer Neuanfang werden

Der Prozessverlauf auf Imrali kann, wie in Grundzügen dargelegt, in Bezug auf den Beginn einer neuen Phase als historische Chance bewertet werden. Jede Gesellschaftsordnung in der Geschichte ging aus einem wichtigen Konflikt hervor. Ich bin davon überzeugt, dass das Ergebnis dieses Konfliktes und Aufstands die demokratische Gesellschaftsordnung der Zukunft sein wird. Es ist unausweichlich, dass das Beharren auf Konflikt und Ausweglosigkeit die negativen geschichtlichen Entwicklungen vertiefen wird, und dass eine positive und auf eine Lösung hin orientierte Haltung die Auseinandersetzung beenden und damit zu einer Situation des dauerhaften Friedens und der Brüderlichkeit führen wird. Aus diesem Grund hat es eine große Bedeutung, dass wir unser Leid und unsere Verluste nicht zu einem Mittel der Rache, sondern zum Anlass für eine Lösung und einen Frieden nehmen. Wir sollten überlegt und logisch handeln und somit unsere Verluste und Gewinne richtig bewerten. Wenn wichtige gesellschaftliche Probleme nicht gelöst werden, dann führen diese stets zu Leid und Verlusten. Wenn wir uns die Ereignisse in der Geschichte und in der Gegenwart vor Augen führen, werden wir viele schwerwiegende Beispiele dafür finden.

Es ist notwendig und möglich, diesem letzten Aufstand, der unter der Führung der PKK geführt wurde, diesem Konflikt ein tatsächliches „Ende“ zu bereiten. Das muss im Lichte der richtigen Bewertung der Aufstände, die aus einem langen historischen Prozess resultieren und wichtige gesellschaftliche Ursachen haben, sowie den daraus zu ziehenden Lehren geschehen. In meiner Verteidigung habe ich versucht, die Argumente im Wesentlichen darzulegen. Ich muss auf jeden Fall betonen, dass ich - auch wenn Defizite und Fehler vorhanden sein könnten - den richtigen Weg gezeigt habe. Davon bin ich genauso überzeugt, wie ich entschlossen und aufrichtig bin. Der wissenschaftliche und demokratische Inhalt meiner Herangehensweise ist unumstritten. Es soll

nicht als ein Zeichen der Ausweglosigkeit oder Schwäche gewertet werden, dass ich meine Verteidigung nicht nach den Gesetzen, sondern nach dem Aspekt der ethischen und politisch demokratischen Werte und einer diesbezüglichen Lösung ausgerichtet habe. Es soll als ein Meilenstein in der historischen Entwicklung angesehen werden. Es soll auch als Resultat unserer großen Erfahrung bewertet werden, dass eine andere Haltung die Ausweglosigkeit nur verschärfen würde.

Was ich ab jetzt in meinem Leben machen kann, ist, mit dem starken und treuen Volk zusammen einen neuen Prozess des Friedens und der Brüderlichkeit zu schaffen. Es ist von historischer Bedeutung, unser entschlossenes Versprechen für eine Demokratische Republik in diesem Sinne zu bewerten. Ich werde zweifelsohne die Erfordernisse hierfür erfüllen, soweit ich die Gelegenheit dazu finde. Die Glaubwürdigkeit meiner Worte wird sich nur dadurch zeigen, dass sie in der Praxis bewiesen wird.

In dieser Hinsicht spielt die Sensibilität des Staates ohne Zweifel die entscheidende Rolle. Ich halte die Erklärung der Abteilung für Terror- und Nachrichtendienst des Generaldirektoriums der Polizei nach dem ersten Tag der Verhandlung für wichtig. Sie erschien am 2. Juni 1999 in der Zeitung „Cumhuriyet“ wie folgt: „Es sind keine Zugeständnisse an die PKK, wenn man einige Schritte zur Lösung des Südost-Problems macht. Die Öffentlichkeit muss darauf vorbereitet werden. Hierbei stehen die Medien vor großen Aufgaben. Es sind schon große Entwicklungen, wenn der Staat einen positiven Schritt unternimmt und dadurch die Vorfälle um fünfzig Prozent zurückgehen (...) Der Staat geht an das Problem nicht mit Rache- und feudalen Gefühlen heran, sondern wissenschaftlich. Wenn eine endgültige Lösung des Problems möglich erscheint, dann nimmt der Staat keine Trotzhaltung ein. Er wird nach den Resultaten aus diesem Prozess einige demokratische und kulturelle Schritte einleiten und damit diese Sache beenden. Das türkische Volk hat keine Tragkraft mehr, weiterhin mit dem Terror zu leben.“

Hier sind wir mit einem besonderen Beispiel eines verantwortungsbewussten und sensiblen Staates konfrontiert. Wenn diese Haltung in die Praxis umgesetzt wird, kommt es dadurch zu den erwünschten Entwicklungen. Der einseitige Waffenstillstand vom 1. September 1998 hat die Zusammenstöße nicht nur auf fünfzig Prozent, sondern um viel mehr gesenkt, weshalb wir in dem Entwicklungsprozess von Imrali ausdrücklich darauf eingingen. Zu dieser Entwicklung kam es nicht von selbst oder aufgrund der Schwäche. Dies konnte nur durch eine verantwortungsbewusste Haltung, die Erfordernisse des Beginns eines neuen Prozesses sowie durch die Sensibilität des Staates und unsere Erwidern im Rahmen unserer Möglichkeiten verwirklicht werden. Ab jetzt ist es nötig, dass diese Schritte, wie in der erwähnten Erklärung zum Ausdruck gebracht, eingeleitet werden, dass die PKK ihren bewaffneten Kampf beendet und diesem Fall ein Ende gesetzt wird. Ich möchte anmerken, dass ich davon überzeugt bin, dass ich durch den Gebrauch meines moralischen Einflusses meine diesbezügliche Rolle erfolgreich spielen werde. Tatsächlich ist die Tragkraft unseres Volkes erschöpft.

Der Weg zur Lösung unserer Probleme geht nun über die Entwicklung des demokratischen Systems und der Festlegung seiner Grundlagen. In diesem Punkt lässt die Rede des Vorsitzenden des Verfassungsgerichtes anlässlich des 37. Jahrestages auf einiges hoffen und zeigt in die richtige Richtung. Daraus einige Zitate:

In der Republik der Türkei, die einen auf Menschenrechte achtenden, demokratischen, laizistischen und sozialen Rechtsstaat darstellt, müssen die Menschenrechte und -freiheiten im Einklang mit zivilisierten und internationalen Maßstäben geschützt und entwickelt werden.

Eine weitere Einschränkung in der freien Meinungsäußerung hängt mit der Frage der Sprache zusammen. Im Paragraf 26, Absatz 3 heißt es: ‚Eine Sprache, die nach Gesetz verboten ist, kann bei der Meinungsäußerung und -verbreitung der Meinung nicht ausgeübt werden.‘ In der Europäischen Menschenrechtskonvention gibt es jedoch keine einschränkende Regelung in Bezug

auf die Nichtausübung einer Sprache bei der Meinungsäußerung und -verbreitung.

Die Bemühungen, die in der Verfassung und in den Gesetzen verankerten Einschränkungen und Verbote aufzuheben und bezüglich der Menschenrechte das Niveau in den zivilisierten Demokratien zu erreichen, gehen weiter. Unsere Medien, zivile Gesellschaftsorganisationen und Wissenschaftler bringen Vorschläge dahingehend ein, in der Verfassung den Aspekt der Freiheit der Meinungsäußerung auszudehnen. Somit hoffen wir, dass durch die Meinungsbildung in der Politik und in der Öffentlichkeit eine Änderung der Verfassung verwirklicht werden kann. Das die Menschenrechte betreffende Rechtssystem, welches als Maßstab für den Grad der Zivilisation gesetzt und verstanden wird und international eine große Verbreitung gefunden hat, muss in unseren Gesetzen umgesetzt werden. Aufgrund der internationalen Abkommen müssen unsere Verfassung und Gesetzgebung überprüft werden und die in diesen Abkommen vorgesehenen internationalen Standards in unser Rechtssystem übernommen werden.

Diese Zeilen deuten auf die Grundlagen der demokratischen und kulturellen Rechte hin und zeigen einen Lösungsweg. Das ist die eingeschlagene Richtung, und sie ist auch eine Notwendigkeit für eine zeitgenössische und demokratische Zivilisation, die früher oder später entwickelt wird. Die Demokratische Republik der Türkei und ihre demokratische Verfassung werden der konkrete Ausdruck hierfür sein.

Auch wenn ich nach Paragraph 125 des Strafgesetzbuches verurteilt werde, betone ich meine Überzeugung, dass ich in ethischer und politischer Hinsicht von der Geschichte freigesprochen werde. Ich begrüße und halte es für eine ehrenvolle und tugendhafte Aufgabe, mich für einen stolzen und gerechten Frieden in den Dienst der Demokratischen Republik zu stellen.

Hochachtungsvoll
ABDULLAH ÖCALAN

Verteidigungsschrift an das Berufungsgericht

Sehr geehrter Präsident, sehr geehrte Richter,

seit der Zeit des Prozesses auf Imrali 1999 findet in der Türkei eine intensive Diskussion über Demokratie und die Frage statt, wie eine ihr angemessene Verfassung beschaffen sein müsse. Ich bin der Überzeugung, dass beide Fragen eng miteinander verbunden sind. Die Unfähigkeit der Republik zur organischen Entwicklung in demokratischer Hinsicht und zur Ausgestaltung einer entsprechenden Verfassung und Rechtsordnung führte zu diesem letzten kurdischen Aufstand, als dessen Anführer mir der Prozess gemacht wird. Da sich ein Großteil der Geschichte der 75-jährigen Republik auf immer ähnliche Art und Weise wiederholte, zeigt sich nunmehr deutlich, dass Aufstände, Niederwerfung und Vernichtung keine Mittel zur Problemlösung sind, sondern in Ausweglosigkeit führen. Die mit dem Prozess sich stetig vertiefende Diskussion um eine demokratische Verfassung sucht nach einer wirklichen Klärung und Lösung, welche unumgänglich ist. Wie groß der Schmerz und die Verluste auch sein mögen, der Geist der demokratischen Zivilisation erfasst dieses Zeitalter nicht und mehr noch, dieser wurde dem Volk auf demagogische Art und Weise in Form einer unechten Demokratie aufgedrängt.

Daher entsprach es meiner Erwartung, dass sich endlich durch eine objektive Diskussion aller Entwicklungen, allen voran der auf die kurdische Identität zurückzuführenden Aufstände, die das Rechtssystem an seine Grenzen brachten, und durch die Beachtung der Rechtsordnung eines Verfassungsstaates und deren praktischer Umsetzung, auch wenn dies mit innerem Widerstreben erfolgt, zumindest der Glaube an die grundlegende Philosophie eines universalen und demokratischen Rechts zeigen und sich dies, wenn auch in Grenzen, auf meinen Prozess auswirken würde. Dies ist die Voraussetzung für eine unabhängige Gerichtsbarkeit.

Sowohl die Anklageschriften der Staatsanwaltschaft als auch das Urteil des Gerichts sind Ausdruck der klassischen Haltung zu dieser Frage. So sehr hiermit die Verbundenheit zu den Gesetzen der Republik demonstriert wurde und dies auch die Aufgabe dieser Stellen war, so hätten in diesem Verfahren, das so sehr die Grenzen des formalen Rechts sprengt und an sich verfahrenssoziologisch im Rahmen eines Kriegsrechts behandelt hätte werden müssen, sowohl die Grundlagen dieses Verfahrens als auch universale Rechtsgrundsätze zur Sprache gebracht werden müssen, welche in ähnlichen Konfliktlagen zur Anwendung kamen, selbst wenn die Vorfälle ungesetzlich waren. Oder zumindest hätten hieraus resultierende Entscheidungen, auch wenn sie sich nicht direkt auf diesen Prozess ausgewirkt hätten, herangezogen werden müssen. Dies hätte zur Klärung eines zukunftsorientierten Lösungsweges beigetragen.

Es hätte sowohl auf die Auswirkungen von derartig viel Schmerz und Blut, von materiellem und ideellem Verlust auf die Ethik und Grundpolitik der Republik als auch auf deren Auswirkungen positiver wie negativer Art auf einen Demokratisierungsprozess hingewiesen werden müssen. Die Chance, auch in rechtlicher Hinsicht aus derartig großen Ereignissen Lehren zu ziehen, wird vertan, wenn man sich mit einem Abdruck der Ereignisse begnügt und wenn versucht wird, dieser Ereignisse durch die Anwendung klassischer Strafvorschriften Herr zu werden. Wenn

dieses Rechtssystem nicht in der Lage war, ein derartig umfassendes Ereignis, d.h. einen Aufstand, der über Jahre anhielt und die gesamte Gesellschaft, ja sogar die ganze Welt erschütterte, zu verhindern, so muss auch dessen Verantwortung hierfür erkannt und, falls notwendig, der Mut zu einer Selbstkritik aufgebracht werden. Dies hätte zu einem Überdenken des formalen Rechts und zu der Erkenntnis geführt, dass eine neue Rechtsordnung unumgänglich ist, und zur Gestaltung eines lösungsorientierten Rechts beitragen können. Die Geschichte vieler Länder ist voller Beispiele dieser Art.

Ich habe versucht, meine Verteidigung auf dieser Grundlage zu entwickeln. Ich habe große Sorgfalt darauf verwandt, sowohl an die Ideologie und das Programm aus der Entstehungsphase der Organisation, in deren Namen ich gehandelt habe, als auch an ihre entwickelte Aktionsstruktur objektiv und kritisch heranzugehen.

Obwohl ich die in der Organisation in den letzten Jahren stattgefundenen Transformationen, die Notwendigkeit der Beendigung einer von mir nunmehr für sinnlos gehaltenen Gewalt angelehnt an politikwissenschaftliche Kriterien und das Bemühen um eine Umwandlung nach demokratischen Grundsätzen einschließlich entsprechender Belege dargelegt habe, wurde all dies nicht berücksichtigt. Ich habe unmissverständlich aufgezeigt, dass Methoden außerhalb eines demokratischen Systems, welches ich als einzige Garantie dafür ansehe, dass dieser letzte der kurdischen Aufstände, die sowohl in den letzten fast zwei Jahrhunderten schon Tradition hatten als auch ideologisch vom Realsozialismus nicht wenig beeinflusst waren, auch wirklich der letzte sein wird, keine Wirksamkeit entfalten und lediglich negative Folgen haben.

Ich habe die historische Notwendigkeit und den Sinn einer praktischen Umsetzung der Grundwerte einer demokratischen Zivilisation, die an der Schwelle zum Jahr 2000 ihren universalen Sieg auf historischer Grundlage bewiesen haben, zur Lösung aller fundamentalen Probleme wie die der Überzeugung, Meinung, kul-

turellen Identität und sogar diejenigen Probleme sozioökonomischer und politischer Art auch in der Türkischen Republik versucht darzulegen.

Ich habe meine Verteidigung unter dem Titel „Manifest einer demokratischen Lösung“ als Beitrag zur Lösung der kurdischen Frage und als Teil einer allgemeinen Lösung in Buchform veröffentlichten lassen.

Ich denke, dass vor dem Kassationsgerichtshof meine Verteidigung und die dazugehörigen Dokumente tiefergehend analysiert werden. Obwohl auch meine Verteidigerinnen und Verteidiger selber an der Verhandlung teilnehmen und unter Einbeziehung der letzten Entwicklungen eine Verteidigung vortragen werden, empfinde ich es als eine historische Notwendigkeit, meine Überlegungen zu einer demokratischen verfassungsrechtlichen Lösung darzulegen, da ich der Überzeugung bin, dass durch dieses Verfahren auf Imrali ein Beitrag zu den Diskussionen um eine Demokratische Republik und deren Verfassung geleistet wird. Dies empfinde ich unter Berücksichtigung der Wichtigkeit meines Prozesses in Anbetracht der Ansprachen des Präsidenten des Verfassungsgerichts und des Präsidenten des Kassationsgerichtshofs zu Beginn des neuen Gerichtsjahres zum Thema Demokratisierung der Republik und ihrer Rechtsordnung nicht nur als meine Verantwortung, sondern als meine Pflicht.

Ich bin nach wie vor der Überzeugung, dass die von mir im Prozess erwähnten Dienste für eine Demokratische Republik auf der Basis von Frieden und Völkerverständigung und die daraus resultierenden Aufgaben, die jedem Menschen zufallen, für mich selber noch viel schwerwiegender sind, und ich bemühe mich diesbezüglich, alles Notwendige zu tun.

Meine Verteidigung vor dem Kassationsgerichtshof wird meine Verteidigungsschrift aus der ersten Instanz zur Grundlage haben.

Darüber hinaus werde ich Dokumente der unternommenen Schritte hinsichtlich der jetzigen Phase sowohl zur Beendigung des bewaffneten Kampfes als auch zur legalen demokratischen Transformation der Organisation PKK einreichen. Meine Verteidi-

gerinnen und Verteidiger sind eher in der Lage, zu diesen Punkten eine umfassende rechtliche Argumentation anzuführen.

Ich bin mir der Pflicht bewusst, zu einer Klärung sowohl der mit dem Gerichtsurteil einhergehenden breiten Diskussion in der Öffentlichkeit als auch der Frage beizutragen, welche Auswirkungen dieses Verfahren auf die Demokratische Republik und deren verfassungsrechtliche Verankerung haben sollte. Meine Überzeugung, dass mir bei der Umsetzung der durch die Ansprachen des Präsidenten des Verfassungsgerichts und des Präsidenten des Kassationsgerichtshofs jedem einzelnen Menschen auferlegten Aufgaben die größte Verantwortung zukommt, ist gestärkt worden.

Schon jetzt habe ich zum Teil eingelöst, was ich vor Gericht als meinen Dienst für eine Demokratische Republik auf der Basis von Frieden und Völkerverständigung bezeichnet habe, und ich möchte noch einmal meine Überzeugung und Entschlossenheit bekräftigen, dass ich in der vor uns liegenden Periode diesen Weg vollständig realisieren werde.

Die Verletzung internationalen Rechts spielt in meinem Prozess eine große Rolle. Bei meiner Übergabe an die Türkei haben viele europäische Länder, allen voran Griechenland, selbst ihr nationales Recht missachtet und unter Voranstellung eigener staatlicher Interessen und solcher der Regierungen, die im Einzelnen noch aufgedeckt werden müssen, Methoden des Komplotts zu ihrer Handlungsgrundlage gemacht. Dies habe ich in einem Brief, den ich in einer der Hauptverhandlungen auf Imrali dem Gerichtspräsidium übergeben habe, als eine den heutigen Verhältnissen entsprechend aktualisierte Version der während des kurdischen Aufstands von 1925 von England praktizierten Politik bewertet.¹⁶ Aus diesem Grund habe ich mein Bemühen dargelegt, diese Politik ins Leere laufen zu lassen, indem ich seit 1993 einen

16 Während der Gründungsphase der Republik begann England wegen der Erdölvorkommen in den Gebieten Mosul-Kirkuk den Kurdenaufstand unter Führung von Scheich Sait 1925 als politischen Spielball zu benutzen und die Republik durch an Sultanat und Kalifat angelehnte Aufstände in Gefahr zu bringen.

Dialog mit der Türkei anstrebte, da es nötig war, das Problem weg von den Methoden der Gewalt auf eine politische Ebene zu heben.

Meine Einstellung zu dem Prozess ist aufs Engste mit dieser existenziellen Realität verbunden. Meiner Überzeugung nach besteht keine einzige rechtliche Vorschrift unabhängig von den grundlegenden politischen Realitäten eines Landes. Das Gericht hat sich mit dieser Angelegenheit nicht in der ihm angemessenen Art auseinandergesetzt. Ich bin nach wie vor der Meinung, dass bei meiner rechtswidrigen Übergabe an die Türkei nicht die freundschaftlichen Beziehungen zur Türkei und ihre Interessen eine Rolle spielten, sondern die Absicht, den Konflikt in eine Sackgasse zu führen und die Türkei in ein noch größeres Abhängigkeitsverhältnis zu diesen Ländern zu bringen. Es ist wichtig, dass aus den Fehlern der bisherigen Verhandlungen Lehren gezogen werden und der Prozess auf der Grundlage des Einsatzes für einen freien Zusammenschluss des Landes und für eine Demokratische Republik stattfindet.

Die Anwendung des Paragraphen 125 des Türkischen Strafgesetzbuches in meinem Prozess halte ich für zu eng und technisch. Sowohl der wohl größte Aufstand der Republik als auch seine grundlegenden historischen, sozialen und politischen Gründe kommen so nicht zur Sprache. Ich bin der Überzeugung, dass ein Blick auf den Umgang und die Lösung ähnlicher Konflikte und Ereignisse, die in etlichen, heutzutage modernen Ländern in ihrer Geschichte aufgetreten sind, von existenzieller Wichtigkeit ist. Ein Vergleich mit derartigen historischen Beispielen würde eine objektive Annäherung eher ermöglichen als ein Prozess, der sich auf enge, formalrechtliche Aspekte beschränkt.

Quelle meiner grundlegenden Bedenken war, dass die in der Geschichte der Republik aufgetretenen Ereignisse dieser umfanglichen Qualität dazu nötigen, endlich in wissenschaftlicher Art aufgegriffen zu werden, und dass eine rein formalrechtliche Einstellung zu keiner Lösung, sondern sogar weiter in die Sackgasse führen würde.

Das von mir hiergegen gesetzte Herangehen war das einzig richtige und besteht darin, diesen Aufstand wirklich als das letzte umfassende Ereignis dieser Art und dieses Jahrhunderts in die Geschichte eingehen zu lassen, indem wir alle Lehren hieraus ziehen und uns im neuen Jahrhundert an der Übereinstimmung freier Individuen und einer freien Gesellschaft, an einer demokratischen Lösung, beruhend auf Konsens, und an der demokratischen Entwicklung der Republik orientieren.

Der wichtigste Punkt, der aus einem Aufstand resultiert, der das klassische Recht der Republik so an seine Grenzen brachte, konnte kein anderer sein als ein neuer verfassungsrechtlicher Ausdruck einer Demokratischen Republik.

Die Rechte freier Individuen und einer freien Gesellschaft können nur durch eine derartige demokratische Verfassung entstehen.

Meine moralische und politische Legitimation bei der Verurteilung des alten formalen Rechts besteht in der Entwicklung dieses demokratischen Rechts, so utopisch es auch sein mag.

Ich bin überzeugt davon, dass sowohl die individuelle als auch die gesellschaftliche Problemlösung und Befreiung hierin angelegt sind. Aber meine Haltung ist nicht sonderlich ernst genommen worden. Ich gehe davon aus, dass sich das Recht auf die konkrete, materielle Realität stützt. Es existieren eine Reihe von Ereignissen und Tatsachen, die noch nicht beendet sind und sich in einem Zustand fortgesetzter Bewegung befinden - immer noch. Selbst diese Realität belegt die Ineffizienz des bestehenden Rechts sehr klar. Es findet eine Diskussion um Menschenrechte und Demokratie statt, die mit keiner vorangegangenen Periode in der Geschichte der Republik vergleichbar ist. Von den bekanntesten Juristen wird nicht nur das Verhältnis zwischen Demokratie und der bestehenden Verfassung diskutiert, sondern sogar, inwiefern die aktuelle Verfassung selber einem Rechtsstaat im Wege steht.

Eine der Hauptaussagen meiner Verteidigungsschriften besteht darin, dass die Kurden, die eine Realität sind, als fundamentaler Bestandteil bei der Gründung der Republik eine Rolle gespielt haben, ungeachtet dessen, dass sogar ihre Existenz als Kurden im Unabhängigkeitskrieg und bei der Gründung der Republik immer gelehnet wird. Es ist nicht weiter schwierig, meine Behauptung auch in den Erklärungen und Direktiven des Gründers der Republik, Atatürk, bestätigt zu finden. Die Anwesenheit der Repräsentanten der Kurden in der ersten Großen Nationalversammlung der Türkei belegt diese Tatsache ebenfalls. Als aber in dieser Zeit, während der sich die Republik noch in ihrer Gründungsphase befand, England aufgrund der Erdölvorkommen in den Gebieten Mosul-Kirkuk begann, die Kurden als politischen Spielball zu benutzen und die Republik durch an Sultanat und Kalifat angelehnte Aufstände in Gefahr geriet, wurde alle Aufmerksamkeit auf die innere Sicherheit der Republik konzentriert. Die völlige Niederschlagung dieser Aufstände geschah nicht wegen deren demokratischer Ausrichtung, sondern wegen ihrer Gegnerschaft zur Republik und aufgrund der Befürchtung, sie würden die Republik als solche in Gefahr bringen. Auch gegen die Aufstände der Kurden, die eine ethnische und religiöse Basis hatten, wurde aus diesem Grund vorgegangen. Das Ziel war der Schutz der Republik.

Das hierbei zur Anwendung gelangte Ausmaß von Gewalt ist diskussionswürdig. Auch die nach der Niederschlagung der Aufstände eingenommene Haltung ist zu kritisieren. Aber die Aufstände in der Phase der Republikgründung und die doppelte Rolle, welche die Kurden spielten, muss mit Nachdruck vor Augen geführt werden. Es war einer der größten Fehler und ein Desaster, unter dem Vorwand möglicher Aufstände ein extremistisches Nationalverständnis auf die gesamte Geschichte der folgenden Republik auszudehnen. Es ist eine Tragödie, dass die durchgeführten Maßnahmen bis hin zu einem Sprachverbot für die bei der Gründung der Republik fundamental mitwirkenden Menschen führte, welches in der Geschichte seinesgleichen sucht.

Ich glaube nicht, dass eines der fundamentalen Ziele des Gründers der Republik, Atatürk, hierin bestand. Bei der Gründung war der Fortbestand der Republik eine der Hauptsorgen. Jeder Betrachtungsweise eines Problems lag diese Sorge zugrunde, und das ist auch verständlich. Atatürk unternahm zwei Versuche einer Demokratisierung, und dass er bei diesen Versuchen erfolglos blieb, kann nicht nur mit seiner autoritären Art erklärt werden. Der Grad sozialer Entwicklung und inkompetente Kader spielten bei der Erfolglosigkeit eine objektive Rolle. Es kommt hinzu, dass die Möglichkeiten, welche die Republik der Wissenschaft einräumte, Keimzellen zur Herausbildung freier Individuen waren. Dies stellt eine der wichtigsten Entwicklungen im Unterbau der Demokratie dar. Es ist offensichtlich, dass Atatürk in der Zivilisation den angemessenen Ausdruck seines Ziels einer modernen Zivilgesellschaft erblickte. Deren Verwirklichung war die Aufgabe, die den nachfolgenden Generationen der Republik vermacht worden war. Dies ist die fundamentale Aufgabe, die nicht eingelöst wurde. Hierfür zeichnen diejenigen verantwortlich, die die Republik zu einer degenerierten Oligarchie machten.

Ich habe meine Verteidigungsschrift im Kern an diese Analyse der Republik angelehnt. Bei der Entstehung der Bewegung PKK spielte die Transformation der Republik in eine degenerierte Oligarchie eine entscheidende Rolle.

In dieser Zeit führte allein die Verwendung des Begriffes Kurde entweder zu Haft oder auf den Weg in die Berge. Diese Realität ist nicht nur auf die Abwesenheit von Demokratie zurückzuführen, sie stellt eine Situation des Schrecken einjagenden Verleugnens ihrer Existenz dar. Aus diesem Grund führte jeder Schritt, der im Namen der Organisation auf Grundlage ihrer Programmatik oder ihrer Handlungsformen durchgeführt wurde, zu einer noch stärkeren Radikalität. So, wie die extreme Polarisierung und eine Situation von Gewalt in der Türkei der 70er-Jahre sowie auch die weltweite Polarisierung während des Kalten Krieges jeden Menschen und jede Organisation beeinflusste, so liegt es auf der Hand, dass auch ich und die Organisation, die ich ver-

trete, hiervon beeinflusst wurden. Mangelndes historisches und politisches Bewusstsein in der Zeit der Entstehung der Bewegung und auch Analysen, die voller Fehler waren, führten dazu, dass fast jede Organisation der damaligen Zeit zu einer Art modernen religiösen Sekte wurde. Es ist eine schmerzhaft Realität für alle, dass die Republik nicht nur Begriffen wie Demokratie und Recht nicht entsprach, sondern selbst ein allgemeines Staatsverständnis nicht erzielen konnte. Angeblich fand ein Kampf der Ideologien statt. Aber im Nachhinein betrachtet, stellt es eine schmerzhaft Realität dar, dass in vieler Hinsicht ein Kampf von Unwissenheit und Arroganz stattfand. Hierfür können nicht nur Individuen und Organisationsmitglieder verantwortlich gemacht werden: Es ist offensichtlich, dass die Verantwortung für diese Situation die gesamte damalige Zeit und, was die Türkei betrifft, vor allem die strikt an ihren eigenen Interessen orientierte Oligarchie trägt. Es ist hier nicht meine Absicht, Schuldige zu suchen. Ich will die jüngste Geschichte und die Entstehungsbedingungen der Organisation objektiv darlegen.

Wie offiziell und konkret das Recht auch sein mag, es existiert nicht unabhängig von dieser Realität. Ich bin überzeugt, dass das Recht zumindest bei der Urteilsfindung einen gewissen Grad an Objektivität zu berücksichtigen in der Lage ist.

Wenn man alle grundlegenden Besonderheiten dieser Zeit betrachtet, bezweifle ich nicht, dass die programmatischen Ziele der PKK selbst in Zeiten sezeptionistischer Propaganda nie dem Wesen der Republik entgegengesetzt waren, die angestrebte Einheit jedoch nur in einer Demokratischen Republik verwirklicht werden kann und das Grundziel eben immer dieses gewesen ist. Gegenüber der Anklageschrift der Staatsanwaltschaft habe ich betont, dass meine Verteidigung einer solchen Republik sowohl wissenschaftlich begründet ist als auch den Kern meiner Ziele bildet. Ich bin davon überzeugt, dass meine Verteidigungsschriften dies zu Genüge bewiesen haben. Es ist offensichtlich, dass wir eine ähnliche Realität wie alle Bewegungen durchlebten, die in den 70er-Jahren in Form von Klassenkämpfen und bzw. oder auf

ethnisch-nationaler oder religiöser Basis für Freiheit und Gleichheit weltweit vermehrt in Erscheinung traten.

Es wäre unverständlich, wenn die totale Leugnung einer kulturellen Identität, die noch einschneidender ist als Einschränkungen auf den Gebieten der Meinungs- und Glaubensfreiheit und Verbote, zu keinerlei Reaktionen geführt hätte.

Aus diesem Grund führt meine Analyse dazu, dass, wie groß die Schmerzen auch sein mögen, welche die PKK, deren Vorsitzender ich war, und die die Organisationsmitglieder selber erlebten oder die durch sie resultierten, die Entstehung der PKK legitim und aus dem Blickwinkel der Moral und einer Demokratischen Republik zwangsläufig und eine wissenschaftliche Notwendigkeit war, auch wenn es sich um ein radikales Erheben gegen die offizielle gesetzliche Ordnung handelte. Dies ist auch eine wichtige Schlussfolgerung in meiner Verteidigungsschrift. Und damit führe ich, wie es scheint, eine der schwerwiegendsten Handlungsformen gegen das formale Recht an. Eine derartig extreme Identitätsleugnung lässt jedoch keinen Raum für andere Ausdrucksformen.

Ich glaubte an die Legitimität von Widerstand, um unserer Achtung vor der Persönlichkeit des Menschen gerecht zu werden und in Würde zu bestehen, auch wenn wir hiermit isoliert wären. Ich war immer voller Besorgnis, dass ich auf andere Art meine Menschlichkeit nicht bewahren könnte. Nach den Anklageschriften der Staatsanwaltschaft soll diese Seite unbeachtet bleiben.

Aber in Zukunft, wenn es eine Demokratische Republik und eine demokratische Verfassung geben wird, wird auch die wichtige Rolle dieses legitimen Widerstands anerkannt werden.

Niemand hat die Fehler der PKK so klar erkannt und versucht, hiergegen vorzugehen, wie ich. Aber es muss auch berücksichtigt werden, dass die PKK sich auf der Suche nach einer fundamental freien Kultur und Identität befand. Die an das formale Recht angelehnte Art der Anschuldigungen insgesamt unterscheiden sich in keiner Weise von den traditionell dogmatischen Beschuldigungen durch eine Religion.

Ein weiterer grundlegender Fehler, der in den Anklageschriften festzustellen ist, betrifft die Analyse der Aktionsstruktur. Es kommt mir, als jemandem, der dieses Geschehen am intensivsten erlebte, nicht sehr realistisch vor, die Aktivitäten während dieses Aufstands, der von Umfang und Dauer her als Krieg niederer Intensität analysiert wird, völlig einförmig zu bewerten und in ihrer Gesamtheit, auch als Resultat der in der Öffentlichkeit geschaffenen Reaktionen, mir anzulasten.

Innerhalb der Organisation habe ich fast jeden Tag einen internen Kampf geführt. Ich habe übernatürliche Anstrengungen unternommen, um den Kampf auf einer Ebene legitimer Verteidigung zu halten. Diejenigen, die sich mit der inneren Struktur der PKK etwas beschäftigen, werden meine Position gegen Personen und Aktionsverständnisse, die sich ausserhalb einer legitimen Verteidigungslinie bewegten, klar erkennen.

Im Gegensatz zur Aktionsdichte und den Verlusten, die an vielen Orten wie z.B. Algerien, Palästina, Bosnien, Kosovo u.ä. Ländern erlebt wurden, blieben derartige Folgen bei unseren Aktivitäten auf ein Minimum beschränkt und hieran wird meine Funktion und Rolle als Individuum noch deutlicher. Dieser Umstand ist nicht deswegen von Bedeutung, weil er mich vor einer strafrechtlichen Verurteilung schützen könnte, sondern da es meines Erachtens auch aus dem Blickwinkel des Rechts unerlässlich ist, die Fakten so zu sehen, wie sie sind. Wenn es im Ergebnis zu einer richtigen Lösung kommen sollte, so wird dies insbesondere Folge dieses Charakteristikums der Rechtsstruktur sein.

Ein weiterer wichtiger Schwerpunkt meiner Verteidigungsschrift bestand in der Erklärung, dass die PKK und damit die kurdische Frage in einer sich gegen Ende des Jahrhunderts verändernden Welt und unter den Bedingungen der Türkei mit wichtigen Umwälzungen konfrontiert war und ich habe versucht, die sich hieraus ergebenden Entwicklungen zu erläutern. Auch dieser Umstand ist weder in der Anklageschrift noch im Urteil ausreichend berücksichtigt worden. Ein rechtlicher Zusammen-

hang der Entwicklungen wurde nicht hergestellt. Ich finde es notwendig, diesen Punkt aufgrund der Wichtigkeit, den er für die Zukunft hat, klarzustellen.

Der Zusammenbruch des sowjetischen Systems in den 90er-Jahren führte hinsichtlich der Folgen zu ähnlichen Effekten und Erschütterungen wie die Zeit nach dem II. Weltkrieg. Die Unfähigkeit des sozialistischen Systems, eine demokratische Entwicklung zu vollziehen, und die gleichzeitige Fähigkeit des Kapitalismus, eigene autoritäre faschistische Regime zu überwinden und die Demokratie auszudehnen, stellen die Hauptursachen des Zusammenbruchs dar und führten zur Entwicklung demokratischer Systeme weltweit. Hierbei spielten zweifelsohne wissenschaftlich-technische Entwicklungen eine bestimmende Rolle. So, wie mit dem Zusammenbruch die aus der Zeit des Kalten Krieges stammende Polarisierung an Bedeutung verlor, begann auch das Gewaltverständnis der an diese Polarisierung angelehnten Trennung von Rechts und Links sinnlos zu werden. Die in den Vordergrund tretenden und an Wichtigkeit gewinnenden Grundwerte konzentrierten sich auf Menschenrechte, Demokratisierung, Eintreten für kulturelle Identität und ähnliche Leitthemen. Auch die Methoden der Kämpfe waren immer weniger solche der Gewalt als solche des Friedens. Die Klassen- und Nationalkämpfe bzw. -kriege der letzten ein bis zwei Jahrhunderte verloren an Gewicht und Bedeutung und an ihren Platz trat die Erlangung von Menschenrechten, Demokratisierung und hiermit kultureller Freiheiten im Innern: Werte, die im Wesentlichen die Legitimation der auf Frieden basierenden Grenzen dieses Jahrhunderts ausmachen.

Es herrscht ein generelles Einverständnis darüber, dass die Entwicklungen in diese Richtung gehen.

In der Praxis nicht weniger Länder wurden wichtige Entwicklungen durchlebt, die dies bestätigen. So, wie die Erschütterungen der auf dieser Basis stattfindenden Transformationen aktuell in der Welt anhalten, so haben diejenigen Länder, Organisationen und Individuen die größten Entfaltungsmöglichkeiten, die derartige Entwicklungen auf umfassendste Art in ihren Strukturen rea-

lisieren. Es ist auszumachen, dass auch die Türkei der 90er-Jahre sowohl von ihren eigenen historischen, gesellschaftlichen, ökonomischen und kulturell-politischen Gegebenheiten als auch von der aktuellen Weltlage und insbesondere von den im Nahen Osten stattfindenden Entwicklungen dieser Art aufs Heftigste beeinflusst wird.

Die Gründung einer Republik auf den Ruinen des Imperiums eröffnete aufgrund der inneren und äusseren Bedingungen der Zeit Atatürks keine Möglichkeit zu einer demokratischen Evolution als Lösungsmethode für die existierenden Probleme.

Unausweichlich kam es zu einer autoritären Phase. Die Bedingungen des II. Weltkriegs und die Sicherheitsbedenken führten zu einer noch stärkeren Fixierung nach innen. Aufgrund des Sieges der Demokratie über den Faschismus in der damaligen Zeit und bedingt durch den Einfluss der äusseren Ereignisse wurden zwar Anstrengungen unternommen, durch eine Demokratisierung von oben zur Problemlösung beizutragen, dies spiegelte sich jedoch in der staatlichen und gesellschaftlichen Struktur und im Rechtsgefüge nur ungenügend wider. Die Entwicklungen nahmen einen eher oligarchischen Charakter an. Die in dieser Richtung stattfindenden oligarchischen Entwicklungen ignorierten die Philosophie der Republikgründung und das Kräftegleichgewicht völlig und gingen mit dem Militärputsch vom 27. Mai 1960 in eine neue Phase über. Dieser Prozess wurde durch die Putschere vom 12. März 1971 und 12. September 1980 noch verstärkt fortgesetzt. Er hatte eine stetig zunehmende ökonomische und gesellschaftliche Krise zur Folge. Obwohl es zur Ausarbeitung neuer Verfassungen kam, führte diese Entwicklung zu einer immer stärker klaffenden Distanz zwischen dem Staat und dem ihm innewohnenden Recht und ebnete so willkürlichen Regimen den Weg. Die Gesellschaft wurde nicht dem Recht bzw. den Grundnormen einer Demokratie entsprechend regiert, sondern hinsichtlich der Vorteile und Regeln derjenigen, die Macht und Stärke auf ihrer Seite hatten. Die Republik entfernte sich zunehmend von ihrem anfänglichen Kräftegleichgewicht und ihrer anfänglichen Struktur. Die Degene-

ration innerhalb des Regimes nahm mit jedem Tag zu. Es fanden Entwicklungen statt, die selbst solche der wildesten Phase des Kapitalismus überboten und mit keinem anderen System vergleichbar sind. Alle versuchten, ihre eigene Haut zu retten, nach dem Motto: „Rette sich, wer kann.“ Der Verschleiß grundlegender moralischer und rechtlicher Werte erreichte einen Höhepunkt.

Die Militärputsche haben mehr, als dass sie eine Lösung gebracht hätten, zu einer Vertiefung der Krise geführt. Die Funktion der jeweils hiernach etablierten Verfassungen ähnelte der eines Leichentuchs, in welches die Gesellschaft eingewickelt werden soll. Der Zustand von Gewalt zwischen Rechts und Links machte eine Lösung der Probleme noch auswegloser. Aber diese Situationen können nicht als von selbst entstandene aktuelle Entwicklungen gewertet werden.

In vielen ähnlichen Gesellschaften haben die historischen Voraussetzungen sowie die Unfähigkeit, dem Zeitalter entsprechende positive Antworten auf die Probleme der Zeit zu finden, und eine engsichtige Vorteilspolitik die Basis für die Entwicklung der anzutreffenden Oligarchien gelegt. Dies war die, wenn auch unverdiente, Realität. In der Türkei begann unter dem Eindruck der Demokratisierung weltweit in den 90er-Jahren eine intensive Diskussion dieser Lage. Die Diskussion war umfassend. Es waren manche demokratische Schritte beabsichtigt. Die vorgesehenen Schritte konnten jedoch nicht realisiert werden, da genau an diesem Punkt keine Lösung der Ursachen des Krieges niederer Intensität, der gegen den Kampf der PKK durchgeführt wurde, vorgesehen war, und darüber hinaus führte die Konfrontation mit der nach wie vor existenten und heftig diskutierten Gefahr der Bandenbildung den Staat in eine noch ausweglosere Lage. Das Insistieren auf Gewalt führte zu den meisten politischen Morden sogenannter unbekannter Täter in der Geschichte der Türkei und ebnete negativen Entwicklungen den Weg, die z.B. darin bestanden, dass das Recht fast vollständig der Willkür dieser Banden überlassen wurde, wodurch die Gefahr völliger Entstellung des Staates bestand. Ähnliche Entwicklungen fanden in der PKK statt.

Diese Situation, die ich in ihren Grundzügen darzustellen versuchte, war Grund für eine entscheidende Umwandlung der PKK seit den 90er-Jahren im Verhältnis zu der Phase, die sie seit ihrer Entstehung bis in diese Zeit durchlief. Der „Versuch des Waffenstillstands von 1993“ und der Kampf, der in der PKK durch sie selber intensiviert wurde, sollten diesen gefährlichen Prozess stoppen und waren von der Überlegung geleitet, die neuen Entwicklungen in der Türkei zu verstehen und hierauf eine Antwort zu geben. Meine derartigen Bemühungen sind eindeutig und wichtig, auch wenn sie nicht genügend in die Tiefe gingen oder beherrschend waren. Auch wenn meine Bemühungen in der damaligen Zeit nicht zu den beabsichtigten Resultaten führten, so versuchte ich doch, den in dieser Richtung stattfindenden Entwicklungen noch sensibler und positiver zu begegnen. So, wie ich schon in meiner vorherigen Verteidigungsschrift erklärt habe, wurden in der damaligen Zeit, wenn auch indirekt, wichtige Botschaften des Staatspräsidenten, des Ministerpräsidenten und des Großen Generalstabs, jeweils gemäß ihrer eigenen Obliegenheiten, vermittelt. Als Erwiderung auf diese Botschaften unternahm ich zweimal den Versuch eines einseitigen Waffenstillstands. Die entscheidenden Gründe für meine damalige Haltung waren ohne Zweifel auch die Entwicklungen weltweit und in der Türkei; sie war zugleich Folge des Bedarfs nach einem neuen Verständnis und neuen Methoden, da das alte Programm der PKK und ihre Aktionsstruktur festgefahren waren, und zwar so grundlegend, dass diese Situation in eine Ausweglosigkeit führte und die PKK also ihre Fähigkeit zur Problemlösung nicht mehr aufzeigen konnte. Mit jedem Tag wurden die Auswirkungen dieser Situation spürbarer. Auch wenn in der Zeit, als ich noch in Freiheit war, eine ausgeprägte Kontrolle und Überprüfung stattfand, versuchte ich seit 1996 eine Antwort auf das zu geben, was in den Konzepten des Nationalen Sicherheitsrates als mein Teil vorgesehen war, den ich durch intensive Verfolgung ihrer TV-Programme herauszufiltern versuchte. Ich habe versucht, die Organisation in dieser Hinsicht vorzubereiten. Das gegenseitige Anziehen der Metho-

den, deren Eignung zur Lösung sei mal dahingestellt, vertiefte noch die Sackgasse und führte zu einer unerträglichen Dimension von Schmerz und Verlust. Als ich beim Verlassen Syriens Europa den Bergen vorzog, tat ich das in der Absicht, durch die Schaffung eines politischen Weges die Gewalt zu einem kontrollierten Ende zu bringen. Durch die Zwischenschaltung mancher Personen habe ich ein Übermittlungssystem zu betreiben versucht. Meine Übergabe an die Türkei fand unter diesen Voraussetzungen statt.

Während meiner Gefangenschaft habe ich diesen Umstand im Prozess auf Imrali deutlich zur Sprache gebracht. Meine Verteidigung habe ich versucht als ein Manifest des Inhalts zu gestalten, dass nach Beendigung einer Phase der Gewalt weltweit ein grundlegender Wandel stattfindet und auch in der Türkei nur durch eine umfassende demokratische Umwälzung sowohl für die kurdische Frage als einen Teil der demokratischen und kulturellen Umwälzung als auch allgemein eine Problemlösung gefunden werden kann.

Mit den zustimmenden Antworten der Zentrale der PKK auf meine Aufrufe in den Hauptverhandlungen, die bewaffnete Auseinandersetzung zu beenden, ist ein entscheidender Rückgang der Vorfälle zu verzeichnen. Auf meinen Aufruf hin, ab dem 1. September den bewaffneten Kampf zu beenden, ist es durch den Anschluss der Organisation sowohl zu einem Rückzug der Kräfte ausserhalb der Territorialgrenzen der Türkei als auch zu einem 90-prozentigen Rückgang der Aktionen gekommen, was selbst in den Feststellungen des Generalstabs zum Ausdruck kommt. Sowohl die strategische Entscheidung als auch deren Umsetzung in der Praxis, was seit Jahren geforderte Entwicklungen sind, haben zu positiven Eindrücken in der Öffentlichkeit geführt. Einhergehend mit diesen Entwicklungen wurden intensive Diskussionen um demokratische Schritte begonnen. Zweifelsohne war bei diesen Diskussionen die historische Ansprache des Präsidenten des Kassationsgerichtshofs zu Beginn des neuen Gerichtsjahres von der Wichtigkeit eines epochalen Meilensteins.

Die Verhandlung vor dem Kassationsgerichtshof und das letztendliche Urteil müssen im Lichte dieser Entwicklungen stattfinden. Wie auch immer das zu fällende Urteil aussehen wird, es wird in der Türkei auf der Schwelle zum Jahr 2000 wichtige Entwicklungen nach sich ziehen.

Um einer effektiven Vergangenheitsbewältigung in der Türkei und einer Klärung ihrer Zukunft willen, wird es eine große Rolle spielen, dass diesem Umstand genügend Rechnung getragen und eine über den engen Strafrechtsrahmen hinausgehende Herangehensweise gefunden wird.

Eine Einstellung gegenüber dem Gegenstand dieses Verfahrens, die einer Wiederholung derjenigen aus klassischen Aufstandsperioden gleicht, wird zu ähnlichen Aufständen führen, aber eine wissenschaftliche und problemlösende Art und Weise kann bewirken, dass der jetzige Aufstand tatsächlich als der letzte in die Geschichte eingeht.

Dieser Prozess ist Resultat des Fehlens eines freien gesellschaftlichen Konsenses in der Republik

Die Türkei erfährt vielleicht das erste Mal in ihrer Geschichte eine tiefgreifende Kritik an der aktuellen Gesellschafts- und Staatsstruktur. Diese Kritiken stammen sowohl aus den obersten Etagen des Staates als auch aus dem In- und Ausland und machen die Suche nach grundlegenden Veränderungen unausweichlich. Es stellt eine typische Besonderheit der Zeit nach dem II. Weltkrieg dar, das Zeitalter und die Beziehungen gemessen an universalen demokratischen Maßstäben nicht begriffen zu haben und es für eine vernünftige Politik zu halten, lediglich den Tag über die Runden retten zu wollen, so die grundlegenden gesellschaftlichen Probleme unter den Tisch zu kehren und sich in diesem Sinne mit dem zu begnügen, was ist. Die Gründung der Republik war ein historischer Bedarf und ein fortschrittlicher Akt. Es war richtig, kontinuierlich darauf zu achten, sich an wissenschaftlichen Grundlagen zu orientieren. Aus diesem Grund waren die Refor-

men des Unter- und Oberbaus entwicklungsfördernd. Dies hätte zu einer Evolution Richtung Demokratie und zur Schaffung freier Individuen und einer freien Gesellschaft führen können. Doch das Aufkommen eines neuen Weltkrieges und die heftigen Gegensätze zwischen den Polen brachten es mit sich, dass die innere Sicherheit in den Vordergrund gerückt wurde, was wiederum eine zunehmende Distanz von Gesellschafts- und Staatsstruktur mit sich brachte. Die autoritäre Republik hat sich selber unvermeidbar gemacht.

Nach dem Krieg bestand eine historische Chance zur Demokratie. Diese Chance wurde jedoch vertan, indem die Großhändler und Grundbesitzer ihre zunehmende Gewichtigkeit dazu nutzten, der oligarchischen Struktur ihren Stempel aufzudrücken. Dies war ein Schritt zurück. Die stagnierende Mittelschicht und die sich nicht entwickelnden Schichten der Nationalindustrie sowie hiermit einhergehend die existente Schwäche der Werktätigen bewirkten, dass das gesellschaftliche Rückgrat einer Demokratisierung schwach und gekrümmt blieb. Diese Schichten, die sich am meisten für eine demokratische Institutionalisierung einsetzen und diese entwickeln müssten, konnten nicht davor gerettet werden, lediglich eine Reserve für die sich entwickelnde Oligarchie zu bilden. Der stattfindende Kampf führte zu keiner anderen grundlegenden Entwicklung als der Vertiefung des Chaos. Durch das Eingreifen der Armee konnte lediglich ein totaler Zerfall verhindert werden, aber die Schrauben wurden noch enger angezogen. Viele gesellschaftliche Projekte existierten lediglich auf dem Papier und die nur an ihrem momentanen Vorteil orientierten Kräfte haben diesen für sie idealen Zustand und das Ausplündern zu einer Form der Politik gemacht, in dem sie sich zunehmend in einem Wettstreit um noch stärkere Ausbeutung des Staates und der Gesellschaft befanden. Diese Zeit ist eine Zeit, in der das Reden von rechtlichen Grundwerten völlig sinnlos wurde.

Dieser Zeit wird nun von Grund auf der Prozess gemacht. Die Situation nach dem Erdbeben im Gebiet Marmara und die Realität, die durch den jahrelangen Krieg niederer Intensität ans

Tageslicht kam, stellen das historische Urteil dar, dass der Staat sich endlich ändern muss. Die wichtigsten Institutionen des Staates erheben ihre Stimme, in dem sie jeden Tag noch etwas tiefer in diese Realitäten vordringen. Die Zivilgesellschaft versucht zum ersten Mal in der Geschichte, angelehnt an ihre eigene Stärke, ihre Rolle zu bestimmen. Hier geht es nicht um den Bankrott der Republik, sondern um ihren Führungsgeist insbesondere in den letzten vierzig bis fünfzig Jahren und dessen unfruchtbare Methoden. Es geht also darum, dass der Staat quasi „sitzengeblieben“ ist. Daher ist eine tiefgreifende Diskussion und eine grundsätzliche Suche nach Abhilfe, wenn sie denn zu einem ernsthaften Ausweg und einer Lösung verhelfen, unbedingte Voraussetzung. Der alte Geist und eine enge, nur auf den Moment bezogene Vorteilsorientierung müssen als wichtigste Gefahren erkannt werden. Es ist nicht mehr richtig, die Trennung Links - Rechts, Machthaber - Opposition, Militär - Zivile aufrecht zu erhalten und zu versuchen, durch Anschuldigungen der jeweils anderen sich selber reinzuwaschen. Es ist vielmehr notwendig, im Bewusstsein, dass gegenseitige Anschuldigungen zu keinem Ergebnis führen werden, der gesamten Zeitperiode den Prozess zu machen und Lösungsmöglichkeiten aufzuzeigen. Jeder Mensch muss seine eigene Rolle in diesem Prozess klar erkennen und daran arbeiten, seinen Platz in einer neuen, modernen Staats- und Gesellschaftsstruktur richtig zu bestimmen. Es findet die Suche nach einem realistischen und historischen gesellschaftlichen Konsens statt. Das konstruktive Bemühen jedes Einzelnen und jeder Einzelnen ist hierbei unerlässlich.

Wir befinden uns in einer Situation, in der wir uns dieser Realität in aller Deutlichkeit bewusst sind, an die daraus folgenden Notwendigkeiten glauben und diese in die Praxis umsetzen. Seit 200 Jahren fanden im modernen Sinn Klassenkämpfe jeder Art und Kämpfe auf nationaler, religiöser und ethnischer Grundlage statt; Putsche wurden durchgeführt. Die Machthaber wechselten. Regierungen bildeten sich neu. Aber die aktuelle Situation, die Anlass von Beschwerden aller Gesellschaftsschichten ist, konnte

trotzdem nicht verhindert werden. Das beweist Folgendes: Es wurde niemals ein grundlegender gesellschaftlicher Konsens herbeigeführt. Dies ist der Hauptgrund für die Ergebnislosigkeit und die Abnutzung der Auseinandersetzung im Oberbau. Es ist keine Lösung, dass eine Seite aufsteigt und beherrscht, ja sogar unterdrückt. Im Gegenteil, das ungleiche Kräfteverhältnis zerstört die gesellschaftliche Zustimmung noch mehr. Die größte Unzulänglichkeit der Republik, die sie nicht verdient hat, besteht in diesem Punkt. Die Republik war vielleicht ein moderner Staat, aber es gab keinen gesellschaftlichen Konsens. Diesen konnte die Republik nicht entwickeln, ja noch nicht einmal seine Notwendigkeit erkennen. Es existierte keine Bereitschaft, dies zu verstehen. Ohne Furcht muss erkannt werden, dass hierin unser größter Fehler besteht, um ihn sodann zu überwinden. Dieser gesellschaftliche Konsens, der nicht herbeigeführt werden konnte, wurde jedoch auf etlichen wichtigen Gebieten in Umrissen erkennbar und zeigt sich auch aktuell, indem er über verbale Beschwerden und Kritik hinaus in Aktivitäten zum Ausdruck kommt und so die Vergangenheit ins Leere laufen lässt. Ein großer Mangel besteht offensichtlich darin, dass kein an den universalen Rechtswerten orientiertes Einvernehmen über die Grundfreiheiten, angefangen vom Institut der Gedanken- und Glaubensfreiheit bis hin zu den Freiheiten der elementaren kulturellen Identitäten und gesellschaftlichen Schichten, hergestellt werden konnte.

Im Gegenteil zeigte sich auch während dieses Prozesses, dass die aktuelle Politik und das bestehende Recht, die offizielle Ideologie und deren Institutionalisierung, die ernsthaftesten Hindernisse für einen solchen Konsens bilden. Die traumatische Situation der Gesellschaft wird bei existenziell wichtigen Ereignissen wie z.B. dem Erdbeben deutlich.

Ich halte es für historisch bedeutungsvoll, auch auf den Gegenstand des Prozesses, der mir gemacht wird, einzugehen, um zu einem noch besseren Verstehen beizutragen.

Welcher Name auch immer der Realität gegeben wird, die wir als kurdisches Volk bezeichnet wissen wollen: Die permanente

Unterdrückung und Verleugnung der Realität der Kurden ignoriert völlig jede Art von Philosophie, Recht, Politik, Moral und Religion. Angefangen davon, dass es zu keiner wissenschaftlichen Definition kommt und auch von den Herangehensweisen unseres Zeitalters an solche Gegebenheiten nicht profitiert und hieraus kein Fazit gezogen wird, glaubte man, dass sich das Problem allmählich von alleine lösen würde, wenn man mit der Logik und primitiven Geisteshaltung, wie sie ältesten Stämmen zu Eigen ist, bei Reaktionen gegen diese Politik des Leugnens diese zur größten Gefahr erklärt und sie bis hin zu einem Sprachverbot unterdrückt. Auf diese Weise bleibt als einzige Methode die, die wir physische Liquidierung nennen und die darin besteht, die Vernichtung bis zum letzten Gegner fortzusetzen. Was würden hier nach durchzuführende Prozesse und praktizierte Politikformen noch für eine Bedeutung haben? Bedürfte es für eine physische Liquidierung noch irgendeiner Art von Recht oder Politik? Und selbst wenn doch, welchen anderen Wert hätten sie als den eines die Scham verdeckenden Feigenblatts? Wird die andere Seite, nachdem sie eine solch erbarmungslose Art der Problemlösung erlebt hat, sich selber davon abhalten können, ein Gegenpol zu sein, der die Ausweglosigkeit noch vertieft, indem die Gegenreaktion keine Grenzen mehr kennt?

Dadurch, dass sich die Türkei in ihrer Art durch die Zuspitzung der Probleme auszeichnet, fällt sie noch hinter das traditionelle Recht des Stammessystems zurück. Dagegen wurden wir Zeugen davon, dass die Lösungsstrategien der modernen Demokratie im letzten Jahrhundert durch viele erfolgreiche Formen der Umsetzung selbst die kompliziertesten gesellschaftlichen Probleme einer Lösung zuführen konnten. In meinen Verteidigungsschriften habe ich dies zur Sprache gebracht. In der Schweiz, einem der Kernländer Europas, konnte das Leben in einer starken demokratischen Einheit verwirklicht werden, obwohl dort die Unterschiede von Sprache, Kultur und Religion vier verschiedener Nationen aufeinander treffen. Auf dem afrikanischen Kontinent konnte Südafrika nach langen Kämpfen die Probleme der ver-

schiedenen Rassen, Religionen und ethnischen Unterschiede durch den Sieg des demokratischen Systems einer Lösung zuführen. In Asien hat Russland durch eine entwickelte Föderation religiöse, sprachliche und ethnische Differenzen gelöst.

Weltweit anzutreffende weitere Beispiele dafür, dass ein starker Staat realisiert werden kann, in dem die größte Freiheit und Gleichheit der unterschiedlichsten freien Gedanken, Überzeugungen und Kulturen richtig praktiziert werden, sind auf dem Kontinent Australien Neuseeland und auf dem amerikanischen Kontinent sogar die USA selber: Hier ist durch die Gemeinschaft fast aller Sprachen, Religionen und Nationen ein fast föderativ zu nennendes Weltsystem entstanden.

Es ist eine unsere heutige Welt zunehmend beherrschende Einsicht, dass das freiheitliche Leben der Unterschiede keine Schwächung und Spaltung bedeutet, sondern Basis für Bereicherung und Stärkung sei kann.

Das menscheitsverachtende Antlitz fanatischer Religionen, Nationen und chauvinistischer Stämme ist über die Experimente faschistischer totalitärer Regime in der Geschichte klar zu Tage getreten und ihr Bankrott ist während der Kriege unseres Jahrhunderts endgültig geworden. Im Gegenteil, die vielfältigen lösungstiftenden Charakteristiken des demokratischen Systems haben weltweit ihren Erfolg bewiesen. Es steht außer Diskussion, dass eine moderne Zivilisation nur diejenige der Demokratie sein kann.

Ein Vergleich der aktuellen konkreten Situation der Türkei mit ihrer Geschichte macht deutlich, dass sie in Bezug auf die gesellschaftlichen Probleme in vieler Hinsicht zurückgefallen ist und sich selber in eine Ausweglosigkeit manövriert hat. Es ist nicht unsere Absicht, die Republik mit dem Imperium aus dem Blickwinkel ihrer Fortschrittlichkeit zu vergleichen. Jedoch egal, wie stark ein Staat auch sein mag, die Bedeutung des gesellschaftlichen Konsenses und die Tatsache, dass gesellschaftliches Übereinkommen unabdingbar ist, muss sehr gut begriffen werden.

Die Verordnung des Sultans Mehmed des Eroberers, die Ministerpräsident Ecevit bei seiner Reise in die USA mitnahm und dort als Geschenk übergab, was dieser Tage auch in der Presse behandelt wurde, belegt, welche Wichtigkeit der Sultan den religiösen und kulturellen Lebensformen und der Freiheit der Völker in den von ihm eroberten Gebieten beimaß. Das Wesen dieses Erlasses entspricht einer Haltung, der auch heute noch unsere Suche gilt. Das Osmanische Reich war ein Imperium, das ungeheuer viele Gemeinschaften verschiedenster Volksstämme, Religionen, Sprachen, Sippen und Rassen in sich barg und sein lange andauernder Bestand ist entscheidend auf den Faktor zurückzuführen, dass es im Besitz eines verständigen gesellschaftlichen Konsenses war, der in der Gesellschaftsphilosophie auch heute noch Vorbildcharakter besitzen kann. Eine durch Gewalt aufgezwungene Assimilation ist undenkbar.

Die Langlebigkeit sozialer Strukturen hängt entscheidend vom Schutz der auf freier Bevorzugung beruhenden Unterschiede ab, ohne dass auf die Anwendung innerer oder äusserer Gewalt zurückgegriffen wird.

Die Republik wurde als ein moderner Staat gegründet. Aus institutioneller Sicht hat sie die Ursachen, die zum Zusammenbruch des Imperiums führten, überwunden.

Der Umstand jedoch, dass sie den gleichen Erfolg auf gesellschaftlicher Ebene nicht erzielen konnte, und ihre dekadenten Charakteristiken, insbesondere der letzten vierzig bis fünfzig Jahre, stehen in einem fast dialektischen Verhältnis zueinander. Eine Dialektik des Durcheinanders und des Chaos. Keine Gesellschaft kann über lange Zeit mit einer solchen Dialektik des Chaos stabil existieren. Ein solches Regime kommt einem Regime gleich, das in den Wahnsinn treibt. Diese Art Regime können auch kein politisches oder rechtliches System etablieren. Das allmähliche Verschwinden des Rechts aus der Staats- und Gesellschaftsstruktur hängt eng mit dieser Realität zusammen.

Wenn wir den Gegenstand dieses Verfahrens, in dem hier heute gegen mich prozessiert wird, nämlich den Gesellschaftsteil

kurdischen Ursprungs, zu verstehen versuchen, wäre es ein schwerwiegender Fehler, ohne Berücksichtigung der oben angeführten schmerzvollen Realitäten zu einem Urteil zu gelangen. Auf diese Realitäten will ich hinaus.

Es ist von großer Wichtigkeit, dass versucht wird, den Gegenstand dieses Verfahrens im Licht der Realität zu begreifen. Es ist ein Fakt, dass die Gesellschaft kurdischen Ursprungs, von der uns die Anklage vorwirft, wir hätten sie von der Republik loslösen wollen, in einer Zange gesellschaftlicher Verleugnung zu leben gezwungen war, die sogar noch hinter der Realität des Osmanischen Reichs zurückbleibt.

Ich betone nochmals: Es ist offiziell anerkannt, dass die kurdische Bevölkerung in der Gründungsphase der Republik wesentlicher Teil der ursprünglichen Begründer war.

Zumindest wurde ihre Existenz eingestanden. Die Probleme, die durch den die Aufstände anführenden und sich im Widerspruch zur Republik befindenden Bevölkerungsteil entstanden, sind nachvollziehbar. Aber in der Zeit nach Atatürk kam es zu einer Normalisierung und eine ernsthafte, gegen den Bestand der Republik gerichtete Gefahr bestand nicht mehr. Der Umstand, dass ausgerechnet in dieser Zeit zu einer sogar verfassungsrechtlich verankerten Politik des totalen Verleugnens übergegangen wurde, die noch hinter den gesellschaftlichen Konsens des Osmanischen Reichs zurückfiel und im Sprachverbot gipfelte, hat die gesellschaftliche Legitimation beendet und die moralische und politische Notwendigkeit jeder Art von Aufstand, auch ungesetzlicher Art, hervorgerufen. Das Erkennen dieser Realität, die dem Geschehen zugrunde lag, und wegen dessen Vorkämpfertum mir hier der Prozess gemacht wird, ist von existenzieller Wichtigkeit: nicht um meiner Person willen, sondern um zu einem richtigen Verständnis der jüngsten Vergangenheit zu gelangen und den gesellschaftlichen Konsens und die Verfassung der Zukunft fehlerfrei zu gestalten.

Es ist nunmehr unausweichlich, dass vor allem in der kurdischen Gesellschaftsstruktur als auch in der nationalen Struktur

der Türkei, die sich vorrangig aus Menschen türkischen Ursprungs zusammensetzt, ein fortschrittlicher gesellschaftlicher Konsens aller unterschiedlichen Gesellschaftsteile auf wissenschaftlicher Grundlage herzustellen ist. Die revolutionäre Eigenart des Aktes der Republikgründung ist von dem sich später entwickelnden Chaos zu unterscheiden. So sehr wir uns Ersterem verbunden fühlen und vor der Gründung Achtung haben, so notwendig und richtig ist das Wissen, dass gerade diese Verbundenheit und Achtung es zur Pflicht machen, das Zweite zu überwinden.

In der Konkretheit dieses Prozesses wurden manche Punkte deutlich, die auffallen und Rückschlüsse darauf zulassen, wie unter historischen Gesichtspunkten eine Problemlösung aussehen kann.

Der erste Punkt ist, dass der Anteil der Kurden an der Republikgründung heruntergespielt wurde. Wenn dieser Anteil bagatellisiert wird, werden die modernen Rechte der nicht zu unterschätzenden Realität eines Volkes auf lange Zeit nicht beachtet, und wenn zum Mittel des Zwangs und der Gewalt zwecks Assimilierung gegriffen wird, so ist hiermit kein vernünftiges politisches und rechtliches System zu schaffen. Doch selbst wenn es geschaffen werden sollte, ist es mit derartigen Methoden der Politik nicht aufrecht zu erhalten. Andererseits kann auch ein legitimer Aufstand gegen diese Art der Politik und gegen rechtliche Ungleichheit auf der Grundlage von Sezession keinen Erfolg erzielen. Zahlreiche stattgefundene Aufstände haben diese Realität mit vielen Schmerzen und Verlusten zu Genüge belegt.

Ein anderer grundlegender Punkt, der verständlich wird, ist der, dass das zunehmende Bewusstsein darüber, dass es auch in den Zeiten zwischen den Aufständen zu keiner Lösung für das Leben kommen kann, gleichgültig, ob diese Zwischenzeiten mit Gewalt herbeigeführt wurden oder sich die Aufstände von selber legten, noch schwerwiegendere Explosionen zur Folge hat. Dieser Umstand belegt zugleich das politische Motiv der Aufstände.

Die Geschichte der Republik kann lediglich dann auf den richtigen Weg gebracht werden und den ihr zustehenden Erfolg erzielen, wenn ihre Mängel und Fehler in diesem Kontext erkannt werden. Daher sage ich, dass dieser Prozess sich nicht durch ein Urteil selber beschränken sollte, das nur den engen Strafvorschriften des formalen Rechts gemäß rechtlich korrekt wäre. Eine solche Betrachtungsweise wäre nicht in der Lage, eine ausreichende Erwiderung auf das Wesen der Republik darzustellen. Ich kann nicht an mich halten, diesen Punkt immer wieder zur Sprache zu bringen. Ich habe nicht gegen den Kern der Republik gekämpft, sondern gegen ihre oligarchischen Abweichungen.

Dass dies nicht hinreichend zum Ausdruck oder es zu Aktivitäten mancher Kämpferinnen und Kämpfer in der Periode des Aufstands kam, die in keinsten Weise akzeptabel sind, können an dieser Realität meines Kampfes nichts ändern. Etwas verallgemeinert gesprochen: Utopien und Fehler im Programm und in den Aktionen der PKK können nicht dazu führen, dass diese fundamentale Eigenheit meiner Realität aufgehoben wird. Es ist nicht möglich, mit einer derart übertriebenen Art des Prozessierens gegen mich mir sämtliche Aktionen anzulasten: diejenigen einer Masse, die an die Millionen reicht, diejenigen nicht weniger Individuen, die aufgrund einer vorenthaltenen Kultur ohne feste Prinzipien sind und sogar die Handlungen aller am Kampf beteiligten Seiten. Das ist mit universalen Rechtsprinzipien und der Philosophie grundlegender Politik und Moral nicht in Einklang zu bringen. Es sprengt alle Regeln der Wissenschaft, mir die alleinige Verantwortung für ein derart umfassendes Problem zuzuschreiben.

Dieser Prozess wird mit einer Demokratischen Republik und einer demokratischen Verfassung enden

Der Kern des als Republik gegründeten Staates ist eine der am wenigsten begriffenen Bestimmungen, obwohl soviel davon gesprochen wird. Atatürk kannte zweifelsohne das Werk, bei des-

sen Aufbau er die entscheidende Rolle spielte, und das er der Nation als einziges Geschenk hinterließ. Um es verständlich zu machen, hat er der Wissenschaft und der Bildung einen an erster Stelle stehenden Platz eingeräumt. Bezüglich dieser Themen hat er eine echte und große revolutionäre Rolle gespielt. Aber das Hauptproblem bestand insbesondere in der Erneuerung des gesellschaftlichen Fundaments, dessen es zur Vervollkommnung dieses Werkes bedurfte. Zwei demokratische Experimente, das der „Fortschrittsbewegung“ und das der „Bewegung der freien Republik“, blieben erfolglos. Die Reformen im Überbau haben keine tiefgreifenden Veränderungen in der Gesellschaftsstruktur bewirkt. Durch die Aufstände im Osten kam es zu einer noch stärkeren Rückentwicklung. Die Gefahr eines Weltkrieges hat einer Veränderung im Innern keine Chance gelassen. Daher ist zwar aus den übrig gebliebenen Trümmern des Imperiums ein restaurierter Staat hervorgegangen, es konnte aber kein entsprechender gesellschaftlicher Konsens hergestellt werden. Während eine neue sozialökonomische Entwicklung die materielle Basis für diesen Konsens geboten hätte, befand sich der alte auf eine Feudalstruktur gestützte gesellschaftliche Kompromiss im Widerspruch zur Republik, was nicht überwunden werden konnte. Wegen einer in vieler Hinsicht bestehenden Schwäche und Erfahrungslosigkeit fehlte es an Kreativität. Auf Grund der Suche nach einer Aufrechterhaltung des Status Quo in der alten Gesellschaft kam es zur Konfrontation der Republik mit den sich zunehmend zuspitzenden Problemen der gesellschaftlichen Basis. Den entstandenen politischen Regimen gelang es nicht nur nicht, eine Brückenfunktion zwischen diesen beiden Strukturen einzunehmen, sie führten sogar zu ihrer weiteren Fanatisierung. Während ein Teil der politischen Struktur durch die Republik auf ihre Kosten kam, nutzte ein entgegengesetzter Teil die sich in diesem widersprüchlichen Zustand befindende Gesellschaft aus. Die Dialektik der politischen Degeneration entwickelte sich auf diese Weise. In vielen Gesellschaften der Welt, die einen Modernisierungsprozess durchliefen, kam es zu ähnlichen Problemen. Aber manche Län-

der, die sich in einer Vorreiterrolle befanden, schafften es, durch die Entwicklung von Maßstäben eines demokratischen Systems erfolgreiche Lösungen zu finden. Die Demokratie hat, vielleicht das erste Mal in der Geschichte, in umfassender Weise erfolgreiche Lösungsstrategien für die gesellschaftlichen Probleme entwickelt. So wie auf Gewalt gestützte dominierende und autoritäre Ansätze erfolglos blieben, traten auch die Zerstörungen und die Rückschritte, zu denen sie führten, offen zu Tage. Im Vergleich mit der Demokratie wurde deutlich, welches System zu Überlegenheit und Erfolg führte. Es ist nunmehr offenkundig geworden, dass die Türkische Republik sehr spät begonnen hat, dies zu begreifen, und dass sie sich nicht demokratisieren wird, indem sie, lediglich um dem Westen zu nutzen, rein formell entsprechende Bedingungen realisiert. Das raffinierte Spiel mit fundamentalen Begriffen kann vielleicht die Spezialisten der Demagogie zu erkennen geben. Aber die so dringend gebrauchten demokratischen Führer kann es nicht hervorbringen. Die Beziehung zwischen Demagogie und Demokratie, in deren Namen diese Demagogie betrieben wird, ist in einen Zustand gefährlichster Art von Verrat geraten. Die Gesellschaft der Türkei, die diesen Verrat nicht verdient hat, ist zu einer Gesellschaft geworden, deren Konstitution extrem riskant ist. Das Wesen jedes erhabenen Begriffs wurde völlig sinnentleert. Diese Begriffe, die insbesondere Produkte einer großen geistigen Tätigkeit sind und um derentwillen die Menschheit Jahrhunderte gekämpft hat, wurden zu Fetischen degradiert und ein Ausverkauf ihres Inhalts fand statt. Die klassenspezifischen Mängel der Intellektuellen vertieften sich. Während der Westen mit der Renaissance und der Aufklärung demokratischer wurde, bewegten sich manche, wenn auch begrenzte Entwicklungsmöglichkeiten der Türkischen Republik aufgrund dieser intellektuellen und politischen Verschlagenheit in der Tiefe einer intellektuellen und politischen Morallösigkeit, die sich durch leeres, unüberlegtes Geschwätz und das Fernbleiben von praktischen Notwendigkeiten auszeichnete. Das Recht war nicht weiter in der Lage, eine diesen Notwendigkeiten

gemäß reguierende Kraft darzustellen. Die Verfassung und die Gesetze konnten nicht davor gerettet werden, zu allmählich verstaubenden Schriften in den Regalen zu werden. Diese Strukturen sind auch der Grund dafür, dass heutzutage die Gerichtsbarkeit eine der schwächsten Institutionen ist. Indessen stellt doch die Rechtsprechung der Definition nach im System der Gewaltenteilung die dritte Gewalt dar.

Heutzutage hat es an sich wenig Wert, die Republik in summarischer Form zur Diskussion zu stellen. Aber für eine Demokratisierung ihrer Inhalte ist dies so nötig und unabdingbar wie Brot und Wasser. Es ist eindeutig, dass es keinen Fortschritt ohne Demokratisierung der Republik geben kann; es ist deutlich geworden, dass sie ihre Struktur, bezüglich deren Schutz sie sowieso Schwierigkeiten hat, in ihrer bisherigen Form nicht wird schützen können. Dieser Zustand rührt nicht von der Schwäche und Unerfahrenheit ihrer Institutionen her. Sie wurzelt auch nicht in der Schwäche der militärischen und zivilen Kader. Diese Einrichtungen der Republik sind zu Genüge vorhanden und sie sind stark. Auch eine Schwäche der sozialen und ökonomischen Basis ist nicht mehr Thema. Es hat sich eine gereifte soziale und ökonomische Struktur herausgebildet, die in einer sich zukünftig entwickelnden Demokratischen Republik hilfreich sein wird. Auch der kulturelle Erfahrungsschatz ist trotz aller Verwilderung und Verwirrung ausreichend. Bildungsinstanzen und Ausbilder sind überreichlich vorhanden. Es existiert auch eine Schicht von Rechtswissenschaftlern, wie geschwächt und ihres Wesens beraubt diese auch sein mag.

Aber all diese Gegebenheiten konnten das Auftreten der schwerwiegendsten Probleme in der Geschichte nicht verhindern und mehr noch, sie wurden immer wieder auf den Ursprung dieser Probleme zurückgeworfen, auch wenn dies ohne ihren Willen geschah.

Dies ist zusammengefasst die Realität, die der großen Diskussion um Demokratie zugrunde liegt. Ohne diese Diskussion nunmehr in eine Übereinstimmung und einen gesellschaftlichen Kon-

sens zu überführen, wird es nicht zu verhindern sein, dass jeder vorwärts gerichtete Schritt, so wie es bis jetzt immer war, zurück führt. Jedes Kettenglied, das nicht dem Hauptglied der Kette angefügt wird, schwebt im Freien. Bisher konnten alle auf Zwang beruhenden Verfassungen, die den seit Zeiten Atatürks fehlenden gesellschaftlichen Konsens der Republik herbeizuführen versuchten, nicht nur in der Praxis nicht umgesetzt werden, sie konnten auch nicht davor bewahrt werden, immer wieder aufgehoben zu werden. Während in Ländern, in denen eine wirkliche Demokratie praktiziert wird, vielleicht einmal in hundert Jahren neue Verfassungen geschrieben werden, mussten hiesige Verfassungserneuerungen durchschnittlich einmal in zehn Jahren und dann auch noch auf illegitime Art und Weise durchgeführt werden. Grund ist wiederum die Abwesenheit eines freiwilligen gesellschaftlichen Konsenses, der sich an die Verteidigung von Gedanken- und Glaubensfreiheit anlehnt und der auf den Interessen aller Teile der gesellschaftlichen Realität und deren Übereinstimmung aufbaut.

Ein solcher Konsens konnte nicht hergestellt werden, da die Realität freier Individuen und einer freien Zivilgesellschaft nicht ausreichend verwirklicht werden konnte und hierzu auch keine Möglichkeiten eingeräumt wurden. Manche Interessengruppen stellen sich selber in einer Dimension dar, die sie nicht verdient haben. Während diese Schichten von der Ordnung oder auch der Unordnung profitierten und sich den anderen Gesellschaftsteilen auf eine undemokratische und rechtswidrige Art und Weise genähert haben, gelangten sie zu einer auf Verboten beruhenden Macht. Es gelang nicht, ein wirklich nationales und gesellschaftliches Recht zu installieren. Das existierende Recht jedoch konnte sich des Missbrauchs durch oligarchische Interessengruppen nicht erwehren.

Dem in diesem Sinne nicht zur Anerkennung gelangten Recht bzw. der bestehenden Rechtlosigkeit wird keine Gnade widerfahren. Es erntet, was es gesät hat. Alle gesellschaftlichen Gruppen, auch wenn sie sich auf Abwegen befanden, haben sich aus diesen

entscheidenden Gründen auf gewisse Art erhoben. Die Gesellschaft befindet sich auf ihre Art in einem Zustand allgemeinen Aufstands. An diesem Punkt verteidige ich nicht den Kampf. Kampf hat zu Genüge stattgefunden. Aber ich bin dagegen, die Ursachen nicht zu ergründen und auf den Zweck der Kämpfe keine Antwort zu geben. Die Gegenwart nötigt uns vielleicht auf eine mit keiner anderen Zeit zu vergleichenden Art und Weise hierzu, und auch im Hinblick auf die unvergleichlichen Möglichkeiten, die sie in sich birgt, zwingt dieser große Kampf jeden Menschen zu den rechtmäßigen Grundlagen der Gesellschaft vorzudringen, und die hieraus resultierenden notwendigen Schritte in der Praxis umzusetzen. Diese Phase des „Entweder bist du die Lösung oder du gehst unter“ erlebt jeder Mensch existenziell.

Diese Situation kann auch folgendermaßen bezeichnet werden: Wandel durch das Recht auf einen historischen gesellschaftlichen Konsens, der die Verwirklichung eines Übergangs darstellt. Die Geschehnisse zwingen jeden Menschen und jede gesetzliche wie ungesetzliche Institution zu einer Selbstkritik in diesem Sinne. Die Situation lässt keinen anderen Aus- und Rettungsweg offen.

Ein anderer Name für gesellschaftlichen Konsens wäre „demokratisches Gesellschaftssystem“, dessen Struktur und Formierung des Unter- und Überbaus auch Kernstück der verfassungsrechtlichen Diskussionen ist. Manche rein formelle Änderungen von Gesetzesvorschriften vertiefen jedoch die Krise noch. Beim Übergang zu einem gesellschaftlichen Konsens müssen als erstes das freie Individuum und die freie Zivilgesellschaft zur Grundlage gemacht werden, und selbst wenn dies nicht vollständig zu verwirklichen ist, müssen wir doch mit dieser Hypothese beginnen.

Dem freien Individuum und allen Teilen der Zivilgesellschaft müssen, was auch immer ihre religiösen, sprachlichen, nationalen und ethnischen Unterschiede seien, das Recht zuerkannt werden, ihre Gedanken, Überzeugungen und kulturellen Werte frei zu leben. Nicht ihre Anzahl und Existenzsituation sind Maßstab, sondern das zu geltende Prinzip hierbei basiert auf Gleichheit. Der fundamentale Fehler der Vergangenheit bestand darin, dass ein

Teil dieser gesellschaftlichen Gruppen gegen die jeweils anderen unter Anwendung von Zwang und Gewalt benutzt wurde.

Ein solches Vorgehen macht das Wesen eines unterdrückerten, totalitären und faschistischen Regimes aus. Weder im Namen nationaler noch klassenspezifischer Interessen darf in die Verschiedenheit der Gedanken, Überzeugungen und des kulturellen Lebens eingegriffen werden, da sie frei und gleich praktiziert werden können müssen. Falls ein solches Eingreifen doch stattfindet, wäre von Beginn an dem demokratischen Kompromiss ein entscheidender Schlag versetzt. An diesem Punkt ist die Frage: Minderheit-Mehrheit, nötig-unnötig nicht diskutabel, es geht um ein Prinzip. So würde der demokratische Wettbewerb auf seine beste Art funktionieren. Freiheit, und hiermit einhergehend: Gleichheit, ist Essenz eines gerechten Wettbewerbs. Freiheit und Gleichheit müssen daher allen freien Individuen und den durch sie gebildeten Gemeinschaften garantiert werden. Die Gründung eines demokratischen Systems dieser Wesensart wird, wenn es in den Geist der Verfassung und der Gesetze eingeht, die große produktive Kraft einer demokratischen Gesellschaft hervortreten lassen. Es wird erkannt werden, dass das Eintreten rechtlich garantierter unterschiedlicher Gedanken, Überzeugungen und Kulturen in einen Wettbewerb ein außerordentlicher gesellschaftlicher Reichtum sein wird. Unter solchen Umständen wird alles Nützliche und Wertvolle eine Bedeutung haben und der Gesellschaft weit mehr nutzen, als es ihr abverlangt. Das, was ohne Wert und von Schaden ist, wird ebenfalls den Platz finden, der ihm zusteht. Auf diese Art wird jede Haltung bewusst und rechtlich garantiert sein, so dass weder beim Staat, noch bei den Göttern der Religionen Zuflucht gesucht werden muss. Man wird sich auch nicht mehr an Reichtum und Macht anlehnen. In einer solchen Situation wird das Recht seine wirkliche Quelle repräsentieren und auf die gerechteste Art und Weise verteilen.

Das unvergleichliche Potenzial demokratischer Verfassungen und Gesetze ist die elementare Stärke und der berechtigte Stolz einer Gesellschaft. So wie es keinen Platz für Herrschsüchtige und

Hinterlistige geben wird, wird es diesen auch für die Machtherde der Ungerechtigkeit nicht geben. Es wird auch keinen Platz für Unterdrückung geben, sei sie klassenorientiert oder nationaler, religiöser oder ethnischer Art. Alle Menschen teilen und leben geschwisterlich und gerecht: „Leben einzeln und frei wie ein Baum und dabei brüderlich wie ein Wald.“

Ich wurde nicht in einer solchen Türkei geboren. Der über lange Jahre anhaltende Gedanke: „Warum bereue ich es, dass ich nicht als ein städtischer Türke geboren wurde?“ ist ein Gift, das durch einen gefährlichen Anti-Demokratismus angerührt wurde. Und dieses Gift barg den Samen jeglicher Art von Aufstand in sich. Egal, von wem und wie die Menschen geboren werden, sie dürfen nicht dazu gebracht werden, ihre Herkunft zu bereuen. Wenn eine Ordnung zu solch einer Situation führt, trägt die Verantwortung und Schuld hierfür diese Ordnung selber. Denn eine solche Ordnung erzeugt ständig aufs Neue Aufständische und damit Schmerz und Tod. Deswegen ist die entscheidende Lehre, die ich am Ende eines großen Aufstands gezogen habe: Es bedarf einer Ordnung, die nicht den Boden für Aufstände bereitet.

Eine solche habe ich in den Wertmaßstäben des demokratischen Systems gefunden, welche die wertvollste Angelegenheit oder den Sinn unseres Zeitalters darstellen. Kein Aufstand, sei er siegreich oder nicht, kann den Platz einer wie auch immer gearteten demokratischen Aktion einnehmen. So wie eine begrenzte demokratische Lösungsmöglichkeit einem erfolgreichen Aufstand vorzuziehen ist, ist auch eine noch so unzureichende demokratische Ordnung autoritären Ordnungen vorzuziehen, und seien sie noch so etabliert. Dies lehrt uns der Kampf. Er lehrt es jeden und jede. Er lehrt es auch alle Institutionen und den Staat.

Der mit den Worten des Staatspräsidenten als „der letzte kurdische Aufstand“ bezeichnete Aufstand, um dessen willen mir der Prozess gemacht wird, ist eigentlich ein Aufstand gegen diese Ordnung der Türkei, die nicht in der Lage ist, auch nur auf die geringsten demokratischen Anforderungen eine Antwort zu fin-

den. Aber der Staatspräsident spricht ohne jede Scham von einer Angelegenheit, die zu so großen Verlusten führte.

Ihr lasst das Symbol der grenzenlosen Unterdrückung, das Sprachverbot, das sogar gegen Tiere nicht praktiziert wird und vielleicht in der Geschichte nicht seinesgleichen findet - denn selbst Äsop war im Besitz einer Sprache der Sklaven und redete ohne Scham -, in das Wesen des gesamten Rechtssystems einfließen, und dann erwartet ihr von den Bürgern, dass sie sich dieser Ordnung unterwerfen. Das ist eine große Anormalität. Auch die Anormalität des kurdischen Aufstands lässt sich hierauf zurückführen. Wir haben keine andere Wahl, als beide Anormalitäten zu überwinden. Ein Kurde, der weder als Kurde noch, aufgrund vorerhaltener Bildung, als Türke, Araber oder Perser wirklich leben kann, ist die Quelle eines großen Problems. Auch sein Sterben oder Töten ist kein Ausweg. Dies ist eine Menschheitstragödie. Ich glaube nicht, dass die Republik ein Gegner der Kurden ist. Die Republik ist vielleicht sogar eher, als dass sie es für einen Türken wäre, für einen Kurden ein Glück. Da den kurdischen Machthabern das sehr wohl bewusst war, haben sie selbst das Lehren des Türkischen behindert, selbst das haben sie nicht gewollt. Das Verurteiltsein zu einer mehrfachen Rückentwicklung hat ihren Interessen eher entsprochen. Es ist eine Bereicherung, wenn die Kurden die türkische oder andere Sprachen lernen. Es ist eine Ehre, als freies Individuum Staatsbürger der Republik zu sein. All dies wird hier nicht diskutiert. Im Gegenteil, was hier gesagt wird, ist: Warum ist das System, die Demokratie, die Verfassung eines solchen Reichtums nicht geschaffen worden? Wenn es all dies gegeben hätte, hätte es dann die PKK gegeben? Wäre es zum Aufstand gekommen? Hätte es einen Apo gegeben?

In meiner Verteidigungsschrift habe ich die legitime Basis dieses Aufstands beschrieben. Ich habe auch seine Fehler und Irrtümer zur Sprache gebracht. Es ist eine häufig anzutreffende gesellschaftliche Realität, dass jede neue Ordnung Produkt der ihr vorangegangenen Kämpfe ist. Es muss endlich, so wie das auch allgemein gilt, die Sinnlosigkeit des seit langer Zeit anhaltenden

bewaffneten Konflikts der Kurden mit der bestehenden Ordnung begriffen werden. Am Übergang von der Etappe des bewaffneten Konflikts der jüngsten Vergangenheit zu der vor uns liegenden Ära des Friedens müssen auch die Kurden, so wie jede gesellschaftliche Gruppe, gemäß ihrer kulturellen Eigenheiten und ihrer eigenen freien Ausdrucksformen beteiligt sein. Hiermit wird keine privilegierte Stellung gefordert. Es ist weder die Rede von dem so viel heraufbeschworenen eigenen Staat, noch von einer Föderation oder Autonomie. Falls die Demokratie in die Praxis umgesetzt wird, besteht für solche Forderungen auch keine Notwendigkeit. Es existiert der Wunsch, als ein demokratisches Volk seinen Platz in einer Republik demokratischen Inhalts einzunehmen. Dies bedeutet, auch wenn sich schwer damit getan wird, einen Zusammenschluss, der so stark und reichhaltig ist, dass er nicht mehr zu trennen wäre. Die im modernen Sinne seit fast zwei Jahrhunderten andauernde kurdische Frage und die Aufstände verlangen danach, dass so eine Republik endlich eine demokratische Basis erhält. Wir glauben daran, dass dies die beste Lösung darstellt. Und ich sage, dies ist die einzig richtige Schlussfolgerung aus diesem Kampf.

Das heißt im Ergebnis, dass auch die Lösung dieses aus der Unfähigkeit der Republik zur Demokratisierung herrührenden Problems und des daraus resultierenden letzten Aufstands, der unter der Führung der PKK stattfand, von derselben Voraussetzung abhängig ist, nämlich von einer Demokratisierung. Die zum gordischen Knoten gewordene kurdische Frage hat allen gezeigt, dass eine außerhalb einer umfassenden Demokratisierung praktizierte Lösung unrealistisch sein wird. Am Ende des 20. Jahrhunderts haben die Wiederholung einer Phase von Niederwerfung und gewaltsamer Assimilation sowie darauf folgende, gegen diese Gewaltpolitik gerichtete Reaktionen und Aufstände auch wissenschaftlich gesehen keinen Sinn mehr. Das heißt, dass diese Methoden sowohl der Gesellschaft als auch dem Staat nichts anderes einbringen als Schmerz und steigende Verluste. Hierin besteht die nicht mehr zu ignorierende Lehre aus der Geschichte.

Es wurde zu der Einsicht gelangt, dass selbst eine mittelmäßige Umsetzung der fundamentalen Wertmaßstäbe des demokratischen Systems, die weltweit ihre unvergleichlich problemlösende Stärke bewiesen haben, uns einer Lösung zuführen können wird. Die Türkei ist dabei, sowohl als Staat als auch als Gesellschaft, über ausführliche demokratische Diskussionen der kurdischen Frage und aller anderen Probleme die Vorbereitung einer demokratischen Verfassung zu erleben. Diese muss endlich ernsthaft und ohne Hinwendung zu Demagogie geschehen. So wie auf dieser Grundlage die Republik zu einem demokratischen Inhalt gelangen wird, so befindet sie sich in einer historischen Phase, in der kein anderer Ausweg und keine andere Wahl mehr geblieben sind, als im Besitz einer diesem demokratischen Inhalt entsprechenden Staatsverfassung zu sein. Meine diesbezügliche Überzeugung wird sich mit dem Gelingen einer solchen Verfassung festigen.

Ich bin mir der Rolle und meiner Verantwortung bei diesen Entwicklungen sowohl in meiner Funktion innerhalb der PKK als auch als Person bewusst. Ich bin überzeugt, dass meine die Vergangenheit betreffenden Analysen wissenschaftlich fundiert und ehrlich sind. Wichtiger noch und das, was ich tun muss, sind meine zukünftigen Aufgaben und Arbeiten. Solange ich am Leben bin, bestehen diese darin, insbesondere die Abkehr der PKK von der Methode der Gewalt, ihre Teilnahme am Demokratisierungsprozess, in den die Türkei eingetreten ist, und ihre Transformation zur Legalität vorzubereiten. Hinsichtlich der Beendigung des bewaffneten Kampfes hat das Zentralkomitee der PKK seine Entschlossenheit bekundet. Ich bin davon überzeugt, dass auch die gesamte Organisation entschlossen ist, mit einem in naher Zukunft stattfindenden Kongress noch vor dem Jahr 2000, meine Haltung zur offiziellen Linie zu machen und dass sie hierin erfolgreich sein wird. Ich hege die Hoffnung, dass auch der Staat mit zunehmender Sensibilisierung bei der Schaffung einer Grundlage für eine Transformation und Rückkehr zum demokratischen legalen Prozess in der Türkei Erleichterungen gewährleisten wird.

Diesbezüglich lassen Institutionen und Verantwortliche der höchsten Ebene ermutigende Einstellungen erkennen. Ich bin überzeugt davon, dass die PKK analysiert werden muss. Um hierzu einen Beitrag zu leisten, bin ich nicht davor zurückgeschreckt, die von mir selber erlebte Phase als Grundlage einer solchen Analyse darzulegen und selbst unter den schwersten Bedingungen für eine friedliche und geschwisterliche Lösung durch meine Worte und Praxis eine Antwort zu geben.

Ich muss darauf hinweisen, dass meine Haltung weit jenseits persönlicher Ängste davon herrührt, dass ich mir der zur Zeit stattfindenden historischen Phase bewusst und davon überzeugt bin, dass der effektivste Lösungsweg in den universalen Maßstäben des Rechts innerhalb eines demokratischen Systems angelegt ist. Ich habe meine Überzeugung bewahrt, dass diese Einstellung nicht nur die moralisch wertvollste ist, sondern auch eine richtige politische Haltung nur so aussehen kann. Mein diesbezüglicher Wille ist ungebrochen.

Sehr geehrter Vorsitzender, verehrte Richter !

Die letzte meiner Verteidigungsschriften übersende ich an die durch Sie verkörperte höchste Institution des Rechts in Form eines sehr kurzen Briefes. Ich bin sicher, dass weitere Ausführungen nicht nötig sind.

Die Ansprache des Präsidenten des Kassationsgerichtshofs zu Beginn des neuen Gerichtsjahres bei Eintritt in das Jahr 2000 ist meiner Ansicht nach von der Qualität eines demokratischen Rechtsmanifests.

Meiner Beurteilung nach waren es mein Wirken und dessen Folgen, die von ihrem Effekt her dieses Manifest von Grund auf so zwingend nötig machten. Vor diesem Hintergrund ist der stattfindende Prozess jedoch tragisch. Der Präsident des Kassationsgerichtshofs erklärte, dass er es für einen großen Mangel hält, in das Jahr 2000 ohne einen Sokrates überzuwechseln.

Meine größte Furcht ist, dass es darum geht, gegen mich auf noch tragischere Weise als gegen Sokrates zu verhandeln und

mich allein deswegen zum Gegenstand eines Urteils zu machen, weil ich den Glauben an die festverwurzelten Götter der Ordnung gebrochen und den Engeln der Freiheit das Tor geöffnet hätte, unabhängig davon, wie umfangreich die Beschuldigungen hinsichtlich der Tatseite auch sind. Ich wünsche, dass ein solcher Präsident und seine Richterschaft in diesem Prozess nicht parteiisch sind.

Der Präsident des Kassationsgerichtshofs hat die Distanz des türkischen Rechtssystems zu universalen Rechtswerten in prägnanter Form dargelegt. Er führte aus, dass die Legitimationskapazität der Verfassung gegen Null tendiert. Zugleich vertrat er, dass ein freiheitliches Leben gemäß der den Gedanken, Überzeugungen und Kulturen innewohnenden Werte das Wesen eines modernen demokratischen Rechtsstaates ausmache und über lange Zeit andauernde Verbote die Wahrnehmung dieser Freiheitsrechte verhindern und daher Grund für legitime Aufstände seien. Er fügte hinzu, dass er jedoch während seiner Amtszeit an das formale Recht gebunden gewesen sei. Die wechselseitige Zuspitzung unserer Tragödie liegt in diesen Worten verborgen.

Es ist meine Hoffnung, dass selbst dann, wenn die von Ihnen zu treffende Entscheidung gemäß Paragraf 125 des Türkischen Strafgesetzbuches, der schon seit langem hätte überwunden werden müssen, ausfallen sollte, die aus diesem Prozess zu ziehenden Lehren endlich eine Einführung der universalen Rechtswerte in die Türkei in wahrnehmbarer Weise nicht mehr behindern werden. Obwohl dieser Prozess für die Geschichte, auf Grundlage dieser Verfassung und des existierenden Rechtssystems, zu keiner Zeit eine unabhängige Instanz sein konnte, ist er zu einer Plattform geworden, die den Weg zu einer unabhängigen Gerichtsbarkeit freilegt. Und er stellt auch einen Wendepunkt derart dar, dass die rechtswidrigen Machtquellen der Republik wegen dieser Folgen des Prozesses ihre Systeme nicht weiter aufrecht erhalten können werden. Der Prozess lehrt, dass wir die Quelle einer richtigen Lösung und einer gerechten Macht nirgends anders finden

als im Recht und dessen universalen demokratischen Wertmaßstäben, und dass es notwendig ist, an diese gebunden zu sein.

Wie sehr ich der Meinung bin, dass ein nur an die Paragraphen des formalen Rechts angelehntes Urteil keine Gerechtigkeit übt, so sehr werde ich doch immer an dieses im universalen Rechtsbewusstsein erreichte Grundprinzip gebunden bleiben, das sowohl die Quelle von Stärke als auch von Gerechtigkeit ist.

Ich bin der festen Überzeugung, dass ich mir die größte Mühe gegeben habe, unser Land zu einer Heimat zu machen, in der wir gemeinsam und frei leben werden und für eine entsprechende Basis der Republik und ihre Demokratisierung eingetreten bin. Ich glaube auch, dass dies nicht umsonst war.

Ich glaube, dass ich die großen Schmerzen und schweren Verluste, zu denen der stattgefunden bewaffnete Konflikt führte, so schwer empfinde wie kein anderer, und dass der richtigste Ausdruck meiner Bitte um Verzeihung bei allen unseren Menschen darin besteht, dafür zu sorgen, dass nicht noch einmal in diese Bedingungen zurückgefallen wird, und dies auf die effektivste Art zu verhindern. Dies ist für mich der Sinn meines Lebens.

Dieser Kampf hat bewiesen, dass meine Vergangenheit nicht Gegenstand dieses Prozesses sein kann. In meinem Volk habe ich mit meiner freien Identität nur einen sehr begrenzten Platz gefunden.

Aber ich glaube, dass ein Leben in der demokratischen türkischen Republik der Zukunft und in einem durch Beitrag dieses Kampfes geschaffenen freien Zusammenschluss sowohl der richtige Weg ist als auch ein Leben in Würde sein wird.

Auf dieser Grundlage betone ich noch einmal meine Entschlossenheit und rufe alle Menschen und alle gesellschaftlichen Institutionen dazu auf, eine Ordnung des Friedens und der Völkerverständigung zu schaffen. Mit meinen besten Wünschen für einen Erfolg, viele Grüße.

Imrali, den 21. Oktober 1999

Abdullah Öcalan

Glossar

ANAP (Anavatan Partisi), Mutterlandspartei:

Gegründet 1983 nach dem Staatsstreich der Generäle vom 12. September 1980, konservative Partei um Turgut Özal, dem ersten Ministerpräsidenten nach dem Militärputsch und späteren Präsidenten der Türkischen Republik. Nach Turgut Özal übernahm der spätere stellvertretende Ministerpräsident Mesut Yılmaz den Vorsitz.

Autokratie:

Staatsform, in der das Staatsoberhaupt die politische Macht unumschränkt ausübt.

CHP (Cumhuriyet Halk Partisi), Republikanische Volkspartei:

Die Gründung der Partei geht ursprünglich auf Mustafa Kemal zurück. Nach dem Staatsstreich vom 12. September 1980 wurde in der Türkei die SHP (Sozialdemokratische Volkspartei), die größte sozialdemokratische Partei der Türkei gegründet, die sich später mit der neugegründeten CHP zusammenschloß.

DP (Demokrat Parti), Demokratische Partei:

Nach dem II. Weltkrieg wurde die Ära des Einparteiensystems beendet und die Gründung anderer Parteien zugelassen. Davon machten einige bürgerliche Gruppierungen Gebrauch. Der von

Celal Bayar geführte Flügel der CHP schied aus dieser aus und gründete die „Demokratische Partei“.

Fethi Okyar:

Gründer und Vorsitzender der am 12. August 1930 gegründeten Serbest Cumhuriyet Firkasi (Freie Republikanische Partei), die in kurzer Zeit von Mustafa Kemal wieder aufgelöst wurde.

Haki Karer:

Wie Kemal Pir ein türkischer Revolutionär. Unermüdlich kämpfte er für die Befreiung des kurdischen Volkes vom Kolonialismus. Er wurde am 18.05.1977 – kurz vor der Gründung der PKK – von der türkischen Konterguerilla ermordet.

Ismet İnönü:

Wurde nach dem Tode von Mustafa Kemal im Jahr 1938 zum Staatspräsidenten gewählt. Er übernahm von Mustafa Kemal auch den Vorsitz der Staatspartei CHP.

İttihat-i Terraki (Jungtürken-Partei):

Wurde im Jahr 1899 als Verein unter dem Namen „İttihat-i Osmani“ (Einheit aller Völker) gegründet. Ihr erklärtes Ziel war die Schaffung eines liberalen Systems mit Verfassung und Parlament nach europäischem Muster; später in „İttihat-i Terraki“ umbenannt. Nach 1890 wurde die Organisation in eine geheime Offiziers- und Bürokratenorganisation verwandelt. Sie organisierte sich illegal und wollte durch Attentate und mit einem Putsch ihre Ziele erreichen. Sie war nie eine Volksbewegung. 1907 schlossen sich die osmanischen Paschas der Organisation an. So wurde die Partei eine Organisation des Staates und führte 1908 einen Putsch durch. Es wurde eine Verfassung verabschiedet und ein Parlament gegründet. Sie verfolgte die Opposition gnadenlos und betrieb eine Politik des türkischen Chauvinismus. 1913 proklamierte sie die Diktatur und besetzte das Parlament. Sie ist für die Teilnahme an der Seite Deutschlands im I. Weltkrieg verant-

wortlich. Mit dem Kriegsende zerfiel auch die jungtürkische Partei „İttihat-i Terraki“. Ihre führenden Köpfe waren Enver, Cemal und Talat.

Kalifat:

Herrschaft des Kalifen über alle Moslems. In den letzten Jahrzehnten des Osmanischen Reiches wiederbelebter Führungsanspruch des Kalifen über alle Moslems. Der Kalif war kurz vor seiner Abschaffung durch die türkische Nationalversammlung zugleich Sultan. Ganz zum Schluß wurde diese religiöse Herrschaft von der weltlichen getrennt und sodann ebenfalls abgeschafft.

Kemal Pir:

Er studierte Philologie, Geografie und Geschichte in Ankara und nahm an der türkischen linken Studentenbewegung teil. Später hat er politisch in Kurdistan gearbeitet, wo er mehrmals verhaftet und gefoltert worden ist. Nach seiner letzten Verhaftung 1980 kam er in das Militärgefängnis von Diyarbakir. Am 15. Juli 1982 begann er als Mitglied des Zentralkomitees der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) einen unbefristeten Hungerstreik, in dessen Verlauf er am 55. Tag ermordet wurde. Kemal Pir war Türke.

Kongresse von Sivas und Erzurum:

Ende April 1919 forderte das britische Hochkommissariat die Regierung des Sultans Mehmet VI. Vahdettin (1918-1922) auf, Maßnahmen zur Beilegung von Unruhen zwischen griechischen Bevölkerungsgruppen und Anhängern der „Vereinigungen zur Verteidigung der Rechte“ in Samsun zu ergreifen. Zu diesem Zweck wurde Mustafa Kemal als Generalinspekteur für Nord-, Zentral- und Ostanatolien mit weitreichenden Vollmachten an die Schwarzmeerküste geschickt. Er nutzte die Inspektionsreise zur Sammlung des nationalen Widerstands. Im „Protokoll von Amasya“ vom 21. Juni 1919 forderte er in einem acht Punkte umfassenden Katalog erstmals zusammen mit anderen Nationalisten zur

Erhebung gegen die Regierung in Istanbul auf und weigerte sich in der Folgezeit, trotz mehrmaliger Aufforderungen, nach Istanbul zurückzukehren oder von seinem Amt zurückzutreten.

Zunächst wurde eine repräsentative Versammlung in Erzurum einberufen. Am 23. Juli 1919 trafen sich in Erzurum die Abgesandten aller Sancaks Anatoliens, also der überkommenen Verwaltungseinheiten, die nicht mehr unter unmittelbarer Kontrolle durch die Regierung in Istanbul standen. Alle Beteiligten waren sich einig, dass die nationale Unabhängigkeit erhalten, sowie Kalifat und Sultanat abgeschafft werden sollten. Mustafa Kemal wurde zum Präsidenten des Repräsentativenkomitees gewählt.

Vom 4. bis 11. September 1919 wurde in Sivas ein Folgekongress durchgeführt. Die Teilnehmer verstanden sich als „Anadolu ve Rumeli Müadafaa Hukuk-u Milliye Cemiyeti“ (Gesellschaft zur Verteidigung der nationalen Rechte von ganz Thrazien und Anatolien). Das neu gewählte Repräsentativkomitee, an dessen Spitze wieder Mustafa Kemal stand, betrachtete sich jetzt als nationale Exekutive der Widerstandsbewegung.

Krieg niederer Intensität (Low Intensity Conflict):

Es ist eine Art Kriegsführung, (unterhalb der Schwelle zwischenstaatlicher Kriege) die in den 80er-Jahren in den USA entwickelt wurde und heute vom türkischen Staat praktiziert wird.

MGK (Nationaler Sicherheitsrat):

Der Nationale Sicherheitsrat ersetzte den Militärrat des Putsches vom 12. September 1980 beim Übergang zur „Zivilen Regierung“ im Jahre 1983. Durch die Einrichtung des Nationalen Sicherheitsrates, der sich aus den höchsten Generälen aller Waffengattungen, dem Staats- und Ministerpräsidenten sowie Regierungsvertretern zusammensetzt, sollte die Macht der Militärs auch in der „zivilen Regierungsphase“ gesichert bleiben. Noch immer repräsentiert der MGK die eigentliche Macht im türkischen Staat und ist das höchste Entscheidungsorgan.

Misak-i Milli (Nationalpakt):

Wurde am 20. Januar 1920 verabschiedet. Um das Erbe des Osmanischen Reiches zu verteidigen und die verbliebenen Gebiete des Reiches mit Großbritannien und Frankreich teilen zu können, mobilisierte der ranghöchste osmanische Offizier Mustafa Kemal das türkische Bündnis. Eine Reihe von Bedingungen, die im Zustand des Niedergangs und der Auflösung des Osmanischen Reiches vorherrschten, versetzte die Bürokratie und ihren Repräsentanten Mustafa Kemal in die Lage, die Führung des Bündnisses mit den besitzenden Klassen zu erringen. Zum ersten Mal wurde eine Allianz zwischen dem Staat und einem nichtstaatlichen Sektor gebildet. Dies geschah am 4. September 1919 auf dem Kongress von Sivas. Der Beschluss wurde bekannt als „Anatolisch-Rumelische Vereinigung zur Verteidigung der Rechte“. Ihr erklärtes Ziel war die Verteidigung der im Nationalpakt genannten Gebiete, Widerstand gegen jede Aktion, die darauf gerichtet war, auf osmanischem Gebiet armenische oder griechische Präsenz zu etablieren, und die Anerkennung der Notwendigkeit, das islamische Kalifat und das osmanische Sultanat zu verteidigen und zu sichern. Zu diesem Zeitpunkt sprach Mustafa Kemal nicht von der türkischen Nation, sondern von „Millet“.

Morde „Unbekannter Täter“:

Eigentlich ein juristischer Begriff, der nur aussagt, dass ein Mord nicht aufgeklärt werden konnte. In der öffentlichen Diskussion bezeichnet er Morde in politischem Zusammenhang, bei denen die Täter trotz einer möglichen Aufklärung nicht aufgedeckt oder gefasst werden.

Notablen (fr.):

angesehene, vornehme Personen

Oligarchie:

Herrschaft der Wenigen, nach dem politischen System des Aristoteles; Entartung der Aristokratie, Beschränkung der Staatsgewalt auf wenige.

Panislamismus:

Die Ideologie und die Bewegung für den Zusammenschluß aller Mohammedaner.

Putsch gegen die Oligarchie (27.Mai 1960):

Am 19. April forderten in Ankara die Teilnehmer einer studentischen Großdemonstration den Rücktritt von Menderes und Bayar. Ende des Monats und Anfang Mai griffen die Aktionen auf alle Großstädte über. An diesen Aktionen beteiligte sich die gesamte Opposition; am 21. Mai marschierten in Ankara sogar etwa 1000 Militärschüler in offenen Straßenzügen mit. Die Regierung verkündete den Ausnahmezustand und wandte sich an die Armee, holte sich von dieser jedoch eine Absage. Der Oberkommandierende der Landstreitkräfte, General Gürsel, stellte sich hinter die Mannschaften und Offiziere, die es ablehnten, auf das Volk zu schießen. Daraufhin wurde ihm empfohlen, einen „längeren Urlaub“ zu nehmen.

Nun musste sich die Heeresleitung entscheiden, ob sie weiter abwarten oder handeln wollte. Der geheime Offiziersbund, der die letzte Berufungsinstanz darstellte, entschloss sich zum Losschlagen, ehe die Auseinandersetzungen auf das noch ruhige flache Land übergriffen und sich die Bauernmassen in Marsch setzten. Die Offiziere zogen es auch vor, die Situation zu bereinigen. Die politische Auseinandersetzung zwischen Regierung und Parlamentsopposition, von der sich die Werktätigen allenfalls mittelbar angesprochen fühlten, sollte nicht in einen Volkskampf um soziale Forderungen und Zielsetzungen umschlagen oder das Heer selber spalten.

Der Staatsstreich in der Nacht zum 27. Mai 1960 war infolgedessen in erster Linie eine Präventivaktion. Sie sollte das „Versin-

ken der Republik“ in dem Chaos, das die Menderes-Clique heraufbeschworen hatte, verhindern und den Ausweg aus einer verfahrenen Situation gewaltsam öffnen, bevor die Massen selbständig zur Korrektur schritten.

Refah Partisi (PR), Wohlfahrtspartei:

Anfang 1998 verbotene islamistische Partei unter dem Vorsitz von Necmettin Erbakan, der 1996/97 Ministerpräsident war. Die RP war die Nachfolgepartei der MSP (Nationale Heilspartei). Die Nachfolgepartei der inzwischen verbotenen PR ist die FP (Fazilet Partisi – Partei der Tugend) von Recai Kutan.

Safawiden, Persische Dynastie (1502-1736):

Sie hatte ihre größte Machtentfaltung unter Abbas I.

Seldschuken(-Dynastie, 1117-1157 n.Chr.):

Im 12. Jahrhundert wurde das Wort „Kurdistan“ durch den Sultan Sandjar, dem letzten der vier großen Könige der Seldschuken-Dynastie übernommen und offiziell in die Verwaltungsbücher eingetragen. In dieser Zeit existierten ca. 30 von Kurden bewohnte Vilayete im gesamten kurdischen Gebiet. 13 oder 14 davon lagen im heutigen Türkisch-Kurdistan und bildeten ein unabhängiges Fürstentum. Die restlichen Vilayete im heutigen Iran und Irak nannte Sultan Sandjar „Kurdistan“ und die Stadt Bahar (in der Nähe der heutigen Stadt Hamadan im West-Iran wurde zur Hauptstadt des Landes gewählt.

Sened-i Ittifak, Bündnis der Eintracht:

Vertrag zwischen Sultan Mahmud II. und den Ayanen, den privilegierten Personen in den Provinzen. Großwesir Mustafa Bayraktar berief 1808 eine Beratung aller großer Ayanen oder ihrer Stellvertreter ein, um aus ihrer Gegnerschaft zu den Yanitscharen-Führern Kapital zu schlagen, indem er ihnen nahelegte, sich um den Thron zu scharen. Das Resultat war das Dokument Sened-i Ittifak zwischen Sultan, Scheich-Ül Islam und dem Großwesir

einerseits und den versammelten Notablen andererseits. Danach erkannte die Hohe Pforte die Ayanen „auf ewige Zeiten“ als feudale Oberhäupter an. Diese verpflichteten sich ihrerseits zur uneingeschränkten Unterstützung der Zentralgewalt.

Serbest Cumhuriyet Firkasi, Freie Republikanische Partei:

Im Jahr 1930 wurde von Mustafa Kemal ein Versuch unternommen, eine Oppositionspartei zu gründen. Mustafa Kemal beauftragte damit seinen Freund Fehti Okyar. Die SCF wurde am 12. August 1930 gegründet. Sie sollte sich unter anderem für die Entwicklung der Privatwirtschaft betätigen. Sogar Abgeordnete der Republikanischen Volkspartei wurden aufgefordert, zu der SCF überzutreten. Sie wurde innerhalb kürzester Zeit zur Basis unterschiedlicher Oppositionskräfte und konzentrierte sich auf die Forderung nach Freiheit der Ideen und der Religion, freiem wirtschaftlichen Wettbewerb, niedrigen Zöllen, Freigabe des Kapitalimports und nach engerer Zusammenarbeit mit den Völkerbundstaaten. Die Popularität der neuen Oppositionspartei war sehr groß. Im Oktober 1930 wurden Gemeinderatswahlen abgehalten und die Partei konnte 30 von 512 Gemeinderäten gewinnen. Nach manchen Autoren machte sich lange unterdrückte Resentiments gegen die Regierung Luft; islamische Fahnen und Slogans wurden wieder hervorgeholt, wenn auch gegen den Willen des Oppositionschefs. Bald wurden die Proteste gegen Mustafa Kemals Politik zu deutlich, denn die Oppositionspartei war ursprünglich unter der Voraussetzung gebildet worden, sich nicht gegen den Staatschef zu wenden. Deshalb löste Okyar die SCF kurze Zeit nach ihrer Gründung am 16. November 1930 wieder auf.

Sultanat:

Herrschaft des Sultans über das Osmanische Reich. Der Sultan war absoluter Herrscher und unterlag erst in den letzten Jahren einer gewissen Bindung an Gesetze bzw. das Parlament.

Sultan Mehmet VI. Vahdettin (1918-1922):

Letzter osmanischer Herrscher – wurde durch das Gesetz über die Aufhebung des Sultanats am 1. November 1922 von dem neuen kemalistischen Regime entmachtet. Daraufhin setzte er sich auf dem britischen Schlachtschiff „Malaya“ nach der französischen Riviera ab.

Sultan Yavuz Selim I. (1512-1520):

Die Osmanen, die Kurdistan als ein Gebiet benutzen wollten, das man plündern kann, machten den kurdischen Fürsten große Zugeständnisse. So z.B. gestanden sie den Fürsten eine nach innen freie und nach außen abhängige Staatsform zu. Dadurch konnten sie einen großen Teil der Fürsten auf ihre Seite ziehen. Idrisi Bitlisi, der wie ein Agent der Osmanen handelte, spielte für die Bindung Kurdistans an das Osmanische Reich eine bedeutende Rolle. Für den osmanischen Sultan Yavuz, der die kriegerischen Stämme für sich gewinnen konnte, war es nicht mehr allzu schwierig, den iranischen Safawiden-Staat und den ägyptischen Mamelucken-Staat aus Kurdistan zu vertreiben.

Susurluk-Affäre (3. November 1996):

In der Nähe von Susurluk, einer Kleinstadt im westen Anatoliens, prallte am dritten November 1996 ein Mercedes auf einen Lkw, der aus einer Raststätte herausfuhr. Die Insassen des an dem Unfall beteiligten und zerstörten Mercedes: Abdullah Catli, wegen Mordes und Drogenhandel mit internationalem Haftbefehl gesucht; Sedat Bucak, Abgeordneter der DYP (Partei des Rechten Weges – von Tansu Ciller) und Führer des Bucak-Stammes, der sowohl auf der Seite des türkischen Staates intensiv in den Krieg gegen die kurdische Befreiungsbewegung verwickelt als auch wesentlich am Drogenschmuggel beteiligt ist; Gonca Gül, Tänzerin und Croupier in einem Spielsalon; Hüseyin Kocadag, ein Polizeioffizier des Polizeipräsidiums Istanbul, der sowohl als Leiter einer Polizeiakademie als auch als Leiter der Anti-Terror-Abteilung in verschiedenen Orten tätig war. Einzig Sedat Bucak über-

lebte den Unfall. Der Kofferraum des Wagens war voller Waffen, darunter speziell für Attentate geeignete Waffen mit Schalldämpfer. Der Weg dieser Waffen, vorbei an der polizeilichen Registrierung, wurde später eines der Skandalthemen der Susurluk-Affäre. Hier war offensichtlich eine heiße Verbindung zwischen Staatsführung, Sicherheitsapparat und Mafia aufgefliegen.

Turanismus:

Besonders in den 30er-Jahren des 20. Jahrhunderts entwickelte und praktizierte Geschichtsideologie der neugegründeten türkischen Republik. Diese mystische Ideologie führt den Ursprung der Sumerer, Assyrer, Hetiter, Babylonier usw. auf das Türkentum zurück und türkisierte ganze Hochkulturen von der Antike bis in die Neuzeit. Die turanistische Ideologie zielt darauf ab, alle Türken in der Welt unter der türkischen Fahne zu vereinigen. Der Begründer dieser Ideologie ist der kurdisch-stämmige Schriftsteller Ziya Gökalp gewesen. Ihm zufolge waren die Kurden „Bergtürken“.

I. Waffenstillstandserklärung der PKK:

Am 17. März 1993 erklärte der Generalsekretär der PKK, Abdullah Öcalan, bei einer Pressekonferenz in Bar-Elias (Libanon) einen 25-tägigen einseitigen Waffenstillstand, der am 20. März begann. Er forderte von der türkischen Regierung die Aufnahme von Verhandlungen, um einen demokratischen und friedlichen Weg zur Lösung der kurdischen Frage zu öffnen. Am 16. April fand erneut eine Pressekonferenz in Bar-Elias statt. Hier wurde die Verlängerung des Waffenstillstandes mitgeteilt.



International Initiative Edition